40 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen

Dokumentation in Schaubildern
zu Themen
des Wahlgeschehens
von 1947 bis 1987

Landesamt für
Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

40 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen

Dokumentation in Schaubildern
zu Themen
des Wahlgeschehens
von 1947 bis 1987

LDS - Bestell Nr. B 98 4 8700

April 1987

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein - Westfalen
4000 Düsseldorf 30, Mauerstr. 51, Telefon (0211) 44971

Preis: 13.80
Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet

Vorwort

Am 20. April 1947 fanden zum ersten Mal Wahlen zum Landtag des im Jahre 1946 neu geschaffenen Landes Nordrhein-Westfalen statt. 40 Jahre politische Wahlen in Nordrhein-Westfalen, das sind 40 Jahre Wettstreit der Meinungen und Wettstreit der Parteien um das Mandat, Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft zu gestalten. Das Auf und Ab der Stimmenanteile und der Wechsel der Mehrheiten erinnern uns auch daran, daß es immer nur eine Macht auf Zeit ist, die der Souverän, die Bürger unseres Landes, dem Mandatsträger für eine Legislaturperiode verleiht.

Die Wahlgeschichte von Nordrhein-Westfalen stellt den Bürgerinnen und Bürgern des Landes ein Zeugnis politischer Reife aus: Ihre Bereitschaft, zur Wahl zu gehen, war hoch – höher noch als in den meisten anderen Bundesländern; ihre Neigung, Parteien am Rande des demokratischen Spektrums zu wählen, war gering – geringer noch als in den meisten anderen Bundesländern. Darauf sind wir stolz.

Das politische Mandat muß jeweils wieder neu verdient und erkämpft werden. Den Kandidaten und ihren Mitstreitern, die sich dieser Aufgabe stellen, gilt unser aller Dank. Nicht vergessen wollen wir auch die über hunderttausend ehrenamtlichen Wahlhelfer, die Wahl für Wahl durch ihr Wirken im Wahllokal dafür sorgen, daß Abgabe und Auszählung der Stimmen nach demokratischen Prinzipien durchgeführt werden. Ihnen allen: den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, den Wahlkämpfern und Wahlhelfern sei die Dokumentation „40 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen" gewidmet.

Herbert Schnoor

Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Die vorliegende Veröffentlichung soll Aufschlüsse über längerfristige Entwicklungen des Wahlverhaltens vermitteln und aus der Gegenüberstellung von differenzierten Wahl- und Strukturdaten deren Beziehungen untereinander erkennen lassen.

Um den Leser nicht durch die Fülle der denkbaren Datenkombinationen zu überfordern, sondern den Blick auf wesentliche Erscheinungsformen und mögliche Zusammenhänge zu lenken, wurde die Form einer „Dokumentation in Schaubildern" gewählt. Mit dieser Darstellungsweise soll möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern, die das politische Geschehen in irgendeiner Funktion mitgestalten oder mit Interesse verfolgen, der Zugang zum Verständnis des Wahlgeschehens erleichtert werden.

Neben dem Autor Hans Menge wirkten an der Veröffentlichung Walter Kahl, Heidi Luft und Bernd Reichert als Redaktionsteam mit. Die grafische Gestaltung lag in den Händen von Elisabeth Breithaupt. Die Kartogramme der Seiten 36 bis 39 wurden vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen beigesteuert, die zeitgeschichtlichen Wahlplakate vom Hauptstaatsarchiv des Landes.

(Benker)

Düsseldorf, im Mai 1987

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einführung 1

1 Die Wahlen von 1947 bis 1987 im Überblick . 2
1.1 Landtage und Koalitionen 3
1.2 Parteienentwicklung – Stimmenanteile von Wahl zu Wahl 6
1.3 Wahlspezialitäten 12

2 Nordrhein-Westfalen von preußischer Provinz zum Bundesland . . 21
2.1 Kontinuität und Wandel – vom Reichstag zum Bundestag 22
2.2 NRW – ein Bundesland besonderer Prägung? 26
2.3 Wahllandschaft Nordrhein-Westfalen 34

Wahlwerbung plakativ.
Wahlplakate aus vier Jahrzehnten 41

3 Wählerstrukturen Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht . . 45
3.1 Altersunterschiede 50
3.2 Frauen und Männer 62
3.3 Alters- und Geschlechtsstruktur der Wähler 66
3.4 Stadt-/Land-Unterschiede 70

4 Regionale und strukturelle Besonderheiten 77
4.1 Regionale Unterschiede 78
4.2 Struktur-Unterschiede 80
4.3 Gebietstypen als politische Landschaften 86
4.4 Gebietstyp und Altersgruppen der Wähler 96
4.5 Parteien-Hochburgen 103

Anhang

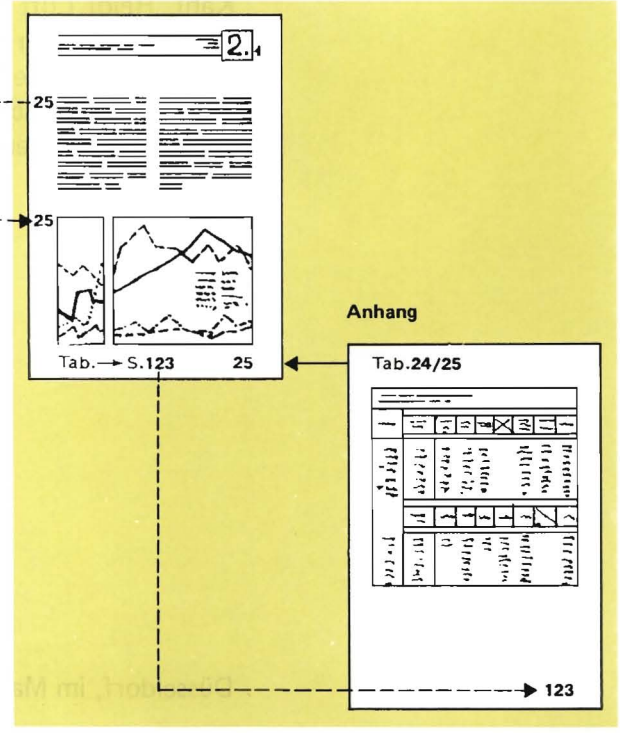
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen . . . 112
Begriffserläuterungen 112
Tabellen zu Kapitel 1 115
Tabellen zu Kapitel 2 121
Tabellen zu Kapitel 3 127
Tabellen zu Kapitel 4 139

Lesehinweise

Das Inhaltsverzeichnis nennt die jeweiligen Themenschwerpunkte. Die Themen der einzelnen Kapitel und Schaubilder umfassen jedoch meist mehrere Dimensionen (z.B. zeitliche/regionale/Alters-Gliederung); daher soll ein Abbildungsverzeichnis im Anhang das Auffinden einzelner Sachverhalte erleichtern – es ist nach Betrachtungsgegenständen und dargestellten Dimensionen gegliedert.

Im laufenden Text erscheint neben den Abschnitten, die sich auf eine bestimmte Abbildung beziehen, ein Hinweis auf diese Abbildung (→ Abb. Nr.).

Die Beziehung zwischen den Abbildungen und den zugeordneten Tabellen im Anhang wird durch die Vergabe gleicher Nummern(-folgen) für Tabellen und Abbildungen hergestellt, zusätzlich durch einen Seitenverweis unter den Abbildungen.



Die dokumentierten Ergebnisse der Bundestagswahlen (bzw. Reichstagswahlen) geben nur die Landesergebnisse im (heutigen) Nordrhein-Westfalen wieder, sofern nicht ausdrücklich andere Bundesländer oder die Bundesrepublik Deutschland (bzw. das Deutsche Reich) insgesamt genannt werden.

Einführung

Dies Buch will ...

informieren über „40 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen". Das Wahlgeschehen wird in Schaubildern dokumentiert.

Gegründet 1946, zusammengefügt aus den ehemaligen preußischen Provinzen Rheinland (Nordteil), Westfalen und (1947) dem ehemals selbständigen Lippe-Detmold, erlebte das Land 1986 seinen 40. Geburtstag. Grund zum Feiern, Grund Bilanz zu ziehen? Wohl ja, Grund zu beidem.

Grund zum Feiern: Dieses Land gab es vorher nicht; in einer Zeit großer materieller Not geboren, seit der Halbzeit seines bisherigen Bestehens durch den wirtschaftlichen Bedeutungsverlust der Montanindustrie an seinem Lebensnerv getroffen, hat es dennoch Bestand gehabt. In den gut 40 Jahren seiner Geschichte hätte durchaus auch die politische Tragfähigkeit des neugebildeten Landes in Frage gestellt werden können. Die Ergebnisse von insgesamt 31 politischen Wahlen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene haben solche Fragestellungen nicht aufgeworfen. Auch besonderer Wahlprotest, sei es durch Wahlenthaltung oder durch Neigung zu Parteien am Rande des politischen Spektrums, ist nicht zu verzeichnen gewesen.

Grund Bilanz zu ziehen: Wie hat sich der Wählerwille von den Anfängen bis heute entwickelt im wählerreichsten Bundesland, das geprägt ist durch das größte industrielle Ballungsgebiet Europas einerseits und durch weite ländlich-katholische Siedlungsbereiche andererseits? Wieviel Kontinuität – wieviel Wandel, der nach Erklärung sucht? Welche Besonderheiten in der Entwicklung gegenüber anderen Bundesländern? Welche Auffälligkeiten in der Wählerstruktur und in der Struktur der Wahlergebnisse, welche regionalen Eigenheiten in einzelnen Landesteilen? Was ist überhaupt „typisch" in diesem Land, dessen Landschaften, dessen Sozial- und Wirtschaftsstrukturen keineswegs einheitlich sind, sondern recht unterschiedliches Profil haben? Welche Spuren hinterlassen die Eigenheiten der Landesteile in den Wahlentscheidungen?

Dies Buch ist ...

eine Dokumentation, keine Analyse. Als Dokumentation will es aber bei der Suche nach Antworten zu den aufgeworfenen Fragen hilfreich sein. Die besondere Form einer „Dokumentation in Bildern" wurde gewählt, weil sich in graphischen Darstellungen eher als in Tabellen das Wesentliche sichtbar machen läßt und weil der Blick auf die vielfältigen Zusammenhänge durch bildliches Nebeneinander meist einfacher zu vermitteln ist. Die dahinterstehenden genauen Zahlenwerte können dem tabellarischen Anhang entnommen werden.

Dies Buch liest richtig, ...

wer die Mühe nicht scheut, die Vielzahl der Graphiken mit Muße zu „lesen" und ihre Aussagen zu deuten. Um sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Texte dienen im wesentlichen der knappen Einführung in die ausgewählten Themenschwerpunkte, ansonsten geben Texte nur Erläuterungen und Lesehilfen zu den nebenstehenden Graphiken, weil diese z. T. vielfältige Bezüge aufzeigen und dann auf den ersten Blick recht kompliziert erscheinen mögen. In einigen Fällen führt eine vereinfachte Darstellung zu komplexeren Graphik- Seiten hin.

Einzuräumen ist dies: Bei der Auswahl und Anordnung der Graphiken mußten immer wieder Kompromisse eingegangen werden. Welche der möglichen Dimensionen waren jeweils herauszuheben – die zeitliche Entwicklung, der Parteienvergleich, der Gebietsvergleich oder die Wählergruppen? Und welche sollten dann in den Hintergrund treten? Gelegentlich waren es einfach Platzprobleme, die die Anordnung der Parteien im Schaubild diktierten, nicht ihre Plazierung im politischen Spektrum oder ihre jeweilige zahlenmäßige Bedeutung.

Die Dokumentation von Wahlergebnissen will nicht gleichzeitig eine eigene Wahlanalyse mitliefern. Die Analyse bleibt dem Leser überlassen, vor dem Hintergrund seines Wissens kann er die politischen Zusammenhänge selbst deuten. Gleichwohl geht schon die Auswahl und Gegenüberstellung verschiedener Wahlergebnisse in dieser Dokumentation von Thesen darüber aus, was denn die jeweils wichtigste Information sei und in welchem Ergebnisvergleich man besonders interessante Zusammenhänge aufspüren könnte.

Dies Buch konzentriert sich ...

auf bestimmte Themen zur Wahlgeschichte im Lande Nordrhein-Westfalen.

Vor genau 20 Jahren brachte das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik eine ähnliche Sonderveröffentlichung heraus: „50 Jahre Wahlen in NRW"; ausgehend von den Wahlergebnissen in der Weimarer Republik wurden Wandel und Kontinuität im Übergang zu dem noch jungen Bundesland aufgezeigt. Zwanzig Jahre später ist die Vorkriegsgeschichte in weitere Ferne gerückt. 40 Jahre Nordrhein-Westfalen – das ist nun schon eine eigenständige Epoche, die hier im Mittelpunkt der Betrachtung stehen soll.

Leitfaden ist dabei weniger die Chronologie der Wahlereignisse in diesen 40 Jahren; die Dokumentation ist vielmehr nach Themenschwerpunkten gegliedert:

1. Die Wahlen von 1947 bis 1985 im Überblick
   - Zeitliche Entwicklung des Wahlverhaltens
2. Von preußischer Provinz zum Bundesland
   - Wandel und Identität einer Wahllandschaft
   - NRW – ein besonderes Bundesland?
3. Wählerstrukturen
   - Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht von 1953 bis heute
4. Regionale und strukturelle Besonderheiten
   - Prägung durch soziale Strukturen
   - Gebietstypen und Hochburgen

1 Die Wahlen von 1947 bis 1987 im Überblick

Die Landtagswahlergebnisse, in ihrem **zeitlichen Verlauf** dargestellt, sollen in Kapitel 1 einen ersten **Überblick** über das Wahlgeschehen im Lande geben. Dieser Überblick dient als Hintergrund für vertiefende Darstellungen in den folgenden Kapiteln.

Zunächst die Beschränkung auf die **Landtagswahlen** und deren **Hauptergebnisse.** Entlang der Zeitachse von 1947 bis heute werden dargestellt:

- die Sitzverteilung im Landtag sowie
- Regierungskoalitionen und -mehrheiten als mittelbare Ergebnisse der Landtagswahlen;

Ebenfalls in zeitlicher Folge gegliedert sind:

- die Stimmenanteile der Parteien,
- die Konzentration auf die großen Parteien,
- der jeweilige Vorsprung von CDU bzw. SPD,
- die Entwicklung der Wähler- und Nichtwähleranteile.

Sodann einige Wahlbesonderheiten und Vergleiche:

- Vergleich von Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlergebnissen,
- Wahlunmut und Protest: Nichtwähler, ungültige Stimmen,
- abweichende Ergebnisse der Briefwahl.

Das erste Kapitel ist dementsprechend wie folgt gegliedert:

1.1 Landtage und Koalitionen

1.2 Die Parteienentwicklung
Stimmenanteile von Wahl zu Wahl

1.3 Wahlspezialitäten

FRAGESTELLUNGEN

- Welche politischen Parteien spielten überhaupt eine Rolle in Parlament und Regierung des Landes?
- Wie hat sich die Rollenverteilung zwischen den wichtigsten Parteien entwickelt?
- Wie konzentrierten sich die Stimmenanteile auf die großen Parteien, was blieb für die kleineren übrig?
- Wer „erbte" die Wählerstimmen derjenigen Parteien, die heute im Landtag keine Rolle mehr spielen?
- Das Rennen zwischen den beiden großen Parteien: immer Kopf an Kopf oder meist eine klare Sache?
- Die Ausstrahlung der Rollenverteilung auf Bundesebene: Vorteile oder Nachteile für den Ausgang der Landtagswahlen?
- Die politische Rollenverteilung im Landtag: Gegengewicht oder Verstärkung für die Mehrheitsverhältnisse im Bund?
- Die politischen Ebenen: Bund, Land und Kommunen – nur eine einzige politische Bühne oder Schauplätze für feine Bedeutungsunterschiede?
- Wie wurden die politischen Wahlmöglichkeiten seit Bestehen der Republik akzeptiert?
- Wie bedeutend ist die Briefwahl im allgemeinen und für einzelne Parteien geworden? Wer profitiert davon am meisten?

Landtage und Koalitionen
Vor 40 Jahren und heute

1.1

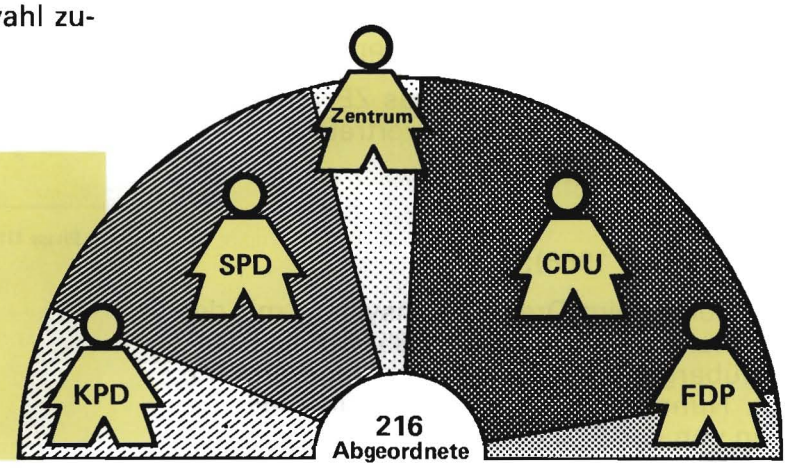
Die zwei Momentaufnahmen der Sitzverteilung 1947 und 1985 markieren die Randpunkte der langfristigen Entwicklung vom Anfang bis heute. Geändert hat sich:

– Die **Zahl** der im Landtag vertretenen **Parteien.** Am Anfang waren es fünf – nie waren es mehr. Davon übriggeblieben sind vorerst nur drei Parteien, vorübergehend waren es gar nur zwei. **KPD** und **ZENTRUM** sind seit 1954 bzw. 1958 nicht mehr im Landtag vertreten.

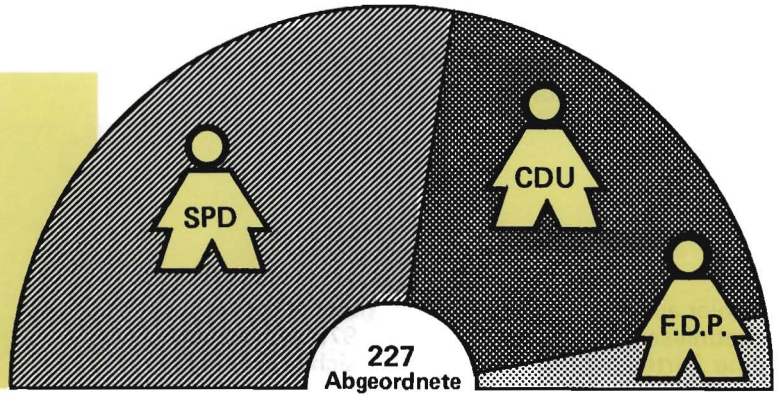
– Die **SPD** konnte die Zahl ihrer Landtagsmandate nahezu verdoppeln. **CDU** und **F.D.P.** hatten zunächst über mehrere Legislaturperioden einen größeren Anteil bei der Sitzverteilung, zuletzt sind sie fast wieder auf den Stand bei der ersten Landtagswahl zurückgefallen.

Zu welcher Bedeutung die einzelnen Parteien von der künftigen Entwicklung getragen werden könnten, ist aus der bisherigen Entwicklung mit Sicherheit nicht abzuleiten. Zwar sind in den noch folgenden Darstellungen dieses Kapitels Trends abzulesen, langfristige wie kurzfristige Trends, aber auch Gegentrends. Stimmengewinnen für eine Partei folgen in der Regel Stimmenverluste – das ist nur eine Frage der Zeit, in deren Verlauf die politischen Themen wechseln, in deren Verlauf auch die Parteien und ihre Repräsentanten mehr oder weniger Erfolg, Glück und Geschick haben, auf neue Probleme und neue Bewußtseinslagen die besseren Antworten zu finden. Und diese an die Wähler zu vermitteln, in Konkurrenz mit den anderen Parteien.

Sitzverteilung im Landtag
1947



Sitzverteilung im Landtag
1985



Tab.→S.116

Die wichtigsten Parteienkonstellationen

Sitzverteilung und Regierungskoalitionen

Läßt man einmal die kurzfristig agierenden Kabinette Amelunxen (1946 bis 1947, von der britischen Besatzungsmacht ernannt) und das Kabinett Steinhoff (1956 bis 1958) außer acht, dann zeichnen sich in der Nachkriegszeit im wesentlichen drei Phasen ab:

Phase I (1947-1950):

Im Landtag sind fünf Parteien vertreten. Es regiert eine große Koalition aus CDU, ZENTRUM und SPD, der zunächst auch noch die KPD angehört. Die F.D.P. steht, wie auch in der folgenden Legislaturperiode, in der Opposition.

Phase II (1950-1966):

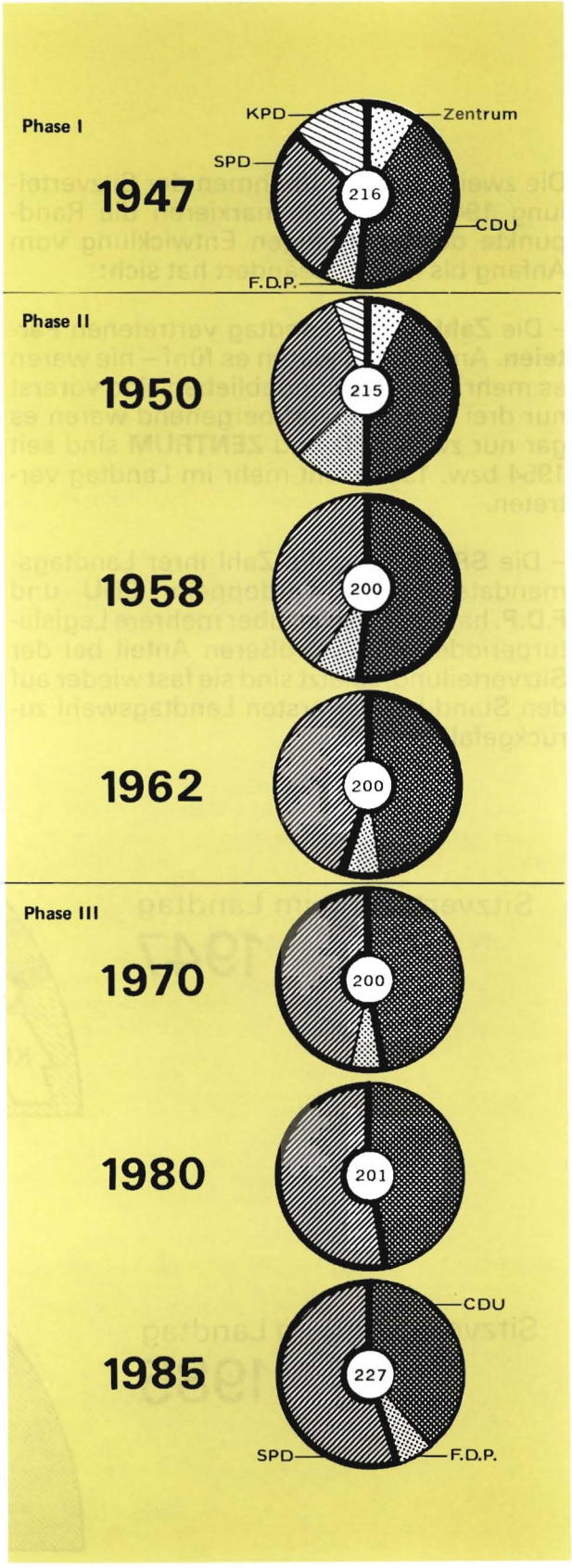
Die Zahl der im Landtag vertretenen Parteien sinkt von fünf auf drei. Es gibt CDU-geführte Regierungen (mit kurzer Unterbrechung von 1956 bis 1958):

1) CDU mit ZENTRUM bildet die Regierung (kurzfristig tritt auch die SPD hinzu)
2) CDU-Alleinregierung (das ZENTRUM ist nicht mehr im Landtag vertreten)
3) CDU/F.D.P.-Koalition

Phase III (ab 1966):

Es bleibt beim Dreiparteiensystem mit der Ausnahme von 1980 bis 1985, wo die F.D.P. vorübergehend nicht im Landtag vertreten ist. Nunmehr werden die Landesregierungen von der SPD geführt:

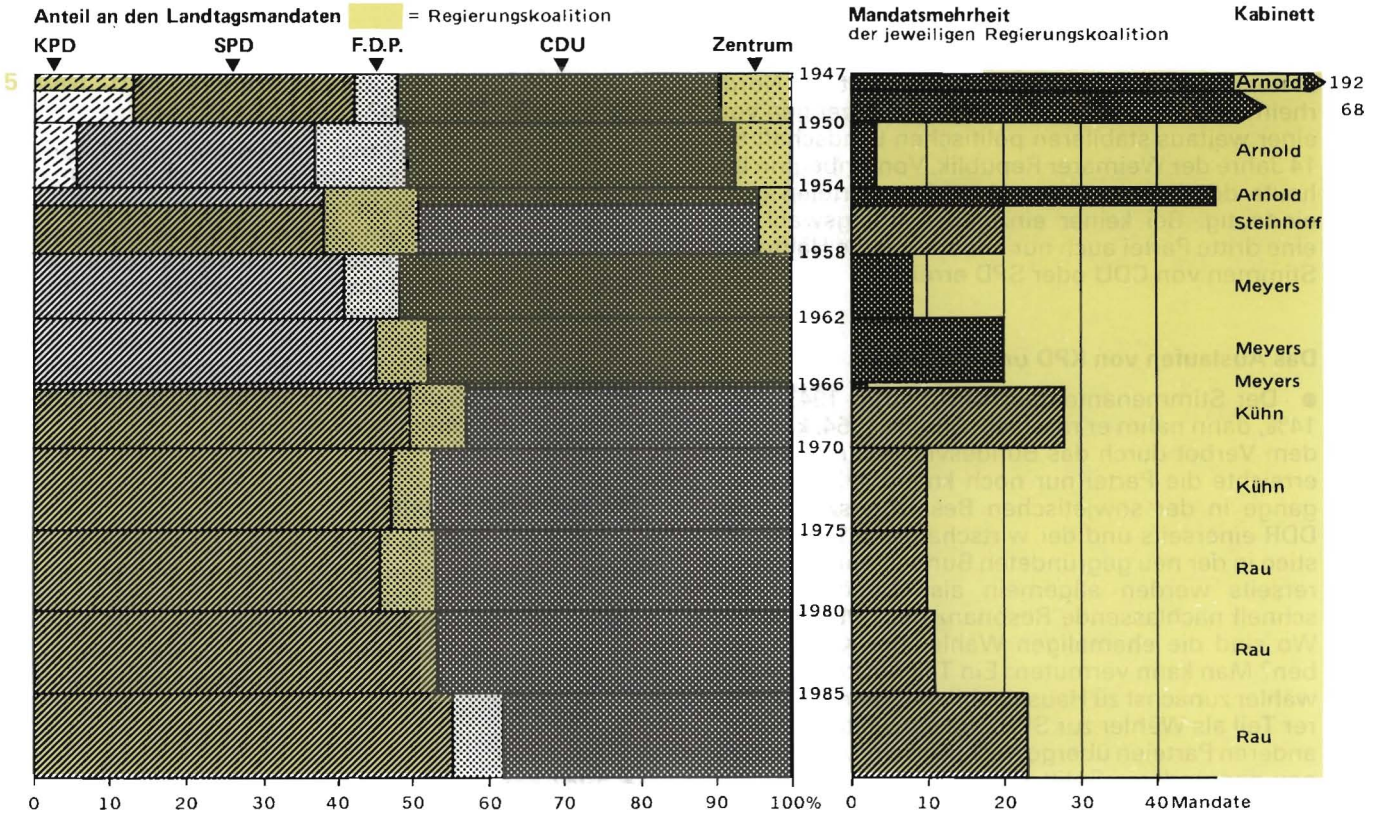
1) SPD/F.D.P.-Koalitionen
2) Alleinregierung der SPD im Zweiparteiensystem
3) Alleinregierung der SPD gegenüber zwei Oppositionsparteien



Die hier aus Platzgründen nicht abgebildeten Wahlergebnisse von 1954, 1966 und 1975 erbrachten keine Parteienkonstellationen, die sich wesentlich von den dargestellten unterscheiden.

Tab.→S.116

Sitzverteilung, Koalitionen, Mandatsmehrheiten und Kabinette



5 **19 Jahre** dauerten die Phasen I und II mit CDU-geführten Landesregierungen (mit zweieinhalbjähriger Unterbrechung),
21 Jahre wird seither die Landesregierung in ununterbrochener Folge von der SPD geführt.

1990, mit Auslaufen der gegenwärtigen Legislaturperiode, wird man den drei im Landtag vertretenen Parteien folgende Regierungszeiten im Lande zurechnen können:

- SPD: 29 1/2 Jahre, davon hat sie 26 1/2 Jahre lang selbst den Ministerpräsidenten gestellt;
- CDU: 16 1/2 Jahre, in dieser Zeit hat sie immer den Ministerpräsidenten gestellt;
- F.D.P.: 22 Jahre Regierungsbeteiligung.

Drei Grundsatzentscheidungen bei der Koalitionsbildung im Lande verdienen hervorgehoben zu werden, weil sie entweder konträr zu bundespolitischen Weichenstellungen verliefen, oder weil sie bundespolitische Weichenstellungen gefördert haben dürften:

1947: Ministerpräsident Arnold (CDU) bildet eine Koalition mit der SPD entgegen dem Wunsch der CDU-Führung in Bonn, die im Gleichklang mit der Entscheidung auf Bundesebene gern die F.D.P. auch in der Landesregierung von NRW gesehen hätte.

1956: Eineinhalb Jahre nachdem Ministerpräsident Arnold erstmals die F.D.P. in die Regierung aufgenommen hat, wechselt die F.D.P. als Koalitionspartner zur SPD. Es kommt zum Sturz von Ministerpräsident Arnold und zur Bildung des ersten sozialliberalen Kabinetts, das allerdings nur bis zur nächsten Wahl 1958 Bestand hat.

1966: Erfolgreiche Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und F.D.P. führen zur sozialliberalen Regierungsbildung, ein Bündnis, das über einen langen Zeitraum anhält und 1969 auch auf Bundesebene eingegangen wird.

Tab. → S.116

1.2 Parteienentwicklung
Stimmenanteile von Wahl zu Wahl

7.1 Erster Befund: 40 Jahre Wahlgeschichte in Nordrhein- Westfalen – die Wahlergebnisse zeugen von einer weitaus stabileren politischen Landschaft als 14 Jahre der Weimarer Republik. Von Anbeginn bis heute dominieren die zwei großen Parteien ganz eindeutig. Bei keiner einzigen Landtagswahl hat eine dritte Partei auch nur annähernd die Hälfte der Stimmen von CDU oder SPD erreicht.

Das Auslaufen von KPD und Zentrum:

● Der Stimmenanteil der **KPD** betrug 1947 noch 14%, dann nahm er rasch ab. Bereits 1954, kurz vor dem Verbot durch das Bundesverfassungsgericht, erreichte die Partei nur noch knapp 4%. Die Vorgänge in der sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR einerseits und der wirtschaftliche Wiederaufstieg in der neu gegründeten Bundesrepublik andererseits werden allgemein als Gründe für die schnell nachlassende Resonanz der KPD genannt. Wo sind die ehemaligen Wähler der KPD geblieben? Man kann vermuten: Ein Teil dürfte als Nichtwähler zunächst zu Hause geblieben sein, ein anderer Teil als Wähler zur SPD und ein weiterer Teil zu anderen Parteien übergewechselt sein, vor allem zu neu gegründeten Splitterparteien.

● Das **ZENTRUM** nahm von anfänglich rd. 10% kontinuierlich ab und spielt heute ebenfalls keine Rolle mehr. Die meisten Repräsentanten des ehemaligen ZENTRUMS hatten sich nach dem Kriege für die Gründung der CDU entschieden. Ihre früheren Wähler dürften dieser Entscheidung mehr und mehr gefolgt sein.

Die alte und die neue große Partei: SPD und CDU

● Die **SPD** hat als einzige große Partei der Weimarer Republik die Naziherrschaft, deren Zusammenbruch und die frühe Entwicklung in Bund und Land überlebt. Mit 32% im Jahre 1947 zunächst zweitstärkste Partei, ist sie als Oppositionspartei in Bund und Land bis 1966 auf knapp 50% der gültigen Stimmen aufgestiegen. Als Regierungspartei in NRW ist sie nach einer vorübergehenden Schwächung 1970 und 1975 zuletzt sogar über die absolute Mehrheit aller gültigen Stimmen hinausgelangt (1985: 52,1%).

● Viel schneller verlief der Aufstieg der **CDU** zur stärksten Partei im Lande, als gemischt-konfessionelle Nachfolgeorganisation des überwiegend katholischen ZENTRUMS, das hier früher seine Hochburgen hatte. Seit der Landtagswahl 1958, bei der die CDU mit 50,5% die absolute Mehrheit erreicht hatte, ist sie zunächst als Regierungspartei, dann auch als Oppositionspartei wieder zurückgefallen.

SPD und CDU als „Erben" früherer KPD- bzw. ZENTRUM- Stimmen? 7.2

● Unterstellt man einmal, daß vormalige KPD- und ZENTRUM-Wähler ihre Stimmen vor allem der Partei von Gewicht gegeben haben, die ihrer früheren Wahlentscheidung am ehesten entsprach, rechnet man ihre Stimmen also von Anbeginn denen der SPD bzw. der CDU hinzu, dann erscheint der Aufstieg der sozialistischen bzw. christlichen Gruppierung in den 50er Jahren nicht mehr so rasant. So hatten CDU und ZENTRUM 1947 zusammen bereits 47,4% und SPD und KPD zusammen 46% der Stimmen auf sich vereinigen können.

Die kleineren Parteien:

● Die **F.D.P.** trat die Nachfolge verschiedener liberaler Gruppierungen der Weimarer Zeit an und erzielte zunächst 6% der gültigen Stimmen. Als Nicht- Regierungspartei im Lande konnte sie ihren Stimmenanteil zu Anfang der 50er Jahre verdoppeln, danach bewegt sich ihr Stimmenanteil wieder um die 6%.

● 1947 benötigten die Parteien zur Teilnahme an der Wahl noch eine Lizenz der Besatzungsmacht. **Andere Parteien** als die genannten erlangten zur Wahl 1947 landesweit noch keine Bedeutung. Zu Beginn der 50er Jahre erreichten andere Parteien dann zusammen wenig mehr als 5% der Stimmen, um anschließend wieder auf unter 1% abzusinken – vielleicht auch infolge der neu eingeführten Fünfprozent-Klausel, die die Erringung eines Landtagsmandats aussichtslos erscheinen ließ.

● Seit Beginn der 80er Jahre schicken sich nunmehr die **GRÜNEN** an, den Bann der 5%-Klausel zu brechen, was ihnen bei Landtagswahlen in NRW bisher nicht, bei allen anderen Wahlen seit 1983 aber auch in NRW gelang.

Regierung oder Opposition,
wer hat die bessere Ausgangsposition bei der Wahl?

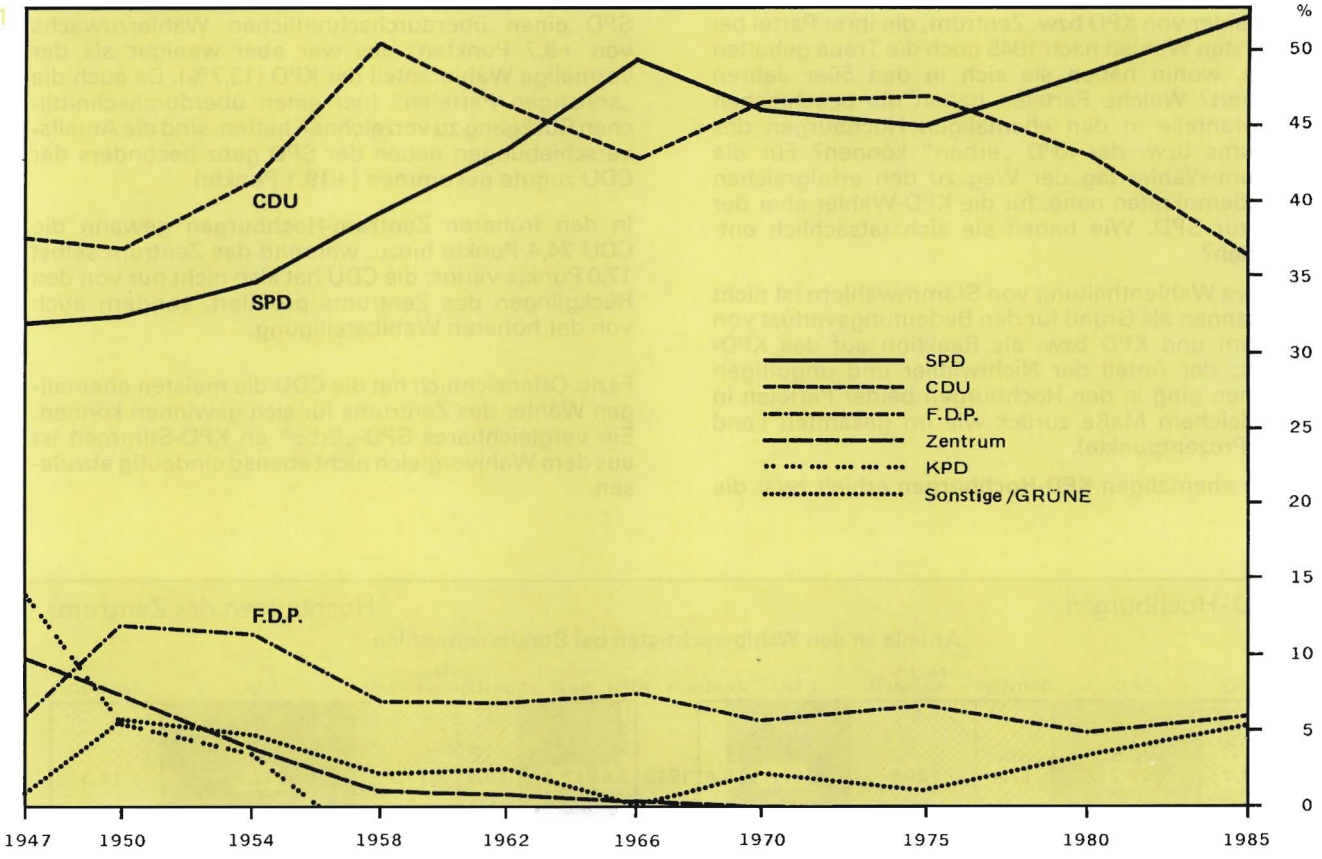
Die Teilnahme an der Landesregierung konnte den Parteien sowohl Vorteile als auch Nachteile bei den folgenden Wahlgängen bringen. Die CDU z.B. verzeichnete als Regierungspartei zunächst einen anhaltend kräftigen Aufstieg, fiel dann wieder ab und kam dadurch in die Oppositionsrolle; als Opposition im Landtag erlebte sie zunächst einen Stimmenanstieg und dann kräftige Stimmenrückgänge. Ähnlich war es bei den anderen Parteien.

Zusammenhänge lassen sich erkennen, wenn man neben der Rollenverteilung im Landtag auch die jeweilige Rollenverteilung auf Bundesebene miteinbezieht (s. Seite 13).

Stimmenanteile und deren Veränderungen bei den Landtagswahlen von 1947 bis 1985

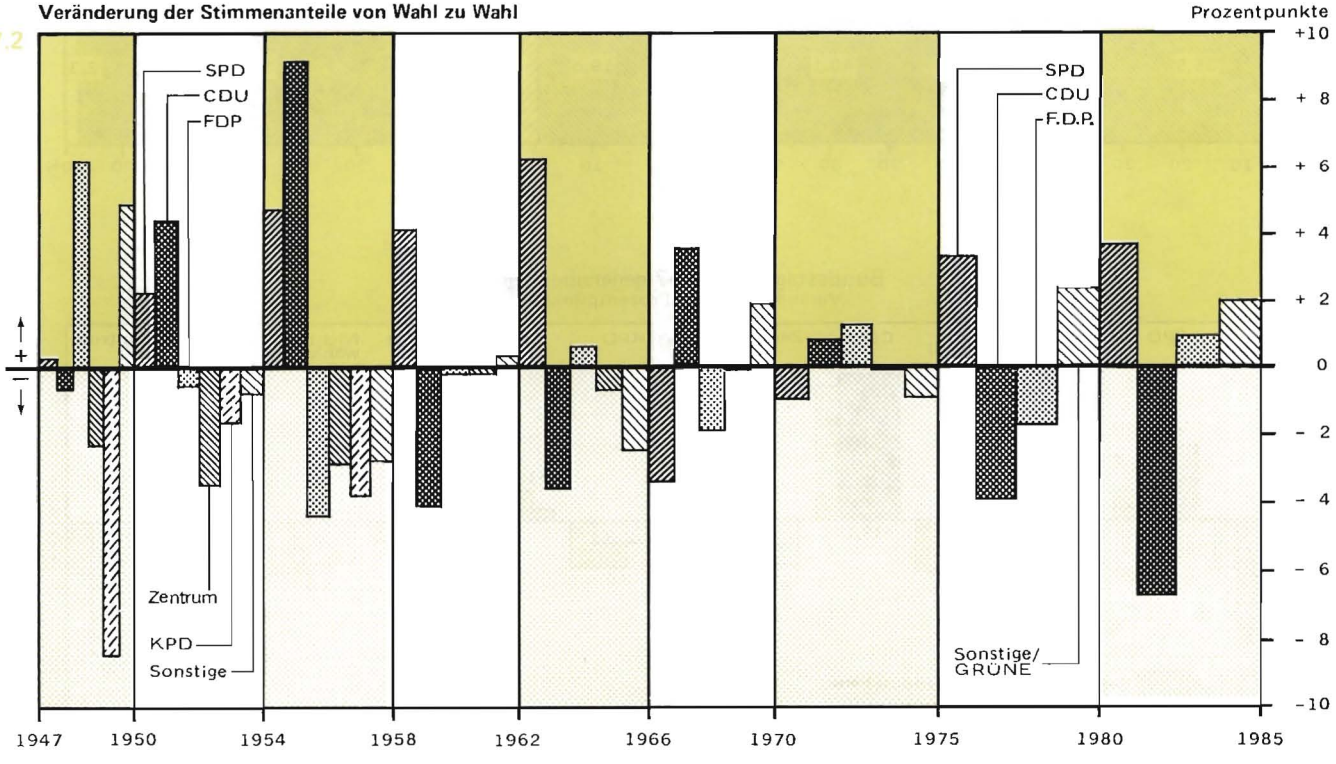
Anteile an den gültigen Stimmen

7.1



Veränderung der Stimmenanteile von Wahl zu Wahl

7.2



Tab.→S.116

1.2 Auf dem Weg zum Dreiparteiensystem

Wählerbewegungen in ehemaligen Hochburgen von Zentrum und KPD*), Bundestagswahl 1957 gegenüber 1949

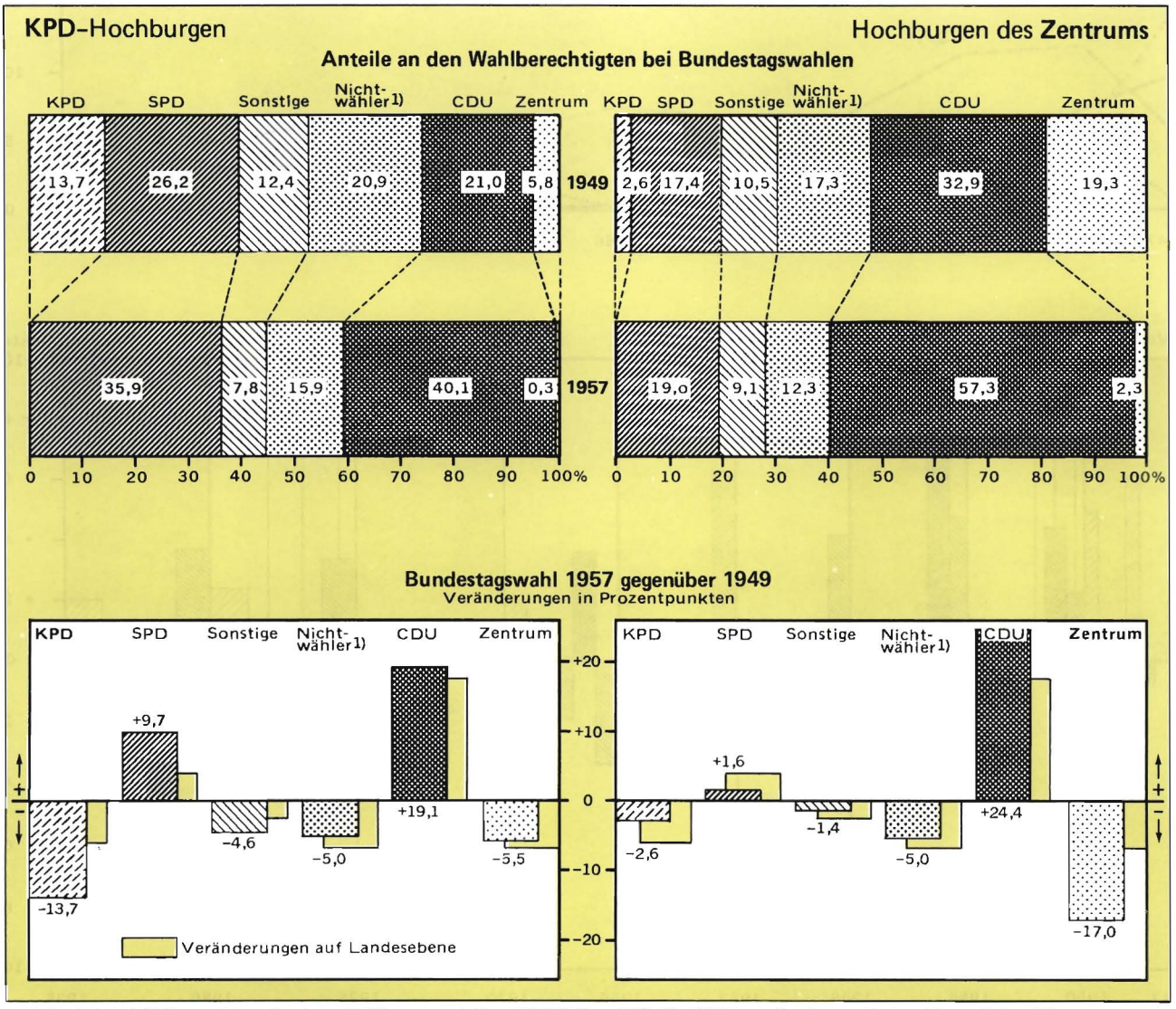
Die Wähler von KPD bzw. Zentrum, die ihrer Partei bei den ersten Wahlen nach 1945 noch die Treue gehalten hatten, wohin haben sie sich in den 50er Jahren orientiert? Welche Parteien haben die beachtlichen Wähleranteile in den ehemaligen Hochburgen des Zentrums bzw. der KPD „erben" können? Für die Zentrum-Wähler lag der Weg zu den erfolgreichen Christdemokraten nahe, für die KPD-Wähler eher der Weg zur SPD. Wie haben sie sich tatsächlich entschieden?

8 Massive Wahlenthaltung von Stammwählern ist nicht zu erkennen als Grund für den Bedeutungsverlust von Zentrum und KPD bzw. als Reaktion auf das KPD-Verbot; der Anteil der Nichtwähler und ungültigen Stimmen ging in den Hochburgen beider Parteien in fast gleichem Maße zurück wie im gesamten Land (−6,6 Prozentpunkte).

8.1 In den ehemaligen **KPD-Hochburgen** erhielt zwar die SPD einen überdurchschnittlichen Wählerzuwachs von +9,7 Punkten; das war aber weniger als der vormalige Wähleranteil der KPD (13,7%). Da auch die „sonstigen Parteien" hier einen überdurchschnittlichen Rückgang zu verzeichnen hatten, sind die Anteilsverschiebungen neben der SPD ganz besonders der CDU zugute gekommen (+19,1 Punkte).

In den früheren **Zentrum-Hochburgen** gewann die CDU 24,4 Punkte hinzu, während das Zentrum selbst 17,0 Punkte verlor; die CDU hat also nicht nur von den Rückgängen des Zentrums profitiert, sondern auch von der höheren Wahlbeteiligung. 8.2

Fazit: Offensichtlich hat die CDU die meisten ehemaligen Wähler des Zentrums für sich gewinnen können. Ein vergleichbares SPD-„Erbe" an KPD-Stimmen ist aus dem Wahlvergleich nicht ebenso eindeutig abzulesen.



*) Kreisfreie Städte und Landkreise mit Stimmenanteilen (1949) über 15% für KPD bzw. Zentrum 1) einschl. ungültige Stimmen

Stimmenanteil von SPD und CDU zusammen und
Abstand der Stimmenanteile zwischen SPD und CDU („Vorsprünge")
bei den Landtagswahlen von 1947 bis 1985

Parteienkonzentration

9.1 Die erste Landtagswahl 1947 hob die CDU und SPD mit zusammen knapp 70% der gültigen Stimmen bereits deutlich aus der Schar der Mitbewerber heraus. In der Folge konnten die beiden großen Parteien dann immer mehr Stimmen auf sich konzentrieren:

Über zweieinhalb Jahrzehnte erhielten CDU und SPD zusammen zwischen knapp 90% und 92,5% aller gültigen Stimmen. Erst in jüngster Zeit, mit dem Erscheinen der GRÜNEN, nahm der Konzentrationsgrad wieder ab, er erreichte 1985 aber immer noch 88,6%.

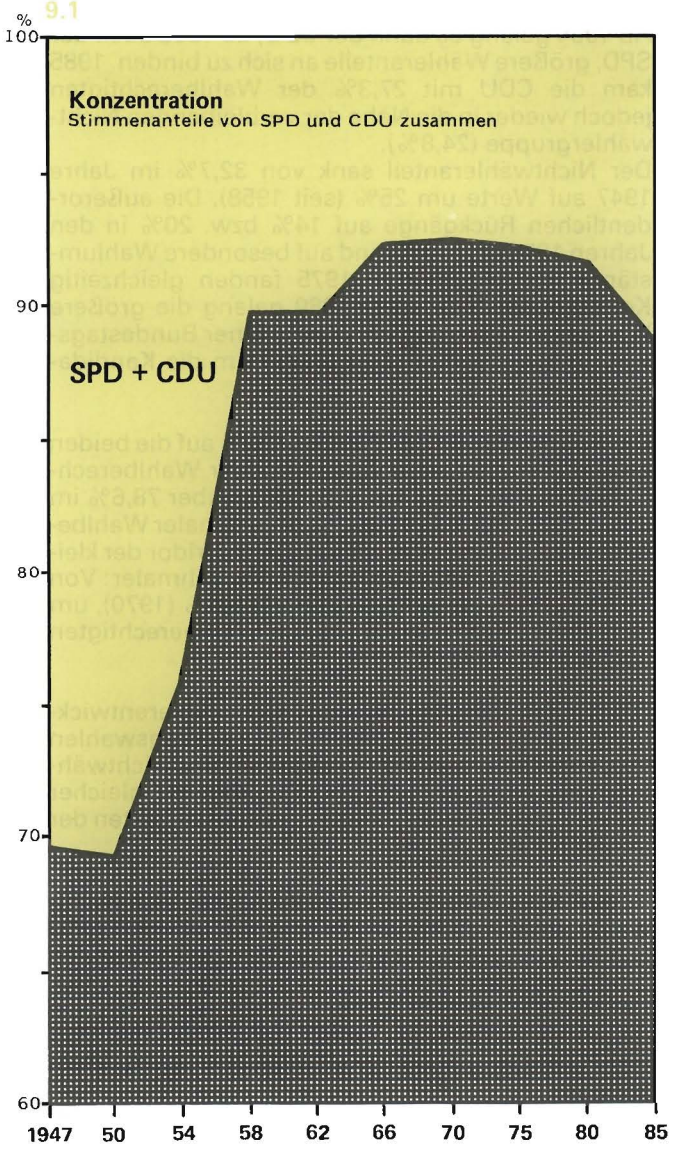
Stimmenvorsprung der SPD bzw. CDU

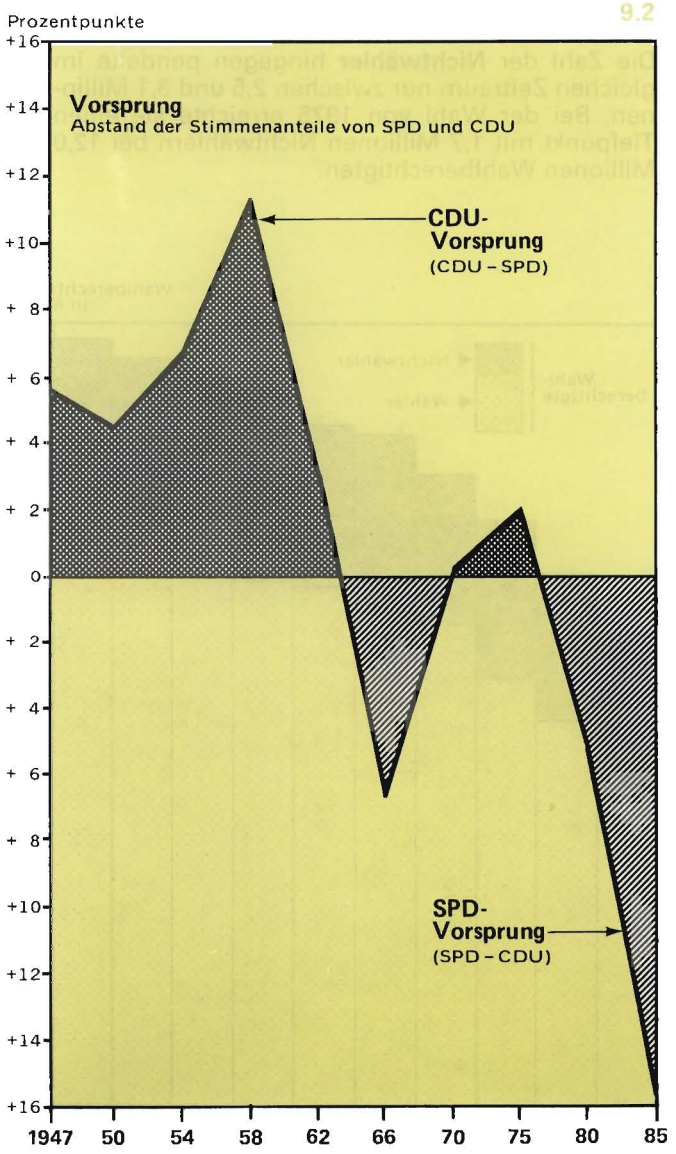
1947 startete die **CDU** mit einem Vorsprung, sie 9.2
erreichte 5,6 Prozentpunkte mehr an gültigen Stimmen als die SPD. Bis 1958 konnte die CDU ihren Vorsprung dann auf über 11 Punkte ausbauen.

Im Zuge zweier aufeinanderfolgender Wahlen kehrte sich der Vorsprung dann bis 1966 rasch zugunsten der **SPD** um (+6,7 Prozentpunkte).

In ihrer Oppositionszeit im Landtag vermochte die CDU zunächst aufzuholen. 1975 brachte sie es wieder auf einen kleinen Vorsprung von 2 Punkten vor der SPD.

Danach wendete sich der Vorteil erneut; nach zwei Landtagswahlen konnte die SPD 1985 schließlich ihren Vorsprung auf 15,6 Punkte vor der CDU ausbauen.





Tab.→S.116

1.2 Wählerentwicklung

Wahlberechtigte, Wähler und Nichtwähler

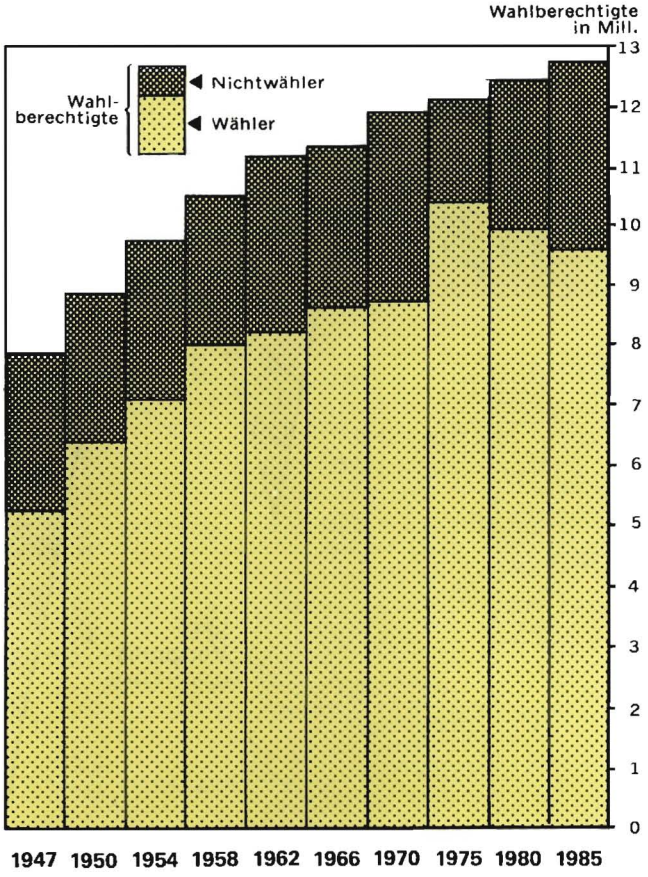
10 Mit dem allgemeinen Bevölkerungswachstum im Lande stieg auch die Zahl der **Wahlberechtigten** von 7,8 Millionen im Jahre 1947 auf 12,7 Millionen 1985.

Nach größeren Zuwachsraten in den 50er Jahren wurde dann noch einmal 1970 ein größerer Sprung um rd. 600 000 zusätzliche Wahlberechtigte durch die Senkung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre bewirkt. Die Zunahme der Wahlberechtigtenzahlen hielt in den 70er und 80er Jahren auch dann noch an, als infolge der Geburtenrückgänge längst Jahr für Jahr Rückgänge der Gesamtbevölkerung zu verzeichnen waren. Der Geburtenrückgang wird sich bei den Wahlberechtigten erst mit 18jähriger Verspätung auswirken, etwa gegen Ende der 80er Jahre.

Die Zahl der **Wähler** hat sich von 1947 bis 1985 fast verdoppelt, sie stieg von 5,29 Millionen auf 9,56 Millionen Wähler.

Die Zahl der **Nichtwähler** hingegen pendelte im gleichen Zeitraum nur zwischen 2,5 und 3,1 Millionen. Bei der Wahl von 1975 erreichte sie einen Tiefpunkt mit 1,7 Millionen Nichtwählern bei 12,0 Millionen Wahlberechtigten.

10



11.1 Durch unterschiedliche Farbraster wird die Aufgliederung der Wahlberechtigten (= 100%) in Wähleranteile der Parteien und Nichtwähler markiert; insgesamt werden drei Blöcke dargestellt:

- Die Wähler der beiden großen Parteien zusammen,
- die Wähler der anderen (kleineren) Parteien
- und die Nichtwähler.

Darunter findet man die Anteile der einzelnen Gruppen zum besseren Vergleich noch einmal von der Grundlinie abgetragen. Der gleiche Bezug sowohl der Wähler als auch der Nichtwähler auf die Gesamtheit der Wahlberechtigten macht die Parteienanteile mit den Anteilen der „Nichtwählerpartei" vergleichbar:

1947 und auch noch 1950 war die „Partei der **Nichtwähler**" bei Landtagswahlen die stärkste Partei, stärker also als CDU oder SPD.
Ab 1954 gelang es dann der CDU, ab 1958 auch der SPD, größere Wähleranteile an sich zu binden. 1985 kam die CDU mit 27,3% der Wahlberechtigten jedoch wieder in die Nähe der verbleibenden Nichtwählergruppe (24,8%).
Der Nichtwähleranteil sank von 32,7% im Jahre 1947 auf Werte um 25% (seit 1958). Die außerordentlichen Rückgänge auf 14% bzw. 20% in den Jahren 1975 und 1980 sind auf besondere Wahlumstände zurückzuführen. 1975 fanden gleichzeitig Kommunalwahlen statt; 1980 gelang die größere Wählermobilisierung im Vorfeld einer Bundestagswahl mit Auseinandersetzungen um die Kandidatenkür bei der CDU.

Die **Konzentration** der Wähleranteile auf die beiden großen Parteien stieg von 44,4% der Wahlberechtigten bei der ersten Landtagswahl (über 78,6% im Jahre 1975) auf zuletzt 66,2% bei normaler Wahlbeteiligung für Landtagswahlen. Der Korridor der kleinen Parteien wurde zunächst immer schmaler: Von 19,4% (1947) verengte er sich auf 5,6% (1970), um sich zuletzt wieder auf 8,5% der Wahlberechtigten 1985 zu verbreitern.

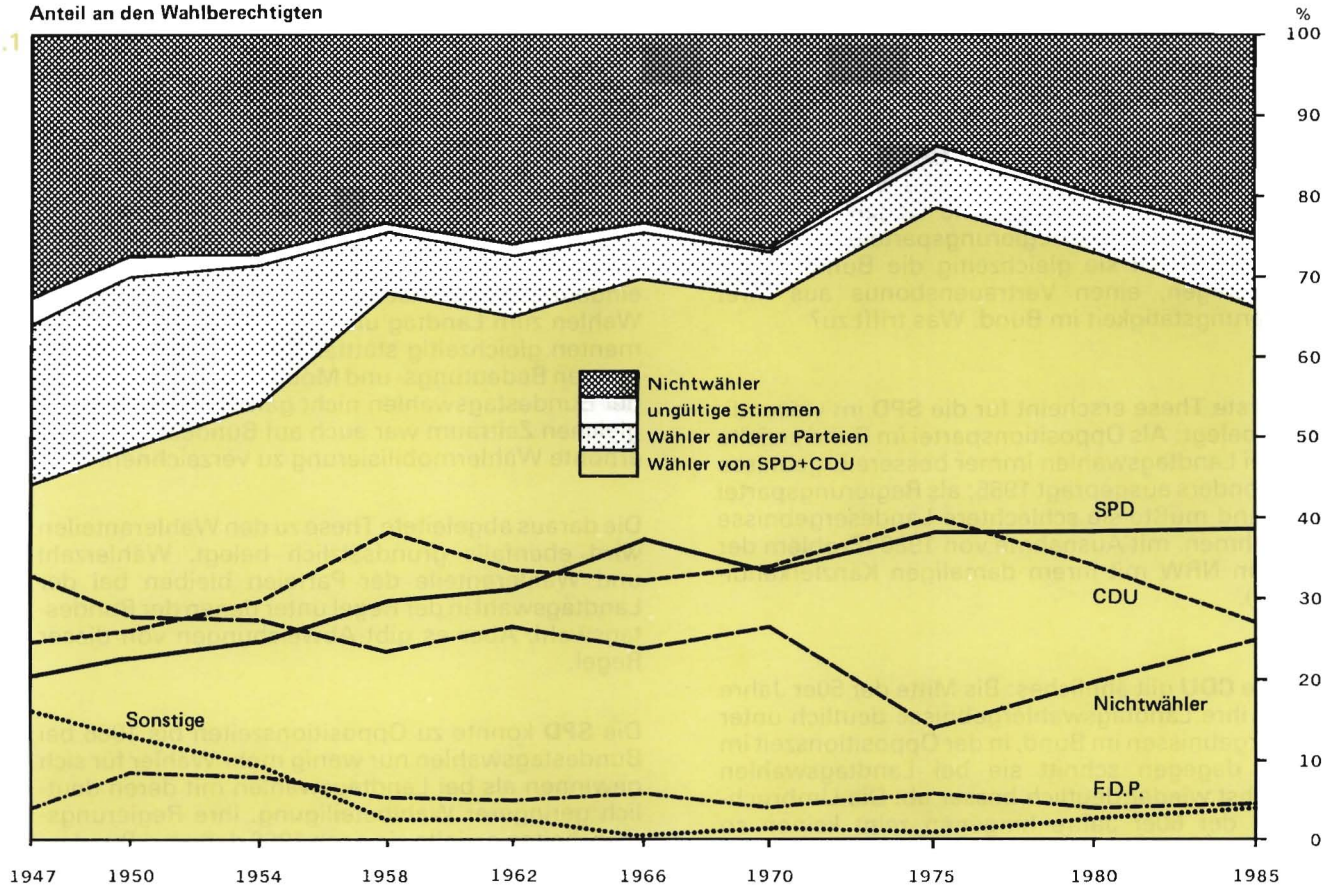
Die Gegenüberstellung von Nichtwählerentwicklung und Wählerentwicklung bei Landtagswahlen läßt erkennen, daß die Änderungen des Nichtwähleranteils von Wahl zu Wahl nicht immer in gleicher Weise zugunsten der einen Partei und zu Lasten der anderen Partei gingen:

11.2 In den 50er Jahren kam die Abnahme des Nichtwähleranteils offenbar in erster Linie der CDU zugute, der Wiederanstieg der Nichtwählerzahlen ging umgekehrt vornehmlich zu Lasten der CDU. Derweil hat die SPD bei drei Landtagswahlen, bei denen der Nichtwähleranteil gegenüber der Vorwahl wieder anstieg, ihren Wähleranteil steigern können.

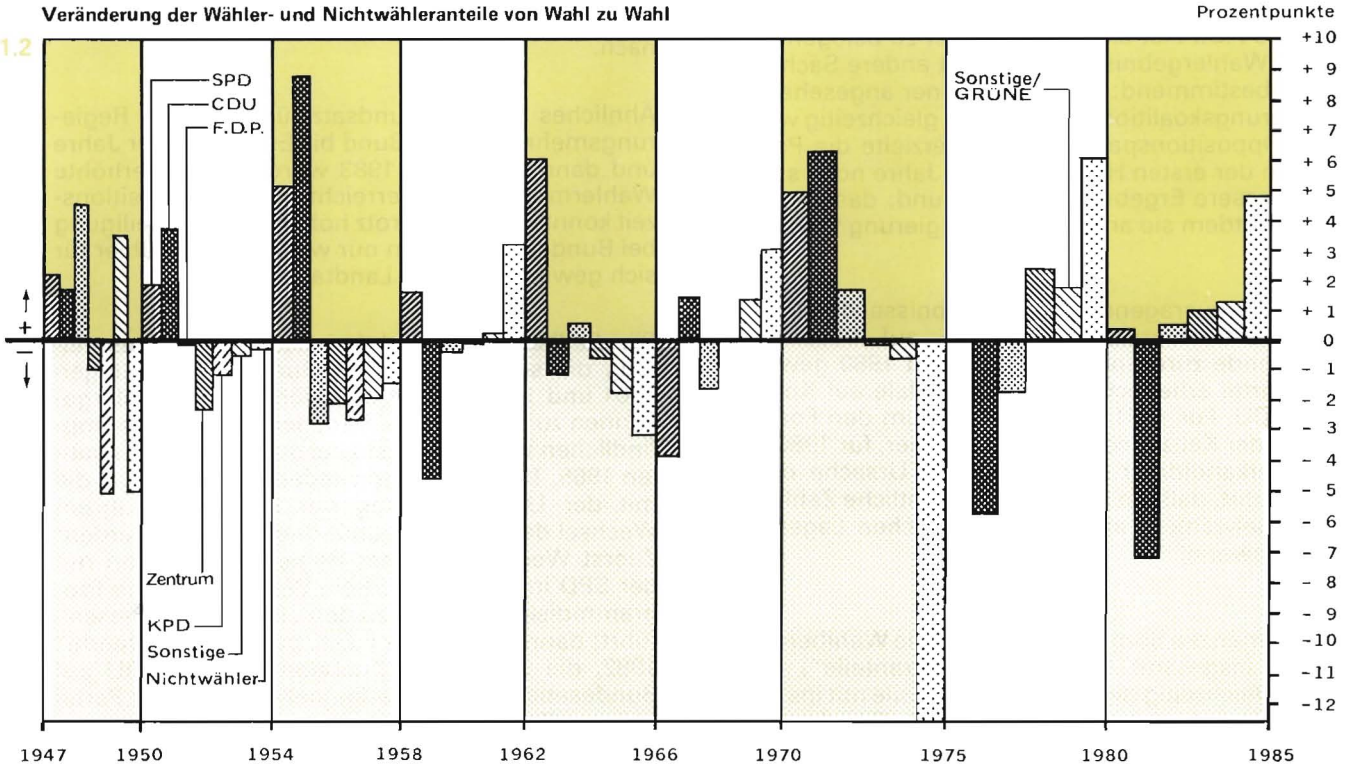
Tab.→S.117

Anteile an den Wahlberechtigten bei Landtagswahlen von 1947 bis 1985 und deren Veränderungen von Wahl zu Wahl

11.1 Anteil an den Wahlberechtigten



11.2 Veränderung der Wähler- und Nichtwähleranteile von Wahl zu Wahl



Tab.→S.117

1.3 Wahlspezialitäten
Wahlen und Wählergruppen im Vergleich

Eine oft zitierte **These** besagt, daß diejenigen Parteien, die auf Bundesebene die Regierung tragen, bei Landtagswahlen schlechter abschneiden als bei Bundestagswahlen. Danach wäre der Wähler bestrebt, in der Landespolitik Gegengewichte zur Regierungsmehrheit im Bund zu schaffen oder „Denkzettel" zu verteilen. Eine **Gegenthese** dazu lautet: Erfolgreiche Regierungsparteien im Land erfahren, wenn sie gleichzeitig die Bundesregierung tragen, einen Vertrauensbonus aus ihrer Regierungstätigkeit im Bund. Was trifft zu?

13.1 Die erste These erscheint für die **SPD** im wesentlichen belegt: Als Oppositionspartei im Bund erzielte sie bei Landtagswahlen immer bessere Ergebnisse – besonders ausgeprägt 1985; als Regierungspartei im Bund mußte sie schlechtere Landesergebnisse hinnehmen, mit Ausnahme von 1980 (Problem der CDU in NRW mit ihrem damaligen Kanzlerkandidaten).

Für die **CDU** gilt ähnliches: Bis Mitte der 50er Jahre lagen ihre Landtagswahlergebnisse deutlich unter den Ergebnissen im Bund, in der Oppositionszeit im Bund dagegen schnitt sie bei Landtagswahlen zunächst wieder deutlich besser ab. Die Umbruchphase der 60er Jahre hingegen zeigt keinen so eindeutigen Beleg für die These: Ihre (fallenden) Stimmenanteile in Bund und Land glichen sich in dieser Phase einander an.

Für die **F.D.P.** ist die These schwer zu belegen. Bei ihren Wahlergebnissen waren oft andere Sachverhalte bestimmend: Als Partner einer angesehenen Regierungskoalition im Bund und gleichzeitig wichtige Oppositionspartei im Land erzielte die Partei hier in der ersten Hälfte der 50er Jahre noch sichtlich bessere Ergebnisse als im Bund; das änderte sich, seitdem sie an der Landesregierung teilhatte.

Zwei herausragende Einzelergebnisse der **F.D.P.** bei Bundestagswahlen werden auf besondere Umstände zurückgeführt: 1961 und 1980 gewann die Partei erheblich hinzu, beide Male auf Kosten der CDU. Für 1961 wird der Streit um den Fortbestand der Kanzlerschaft von Adenauer, für 1980 die Kanzlerkandidatur von Strauß als Ursache dafür angeführt, daß die F.D.P. eine beachtliche Zahl von Wechselwählern aus dem bürgerlichen Lager für sich gewann.

Wenn man die Stimmenanteile auf die Wahlberechtigten insgesamt bezieht („Wähleranteile") und auch gleichzeitig die Nichtwähleranteile mit ins Bild rückt, dann lassen sich die folgenden Gegebenheiten ablesen:

- Der Nichtwähleranteil ist bei Landtagswahlen 13.2 immer größer als bei Bundestagswahlen. Daraus ergibt sich:
- Der erreichbare Wähleranteil der Parteien liegt bei Landtagswahlen tendenziell unter ihrem Wähleranteil bei Bundestagswahlen.

Die erste These wird durch die Abbildung (unten) eindeutig belegt. Auch die Tatsache, daß 1975 die Wahlen zum Landtag und zu den Kommunalparlamenten gleichzeitig stattfanden, konnte den allgemeinen Bedeutungs- und Mobilisierungsvorsprung der Bundestagswahlen nicht ganz wettmachen, im gleichen Zeitraum war auch auf Bundesebene eine erhöhte Wählermobilisierung zu verzeichnen.

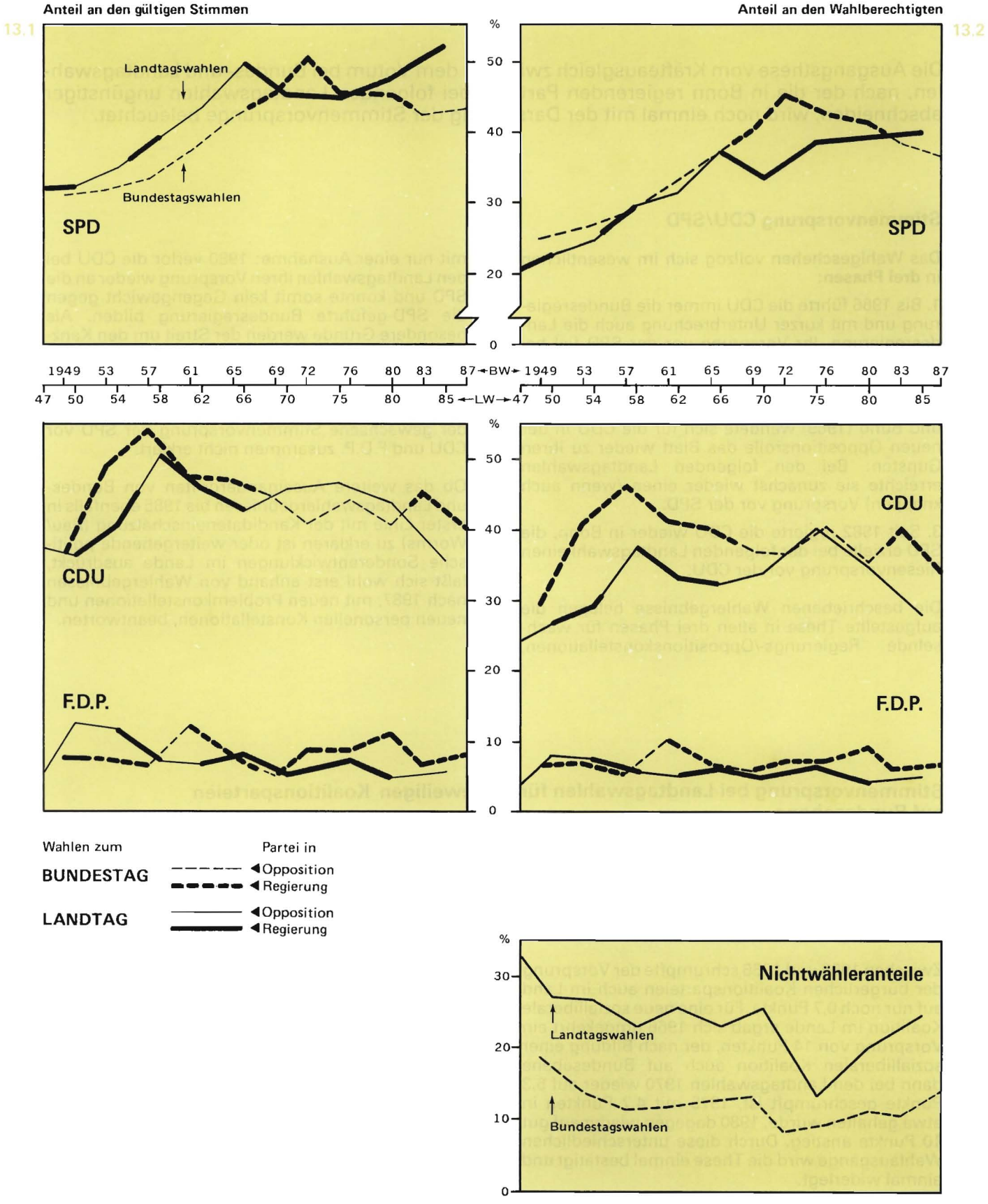
Die daraus abgeleitete These zu den Wähleranteilen wird ebenfalls grundsätzlich belegt. Wählerzahl und Wähleranteile der Parteien bleiben bei der Landtagswahl in der Regel unter denen der Bundestagswahl. Aber es gibt Abweichungen von dieser Regel.

Die **SPD** konnte zu Oppositionszeiten bis 1966 bei Bundestagswahlen nur wenig mehr Wähler für sich gewinnen als bei Landtagswahlen mit deren deutlich geringerer Wahlbeteiligung. Ihre Regierungsmehrheiten erzielte sie nach 1966 dann bei Bundestagswahlen durch deutlich höhere Wählermobilisierung als bei Landtagswahlen. Andererseits erreichte die Partei bei der letzten Landtagswahl (1985) einmal sogar einen höheren Wähleranteil als bei den beiden Bundestagswahlen davor und danach.

Ähnliches gilt im Grundsatz für die **CDU**: Regierungsmehrheiten im Bund bis Ende der 60er Jahre und dann wieder ab 1983 wurden durch erhöhte Wählermobilisierung erreicht. In ihrer Oppositionszeit konnte die Partei trotz höherer Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nur wenig mehr Wähler für sich gewinnen als bei Landtagswahlen.

Für die **F.D.P.** sind auch bei dieser Gegenüberstellung die schon genannten Sondererscheinungen 1961 und 1980 mit außergewöhnlichen Wählergewinnen zu beobachten. Daneben stechen die empfindlichen Wählerverluste bei den Bundestagswahlen 1965, 1969 und dann wieder 1983 ins Auge, die mit der Umorientierung der Partei bzw. ihrem Wechsel der Regierungsbündnisse erklärt werden: Zuerst Wechsel zu einer Regierungskoalition mit der SPD im Land Nordrhein-Westfalen sowie Programmdiskussion, die zu den „Freiburger Thesen" führt; dann die von der F.D.P. betriebene „Wende" 1982, die wieder zur Koalition mit der CDU auf Bundesebene führt: Traditionelle Wähler der Partei waren offenbar irritiert, neue zunächst kaum gewonnen.

Stimmenanteile und Wähleranteile bei Landtags- und Bundestagswahlen



Tab.→S.118

Stimmenvorsprung bei Landtags- und Bundestagswahlen

Die Ausgangsthese vom Kräfteausgleich zwischen dem Votum bei Bundes- und Landtagswahlen, nach der die in Bonn regierenden Parteien bei folgenden Landtagswahlen ungünstiger abschneiden, wird noch einmal mit der Darstellung der Stimmenvorsprünge beleuchtet.

Stimmenvorsprung CDU/SPD

15.1 Das Wahlgeschehen vollzog sich im wesentlichen in **drei Phasen**:

1. Bis 1966 führte die CDU immer die Bundesregierung und mit kurzer Unterbrechung auch die Landesregierung. Ihr Vorsprung vor der SPD fiel bei Landtagswahlen immer deutlich geringer aus als bei Bundestagswahlen.

2. Nach den Regierungswechseln im Land (1966) und Bund (1969) wendete sich für die CDU in der neuen Oppositionsrolle das Blatt wieder zu ihren Gunsten: Bei den folgenden Landtagswahlen erreichte sie zunächst wieder einen (wenn auch knappen) Vorsprung vor der SPD.

3. Seit 1982 regierte die CDU wieder in Bonn, die SPD erzielte bei der folgenden Landtagswahl einen Riesenvorsprung vor der CDU.

Die beschriebenen Wahlergebnisse belegen die aufgestellte These in allen drei Phasen für wechselnde Regierungs-/Oppositionskonstellationen, mit nur einer Ausnahme: 1980 verlor die CDU bei den Landtagswahlen ihren Vorsprung wieder an die SPD und konnte somit kein Gegengewicht gegen die SPD-geführte Bundesregierung bilden. Als besondere Gründe werden der Streit um den Kanzlerkandidaten der CDU sowie der Tod des CDU-Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten wenige Wochen vor der Wahl genannt. Dadurch sind aber die gleichzeitigen Verluste der F.D.P. bzw. der gewachsene Stimmenvorsprung der SPD vor CDU und F.D.P. zusammen nicht erklärt.

Ob das weitere Auseinanderdriften von Bundes- und Landtagswahlergebnissen bis 1985 ebenfalls in erster Linie mit der Kandidateneinschätzung (Rau/Worms) zu erklären ist oder weitergehende politische Sonderentwicklungen im Lande ausdrückt, läßt sich wohl erst anhand von Wahlergebnissen nach 1987, mit neuen Problemkonstellationen und neuen personellen Konstellationen, beantworten.

Stimmenvorsprung bei Landtagswahlen für die jeweiligen Koalitionsparteien auf Bundesebene

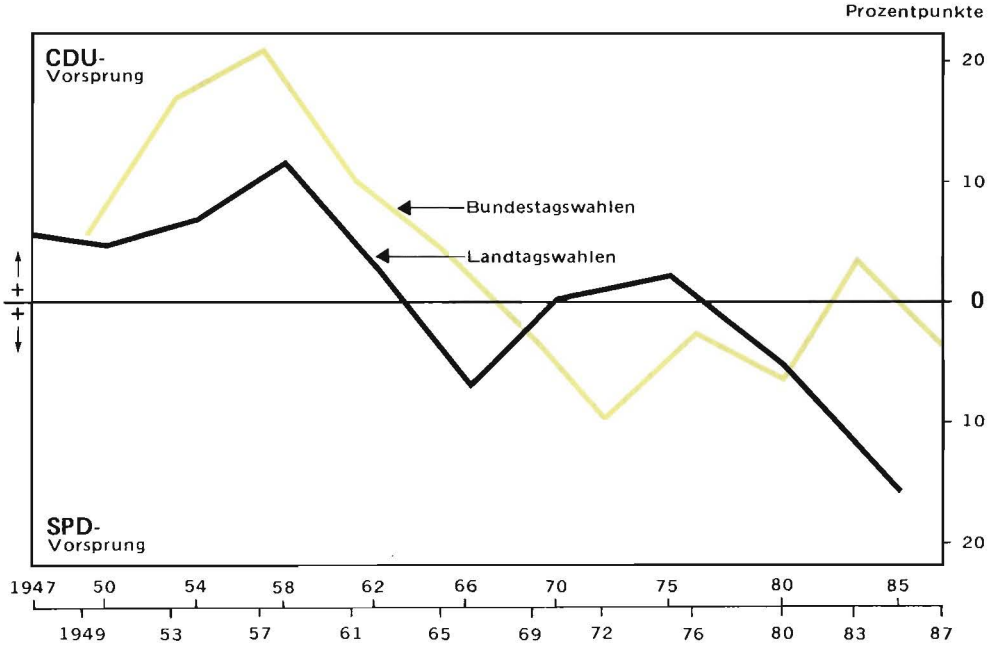
15.2 Die Koalitionsparteien auf Bundesebene behaupteten auch im Land bis 1958 eine stabile Mehrheit von fast 20 Prozentpunkten. Die Ausgangsthese wird also nicht belegt. Das Ansehen der Bundesregierung schlug auch bei den Landtagswahlen durch.

Zwischen 1958 und 1966 schrumpfte der Vorsprung der bürgerlichen Koalitionsparteien auch im Land auf nur noch 0,7 Punkte. Für eine neue sozialliberale Koalition im Lande ergab sich 1966 umgekehrt ein Vorsprung von 14 Punkten, der nach Bildung einer sozialliberalen Koalition auch auf Bundesebene dann bei den Landtagswahlen 1970 wieder auf 5,3 Punkte geschrumpft ist, 1975 mit 4,7 Punkten in etwa gehalten wurde, 1980 dagegen wieder auf gut 10 Punkte anstieg. Durch diese unterschiedlichen Wahlausgänge wird die These einmal bestätigt und einmal widerlegt.

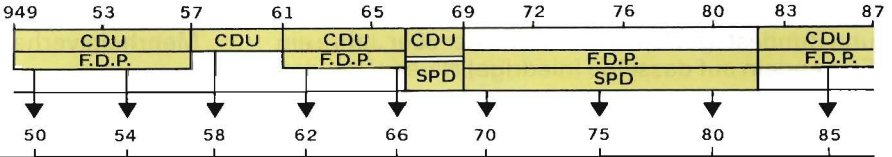
1985 allerdings, nach erneuter Installation einer bürgerlichen Koalitionsregierung in Bonn, schlug das Pendel bei der folgenden Landtagswahl im Sinne der These wieder kräftig zugunsten der Opposition im Bund aus.

Stimmendifferenz bei Landtags- und Bundestagswahlen sowie Stimmendifferenz bei Landtagswahlen zwischen den Parteiengruppen, die sich auf Bundesebene gegenüberstehen

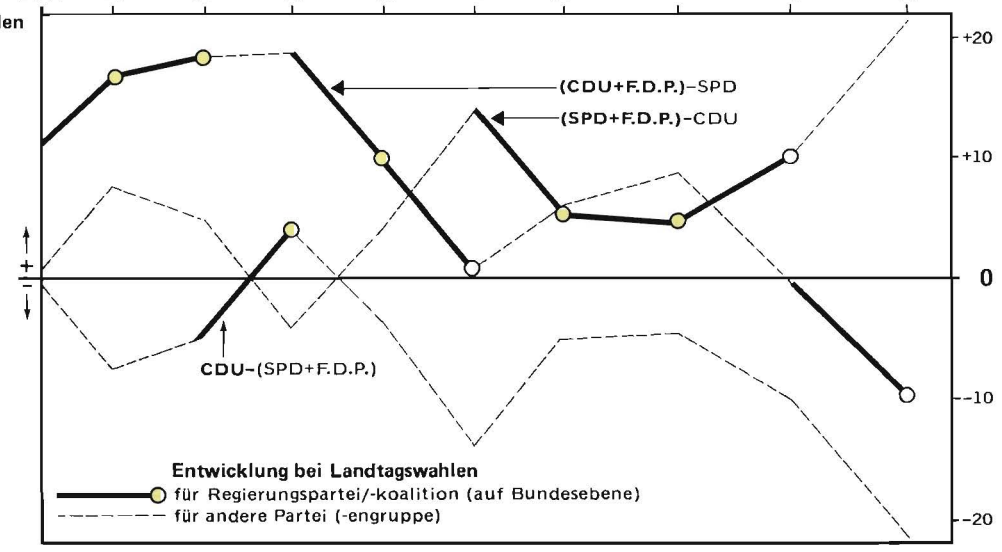
15.1 **Stimmendifferenz zwischen CDU und SPD bei Landtags- und Bundestagswahlen**



Regierungspartei(en) auf Bundesebene



15.2 **Stimmendifferenz bei Landtagswahlen**
zwischen den Parteien (-gruppen), die sich zum Zeitpunkt der Landtagswahl auf Bundesebene gegenüberstehen (in Prozentpunkten)



Tab.→S.118

Wahlmotivation, Protest und Parteienvielfalt

Der Anteil der **Nichtwähler** bei einer Wahl kann Ausdruck verschiedener Einstellungen sein: Er kann die grundsätzliche Bedeutung ausdrücken, die der Bürger den Wahlen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zumißt, aber auch die besondere Bedeutung einer Wahl in einer bestimmten politischen Situation; außerdem kann der Nichtwähleranteil einen stummen Protest ausdrücken.

Ebenfalls ein Gradmesser für Protesthaltungen ist der Anteil der **ungültigen Stimmen,** denn der Anteil derer, die nicht in der Lage sind, einen Stimmzettel richtig auszufüllen, dürfte sich nicht in dem Ausmaß verändert haben, wie das beim Anteil der ungültigen Stimmen zu beobachten war.

Zunächst Ausdruck einer gewünschten Parteienvielfalt, andererseits aber auch Ausdruck des Protests gegen die etablierten Parteien ist der Anteil der **„Sonstigen" Parteien.**

Wie haben sich diese besonderen Wahlerscheinungen auf den verschiedenen Wahlebenen entwickelt?

Nichtwähler und ungültige Stimmen

17.1 Etwa im zeitlichen Gleichklang haben sowohl die Wahlenthaltung als auch die ungültige Stimmenabgabe seit Ende der 40er Jahre an Bedeutung verloren: Der Nichtwähleranteil hat sich z.B. bei Bundestagswahlen von anfänglich 20% auf 10% der Wahlberechtigten halbiert; bei der letzten Bundestagswahl stieg er allerdings wieder auf rund 15%.

Der Anteil der ungültigen Stimmen ist von anfänglich rd. 5% der abgegebenen Stimmen bei Landtagswahlen und Kommunalwahlen auf ca. 1% zurückgegangen.

Vergleicht man die verschiedenen Wahlebenen, so zeigt sich für die ungültigen Stimmen bei Landtags- und Bundestagswahlen seit Mitte der 60er Jahre ein Einpendeln auf dasselbe (niedrige) Niveau. Bei den Kommunalwahlen lag der Anteil meist darüber, er war in letzter Zeit etwa doppelt so hoch. Ausdruck des besonderen Protests gegen einzelne, lokal greifbare Fehl- Erscheinungen?

Auch der Nichtwähleranteil bei Kommunalwahlen liegt seit Mitte der 60er Jahre in der Regel höher als bei den übrigen Wahlen (außer bei Europawahlen), er ist langfristig eher gestiegen. Möglicherweise ist dieser relative Bedeutungsverlust der Kommunalwahlen gegenüber den anderen Wahlen auch damit zu erklären, daß die Mehrheiten in vielen Gemeinden des Landes dem Wähler langfristig stabil erscheinen („da wird meine Stimme nicht dringend gebraucht" bzw. „meine Stimme ändert an den Mehrheitsverhältnissen doch nichts").

Kleinere und „Sonstige" Parteien

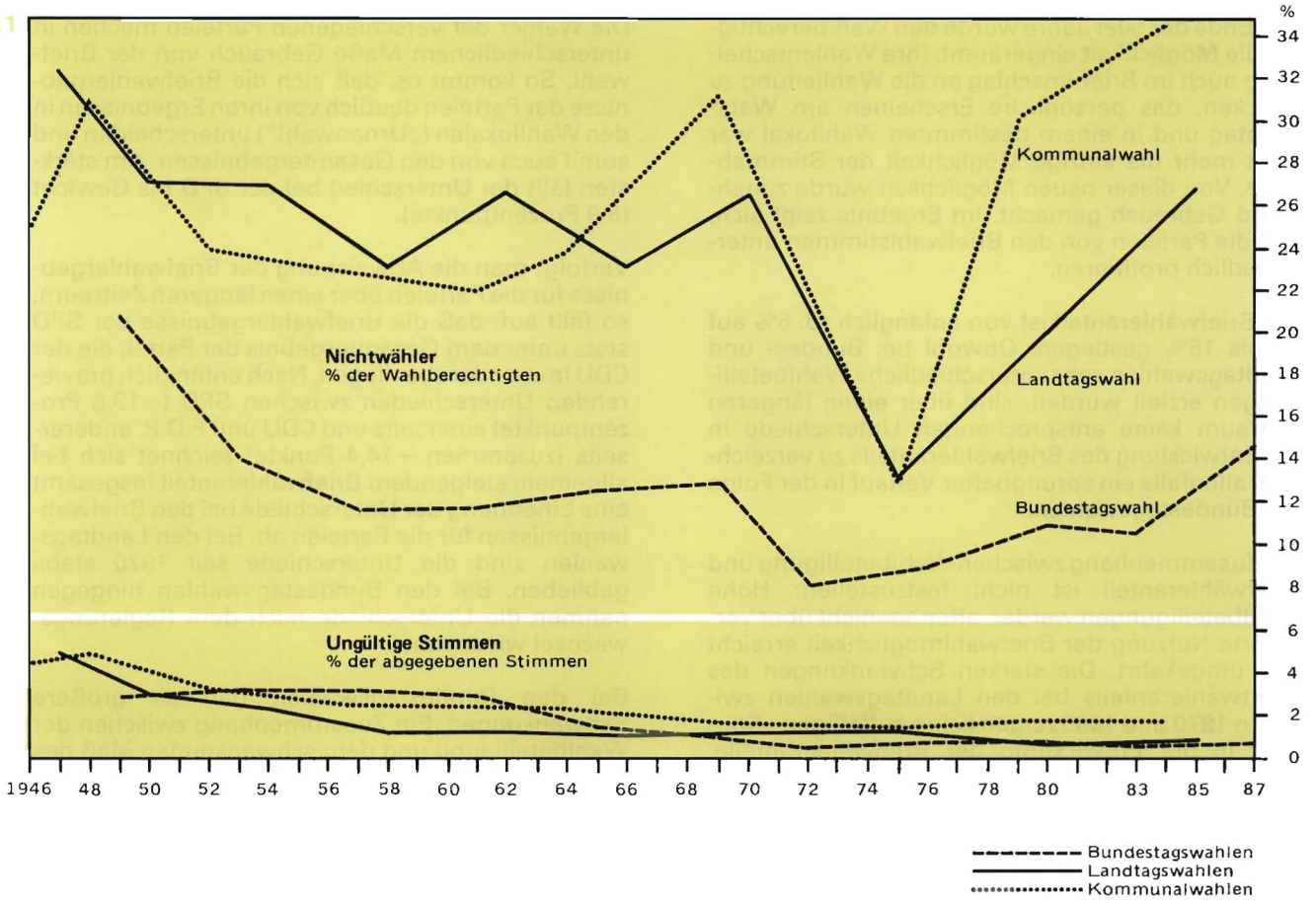
17.2 Die **Konzentration** auf die beiden großen Parteien hat zugenommen, auf allen drei Wahlebenen; auch bei den Kommunalwahlen. „Rathausparteien" spielen insgesamt keine große Rolle mehr. Der zuletzt beobachtete Bedeutungsgewinn der „kleineren Parteien" zeichnet sich grundsätzlich auf allen drei Wahlebenen ab, er ist ausschließlich auf die Erfolge der neuen Partei, der GRÜNEN, zurückzuführen.

Die Sonderbewegungen bei den Bundestagswahlen 1961 und 1980 (zugunsten der F.D.P.) sind durch Wechselwähler von der CDU zu erklären und hatten nur für jeweils eine Wahl Bedeutung. Es gab keinen vergleichbaren Anstieg der F.D.P. und auch nicht der sonstigen Parteien bei zeitnahen Kommunal- und Landtagswahlen.

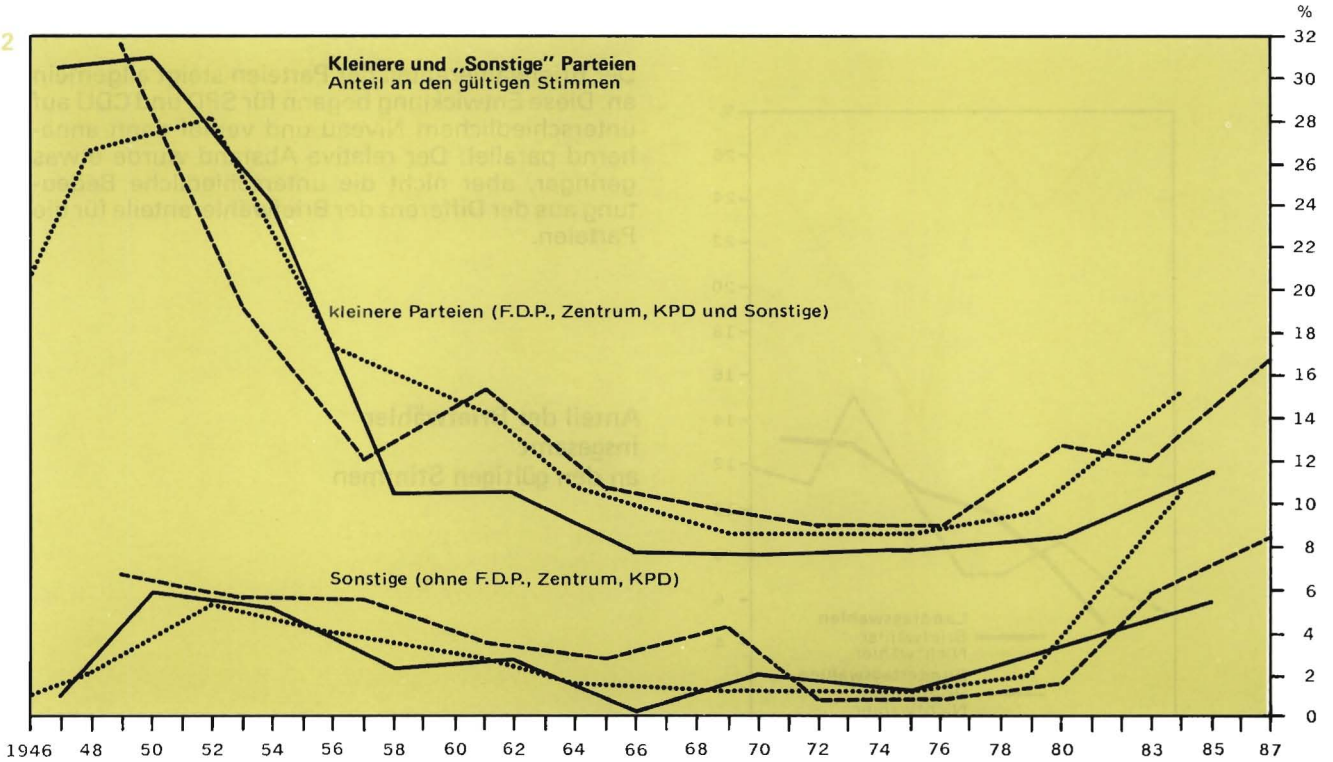
Der Gesamtstimmenanteil aller **„Sonstigen" Parteien** hat von ca. 5% zu Beginn der 50er Jahre auf ca. 1% in den 70er Jahren abgenommen, vergleichbar dem Anteil der ungültigen Stimmen.
Ob das Aufkommen der GRÜNEN seit dem Ende der 70er Jahre eine neue Parteienvielfalt auf Dauer signalisiert, erscheint derzeit noch ungewiß.

Nichtwähleranteil und Anteil ungültiger Stimmen
Stimmenanteil der kleineren Parteien

17.1



17.2



Tab.→S.119

Die Briefwähler

Seit Ende der 50er Jahre wurde den Wahlberechtigten die Möglichkeit eingeräumt, ihre Wahlentscheidung auch im Briefumschlag an die Wahlleitung zu schicken, das persönliche Erscheinen am Wahlsonntag und in einem bestimmten Wahllokal war nicht mehr die einzige Möglichkeit der Stimmabgabe. Von dieser neuen Möglichkeit wurde zunehmend Gebrauch gemacht. Im Ergebnis zeigt sich, daß die Parteien von den Briefwahlstimmen unterschiedlich profitieren.

18 Der Briefwähleranteil ist von anfänglich rd. 5% auf 10 bis 15% gestiegen. Obwohl bei Bundes- und Landtagswahlen sehr unterschiedliche Wahlbeteiligungen erzielt wurden, sind über einen längeren Zeitraum keine entsprechenden Unterschiede in der Entwicklung des Briefwähleranteils zu verzeichnen, allenfalls ein sprunghafter Verlauf in der Folge der Bundestagswahlen.

Ein Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Briefwähleranteil ist nicht festzustellen: Hohe Wahlbeteiligungen werden offenbar nicht über vermehrte Nutzung der Briefwahlmöglichkeit erreicht und umgekehrt. Die starken Schwankungen des Nichtwähleranteils bei den Landtagswahlen zwischen 1970 und 1985 zeigen keine auffälligen „Spuren" in der Entwicklung der Briefwähleranteile. Nicht einmal die Verdoppelung des Nichtwähleranteils bei der Landtagswahl 1985 ist durch eine verringerte Wahrnehmung der Briefwahl erklärt.

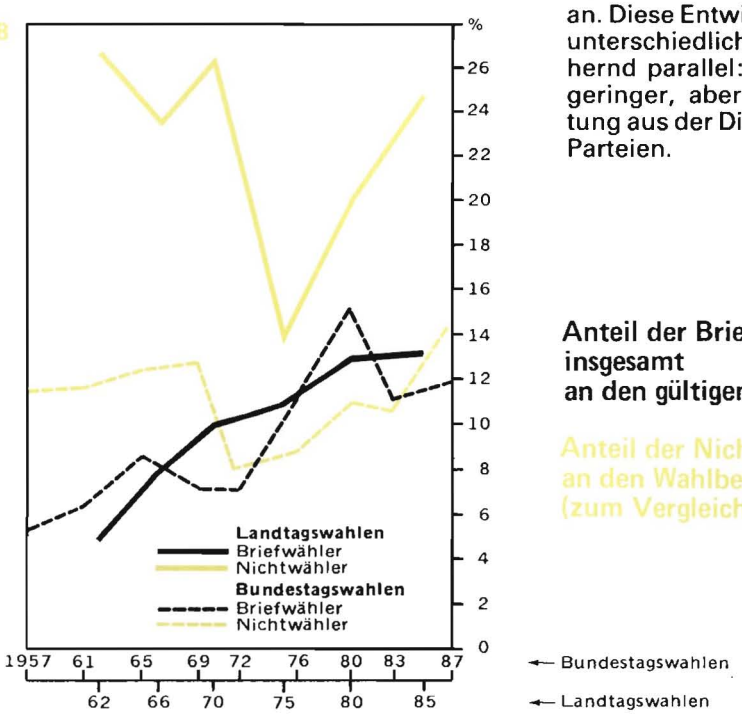
Die Wähler der verschiedenen Parteien machen in unterschiedlichem Maße Gebrauch von der Briefwahl. So kommt es, daß sich die Briefwahlergebnisse der Parteien deutlich von ihren Ergebnissen in den Wahllokalen („Urnenwahl") unterscheiden und somit auch von den Gesamtergebnissen. Am stärksten fällt der Unterschied bei der SPD ins Gewicht (8,9 Prozentpunkte).

Verfolgt man die Abweichung der Briefwahlergebnisse für die Parteien über einen längeren Zeitraum, so fällt auf, daß die Briefwahlergebnisse der SPD stets unter dem Gesamtergebnis der Partei, die der CDU immer darüber liegen. Nach anfänglich gravierenden Unterschieden zwischen SPD (−13,8 Prozentpunkte) einerseits und CDU und F.D.P. andererseits (zusammen +14,4 Punkte) zeichnet sich bei allgemein steigendem Briefwähleranteil insgesamt eine Einebnung der Unterschiede bei den Briefwahlergebnissen für die Parteien ab. Bei den Landtagswahlen sind die Unterschiede seit 1970 stabil geblieben. Bei den Bundestagswahlen hingegen nahmen die Unterschiede nach dem Regierungswechsel wieder zu.

Bei den Bundestagswahlen gab es größere Schwankungen. Ein Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und dem schwankenden Maß des Briefwählervorteils für die Parteien ist aber nicht festzustellen. Die F.D.P. verlor bei den Bundestagswahlen 1976 und 1980 vorübergehend ihre traditionellen Vorteile bei den Briefwählern, was auf eine möglicherweise veränderte Wählerstruktur in der Zeit der etablierten sozialliberalen Koalition in Bonn hinweist.

Der Briefwähleranteil der Parteien steigt allgemein an. Diese Entwicklung begann für SPD und CDU auf unterschiedlichem Niveau und verlief dann annähernd parallel: Der relative Abstand wurde etwas geringer, aber nicht die unterschiedliche Bedeutung aus der Differenz der Briefwähleranteile für die Parteien.

18



Anteil der Briefwähler insgesamt an den gültigen Stimmen

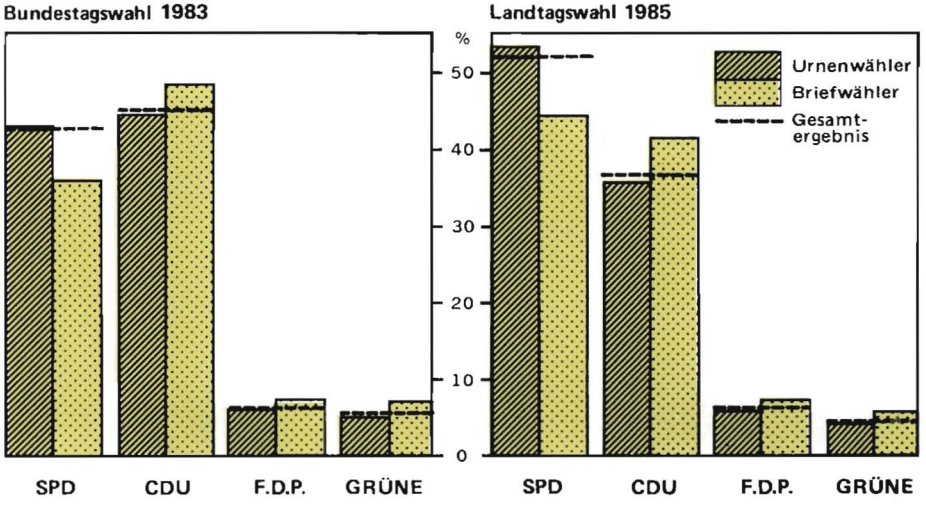
Anteil der Nichtwähler an den Wahlberechtigten (zum Vergleich)

Tab.→S.120

Briefwahlergebnisse der Parteien

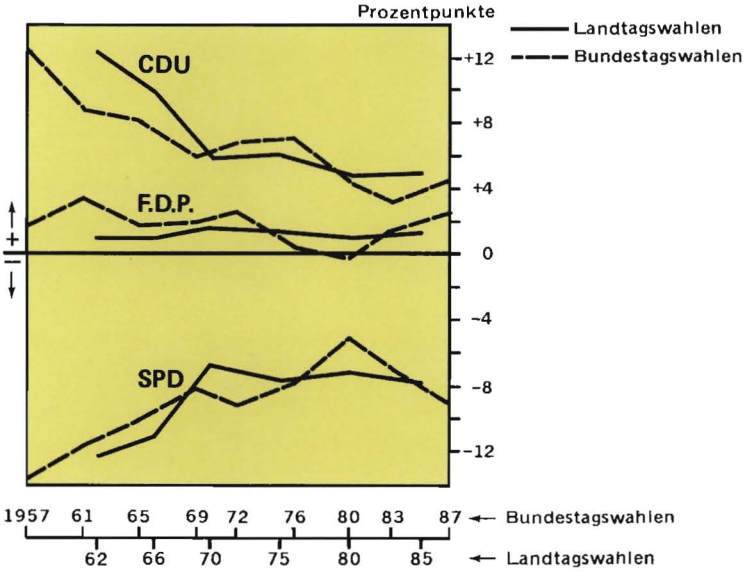
19.1

Stimmenanteil nach Wählergruppen



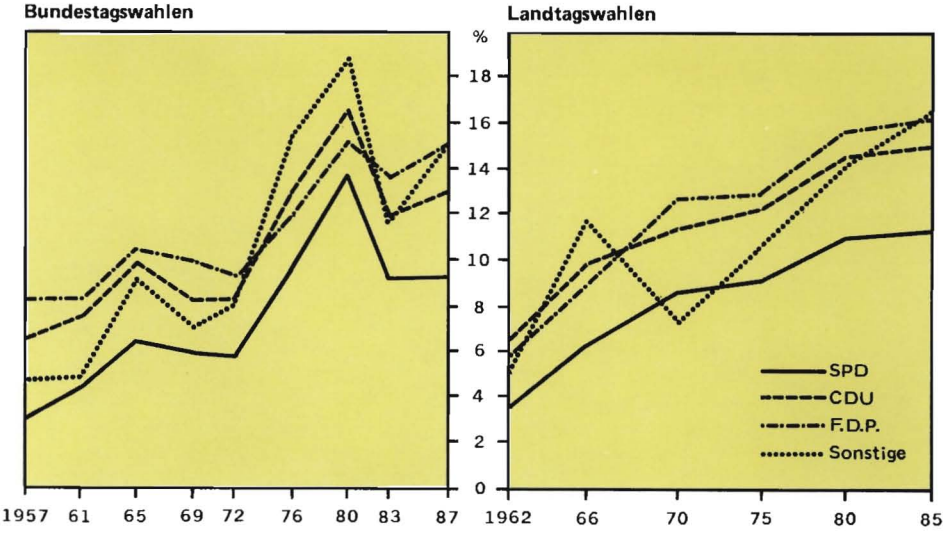
19.2

Abweichung der Briefwahlergebnisse vom Gesamtergebnis



19.3

Anteil der Briefwähler je Partei



Tab.→S.120

Nordrhein-Westfalen

von preußischer Provinz zum Bundesland

2

1946 wurde das Land Nordrhein-Westfalen aus dem Zusammenschluß der früheren preußischen Provinz Westfalen und der Rheinprovinz (ohne die Regierungsbezirke Koblenz und Trier) gebildet. Im Jahre 1947 wurde dann noch das ehemalige Land Lippe-Detmold eingegliedert.

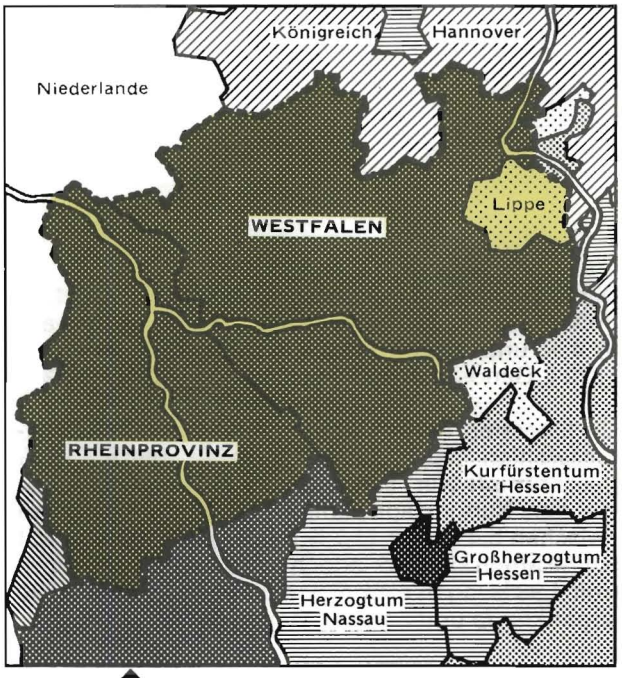
Über das Wahlgeschehen im Lande seit seiner Gründung bis heute wurde in Kapitel 1 ein allgemeiner Überblick gegeben; in den folgenden Abschnitten soll nun die besondere politische Prägung des Landes im Zeitvergleich sowie im Länder- und Regionalvergleich nachgezeichnet werden:

Der Zeitvergleich:

2.1 Kontinuität und Wandel

Vor 1933 waren das Rheinland und Westfalen ausgeprägte Hochburgen des katholischen Zentrums, in zweiter Linie gab es auch Schwerpunkte der Unabhängigen Sozialdemokraten, später der Kommunisten. Die Sozialdemokraten hatten demgegenüber eine schwächere Position.

- Welchen Einstand hatten die politischen Gruppierungen der ersten („Weimarer") Republik, als es nach dem Wiederbeginn des demokratischen Lebens in der zweiten Republik (Bundesrepublik) wieder um die Verteilung von Wählerstimmen ging?



Preußische Provinzen 1815
Königreich Preußen
heutige Landesgrenze von NRW

- Wie kam es zu der heutigen Kräfteverteilung, bei der sich zwei ungefähr gleich starke Lager gegenüberstehen?

Der Ländervergleich:

2.2 NRW – ein Bundesland besonderer Prägung?

Wenn die Wähler Nordrhein-Westfalens ihr Stimmengewicht in die Waagschale werfen, neigt sich die Stimmenwaage der Bundesrepublik beträchtlich.

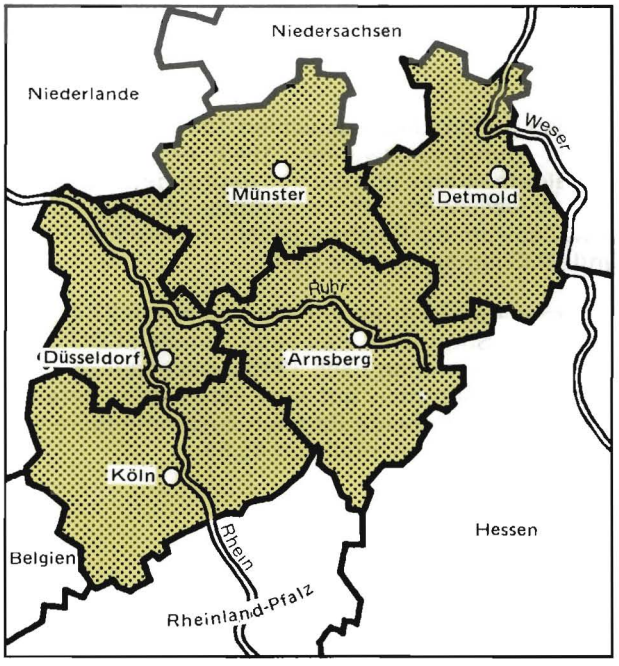
- Was ist richtig an der Behauptung, die Wahlen zum Deutschen Bundestag würden in Nordrhein-Westfalen entschieden?
- Wie hat sich das Wahlverhalten im Lande NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern entwickelt?

Der Regionalvergleich:

2.3 Wahllandschaft Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit mehreren, unterschiedlich geprägten Wahllandschaften. Trotz aller Durchmischung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen – auf der politischen Landkarte zeichnen sich noch immer traditionelle Bindungen ab, auf regionaler wie auf lokaler Ebene.

- Wie bunt war die politische Landkarte zu Beginn der Landesgeschichte? Welche regionale Kräfteverteilung zeigt sich heute? Wo sind die roten, wo die schwarzen Hochburgen?
- Wo sind die Mehrheitsverhältnisse stabil geblieben, wo haben sie sich im Laufe der Zeit geändert?



Bundesland Nordrhein - Westfalen 1987
mit Regierungsbezirken

2.1 Kontinuität und Wandel
Vom Reichstag zum Bundestag

23.1 Nur drei der größeren Parteien aus der Zeit der Weimarer Republik überlebten die NS-Herrschaft und stellten sich, auch unter ihrem alten Namen, wieder dem Wählervotum: SPD, Zentrum und KPD.

Der politische Katholizismus (Zentrum) hatte zwar im Rheinland und in Westfalen vor und nach dem Kriege seine Hochburgen, der überwiegende Teil seiner früheren Vertreter hatte sich jedoch nach dem Kriegsende zugunsten einer mehr überkonfessionell ausgerichteten Partei, der neu gegründeten CDU, entschieden. Daneben verlor das alte Zentrum rasch an Bedeutung.

Die liberalen Gruppierungen der Weimarer Zeit, darunter als zahlenmäßig stärkste Gruppe die Vertreter der DVP, gründeten nach dem Kriege eine neue Parteiorganisation unter dem Namen FDP, später: „F.D.P."

Das ganze politische Spektrum der Weimarer Republik wird in fünf größere Gruppen unterteilt:

- Unabhängige Sozialdemokraten (USPD) und, später, die Kommunisten (KPD)
- Sozialdemokraten (SPD)
- Politischer Katholizismus (Zentrum)
- Liberale (DVP, DDP u.a.m.)
- Deutschnationale (DNVP) und, später, die Nationalsozialisten (NSDAP)

Von den genannten Parteien blieben nach 1945 zunächst zwei große und drei kleinere übrig; von den kleineren konnte sich nur eine Gruppe, die Liberalen, auf Dauer halten.

Somit schälte sich ein Dreiparteiensystem heraus, das für drei Jahrzehnte Bestand hatte:

- Sozialdemokraten (SPD)
- Christdemokraten (CDU)
- Freie Demokraten (F.D.P.)

Erst mit Beginn der 80er Jahre wurde dieses Dreiparteiensystem durch das Aufkommen einer völlig neuen Parteiengruppierung wieder in Frage gestellt, die

- Grün-Alternativen (GRÜNE)

23.2 Bei den ersten Landtagswahlen 1947 und bei den ersten Bundestagswahlen 1949 erreichten die Sozialdemokraten und die neu gegründete CDU auf Anhieb wesentlich höhere Stimmenanteile als SPD bzw. Zentrum bei Reichstagswahlen zwischen 1920 und 1933 jemals erreicht hatten.

Während das Zentrum vor 1933 zwischen 27,4 und 36,6% der Stimmen erzielt hatte, konnten CDU und Zentrum zusammen nach 1945 zwischen 40,6 und 55,2% der Stimmen auf sich vereinigen; bereits 1949 erreichten beide Parteien zusammengerechnet einen Stimmenanteil von 45,8%.

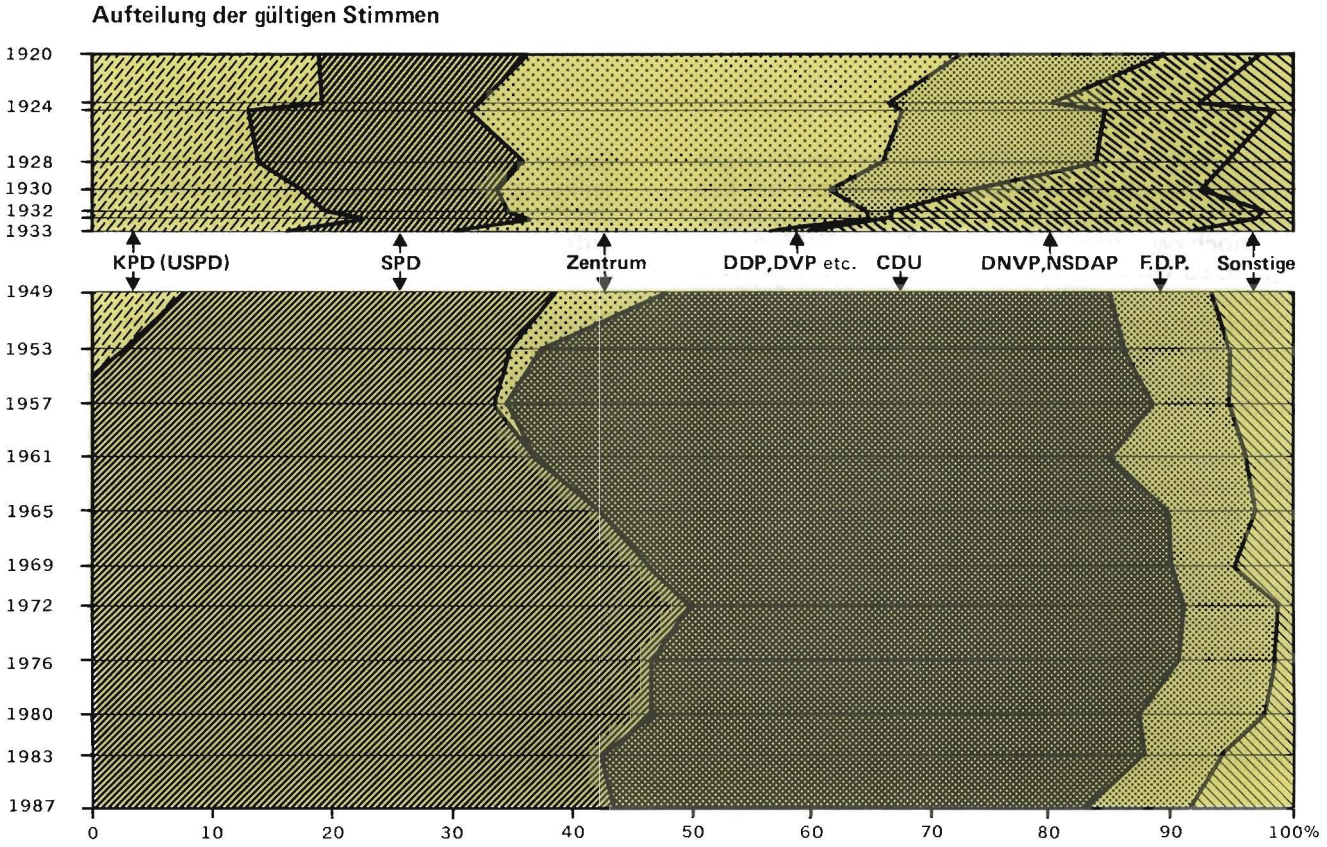
Die SPD hatte bei Reichstagswahlen zwischen 12,9 und 22,1% der Stimmen erzielt; sie sprang 1949 auf 31,4%[1] und erzielte danach in stetigem Aufstieg bis 1972 („Genosse Trend") schließlich 50,4%.

Die Liberalen, deren Stimmenanteil bei den Reichstagswahlen von gut 17% auf zuletzt 1,5% geschrumpft war, konnten sich im Vergleich dazu bei den Bundestagswahlen mit Stimmenanteilen zwischen 5,4% und 11,7% relativ stabil halten. Mit 5,4% kamen sie 1969 jedoch nahe an die 5%-Grenze (mit 4,98% lagen sie bei den Landtagswahlen 1980 sogar knapp unter dieser Marke).

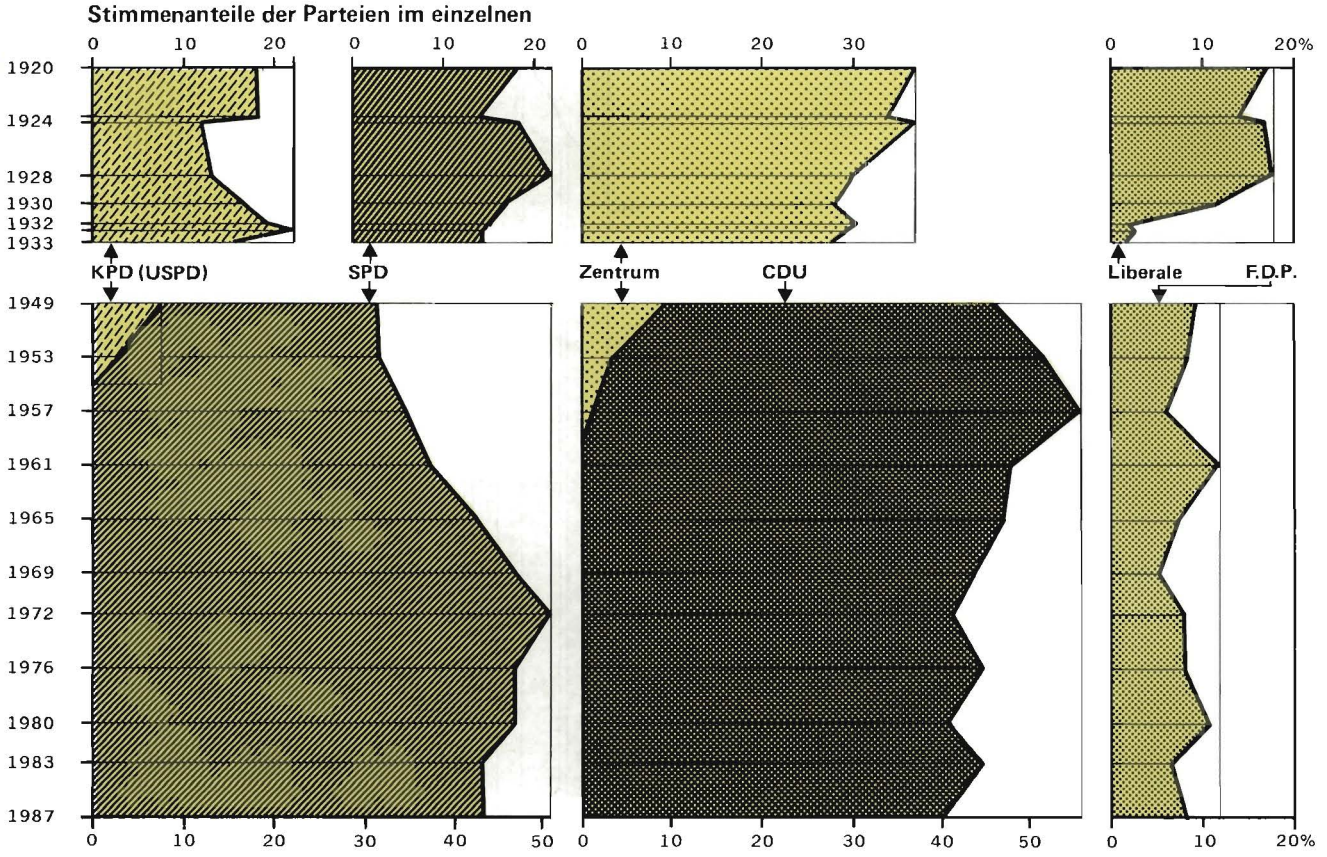
1) Das war auch mehr, als die SPD vor der Abspaltung der USPD bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 erringen konnte (30,6%).

Stimmenanteile bei Reichstags- und Bundestagswahlen im heutigen Nordrhein-Westfalen

23.1



23.2



Tab.→S.122

Wähler- und Nichtwähleranteile von 1920 bis 1987

24 Der Anteil der **Nichtwähler** hat im langfristigen Trend stark abgenommen: Lag der Anteil bei den ersten vier Reichstagswahlen der Weimarer Republik noch zwischen 20,5 und 25,1% der Wahlberechtigten, so wurde er bei den folgenden vier Reichstagswahlen deutlich geringer (19,8 bis 11,1%). Im Gleichklang mit der Wahlbeteiligung stieg dabei auch der Stimmenanteil der NSDAP, derweil der Anteil der Weimarer Koalitionsparteien(SPD, Zentrum, DDP) sank.

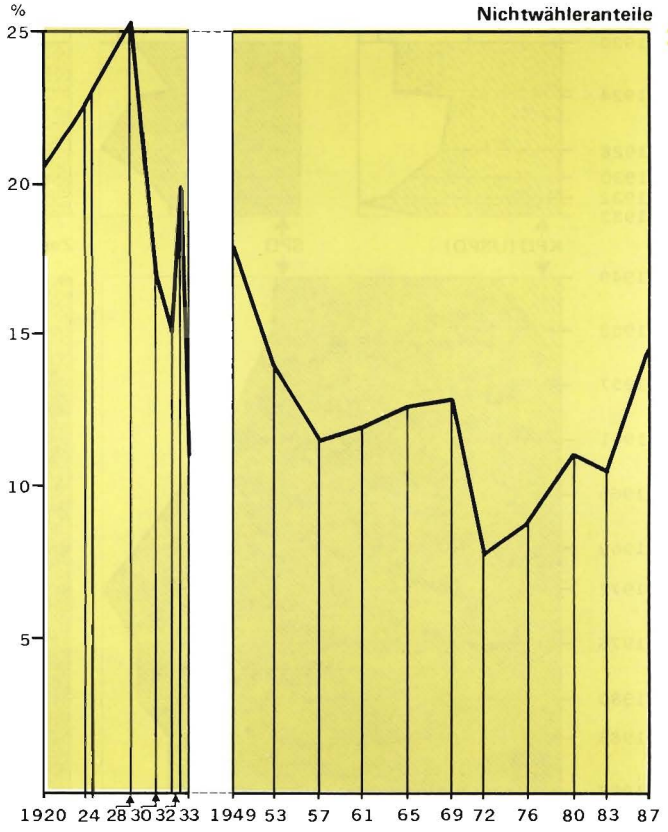
Bei den ersten Bundestagswahlen knüpfte der Nichtwähleranteil zunächst an die Werte zu Ende der Weimarer Republik an; er ging dann zurück – bei gleichzeitiger Konzentration der Wähleranteile auf die beiden großen Parteien: Nach 1953 lag der Nichtwähleranteil bei Bundestagswahlen nurmehr zwischen 8,2 und 12,7%; bei der letzten Bundestagswahl stieg der Anteil allerdings wieder auf 14,6% an. Es bleibt offen, ob durch den langfristigen leichten Wiederanstieg der Nichtwähleranteile seit 1972 ein neuer Trend angezeigt wird oder nur die Rückkehr zu „normaler" Wahlbeteiligung.

Besser als „Stimmenanteile", die von der Wahlbeteiligung beeinflußt werden, spiegeln die Anteile der Parteien an den Wahlberechtigten, die **„Wähleranteile"**, Beständigkeit bzw. Zunahme oder Abnahme ihrer Anhängerschaft wider. 25

So betrachtet zeigte sich das **Zentrum** in der Weimarer Republik mit 22,6 bis 29,1% der Wahlberechtigten als Partei mit relativ stabiler Anhängerschaft.

Bis zu den Reichstagswahlen 1932 blieb das Zentrum auch eindeutig die stärkste Partei im heutigen Nordrhein-Westfalen; erst dann konnten die Nationalsozialisten und Deutschnationalen zusammen auch hier einen nur etwa gleichgroßen Wähleranteil für sich gewinnen.

Nach dem Kriege erreichten Zentrum und **CDU** zusammen Wähleranteile von zunächst 37,2%; nach stürmischem Wähleranstieg der CDU auf 48,1% im Jahre 1957 folgte dann ein Rückgang bis auf 37,6% im Jahre 1972. Seit 1969 schwankt der Wähleranteil der CDU zwischen 34,0 und 40,6%.



Tab.→S.123

Anteile der Parteien an den Wahlberechtigten bei Reichstags- und Bundestagswahlen im heutigen Nordrhein-Westfalen

Die **SPD** erreichte bei der Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 erstmalig 25,9% der Wahlberechtigten, fiel kurze Zeit später, nach Abspaltung der USPD, bei der ersten Reichstagswahl 1920 jedoch auf 13,7% der Wahlberechtigten zurück. Gerade auf dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen sollte sich die SPD in der Weimarer Zeit nicht mehr von dieser Abspaltung erholen. Ihr Wähleranteil schwankte zwischen 10,3 und 16,6%. Rechnet man die Wähleranteile der USPD und später der KPD hinzu, dann erreichten die Linksparteien insgesamt bei den Reichstagswahlen ebenfalls stabile Wähleranteile zwischen 24,3 und 29,2%, vergleichbar mit denen des Zentrums. Die Entwicklungslinien von SPD einerseits und USPD/KPD andererseits sind jedoch gegenläufig, offenbar haben zwischen beiden linken Gruppierungen mehrfach Wählerwechsel stattgefunden.

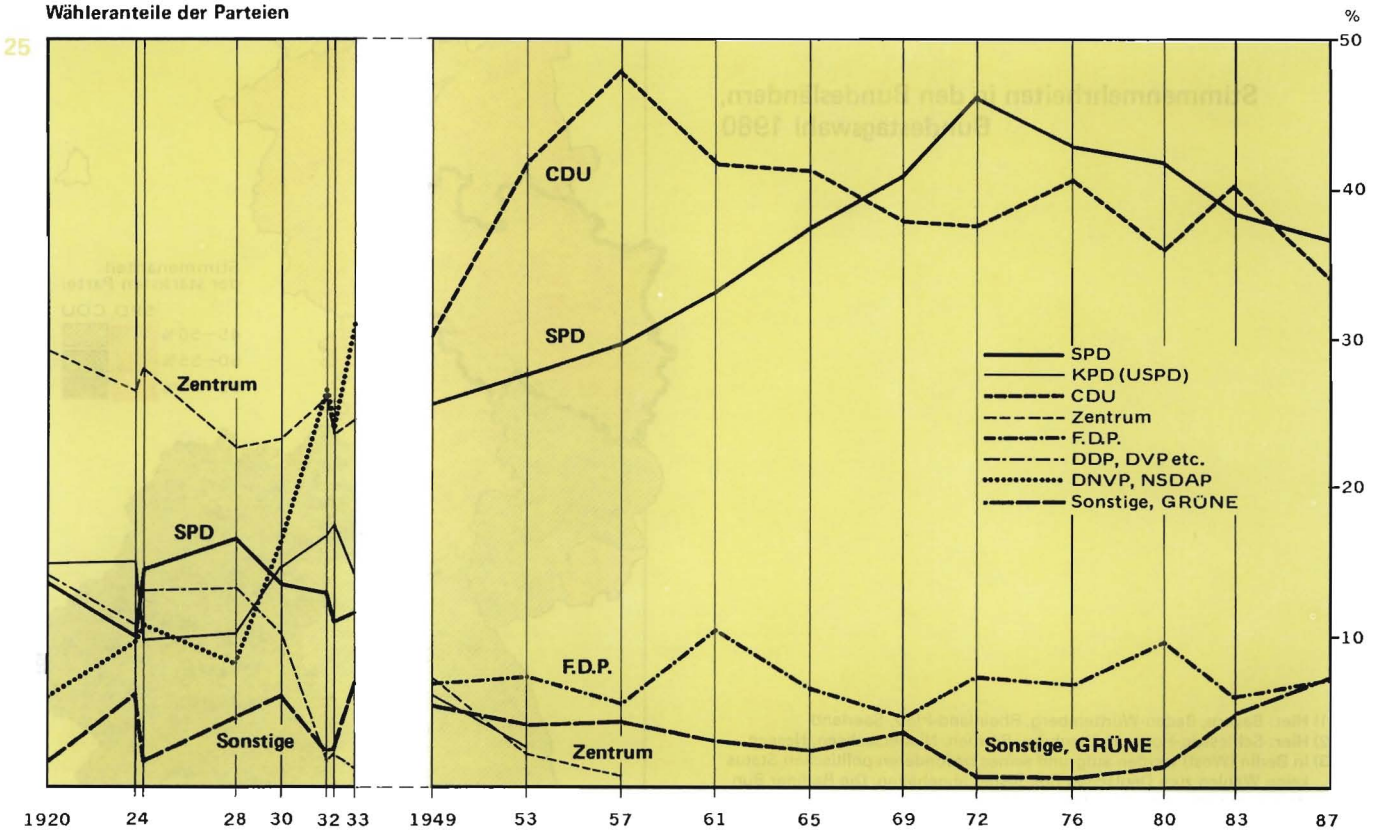
Ab 1949 spricht die SPD allein dann auf Anhieb einen annähernd gleich großen Wähleranteil (25,5%) an wie bei den Reichstagswahlen alle Linksparteien zusammen; bis 1972 kann sie diesen Anteil auf 46,3% erhöhen.

In der darauffolgenden Phase fällt ihr Anteil wieder Wahl für Wahl auf zuletzt 36,6% der Wahlberechtigten zurück.

Vom höchsten Wähleranteil, den die CDU bisher erreichen konnte (1957), hat die Partei bei nachfolgenden Wahlen bislang maximal 14,1 Prozentpunkte eingebüßt; die SPD hat von ihrem bisher höchsten Wähleranteil (1972) bei nachfolgenden Wahlen bislang maximal 9,7 Prozentpunkte eingebüßt.

Der Wähleranteil der Liberalen, der in den ersten zehn Jahren der Weimarer Republik noch zwischen 10,0 und 13,8% gelegen hatte, schwankte in den knapp vier Jahrzehnten seit Bestehen der Bundesrepublik zwischen 4,7 und 10,3%; nach dem raschen Bedeutungsverlust von Zentrum und KPD lag der Wähleranteil der „dritten" Partei, der F.D.P., immer deutlich über dem Wähleranteil aller übrigen kleineren Parteien zusammen – bis 1987 die „Sonstigen" (unter Einschluß der GRÜNEN) erstmals den genau gleich großen Wähleranteil von 7,1% erreichten.

Wähleranteile der Parteien



Tab.→ S.123

2.2 NRW – ein Bundesland besonderer Prägung?

Der Blick auf die Karte zeigt: Nordrhein-Westfalen fällt bei der räumlichen Verteilung der Mehrheitsverhältnisse zwischen CDU und SPD keineswegs aus dem Rahmen, der von den Wahlergebnissen in anderen Bundesländern abgesteckt wird.

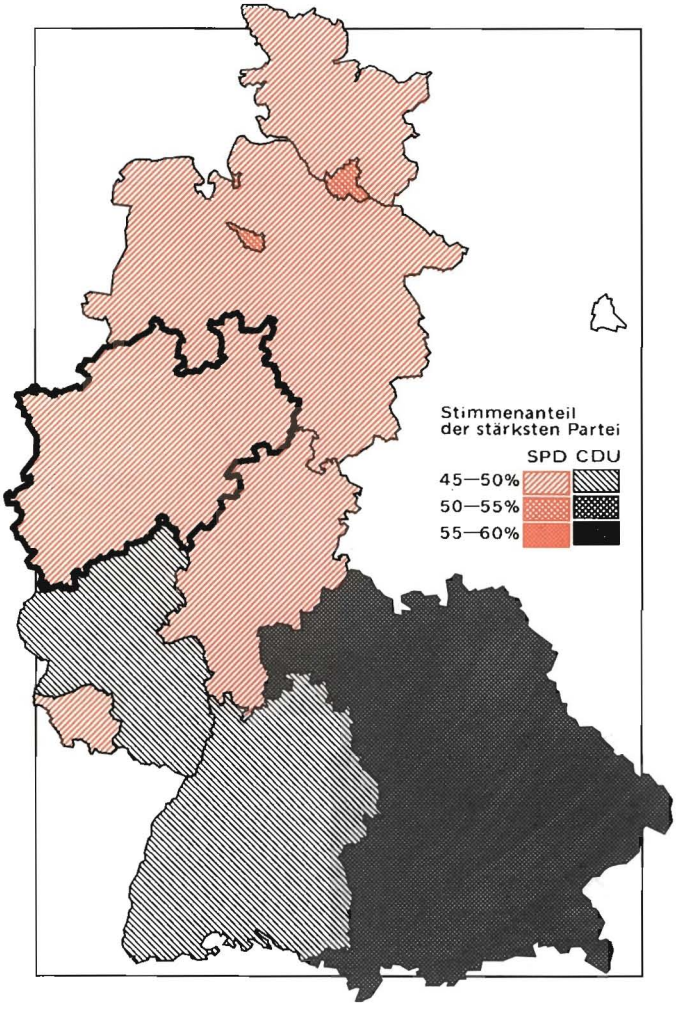
Die Bundestagswahl 1980, bei der alle drei im Bundestag vertretenen Parteien durchaus „normale" Ergebnisse erzielten, läßt einen Nord- Süd-Gegensatz deutlich zutage treten: Die CDU erzielte absolute oder relative Mehrheiten in den südlichen Bundesländern. Die SPD erzielte absolute Mehrheiten in den nördlichen Stadtstaaten und relative Mehrheiten in den nördlichen Flächenstaaten sowie im Saarland.

Das Besondere des Landes Nordrhein-Westfalen ist in den folgenden Sachverhalten zu sehen:

- Das Stimmengewicht des Landes im Bund. Fast ein Drittel der Wählerstimmen zum Deutschen Bundestag werden von Bürgern in Nordrhein-Westfalen abgegeben.
- Die auffällige Verschiebung der Mehrheiten zwischen CDU und SPD, die in diesem Lande in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat und die auch für den Regierungswechsel auf Bundesebene im Jahre 1969 von großer Bedeutung war.
- Die Verschiebungen insbesondere in den überwiegend katholischen, großstädtischen Ballungsgebieten an Rhein und Ruhr.

In den folgenden Darstellungen werden die Wahlergebnisse in NRW mit denen der südlichen Bundesländer[1] sowie mit denen der übrigen nördlichen Bundesländer[2] zusammen verglichen[3].

Stimmenmehrheiten in den Bundesländern, Bundestagswahl 1980



1) Hier: Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland
2) Hier: Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Hessen
3) In Berlin (West) werden aufgrund seines besonderen politischen Status keine Wahlen zum Deutschen Bundestag abgehalten. Die Berliner Bundestagsabgeordneten werden entsprechend der Mandatverteilung im Berliner Abgeordnetenhaus von dort direkt in den Bundestag entsandt

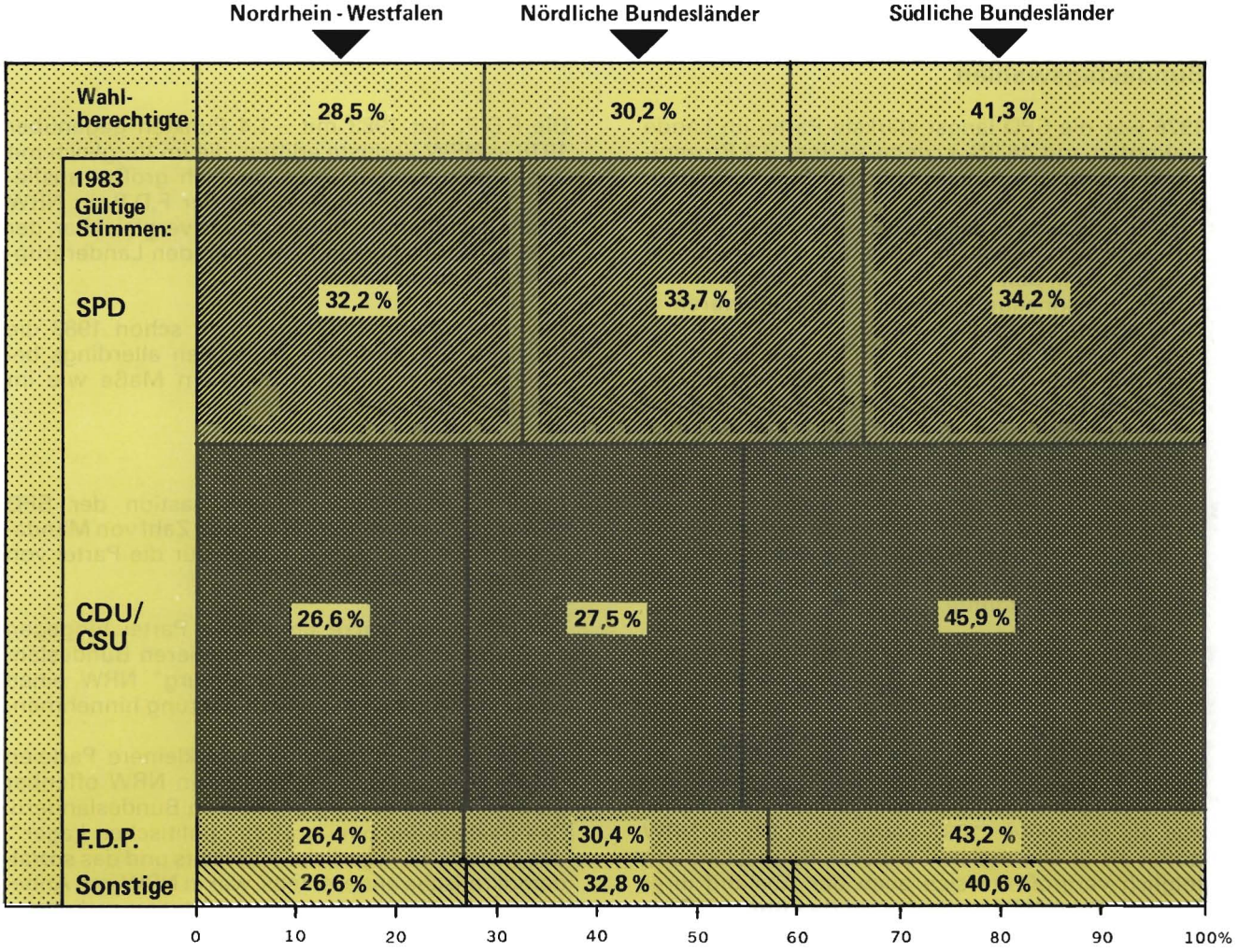
Der Anteil des Landes an den Wahlberechtigten und gültigen Stimmen des Bundes bei der Bundestagswahl 1983

27 Mit 28,5% aller Wahlberechtigten und 28,7% aller gültigen Stimmen (1983) wirft Nordrhein-Westfalen bei Bundestagswahlen ein großes Wählergewicht in die Waagschale. Überdurchschnittliche Stimmenanteile einer Partei in NRW sind bei Bundestagswahlen von den anderen, konkurrierenden Parteien nur wettzumachen, wenn diese in mindestens zwei anderen größeren Bundesländern entsprechend überdurchschnittliche Stimmenanteile zu ihren Gunsten erzielen können.

Setzt man alle Wählerstimmen für eine jede Partei bei der Bundestagswahl = 100%, so erhielt:

- die SPD 1983 in Nordrhein-Westfalen allein 32,2% der im Bundesgebiet insgesamt für sie abgegebenen Stimmen, 1987 erhöhte sich der Anteil von NRW sogar noch auf 33,5% – damit übertrifft der Anteil des Landes für die SPD deutlich den Wähleranteil des Landes an den Wahlberechtigten in der Bundesrepublik; ein Drittel aller Stimmen für die SPD kam aus NRW;
- die CDU eroberte zwar 1983 auch in Nordrhein-Westfalen vorübergehend ihre frühere Mehrheitsposition von der SPD zurück, konnte aber mit dieser Entwicklung keineswegs zu ihren Ergebnissen in anderen Bundesländern aufschließen. Nur 26,6% der 1983 für sie abgegebenen Stimmen kamen aus Nordrhein-Westfalen (1987 sogar nur noch 26,0%); die südlichen Bundesländer zusammen warfen wesentlich mehr Wählerstimmen in die Waagschale der CDU;
- die F.D.P. erreichte in Nordrhein-Westfalen mit 26,4% ihrer gültigen Stimmen 1983 und auch 1987 nur einen Wähleranteil, der deutlich geringer war als der Anteil des Landes am Wählerpotential des Bundes;
- ähnliches gilt für die restlichen Parteien insgesamt (das sind 1983 insbesondere die GRÜNEN): 1983 erreichten sie in NRW 26,6% ihrer Wähler zum Deutschen Bundestag, 1987 sank der Anteil noch einmal auf 25,0%.

27



Wahlergebnisse in NRW im Vergleich

mit dem Bund/Reich insgesamt und mit anderen Bundesländern

Was war, was ist charakteristisch am Wahlverhalten der Bevölkerung im heutigen Nordrhein-Westfalen? Ist das Wahlverhalten im Vergleich mit anderen Bundesländern stabil oder einem deutlichen Wandel unterworfen gewesen?

Reichstagswahlen

29.1 Am Beispiel der letzten Reichstagswahl, bei der der Vormarsch der NSDAP noch einmal aufgehalten werden konnte (**1932**), werden für die wichtigsten Parteiengruppen die Stimmenanteile im Wahlgebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen dargestellt, verglichen mit dem Deutschen Reich insgesamt sowie mit den restlichen Reichsteilen (außer „NRW").

Das Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen war für die Nationalsozialisten (29,6% der Stimmen) offenbar viel schwerer zu erobern als andere Reichsteile, in denen sie 1932 insgesamt bereits 44,5% erreichten. Im Rheinland und in Westfalen waren immer noch die Hochburgen des Zentrums (29,4 %) und Bastionen der KPD (21,8%).

Die SPD spielte nach der Spaltung Anfang der 20er Jahre hier eine geringere Rolle (14,0%). Die politische Linke zusammen (KPD plus SPD) hätte 1932 mit 35,8% zwar auch in „NRW" den größten Stimmenanteil auf sich vereinigen können, sie lag damit aber immer noch um 1,5 Prozentpunkte unter dem für beide Parteien zusammengerechneten Prozentsatz im übrigen Reichsgebiet.

Bundestagswahlen

29.2 **1976** war die SPD längst stärkste Partei im Lande geworden, mit 46,9% erzielte sie hier 6,2 Prozentpunkte mehr als in den restlichen Bundesländern insgesamt.
Die CDU, die im Bundesgebiet immer noch vorn lag, erreichte mit 44,5% in NRW 5,1 Prozentpunkte weniger als in den übrigen Bundesländern.
F.D.P. und sonstige Parteien zusammen waren in NRW ebenfalls etwas schwächer.

Nach dem Regierungswechsel 1982 war die SPD bei der Wahl 1983 zwar auch in Nordrhein-Westfalen erstmals wieder von der CDU überholt worden. Aber die Abstände zu den Ergebnissen im Bund und in anderen Bundesländern sind geblieben bzw.
29.3 sogar größer geworden; **1987** hat sich der Abstand zu den anderen Bundesländern noch weiter vergrößert, weil die SPD in NRW im Gegensatz zu fast allen übrigen Bundesländern ihren Stimmenanteil noch leicht ausbauen konnte.

In NRW hatte die CDU 1983 mit der „Wende" gegenüber ihrem Ergebnis 1976 nicht nennenswert zulegen können. Wenn sich auch hier die Mehrheitsverhältnisse 1983 zugunsten der CDU geändert haben, so lag das mehr an den Verlusten der SPD; mit ca. −4 Prozentpunkten fielen die Verluste der SPD 1983 in NRW allerdings auch nicht höher aus als anderswo. 1987 verlor die CDU in NRW höher als in den meisten anderen Bundesländern, folglich vergrößerte sich auch der Abstand ihrer Ergebnisse in NRW zu denen in den übrigen Bundesländern und im Bundesgebiet insgesamt.

Die F.D.P. hat 1983 mit −1,4 Punkten gegenüber 1976 in NRW Verluste erlitten, die im Vergleich mit ihren Bundesergebnissen deutlich größer ausfielen. 1987 waren die Gewinne der F.D.P. in NRW ihren Gewinnen auf Bundesebene vergleichbar, der 1983 erreichte Abstand zwischen den Ländergruppen blieb somit bestehen.

Gewinner waren 1987 wie zuvor schon 1983 die GRÜNEN, in Nordrhein- Westfalen allerdings bei beiden Wahlen nicht in gleichem Maße wie im übrigen Bundesgebiet.

Fazit:

Nordrhein-Westfalen ist eine Bastion der SPD geworden, was wegen der großen Zahl von Mandaten, die auf das Land entfallen, für die Partei von besonderem Gewicht ist.

Die früher so starke christliche Partei hingegen mußte, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern, in ihrer früheren „Hochburg" NRW einen Rückgang von historischer Bedeutung hinnehmen.

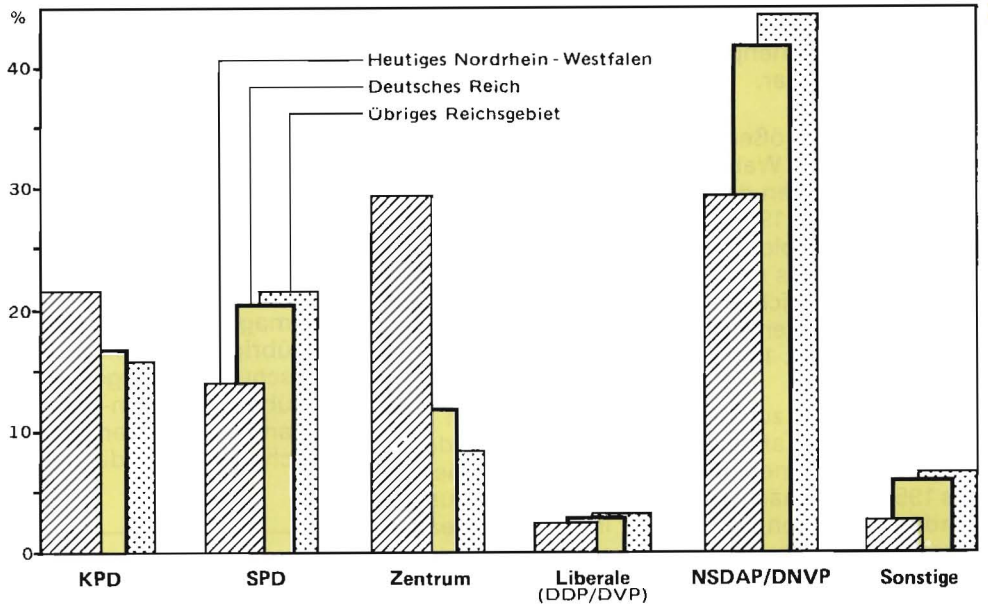
Die Liberalen und auch andere kleinere Parteien hatten bislang bei den Wählern in NRW offenbar geringere Chancen als in anderen Bundesländern. Das System der zwei großen „politischen Lager", das christlich-bürgerliche einerseits und das sozialdemokratische andererseits, war in NRW von Anbeginn besonders ausgeprägt und ist dies auch heute noch.

Stimmenanteile bei den Reichstagswahlen 1932 und bei den Bundestagswahlen 1976 und 1987

Reichstagswahlen im November 1932

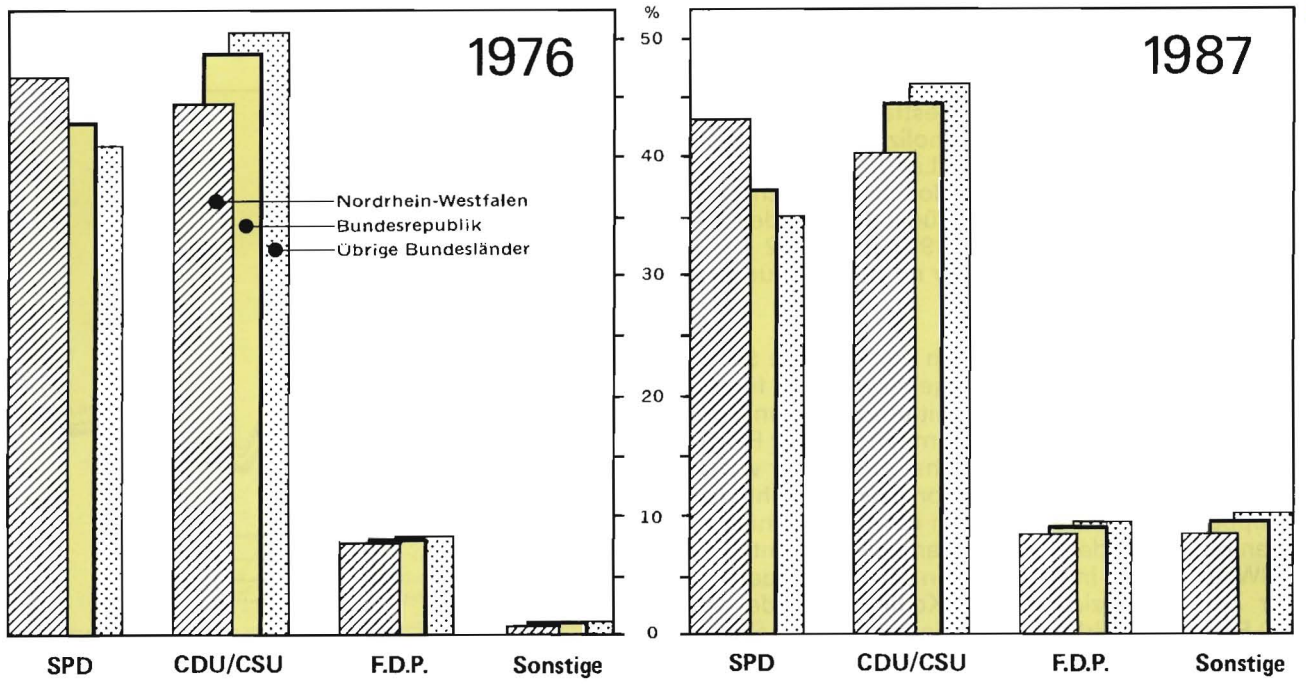
Stimmenanteil der Parteien und Parteiengruppen

29.1



Stimmenanteil der Parteien bei den Bundestagswahlen

29.2 29.3



2.2 Die Entwicklung der Wahlergebnisse im Vergleich
mit dem Bund insgesamt und mit anderen Bundesländern

30 In Nordrhein-Westfalen war der Anteil der **Nichtwähler** immer etwas geringer als im Bundesgebiet insgesamt, insbesondere geringer als in den südlichen Bundesländern: 1987 um gut 2 Prozentpunkte.

31 Der Stimmenanteil der **SPD** lag in NRW von 1949 an immer über dem Bundesergebnis. Die Partei verzeichnete bis 1961 jedoch deutlich geringere Zuwächse als in anderen Bundesländern – dies obwohl in NRW gleichzeitig ein überdurchschnittliches KPD-Stimmenpotential von anderen Parteien zu „beerben" war.

Erst mit dem größeren Zugewinn um 5,3 Prozentpunkte bei der Wahl 1965 glichen sich die SPD-Ergebnisse denen der übrigen nördlichen Bundesländer an. Seit 1969 liegt der SPD-Anteil in NRW ziemlich gleichbleibend um 4 Prozentpunkte über dem des Bundes und um mehr als 10 Punkte über dem in den südlichen Bundesländern; bei der Wahl 1987 vergrößerten sich diese Vorsprünge noch einmal auf 6,2 bzw. 13,0 Prozentpunkte.

Die Einstellung zur **CDU** entwickelte sich in NRW hingegen ganz anders als im übrigen Bundesgebiet. Nach Stimmenanteilen verstärkte sich die CDU bis 1957 hier zunächst wie in den südlichen Bundesländern, um dann bis 1965 auf ihr Anteilsniveau im Bund und in der Folgezeit weiter auf das unterdurchschnittliche Anteilsniveau in den nördlichen Bundesländern abzusinken.

Unter Einschluß der in NRW überdurchschnittlichen Zentrumsanteile fällt die Veränderung im Wählerverhalten gegenüber dem christlichen Lager noch deutlicher aus, denn die Stimmenanteile von CDU und Zentrum zusammen lagen 1949 zunächst um 11,7 Prozentpunkte über den Bundesergebnissen und auch um 10,2 Punkte über den Ergebnissen der südlichen Bundesländer. Das heißt: Das Gebiet des heutigen Nordrhein- Westfalen, früher die Hochburg des politischen Katholizismus, war nach seiner Gründung als eigenes Land im Bundesrahmen zunächst zwar ebenfalls Hochburg des christlichen Lagers – noch vor den südlichen Bundesländern; es hat sich zwischen 1957 und 1972 dann jedoch dem Wahlverhalten der nördlichen Bundesländer angenähert.

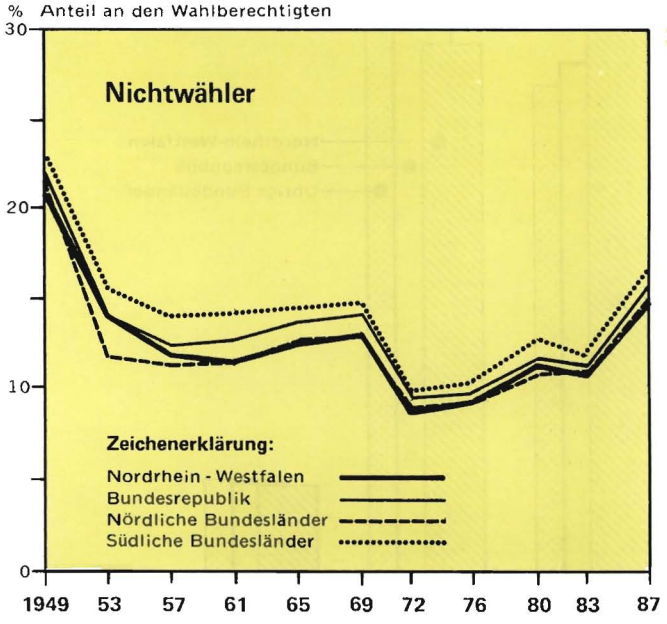
Ein ähnliches Resultat hat sich auch für die Stimmenanteile der **Liberalen** ergeben, hierzu führte allerdings eine Entwicklung mit umgekehrten Vorzeichen: Bis 1972 lag der Stimmenanteil der F.D.P. in Nordrhein-Westfalen zunächst mehr oder weniger deutlich unter den Ergebnissen sowohl der Gruppe der südlichen als auch der übrigen nördlichen Bundesländer. Dann näherte sich ihr Anteil in NRW dem Anteil in den anderen Ländergruppen; in der Zeit der sozialliberalen Koalition wurde die F.D.P. in Nordrhein-Westfalen vorübergehend sogar stärker als in den südlichen Bundesländern. Seit dem Wechsel des Regierungsbündnisses 1982 änderte sich aber diese Relation wieder zugunsten der südlichen Bundesländer.

In den nördlichen Bundesländern hatte die F.D.P. hingegen immer bessere Ergebnisse als in Nordrhein-Westfalen.

Andere Parteien: Wie schon während der Zeit der Weimarer Republik erzielten Zentrum und KPD nach 1945 in NRW wieder gegenüber anderen Ländern herausragende Stimmenanteile; entsprechend überdurchschnittlich fiel auch ihr Stimmenrückgang in der Folgezeit aus. Die dabei „freiwerdenden" Stimmenanteile schlugen sich aber weder in einem überdurchschnittlichen Anstieg der CDU noch der SPD nieder. Im Gegenteil. Sowohl die südlichen als auch die übrigen nördlichen Länder verzeichneten bis 1961 höhere Stimmengewinne für CDU und SPD als Nordrhein-Westfalen. Dies mag daran liegen, daß „Sonstige Parteien" in den übrigen Bundesländern einen noch höheren Überschuß von insgesamt 14,4 Prozentpunkten gegenüber Nordrhein-Westfalen (1949) in der Folgezeit an andere Parteien abzugeben hatten, im wesentlichen wohl an die großen Parteien.

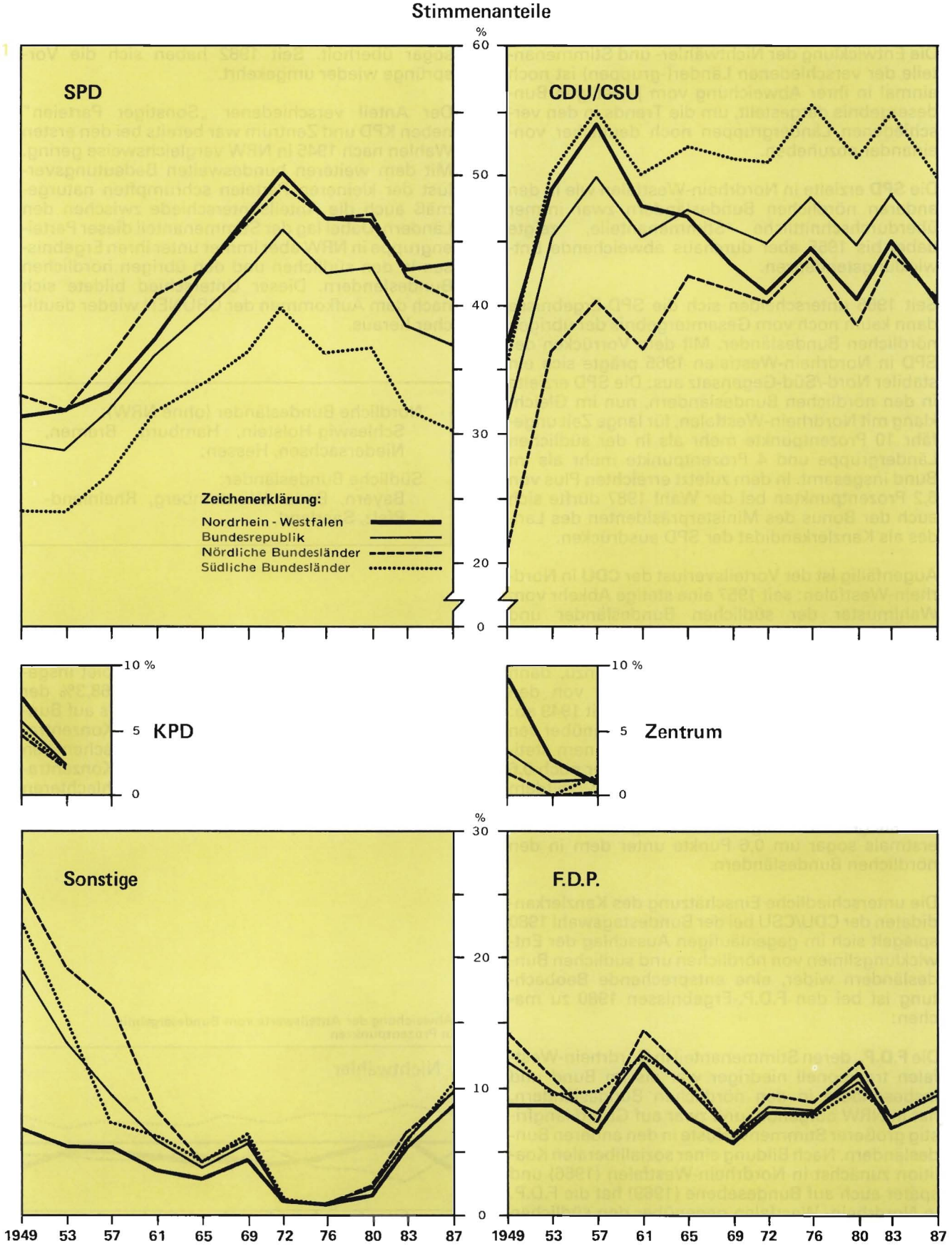
Nördliche Bundesländer (ohne NRW):
Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Hessen;

Südliche Bundesländer:
Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland.



Tab.→ S.124

Stimmenanteile bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 1987



Tab.→S.124

Entwicklung eines besonderen Wahlverhaltens in NRW

32 Die Entwicklung der Nichtwähler- und Stimmenan-
33 teile der verschiedenen Länder(-gruppen) ist noch einmal in ihrer Abweichung vom jeweiligen Bundesergebnis dargestellt, um die Trends in den verschiedenen Ländergruppen noch deutlicher voneinander abzuheben.

Die **SPD** erzielte in Nordrhein-Westfalen wie in den anderen nördlichen Bundesländern zwar immer überdurchschnittliche Stimmenanteile, zeigte dabei bis 1965 aber durchaus abweichende Entwicklungstendenzen.

Seit 1965 unterscheiden sich die SPD-Ergebnisse dann kaum noch vom Gesamtergebnis der übrigen nördlichen Bundesländer. Mit dem Vorrücken der SPD in Nordrhein-Westfalen 1965 prägte sich ein stabiler Nord-/Süd-Gegensatz aus: Die SPD erzielte in den nördlichen Bundesländern, nun im Gleichklang mit Nordrhein-Westfalen, für lange Zeit ungefähr 10 Prozentpunkte mehr als in der südlichen Ländergruppe und 4 Prozentpunkte mehr als im Bund insgesamt. In dem zuletzt erreichten Plus von 6,2 Prozentpunkten bei der Wahl 1987 dürfte sich auch der Bonus des Ministerpräsidenten des Landes als Kanzlerkandidat der SPD ausdrücken.

Augenfällig ist der Vorteilsverlust der **CDU** in Nordrhein-Westfalen: seit 1957 eine stetige Abkehr vom Wahlmuster der südlichen Bundesländer und Annäherung an das Wahlmuster der nördlichen Bundesländer. Rechnet man die früheren Zentrumsanteile in Nordrhein-Westfalen hinzu, dann zeichnet sich die relative Abwendung von den christlich orientierten Parteien bereits seit 1949 ab: Der Vorteil von 23,1 Prozentpunkten gegenüber den nördlichen Bundesländern 1949 ist in einem stetigen Entwicklungsprozeß bis 1972 auf nur noch 0,6 Prozentpunkte zusammengeschmolzen; seitdem hat er die Marke von +2 Prozentpunkten nicht mehr überstiegen, 1987 lag das CDU-Ergebnis in NRW erstmals sogar um 0,6 Punkte unter dem in den nördlichen Bundesländern.

Die unterschiedliche Einschätzung des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU bei der Bundestagswahl 1980 spiegelt sich im gegenläufigen Ausschlag der Entwicklungslinien von nördlichen und südlichen Bundesländern wider, eine entsprechende Beobachtung ist bei den F.D.P.-Ergebnissen 1980 zu machen:

Die **F.D.P.**, deren Stimmenanteil in Nordrhein-Westfalen traditionell niedriger war als im Bund und insbesondere in den nördlichen Bundesländern, hat in NRW aufgeholt, und zwar auf Grund langfristig größerer Stimmenverluste in den anderen Bundesländern. Nach Bildung einer sozialliberalen Koalition zunächst in Nordrhein-Westfalen (1966) und später auch auf Bundesebene (1969) hat die F.D.P. in Nordrhein- Westfalen gegenüber den südlichen Bundesländern weiter aufgeholt, 1976 hat sie diese sogar überholt. Seit 1982 haben sich die Vorsprünge wieder umgekehrt.

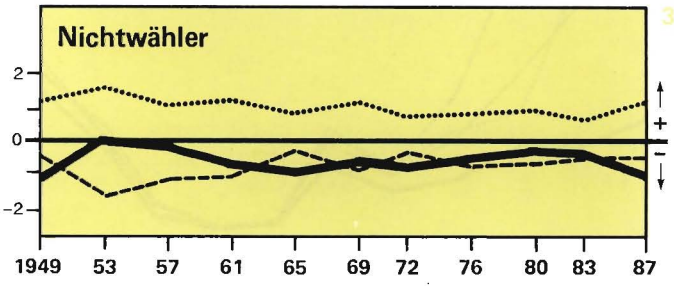
Der Anteil verschiedener „Sonstiger Parteien" neben KPD und Zentrum war bereits bei den ersten Wahlen nach 1945 in NRW vergleichsweise gering. Mit dem weiteren bundesweiten Bedeutungsverlust der kleineren Parteien schrumpften naturgemäß auch die Anteilsunterschiede zwischen den Ländern. Dabei lag der Stimmenanteil dieser Parteiengruppe in NRW aber immer unter ihren Ergebnissen in den südlichen und den übrigen nördlichen Bundesländern. Dieser Unterschied bildete sich nach dem Aufkommen der GRÜNEN wieder deutlicher heraus.

Nördliche Bundesländer (ohne NRW):
Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Hessen;

Südliche Bundesländer:
Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland.

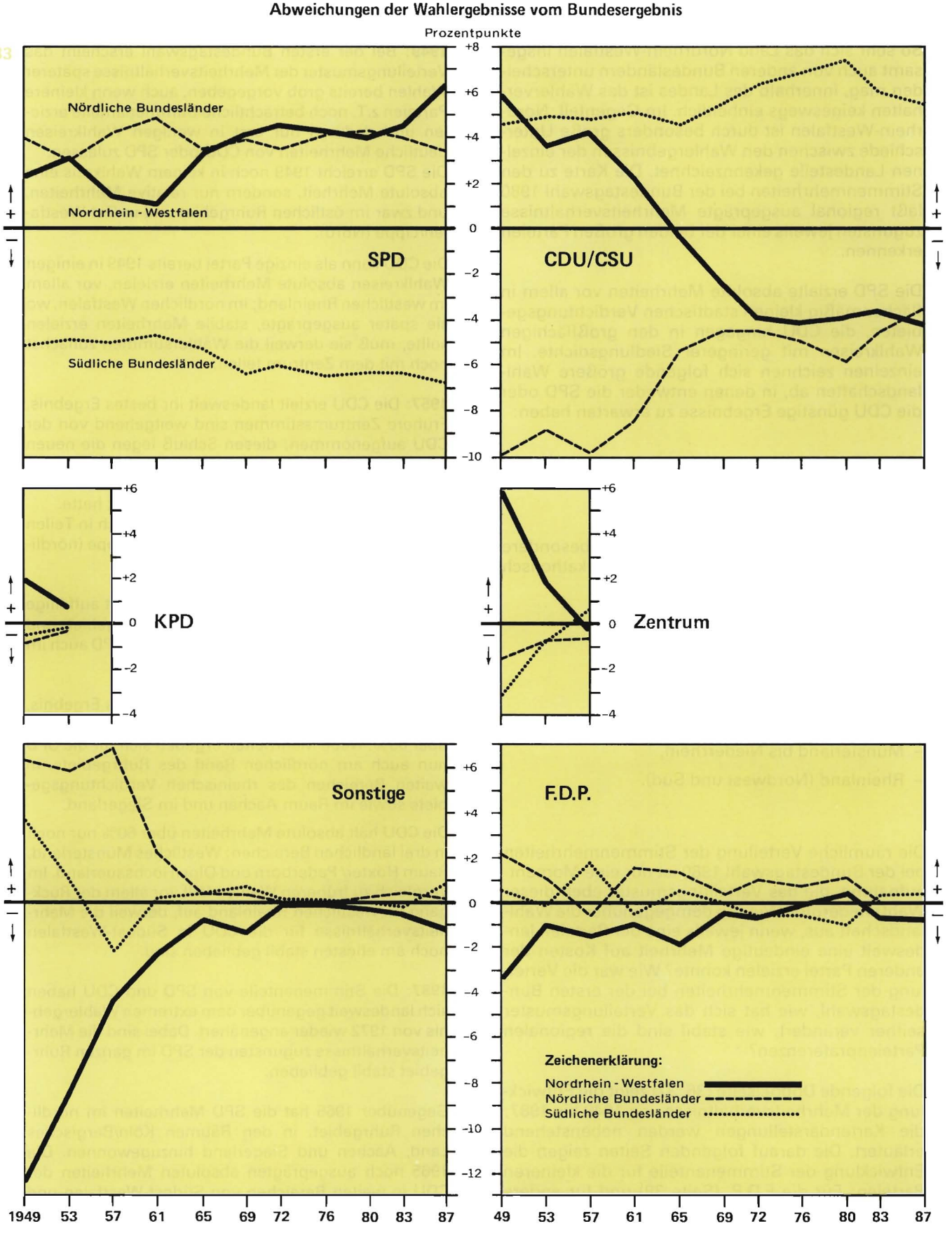
Die Konzentration auf die beiden großen Parteien war in Nordrhein-Westfalen vor allem während der Anfangsphase größer als im Bundesgebiet insgesamt: 1949 war die Konzentration mit 68,3% der Stimmen um 8,1 Prozentpunkte höher als auf Bundesebene; bei allgemein zunehmender Konzentration traten die Unterschiede hierin zwischen den Bundesländern zurück. 1987 betrug der Konzentrationsvorsprung infolge des etwas schlechteren Abschneidens von F.D.P. und GRÜNEN in NRW wieder 2,0 Prozentpunkte.

Abweichung der Anteilswerte vom Bundesergebnis in Prozentpunkten



Tab.→S.125

Abweichung der Stimmenanteile bei Bundestagswahlen, NRW sowie andere Ländergruppen gegenüber dem Bund insgesamt



Tab.→ S.124/125

2.3 Wahllandschaft Nordrhein-Westfalen

So sehr sich das Land Nordrhein-Westfalen insgesamt auch von anderen Bundesländern unterscheiden mag, innerhalb des Landes ist das Wählerverhalten keineswegs einheitlich. Im Gegenteil, Nordrhein-Westfalen ist durch besonders große Unterschiede zwischen den Wahlergebnissen der einzelnen Landesteile gekennzeichnet. Die Karte zu den
35 Stimmenmehrheiten bei der Bundestagswahl 1980 läßt regional ausgeprägte Mehrheitsverhältnisse zugunsten jeweils einer der beiden großen Parteien erkennen.

Die SPD erzielte absolute Mehrheiten vor allem in flächenmäßig kleinen städtischen Verdichtungsgebieten, die CDU hingegen in den großflächigen Wahlkreisen mit geringerer Siedlungsdichte. Im einzelnen zeichnen sich folgende größere Wahllandschaften ab, in denen entweder die SPD oder die CDU günstige Ergebnisse zu erwarten haben:

Zugunsten der SPD:

- Ruhrgebiet mit Randzonen,
- Rheinisches Verdichtungsgebiet, insbesondere dort, wo es evangelisch bzw. weniger katholisch geprägt ist,
- Ost-Westfalen/Lippe (Nord);

zugunsten der CDU:

- Ost-Westfalen (Süd) und Sauerland,
- Münsterland bis Niederrhein,
- Rheinland (Nordwest und Süd).

Die räumliche Verteilung der Stimmenmehrheiten bei der Bundestagswahl 1980 ist nur eine Momentaufnahme, die das Verteilungsmuster eben dieser Wahl wiedergibt. Wie sah demgegenüber die Wahllandschaft aus, wenn jeweils eine der Parteien landesweit eine eindeutige Mehrheit auf Kosten der anderen Partei erzielen konnte? Wie war die Verteilung der Stimmenmehrheiten bei der ersten Bundestagswahl, wie hat sich das Verteilungsmuster seither verändert, wie stabil sind die regionalen Parteienpräferenzen?

Die folgende Doppelseite (36, 37) zeigt die Entwicklung der Mehrheitsverhältnisse von 1949 bis 1987; die Kartendarstellungen werden nebenstehend erläutert. Die darauf folgenden Seiten zeigen die Entwicklung der Stimmenanteile für die kleineren Parteien: Für die F.D.P. (Seite 38) und für andere Parteien, hier: Zentrum, KPD und GRÜNE (Seite 39).

1949: Bei der ersten Bundestagswahl erscheint das 36/37
Verteilungsmuster der Mehrheitsverhältnisse späterer Wahlen bereits grob vorgegeben, auch wenn kleinere Parteien z.T. noch beträchtliche Stimmenanteile erzielen und dadurch nur erst in wenigen Wahlkreisen deutliche Mehrheiten von CDU oder SPD zulassen.
Die SPD erreicht 1949 noch in keinem Wahlkreis eine absolute Mehrheit, sondern nur relative Mehrheiten, und zwar im östlichen Ruhrgebiet und in Ost-Westfalen/Lippe (Nord).

Die CDU kann als einzige Partei bereits 1949 in einigen Wahlkreisen absolute Mehrheiten erzielen, vor allem im westlichen Rheinland; im nördlichen Westfalen, wo sie später ausgeprägte, stabile Mehrheiten erzielen sollte, muß sie derweil die Wählerstimmen zunächst noch mit dem Zentrum teilen.

1957: Die CDU erzielt landesweit ihr bestes Ergebnis. Frühere Zentrumsstimmen sind weitgehend von der CDU aufgenommen; diesen Schluß legen die neuen Mehrheiten nahe, die die CDU gerade in denjenigen Gebieten erzielen kann, in denen 1949 auch das Zentrum noch größere Stimmenanteile erlangt hatte.
Die SPD hält schwache Mehrheiten nur noch in Teilen des Ruhrgebiets sowie in Ost-Westfalen/Lippe (nördlicher Teil), sonst nirgendwo.

1965: Der positive Trend für die SPD bringt auffällige Mehrheitenwechsel im westlichen Ruhrgebiet und deutliche Verbesserungen zugunsten der SPD auch im rheinischen Verdichtungsgebiet.

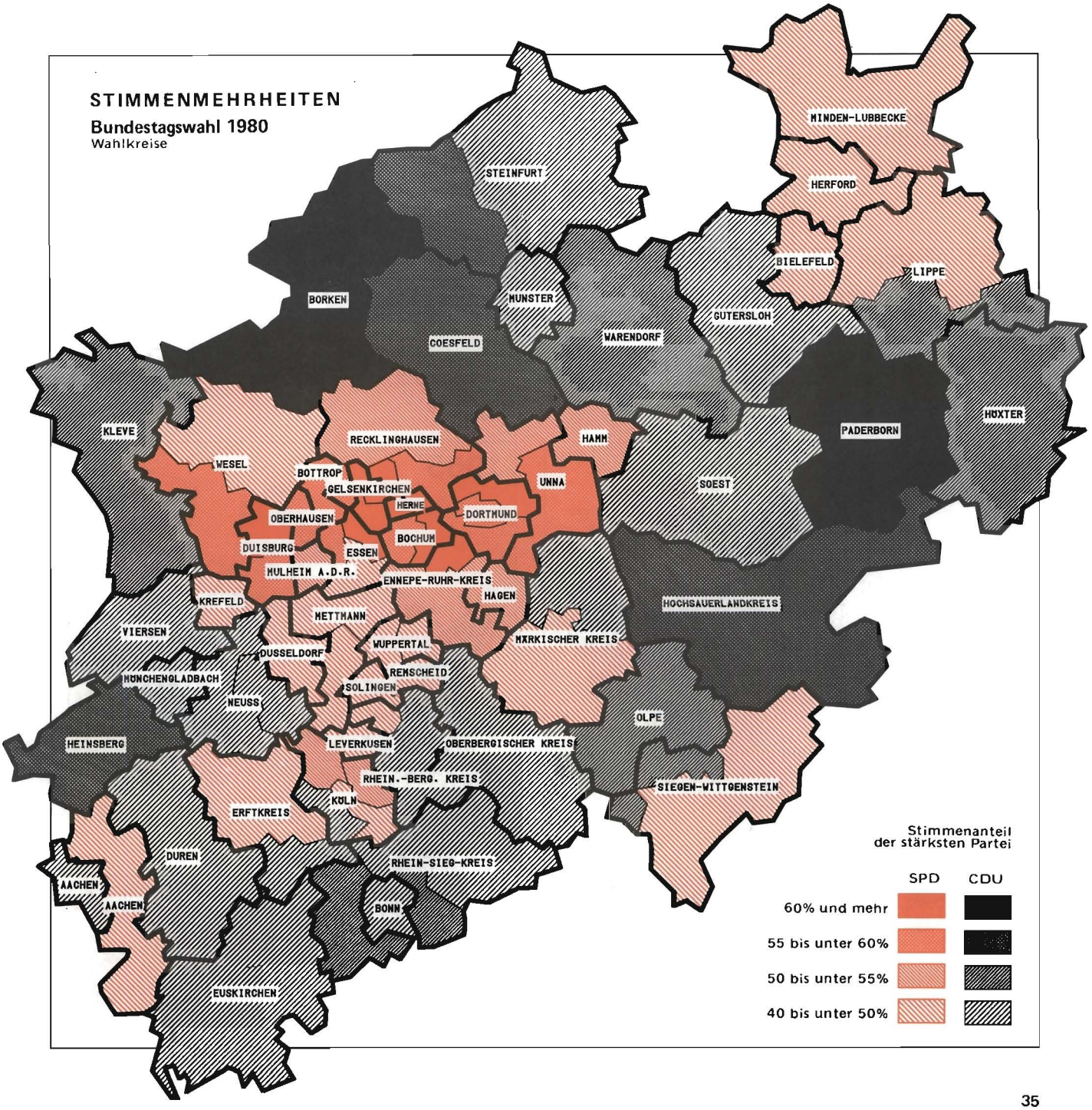
1972: Die SPD erzielt landesweit ihr bestes Ergebnis, im nördlichen Ruhrgebiet sogar absolute Mehrheiten über 60%. Neue Mehrheiten ergeben sich für die SPD nun auch am nördlichen Rand des Ruhrgebiets, in weiten Bereichen des rheinischen Verdichtungsgebiets sowie im Raum Aachen und im Siegerland.

Die CDU hält absolute Mehrheiten über 60% nur noch in drei ländlichen Bereichen: Westliches Münsterland, Raum Höxter/ Paderborn und Olpe/Hochsauerland. Im Vergleich zu früheren Wahlen fällt vor allem der Rückgang im westlichen Rheinland auf, derweil die Mehrheitsverhältnisse für die CDU in Südost-Westfalen noch am ehesten stabil geblieben sind.

1987: Die Stimmenanteile von SPD und CDU haben sich landesweit gegenüber dem extremen Wahlergebnis von 1972 wieder angenähert. Dabei sind die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der SPD im ganzen Ruhrgebiet stabil geblieben.

Gegenüber 1965 hat die SPD Mehrheiten im nördlichen Ruhrgebiet, in den Räumen Köln/Bergisches Land, Aachen und Siegerland hinzugewonnen. Die 1965 noch ausgeprägten absoluten Mehrheiten der CDU in weiten Bereichen von Südost-Westfalen und im Raum Aachen sind sichtbar zurückgegangen.

Stimmenmehrheiten der SPD bzw. CDU bei der Bundestagswahl 1980 nach Gemeinden bzw. Wahlkreisen



Entwicklung der Stimmenmehrheiten bzw. Stimmenanteile

Ergebnisse von Bundestagswahlen nach jeweiliger

Zur Grenzdarstellung:

Die Wahlkreiseinteilung hat sich von Wahl zu Wahl geändert. Zur besseren Orientierung in den Kartogrammen werden daher die jeweiligen Wahlkreisgrenzen (weiß) überlagert durch die seit 1976 unveränderten Grenzen der Kreise und kreisfreien Städte (schwarz).

Zur Auswahl der dargestellten Wahljahre:

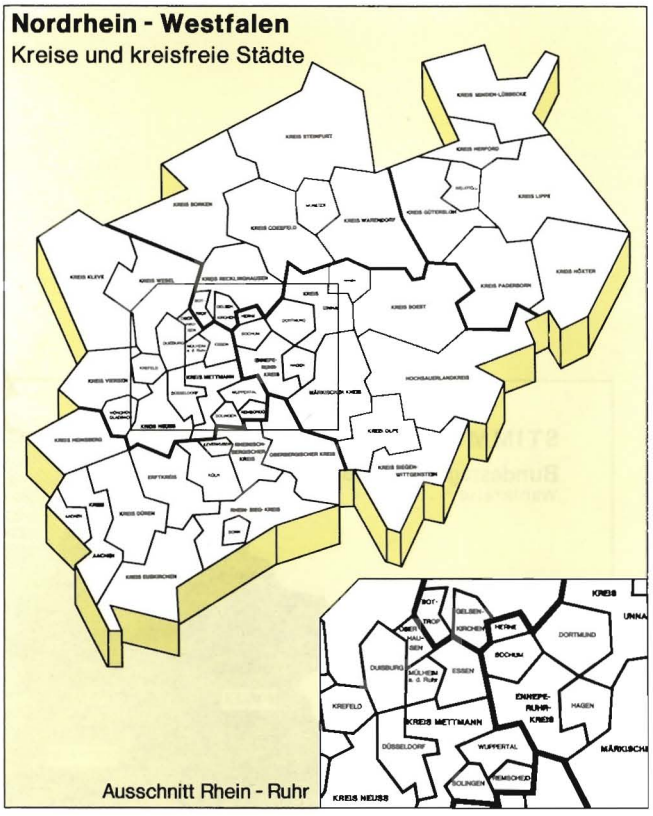
1949 erste Bundestagswahl. Relative Parteienvielfalt

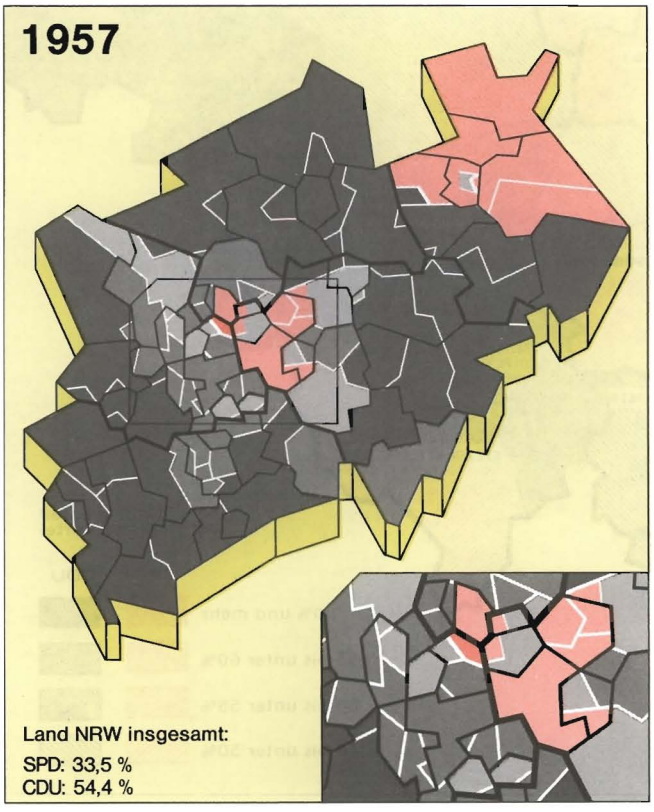
1957 CDU-Spitzenergebnis

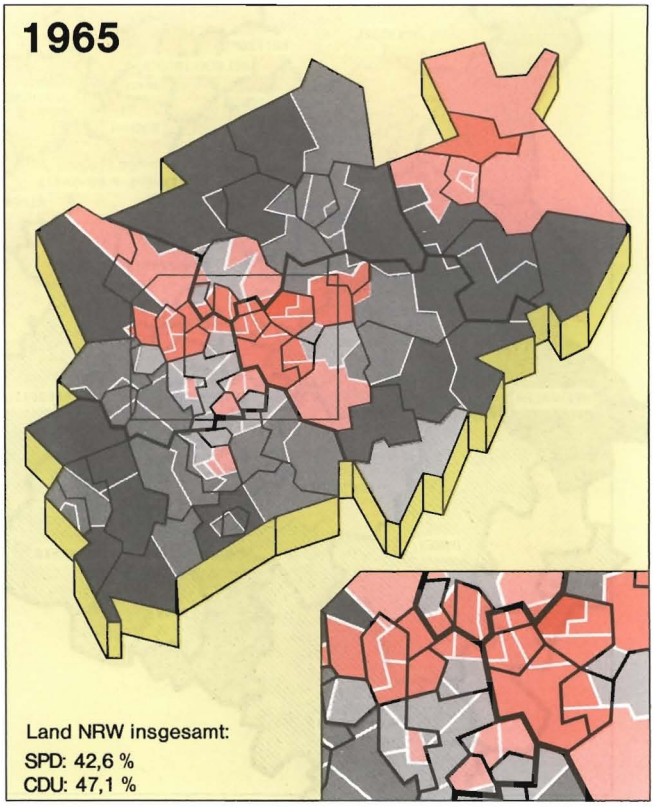
1965 Übergang von CDU- zu SPD-Mehrheiten im Land

1972 SPD-Spitzenergebnis

1987 aktuellste Bundestagswahl

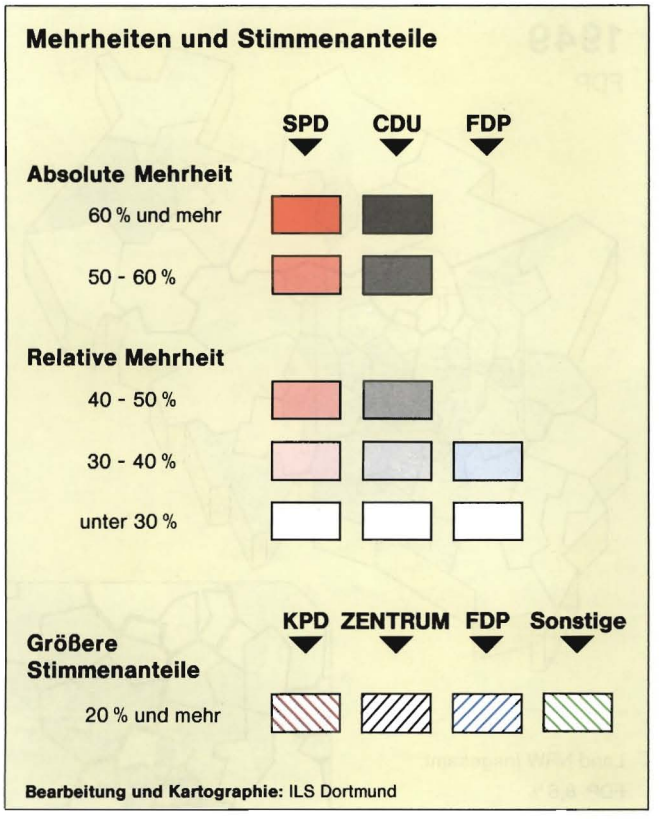


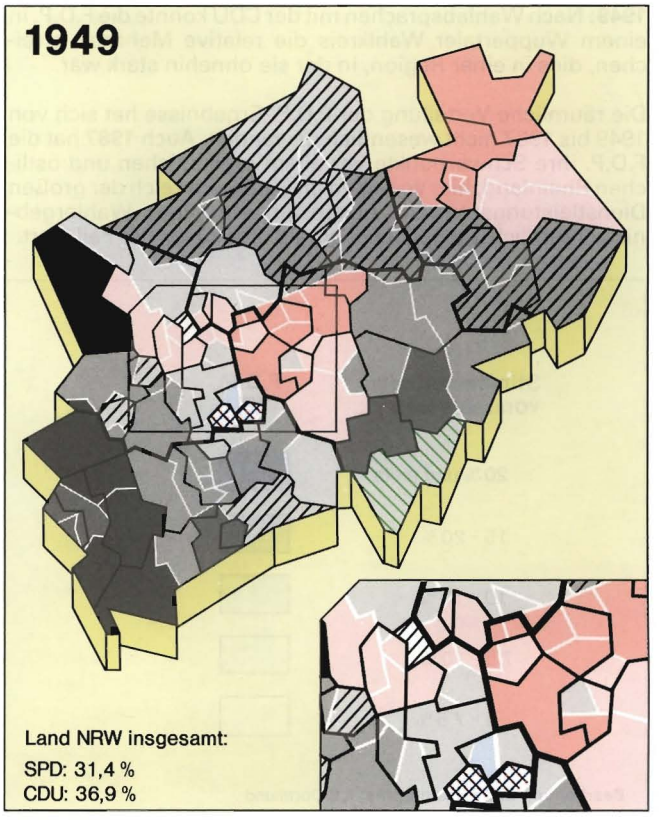


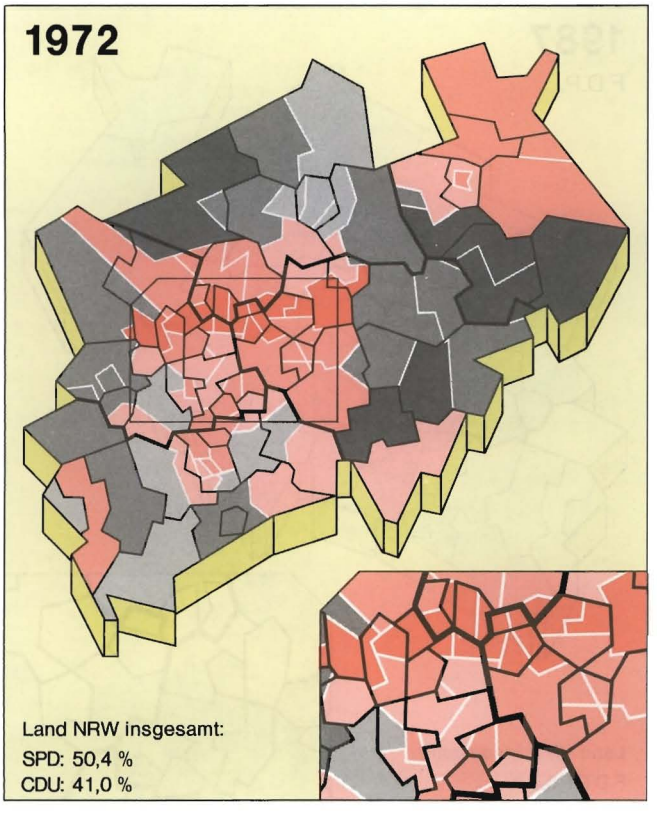


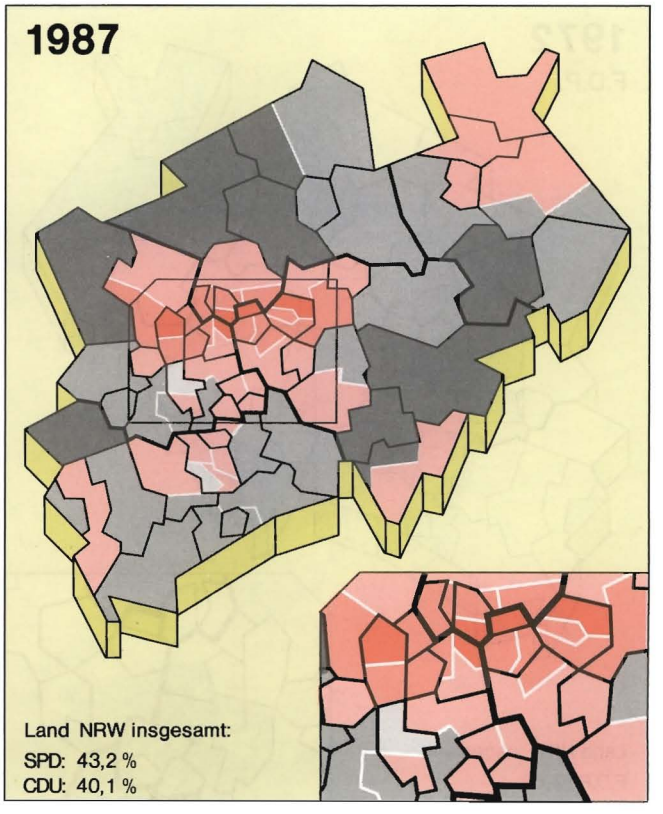
für die größeren Parteien (Zweitstimmen)

Wahlkreiseinteilung (weiße Grenzlinien)







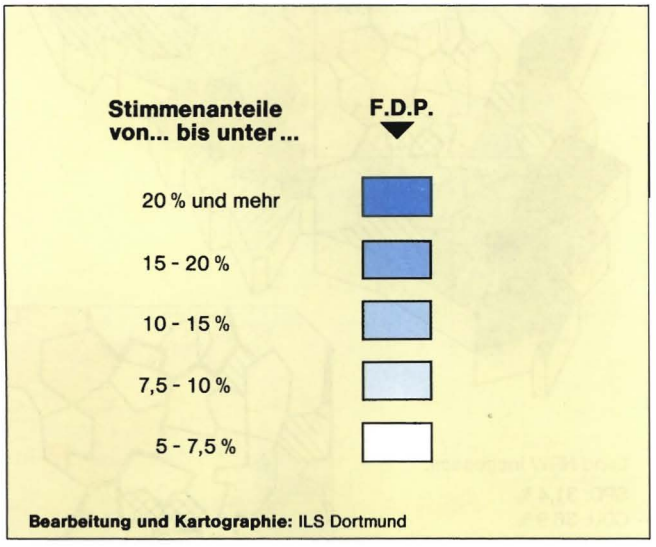


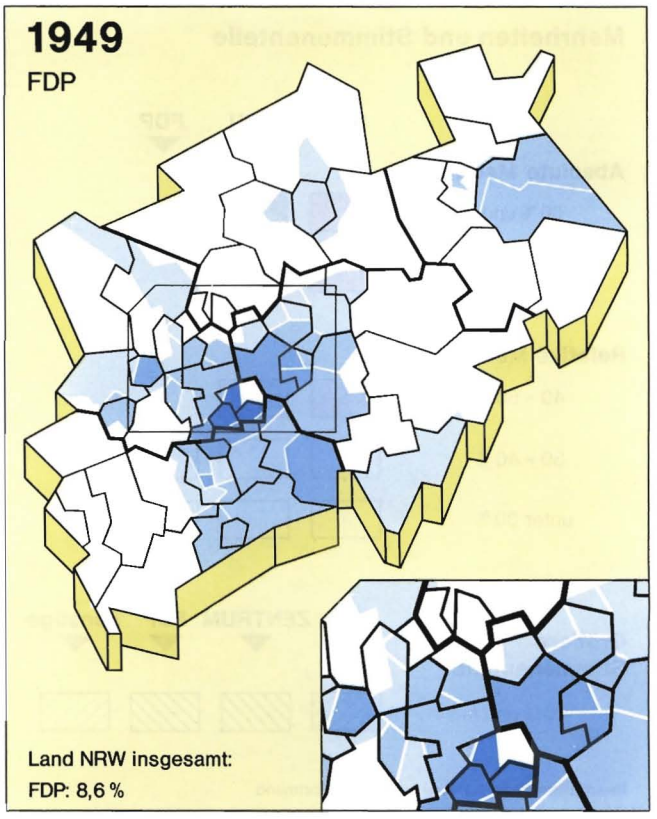
Entwicklung der Stimmenanteile (Zweitstimmen) für kleinere Parteien: F.D.P. und

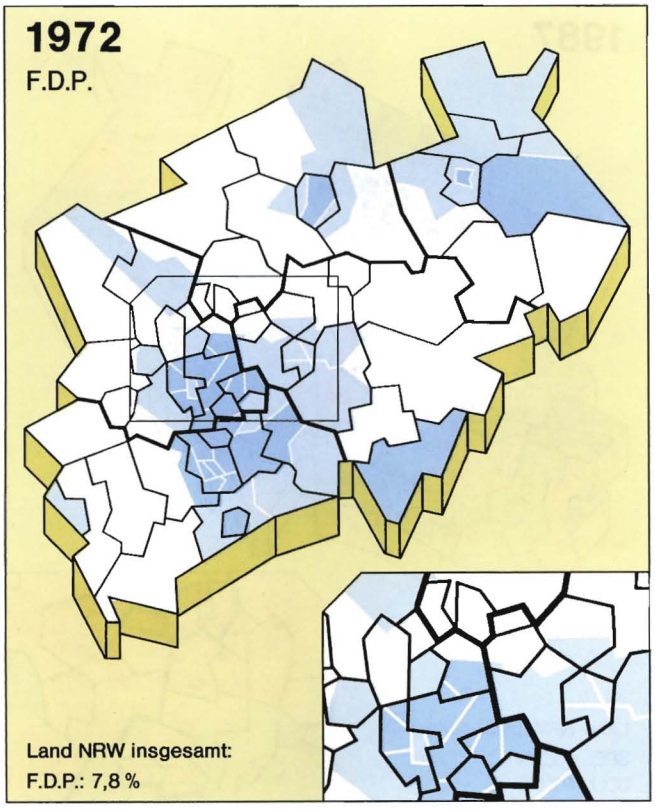
Ergebnisse von Bundestagswahlen nach jeweiliger

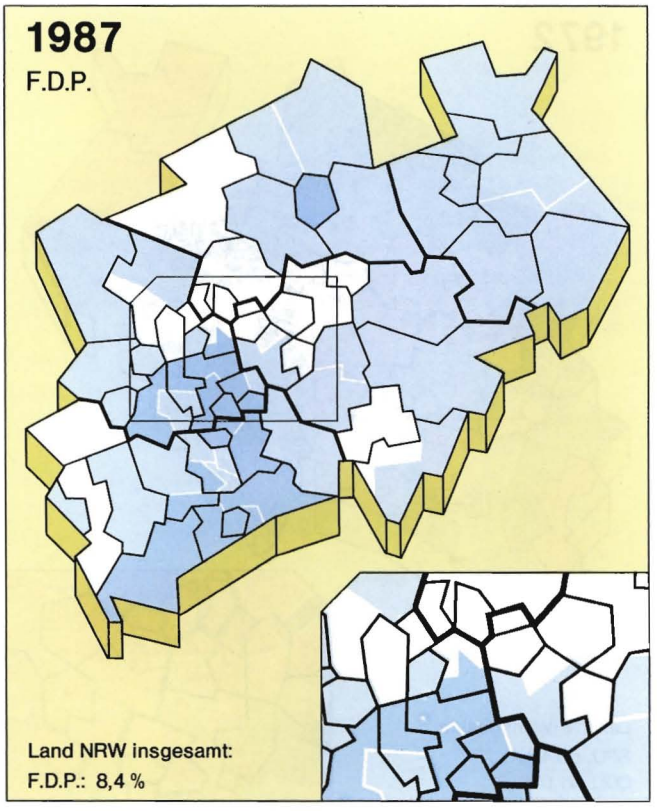
1949: Nach Wahlabsprachen mit der CDU konnte die F.D.P. in einem Wuppertaler Wahlkreis die relative Mehrheit erreichen, dies in einer Region, in der sie ohnehin stark war.

Die räumliche Verteilung der F.D.P.-Ergebnisse hat sich von 1949 bis 1987 nicht wesentlich gewandelt. Auch **1987** hat die F.D.P. ihre Schwerpunkte vor allem im südlichen und östlichen Rheinland, hier vor allem im Einzugsbereich der großen Dienstleistungszentren. Ansonsten sind ihre Wahlergebnisse räumlich ausgeglichener, als dies zuvor der Fall wart.

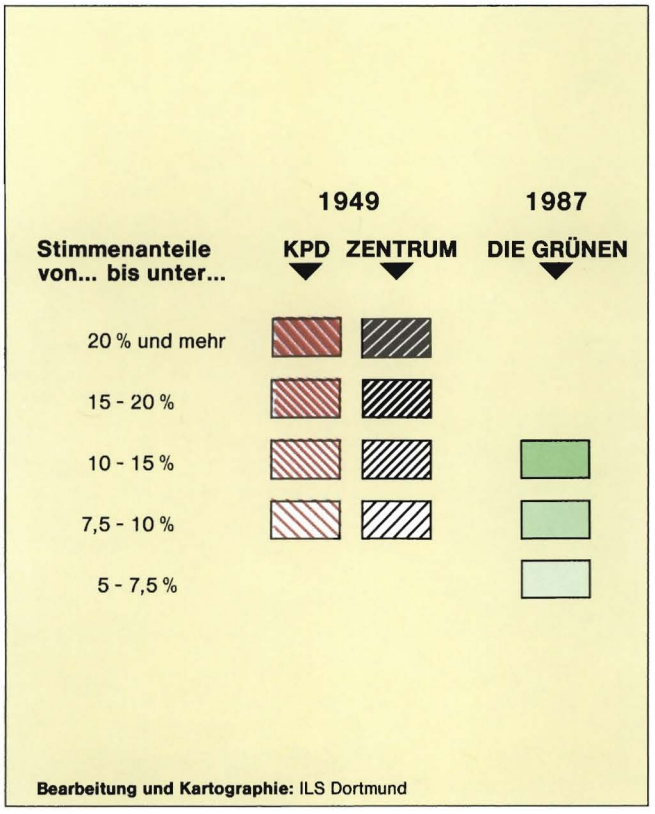


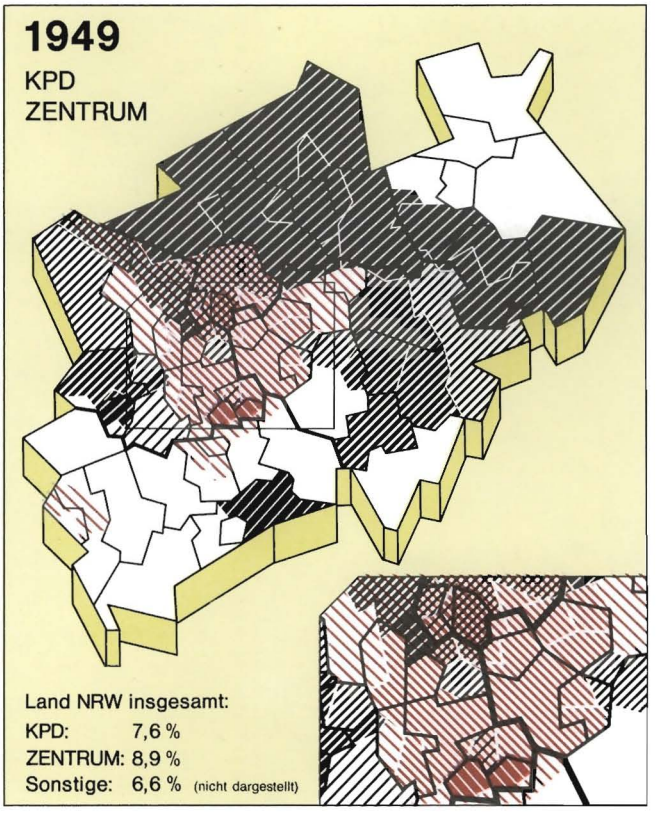






andere Parteien
Wahlkreiseinteilung (weiße Grenzlinien)



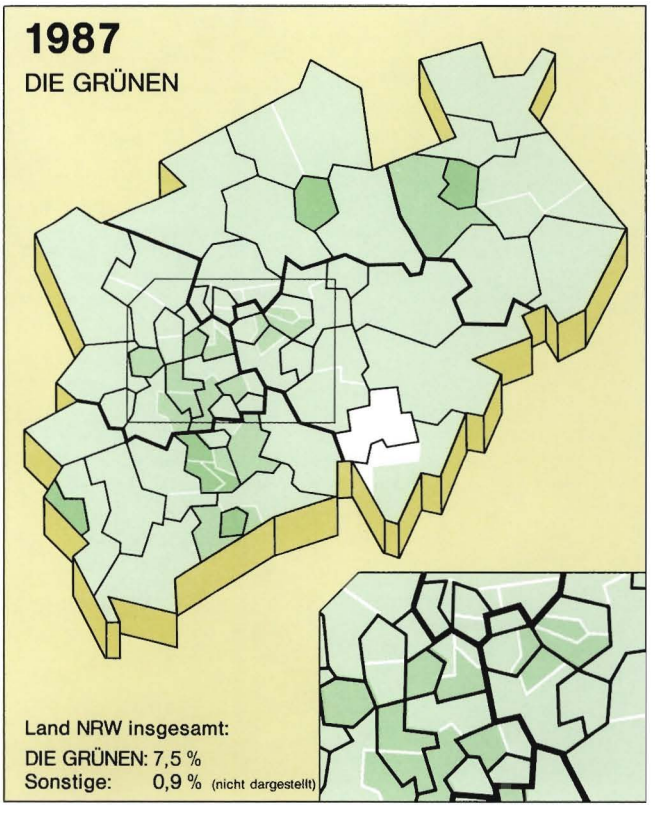


1949: Das Zentrum erreichte hohe Stimmenanteile in einem breiten, ländlich geprägten Gürtel vom Münsterland bis Südost-Westfalen, vereinzelt auch noch im Rheinland.

Die KPD war vor allem im Industriegebiet an Rhein und Ruhr stark; am nördlichen Rand des Ruhrgebiets stand sie jedoch ähnlich hohen Stimmenanteilen des Zentrums gegenüber; ihre absoluten Hochburgen hatte sie in Remscheid und Solingen sowie in Gelsenkirchen, Gladbeck und Bottrop.

Sonstige Parteien (in der Karte nicht dargestellt) erhielten im Siegerland höhere Stimmenanteile, hier vor allem ein national-konservatives Parteienbündnis.

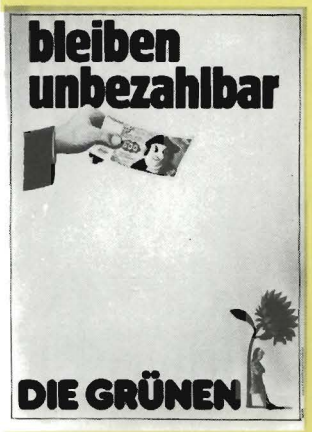
1987: Unter den „anderen Parteien" fallen nur noch die GRÜNEN ins Gewicht. Sie haben ihre Hochburgen in Universitätsstädten, ansonsten noch Schwerpunkte im rheinischen Verdichtungsgebiet und im nördlichen Westfalen.

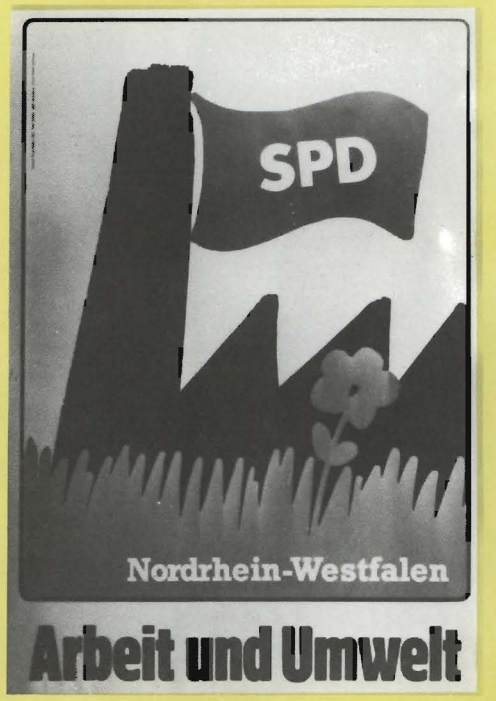


Plakative Wahlwerbung

Wahlplakate
aus vier Jahrzehnten

klar:
CDU
CDU · EINHEIT · FREIHEIT · FRIEDEN · CDU · EINHEIT · FREIHEIT · FRIEDEN · CDU
Wir wollen
CHRISTLICHE GEMEINSCHAFTSSCHULE
Gleiche BIBEL
Gleiche FIBEL
FDP
SPD vorn
reines Wasser
saubere Luft
weniger Lärm
für alle*
Ziele der neuen
LANDESREGIERUNG
Ihr Kandidat
Erich Beppermann
SPD vorn
Vereint, deshalb stärker
Deutsche Partei
in Stadt
und Land
Weiter mit Steinhoff
SPD
Wohlstand ohne Bomben
darum SPD
weiter so mit der CDU
Wohnungen
Straßen
Schulen
Frieden
Arbeit
Ordnung
CDU
am 8. Juni


bleiben
unbezahlbar
DIE GRÜNEN

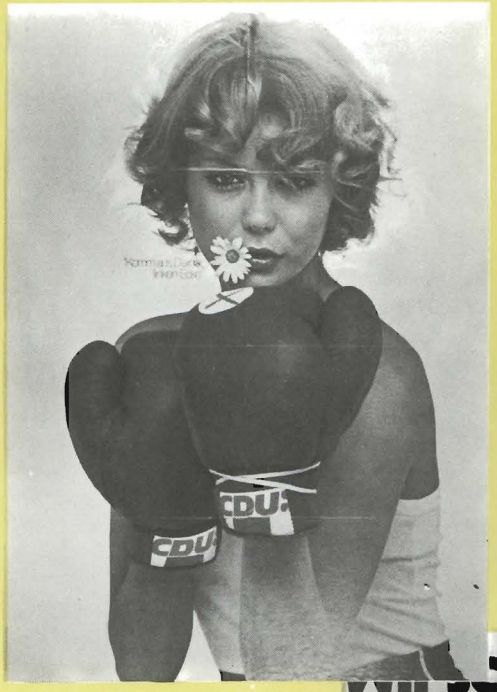

SPD
Nordrhein-Westfalen
Arbeit und Umwelt

SPD
Die sichere Hand
für unser Land

SPD
vorn

Wir in Nordrhein-Westfalen
Aufschwung:
Nur mit
allen
Bürgern!
SPD
NRW

WÄHLEN?
na klar!
FDP


CDU
CDU

So
nicht anders
STIMMZETTEL
CDU

CDU
Ihr Kreuz
entscheidet,
ob unser
Land wieder
Nr. 1 wird.
CDU

F.D.P.
...damit
auch morgen
Vernunft
regiert
F.D.P.

schaffen
wieder
Sicherheit
CDU!

Wählerstrukturen
Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

3

Ob die Stimmen für eine Partei überwiegend von Frauen oder Männern, von jüngeren oder älteren Wählern abgegeben wurden, interessiert für den Ausgang einer Wahl zunächst weniger. Alle Stimmen zählen gleich.

Das war nicht immer so. Es ist gerade erst 74 Jahre her, daß im Bereich des heutigen Nordrhein-Westfalen der Preußische Landtag noch nach dem Dreiklassen-Wahlrecht gewählt wurde, zuletzt am 3. 6. 1913. Die Frauen waren damals noch nicht wahlberechtigt.

Wenn heute auch alle Stimmen gleich gewichtet werden – alle Personen und Parteien, die sich um ein politisches Mandat bewerben, wüßten doch gern, wer sie gewählt und wer sie nicht gewählt hat. „Wer", das kann hier natürlich nur heißen: Welche **Wählergruppen?** Waren es vor allem Ältere oder Jüngere, waren es mehr Frauen oder Männer, deren Vorzug für die eine oder andere Partei den Ausschlag für das Wahlergebnis gegeben hat?

Aufschluß über solche vertiefende Fragen nach der Wählerstruktur gibt die **„repräsentative Wahlstatistik"**. Wie dabei verfahren wird und was die gesetzlichen Grundlagen dazu sind, wird auf der folgenden Seite erläutert. Mit der repräsentativen Wahlstatistik lassen sich seit 1953 Wahlergebnisse nach dem **Geschlecht** und nach **Altersgruppen** getrennt ausweisen, zusätzlich regional unterschieden nach Regierungsbezirken oder nach **Gemeindegrößenklassen** oder – mit Einschränkung – nach anders gebildeten Wahlregionen oder Gebietstypen.

Die möglichen Fragestellungen können nicht alle Unterscheidungskriterien gleichzeitig ansprechen; ebensowenig sind die vier Dimensionen, nämlich Alters-, Geschlechts- und Gebietsstruktur und zeitliche Entwicklung in einer einzigen Tabelle oder Grafik darzustellen. Daher konzentrieren sich die folgenden Unterkapitel mit ihren Fragestellungen meist auf jeweils ein hauptsächliches Unterscheidungskriterium:

3.1 **Altersunterschiede**
Wahlverhalten je Altersgruppe (=100%)

3.2 **Frauen und Männer**
Wahlverhalten nach Geschlecht (und Altersgruppen)

3.3 **Alters- und Geschlechtsstruktur der Wähler**
Die Wähler jeder Partei (=100%) nach Alter und Geschlecht. Altersstruktur der Wahlbevölkerung gestern/ heute/morgen

3.4 **Stadt/Land-Unterschiede**
Altersspezifisches Wahlverhalten nach Gemeindegrößenklassen

FRAGESTELLUNGEN

Jung und Alt

- Wie sehr unterscheiden sie sich in ihrem Wahlverhalten?
- Der besondere Anklang, den die eine Partei bei jungen Wählern, die andere Partei bei älteren Wählern gefunden hatte – ist er über die Jahre stabil geblieben, ist er abgeschwächt oder gar mit der Zeit in das Gegenteil verkehrt worden?
- Wahlpolitische Großwetterlagen und Stimmungsumschwünge – wurden sie vom besonderen Wahlverhalten bestimmter Wählergruppen getragen, von ihrem Parteienwechsel oder von ihrer Wahlabstinenz? Oder gingen Stimmungswogen und Stimmungswechsel gleichermaßen quer durch alle Altersgruppen?

Männer und Frauen

- Die ehemals ausgeprägten Parteienpräferenzen bei Wählerinnen bzw. Wählern – wie haben sie sich gewandelt, welche Rolle spielen sie heute?

Wählerstruktur der Parteien

- Die Wählerschaft der einzelnen Parteien – ist das jeweils ein ausgewogener Querschnitt durch alle Bevölkerungsgruppen? Oder überwiegen jüngere Wähler, ältere Wähler, Wähler mittleren Alters, Männer oder Frauen?
- Kriegsjahrgänge und Pillenknick – welche Einflüsse auf den Ausgang künftiger Wahlen werden durch Verschiebungen in der Alterspyramide angedeutet?

Regionales Gefälle

- Großstadt und ländlicher Raum, katholische und evangelische Traditionsräume, Industriegebiete und Handels- und Dienstleistungszentren – sind regionale Prägungen des Wahlverhaltens heute wie früher wirksam? Sind sie insbesondere bei jüngeren Wählern noch ebenso ausgeprägt wie bei älteren?

Die repräsentative Wahlstatistik

Grundlagen, Methode, Begriffe

Um grundsätzliche Aussagen zur Alters- und Geschlechtsstruktur der Wahlberechtigten und Wähler zu ermöglichen, schreiben das Bundeswahlgesetz (§ 51 Abs. 2) und die Landeswahlordnung entsprechende wahlstatistische Auszählungen in ausgewählten Stimmbezirken[1] vor. Einschränkend wird ausgeführt: „Die Trennung der Wahl nach Altersgruppen und Geschlechtern ist nur zulässig, wenn die Stimmabgabe der einzelnen Wähler dadurch nicht erkennbar wird". Weitere Ausführungsbestimmungen zur Sicherung des Wahlgeheimnisses enthält die Bundeswahlordnung bzw. die Landeswahlordnung[2]).

Die nach diesen Bestimmungen durchgeführte „repräsentative Wahlstatistik" bildet – soweit ihre Unterscheidungskriterien reichen – die Wählerstrukturen genauer ab als die Umfrageforschung:

- Es werden **tatsächliche Wählervoten** erfaßt und nicht nur Wählermeinungen oder Wahlabsichten vor der Wahl,
- die Teilnahme an der getrennten Stimmenauszählung nach Altersgruppen und Geschlecht ist nicht freiwillig; d.h.: Es werden **alle** Wählervoten der Stichprobe erfaßt, es gibt keine „Antwortverweigerer" und keine „Ich-weiß-nicht"-Bürger, die das Ergebnis verfälschen könnten,
- mit 4% der Stimmbezirke und Wahlberechtigten handelt es sich um eine recht **umfangreiche Stichprobe,** um ca. 450 000 Wähler z.B. in Nordrhein-Westfalen, d. h.: Der Fehlerbereich des Stichprobenergebnisses ist klein.

Wahlauswertung nach Alter und Geschlecht, wie macht man das?

In einigen ausgewählten Stimmbezirken werden Stimmzettel mit **Kennzeichen** für verschiedene Altersgruppen und für die Unterscheidung nach „Frau" oder „Mann" an die Wählerinnen bzw. Wähler ausgegeben. Geschlecht und Geburtsjahr zur richtigen Einordnung eines jeden Wählers sind aus den Wahllisten bzw. aus dem Personalausweis ersichtlich. So lassen sich alle Stimmzettel der Wahlurne nach Feststellung des amtlichen Gesamtergebnisses noch einmal auszählen, nun getrennt nach 10 Alters-/ Geschlechtsgruppen.

Als **repräsentativ** für alle Wähler eines Wahlgebiets kann die Stichprobe nur gelten, wenn sichergestellt ist, daß die ausgewählten Stimmbezirke kein schiefes Bild der regionalen und strukturellen Unterschiede im Lande zeichnen. Es wird darauf geachtet, daß Stimmbezirke aus Gemeinden unterschiedlicher Größe sowie konfessioneller und politischer Prägung in der Stichprobe im richtigen Verhältnis („repräsentativ" für das ganze Land) vertreten sind, damit das Stichprobenergebnis richtig auf die Gesamtheit **hochgerechnet** werden kann; „geschichtete Zufallsauswahl" nennt das der Statistiker.

Die Stichprobenauswahl umfaßt landesweit knapp 600 unterschiedliche Stimmbezirke; für kleine Gebietseinheiten, etwa für einzelne Wahlkreise, kann sie daher keine repräsentativen Ergebnisse liefern.

„Briefwähler", „Urnenwähler" und sonstige Begriffe:

Die **Wahlberechtigten** gliedern sich in
- Wähler und
- Nichtwähler.

Von den **Wählern** abgegebene Stimmen unterscheiden sich nach
- ungültigen Stimmen und
- gültigen Stimmen.

Die **gültigen Stimmen** insgesamt unterteilt man nach
- Stimmenanteilen der einzelnen Parteien.

Die **Wähler** sind aber auch zu unterscheiden nach
- Urnenwählern (Wähler im Wahllokal) und
- Briefwählern.

Nur für die **Urnenwähler** ist eine getrennte Auszählung nach Alters- und Geschlechtsgruppen möglich. Die Briefwähler bleiben dabei unberücksichtigt.

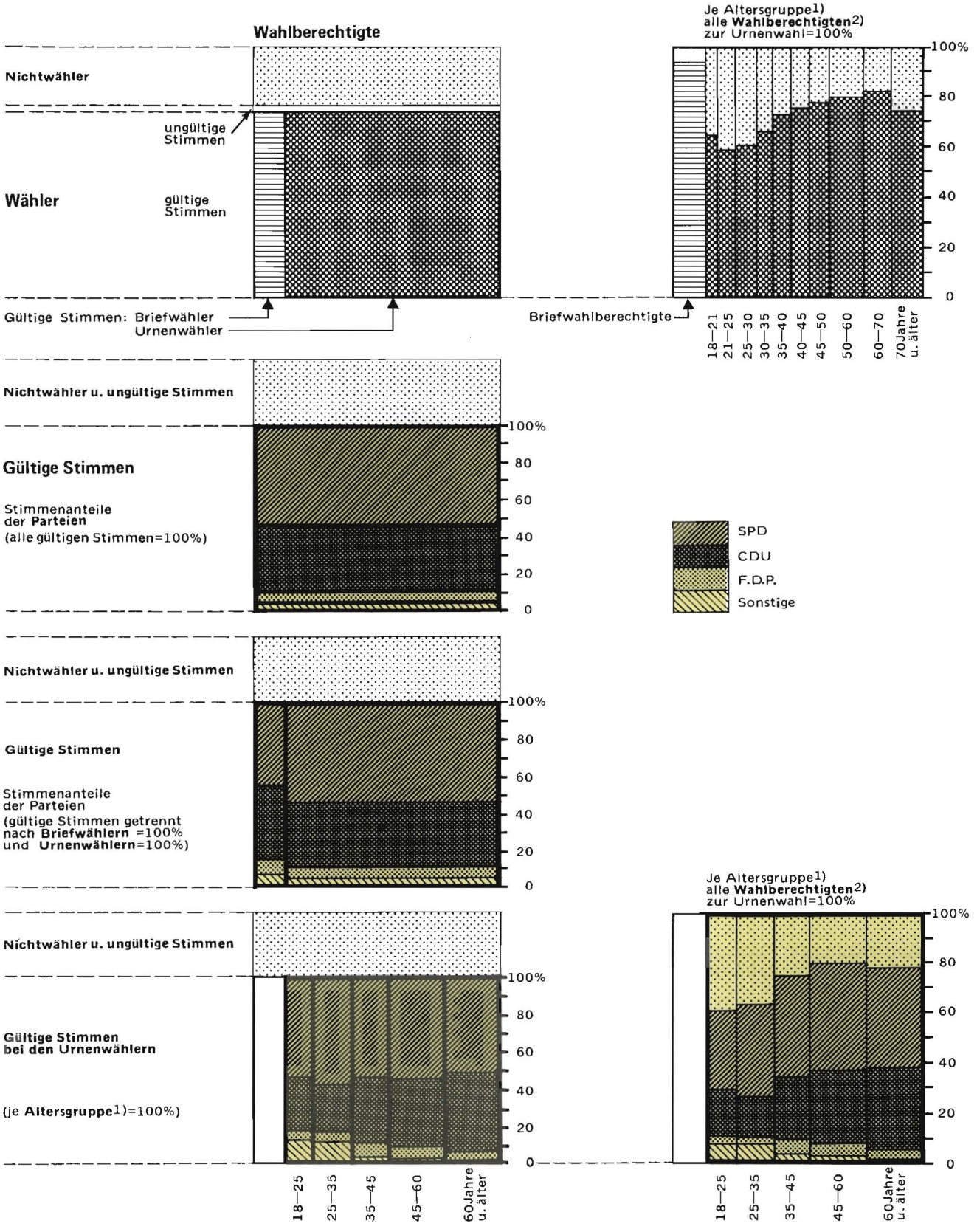
Nach bisherigen Erfahrungen unterscheidet sich das Wahlergebnis bei den **Briefwählern** nicht unwesentlich vom Wahlergebnis bei den Urnenwählern: höhere Wahlbeteiligung bei den Briefwahlberechtigten sowie ein wesentlich geringerer Stimmenanteil für die SPD bei der Briefwahl. Das bedeutet umgekehrt für die Urnenwahlergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik: Die Stimmenanteile für die SPD liegen hier seit Einführung der Briefwahl leicht über dem Gesamtergebnis, die Stimmenanteile der anderen Parteien und die Wahlbeteiligung liegen dagegen leicht unter dem Gesamtergebnis.

Wählergruppe	Anteil der gültigen Stimmen (%) bei der Bundestagswahl 1987				Wahlbeteiligung
	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	
Wähler insg.	**43,2**	**40,1**	**8,4**	**7,5**	**85,4**
Urnenwähler	45,1	38,6	8,1	7,3	83,8
Briefwähler	34,3	44,3	10,7	9,7	95,2

Da die Briefwähler aber nur ca. 10% aller Wähler ausmachen, sind aus der repräsentativen Wahlstatistik dennoch eindeutige Tendenzaussagen abzuleiten. Allenfalls bei der Gruppe der über 60jährigen mit ihrem gegenüber dem Durchschnitt ungefähr anderthalbfachen Briefwähleranteil sind die grundsätzlich abweichenden Briefwahlergebnisse in die Ergebnisbetrachtung maßgeblich mit einzubeziehen.

1) Bei Bundestagswahlen: „Wahlbezirke" genannt.
2) Vgl. § 68 Abs. 1 der Landeswahlordnung

Erläuterung zu den Begriffen Wahlberechtigte – Wähler – gültige Stimmen



1) von... bis unter... Jahren, Säulenbreite entsprechend dem Anteil der Altersgruppe
2) ohne Wahlschein (Urnenwahl), gemäß Stichprobe der repräsentativen Wahlstatistik

Repräsentative Wahlstatistik: Altersgliederungen

Altersgruppen

Die repräsentative Wahlstatistik unterscheidet

- 10 Altersgruppen bei den abgegebenen gültigen Urnenwählerstimmen insgesamt (zur Ermittlung der Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht).
- 5 Altersgruppen bei den Stimmenanteilen für die einzelnen Parteien.

Altersgliederung (von . . . bis unter . . . Jahren)*) für . . .	
Anteile an den Wahlberechtigten (Wahlbeteiligung)	Stimmenanteile
18 – 21 21 – 25	18 – 25
25 – 30 30 – 35	25 – 35
35 – 40 40 – 45	35 – 45
45 – 50 50 – 60	45 – 60
60 – 70 70 und mehr	60 und mehr

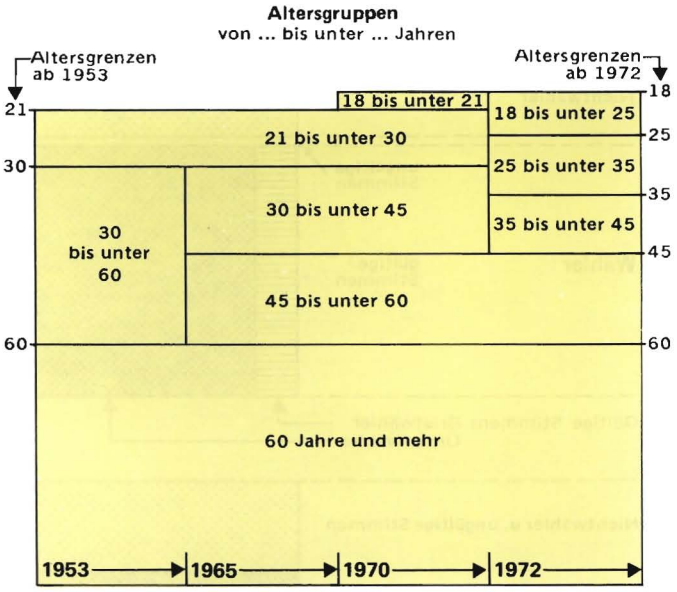
*) Im folgenden wird der Einfachheit halber oft z.B. „18 – 25jährige" geschrieben, wenn es genauer „18 bis unter 25jährige" heißen müßte. Zur knappen Bezeichnung im Text werden außerdem die folgenden Begriffe verwendet:

„Jungwähler"	18 – 25 Jahre alt
„Jüngere Wähler"	18 – 35 Jahre alt
„Wähler mittleren Alters"	35 – 60 Jahre alt
„Ältere Wähler"	60 und mehr Jahre alt; oder auch: 45 und mehr Jahre alt

Die Abgrenzung der Altersgruppen ist in den letzten Jahrzehnten nicht stabil gewesen, es gab mehrmals ...

Brüche in der Altersgliederung.

Insbesondere im Anschluß an die Herabsetzung der Altersgrenze für das aktive Wahlrecht von 21 auf 18 Jahre erschien auch eine neue Einteilung der Altersgruppen für die Wahlstatistik angebracht. Somit ist nur für die Altersgruppe „60 und mehr Jahre" die Darstellung einer ununterbrochenen Zeitreihe möglich; bei den anderen Altersgruppen muß man sich dagegen besonderer Darstellungsmittel bedienen, um langfristige Entwicklungen aufzuzeigen.



45 bis unter 50 | 50 bis unter 60

18 bis unter 21 | 21 bis unter 25

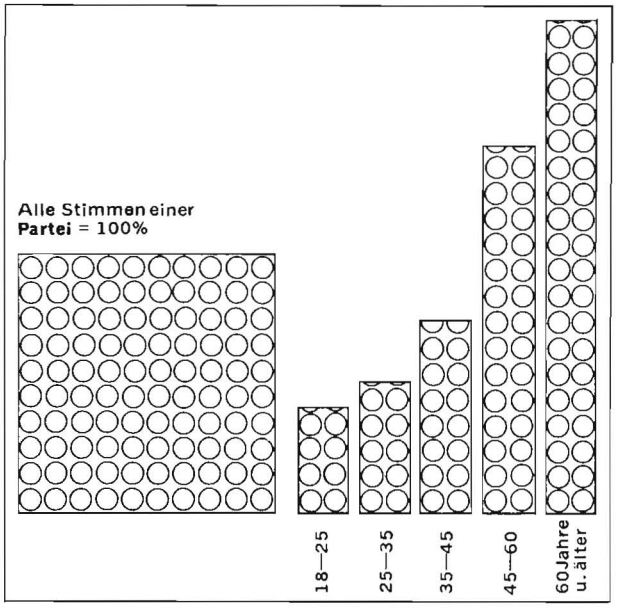
25 bis unter 30 | 30 bis unter 35

60 bis unter 70 | 70 Jahre u.mehr

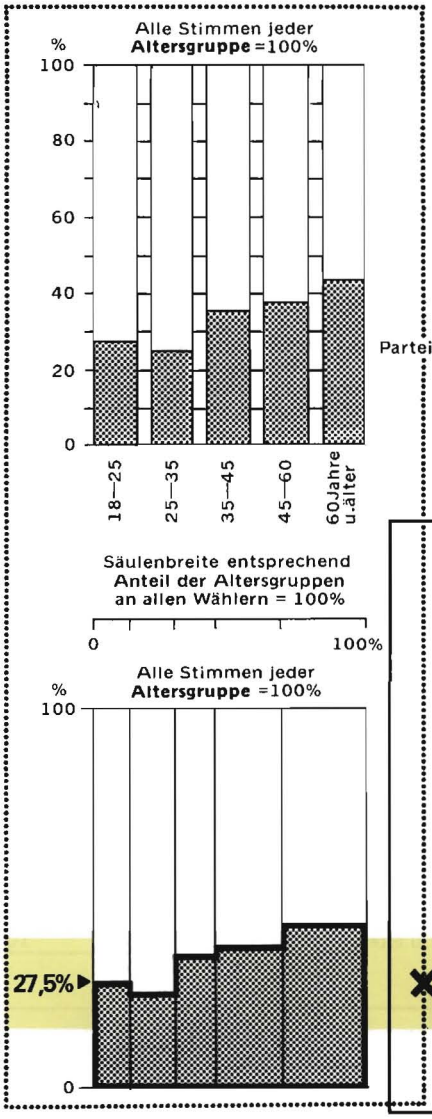
35 bis unter 40 | 40 bis unter 45

Unterschiedliche Arten der Prozentuierung . . .

49.1



49.2



... für unterschiedliche Fragestellungen

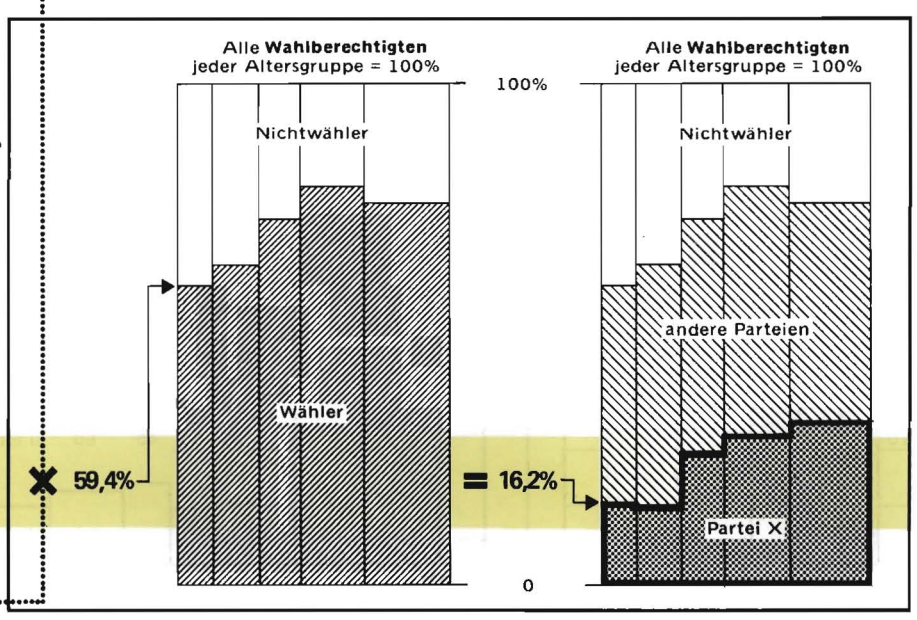
Man kann alle gültigen Stimmen einer Partei (= 100%) nach Altersgruppen unterteilen, dann wird die **Struktur ihrer Wählerschaft** beleuchtet (Abschnitt 3.3). 49.1

Gebräuchlicher ist das umgekehrte Vorgehen, bei dem man die Parteienanteile auf die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen jeder Altersgruppe (= 100%) bezieht; dann lassen sich beispielsweise **altersspezifische Wahlergebnisse** einzelner Parteien darstellen (Abschnitt 3.1). 49.2
Im Diagramm mit gleich breiten Säulen bleibt unberücksichtigt, wie groß der Anteil jeder Altersgruppe an der Gesamtzahl der Wähler ist. Das Flächendiagramm darunter vermittelt durch unterschiedlich breite Säulen zusätzlich einen Eindruck vom „Gewicht" der Wähler jeder Altersgruppe.

Setzt man die Gesamtheit der **Wahlberechtigten** einzelner Altersgruppen = 100%, dann sind in gleicher Weise neben den **Wähleranteilen** der Parteien auch die **Nichtwähler-Anteile** darstellbar. Die Wähler-Nichtwähler-Fluktuation von Wahl zu Wahl ist mit dieser Darstellungsweise besonders gut sichtbar zu machen. Sie wird in den folgenden Abbildungen häufig angewandt. Die Prozentwerte der Partei, bezogen auf die Wahlberechtigten, errechnen sich in Näherung als das Produkt „Stimmenanteil mal Wahlbeteiligung" je Altersgruppe. Zur Unterscheidung von den gebräuchlicheren „Stimmenanteilen" werden sie hier als **„Wähleranteile"** bezeichnet, um den genaueren, aber umständlicheren Begriff „Wahlberechtigtenanteile" zu vermeiden. 49.3

Man kann die Prozentuierungen auch noch nach Geschlechtsgruppen getrennt vornehmen (Abschnitt 3.2). Im Beispiel dargestellte Werte: CDU-Ergebnisse bei den Wählerinnen (Bundestagswahl 1983).

49.3



8.1 Altersunterschiede
im Wahlverhalten bei Bundes- und Landtagswahlen

Ein erster Befund: Wählergenerationen wissen, was sie (nicht) wollen. Die Bundestagswahl 1983 und die Landtagswahl 1985 – zwei Wahlen mit unterschiedlicher Wahlbeteiligung und unterschiedlicher politischer Stimmungslage. Dennoch sind die Stimmenunterschiede nach Altersgruppen ungefähr gleichgeblieben: Recht ausgeglichene Neigung bei allen Altersgruppen für die SPD, mit gewissen Vorteilen bei jüngeren Wählern; bei der CDU hingegen deutlicher Sympathieanstieg mit dem Alter der Wähler. Für beide großen Parteien insgesamt gilt: Mehr Beständigkeit bei den Älteren, mehr Wechsel der Wahlentscheidung bei den Jüngeren.
Die F.D.P. ist eine Partei des „Mittelstandes" – auch bei den Altersgruppen. Die GRÜNEN sind ganz überwiegend eine Partei der jüngeren Wähler.

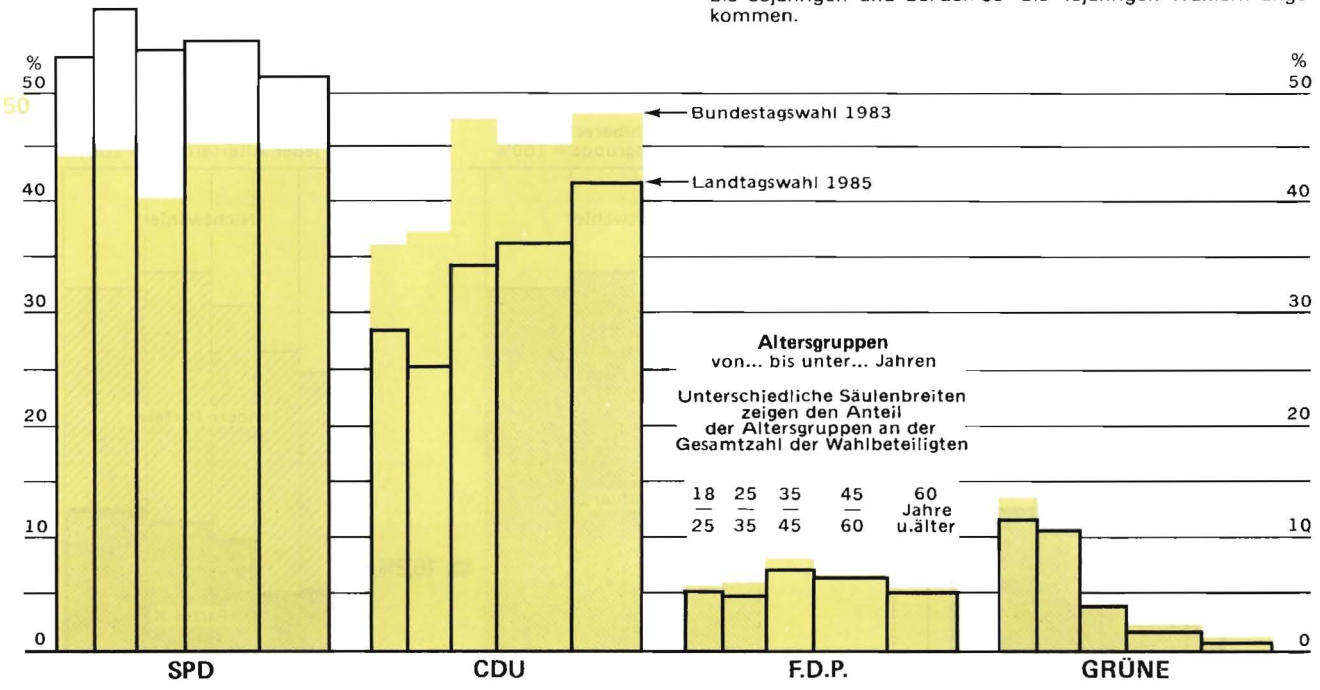
Früher und heute: Langzeitentwicklung

Das Wahlverhalten der Altersgruppen war keineswegs immer so, wie es sich heute darstellt. Politik und Erscheinungsbild der Parteien haben unterschiedliche Bedeutung für ihre Wahlchancen bei bestimmten Altersgruppen. Politikinhalte und deren Vermittlung durch die Parteien lassen grundsätzlich zwei Reaktionsmuster beim Wähler erkennen – entweder man spricht alle Altersgruppen gleichermaßen an, oder man gewinnt die eine Generation und verliert die andere: Hierzu die Abbildungen 52/53.

Von der Bundestagswahl 1953 bis 1987 sind einige Grundmuster der altersabhängigen Parteienpräferenzen in etwa erhalten geblieben, es gab aber auch Veränderungen.
Die SPD hatte zunächst eine eher jüngere Wählerschaft, sie konnte ihre Vorteile hier Anfang der 70er Jahre sogar noch erheblich ausweiten; dann kam ein kontinuierlicher Anstieg auch in der Gunst der älteren Wähler, und so konnte die SPD zuletzt bei Jung und Alt erstaunlich gleichmäßig abschneiden. Die CDU mit ihren vergleichsweise beständigen Voten bei den älteren Wählern hatte – nach anfänglichen Vorteilen auch bei Jungwählern – erhebliche Rückgänge bei der jüngeren Wählerschaft zu verzeichnen.
Die „sonstigen" Parteien, die 1953 vor allem noch als KPD und Zentrum in Erscheinung getreten waren, hatten anfänglich eine leicht überalterte Wählerschaft (die ihnen beim Abrutschen in den Status der „Splitterparteien" noch am ehesten treu blieb). Ende der 70er Jahre konstituierten sich die GRÜNEN mit einer ganz auffällig jungen Wählerschaft: Neue politische Themen – neue Wählerschaft!
Weitere Aufschlüsse über die Langzeitentwicklung sind den folgenden Seiten zu entnehmen, wo für alle Landtagswahlergebnisse von 1954 bis 1985 neben den Stimmenanteilen der Parteien zusätzlich die Nichtwähleranteile dargestellt sind.

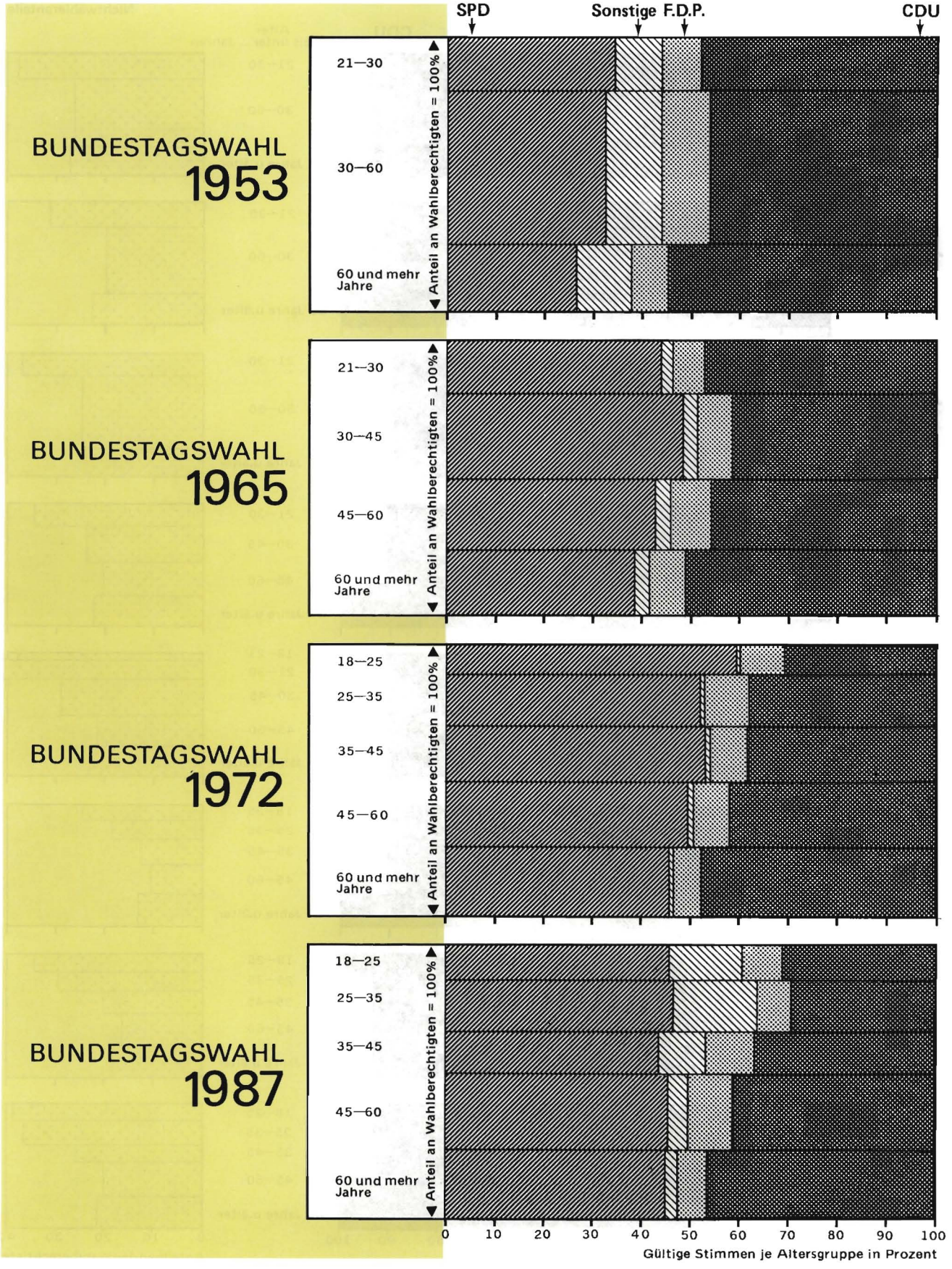
Bei den Nichtwählern zeigt sich über die Jahre eine erstaunliche Beständigkeit im Verhalten der Altersgruppen: Mit zunehmendem Alter verringert sich die Wahlenthaltung. Erst bei den ältesten Wahlberechtigten nimmt der Nichtwähleranteil wieder leicht zu. Näheres hierzu auf Seite 58.
Wenn die Grundstrukturen der altersabhängigen Parteienpräferenzen ähnlich bleiben, lassen sich detaillierte Aussagen besser belegen, indem man die **Abweichungen** der Altersgruppenergebnisse vom Gesamtergebnis darstellt.
SPD und CDU erlebten über viele Jahre umgekehrten Wählerzuspruch bei Jung und Alt; bei der SPD wurden diese Unterschiede in jüngster Zeit einigermaßen nivelliert, bei der CDU dagegen noch verstärkt. Der „Jugendüberschwang" aus der Zeit der sozialliberalen Koalition scheint bei der SPD-Wählerschaft, ebenso wie bei der F.D.P., vorerst gebrochen. Die F.D.P.-Wählerschaft zeigt wieder ähnliche Altersstrukturen wie in ihrer Anfangszeit, mittlere Jahrgänge dominieren, oder anders gesagt: Ältere und jüngere Wählergruppen sind verstärkt abgewandert bzw. weniger nachgewachsen. Auch die ehemaligen Jungwähler der GRÜNEN kommen in die Jahre: Zeigte 1980 noch die Altersgruppe bis 25 Jahre die ausgeprägteste Neigung zu den GRÜNEN, so ist die Sympathiewelle inzwischen auch bei den 25- bis 35jährigen und bei den 35- bis 45jährigen Wählern angekommen.

Stimmenanteile*) nach Altersgruppen – Bundestagswahl 1983 und Landtagswahl 1985 im Vergleich



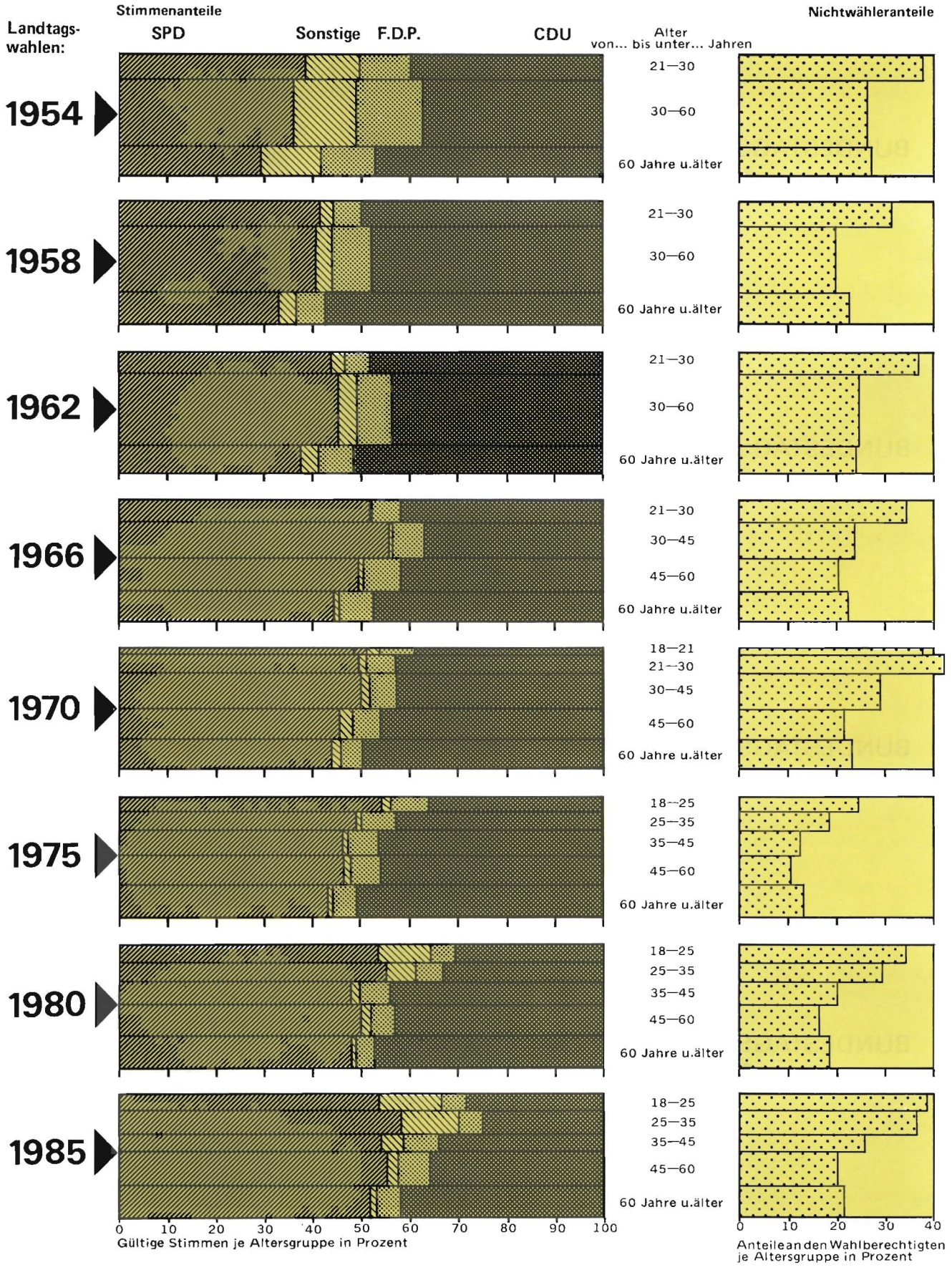
*) Gültige Stimmen (ohne Briefwähler) je Altersgruppe = 100%, bei Bundestagswahl bzgl. Zweitstimmen

Stimmenanteile der Parteien bei Bundestagswahlen
Entwicklung nach (wechselnder) Altersgliederung der Wähler



Tab.→S.128

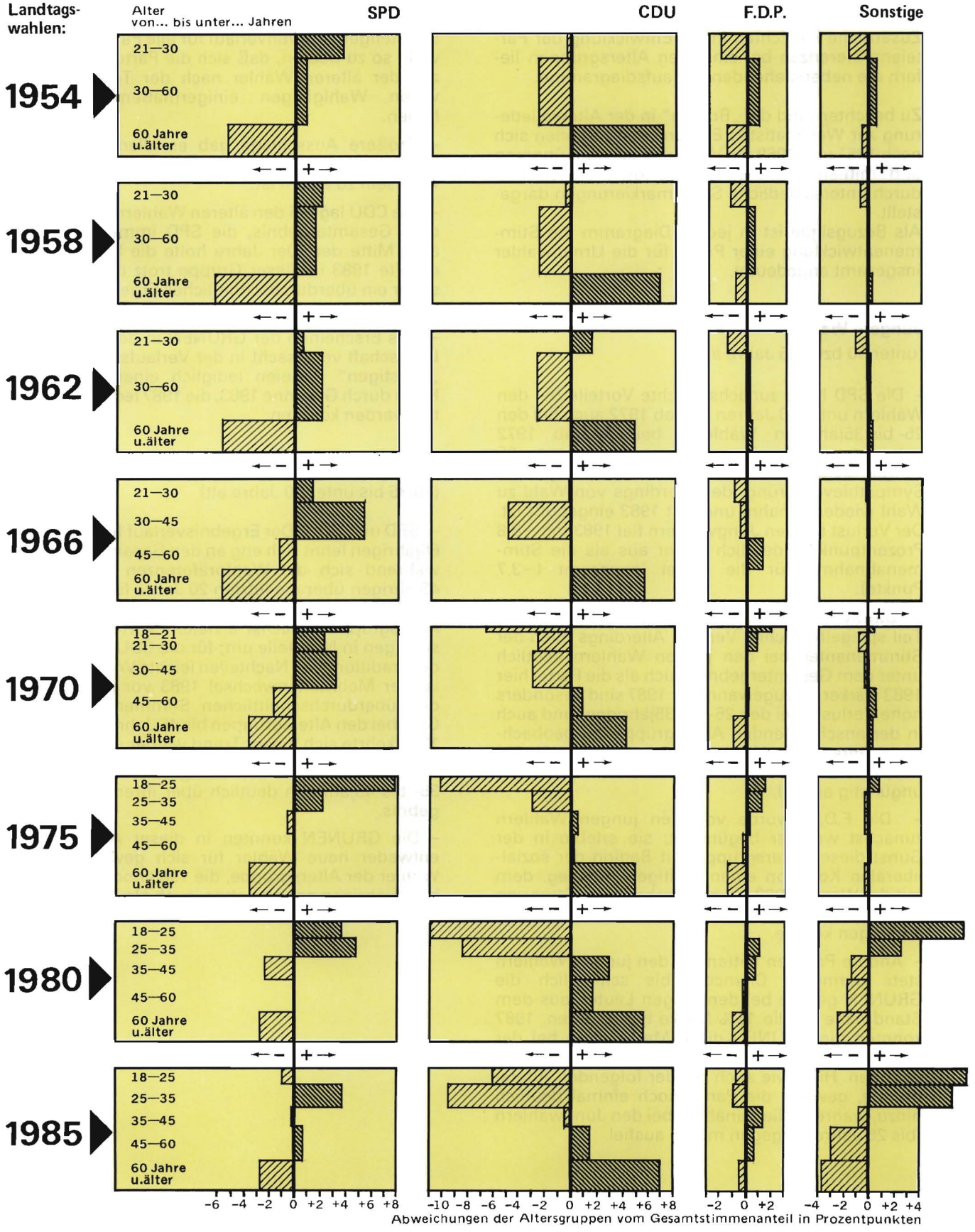
Stimmenanteile der Parteien und Nichtwähleranteile nach Altersgruppen bei den Landtagswahlen von 1954 bis 1985



Tab.→S.129

Stimmenanteile nach Altersgruppen: Abweichung vom Gesamtergebnis der Parteien

53 Landtagswahlen:



Tab.→S.129

3.1 Entwicklung der Stimmenanteile je Altersgruppe

Zusätzliche Einsichten in die Entwicklung der Parteienpräferenzen bei einzelnen Altersgruppen liefern die nebenstehenden Verlaufsdiagramme.

Zu beachten sind die „Brüche" in der Altersgliederung zur Wahlstatistik: Entsprechend trennen sich nach 1961 und 1969 die Verlaufslinien der jüngeren und mittleren Altersgruppierungen; sie werden durch unterschiedliche Strichmarkierungen dargestellt.
Als Bezugslinie ist in jedem Diagramm die Stimmenentwicklung einer Partei für die Urnenwähler insgesamt angedeutet.

Jüngere Wähler
(unter 30 bzw. 35 Jahre alt)

– Die SPD hatte zunächst leichte Vorteile bei den Wählern unter 30 Jahren und ab 1972 auch bei den 25- bis 35jährigen Wählern; bei der ab 1972 getrennt gezählten Jungwählergruppe bis unter 25 Jahren erzielte die Partei mit 59% einen großen Sympathievorsprung, der allerdings von Wahl zu Wahl wieder abnahm und seit 1983 eingebüßt ist. Der Verlust bei den Jungwählern fiel 1983 mit –8,8 Prozentpunkten deutlich höher aus als die Stimmenabnahme für die Partei insgesamt (–3,7 Punkte).

– Die Sympathiekurve der CDU nahm einen zum Teil spiegelbildlichen Verlauf. Allerdings blieb der Stimmenanteil bei den jungen Wählern deutlich unter dem Gesamtergebnis, auch als die Partei hier 1983 stärker hinzugewann. Für 1987 sind besonders hohe Verluste bei den 25- bis 35jährigen (und auch in der anschließenden Altersgruppe) zu beobachten, während ihr Abschneiden bei den Jungwählern, wie schon 1980, abermals etwas weniger ungünstig ausfiel.

– Die F.D.P. wurde von den jungen Wählern zunächst weniger begünstigt; sie erlebte in der Gunst dieser Altersgruppe mit Beginn der sozialliberalen Koalition einen kräftigen Aufstieg, dem mit der Wende 1983 ein noch schnellerer Sturz von 14,5 auf 6% folgte, den sie 1987 nur zum Teil wieder auffangen konnte.

– Andere Parteien hatten bei den jungen Wählern stets geringere Chancen, bis schließlich die GRÜNEN gerade bei den jungen Leuten aus dem Stand nahe an die 15%-Marke herankamen. 1987 konnten die GRÜNEN diese Marke dann bei der Altersgruppe der 25- bis 35jährigen deutlich überspringen. Hier, wie auch bei der folgenden Altersgruppe, gewann die Partei noch einmal deutlich hinzu, während die Zunahme bei den Jungwählern (bis 25 Jahre) dagegen mäßig ausfiel.

Ältere Wähler
(60 und mehr Jahre alt)

Der stetigere Kurvenverlauf für alle Parteien ist hier wohl so zu deuten, daß sich die Parteienpräferenzen der älteren Wähler nach der Teilnahme an vielen Wahlgängen einigermaßen stabilisiert haben.

– Größere Ausschläge gab es allenfalls für die F.D.P., was wohl im Zusammenhang mit Koalitionswechseln zu sehen ist.

– Die CDU lag bei den älteren Wählern immer über dem Gesamtergebnis, die SPD immer darunter; aber Mitte der 70er Jahre holte die SPD auf und erzielte 1983 in dieser Gruppe trotz der „Wende" sogar ein überdurchschnittliches Ergebnis, derweil sich der Vorsprung bei der CDU verringert hat.

– Das Erscheinen der GRÜNEN in der politischen Landschaft verursacht in der Verlaufskurve für die „sonstigen" Parteien lediglich einen deutlichen Knick durch Gewinne 1983, die 1987 lediglich gehalten werden konnten.

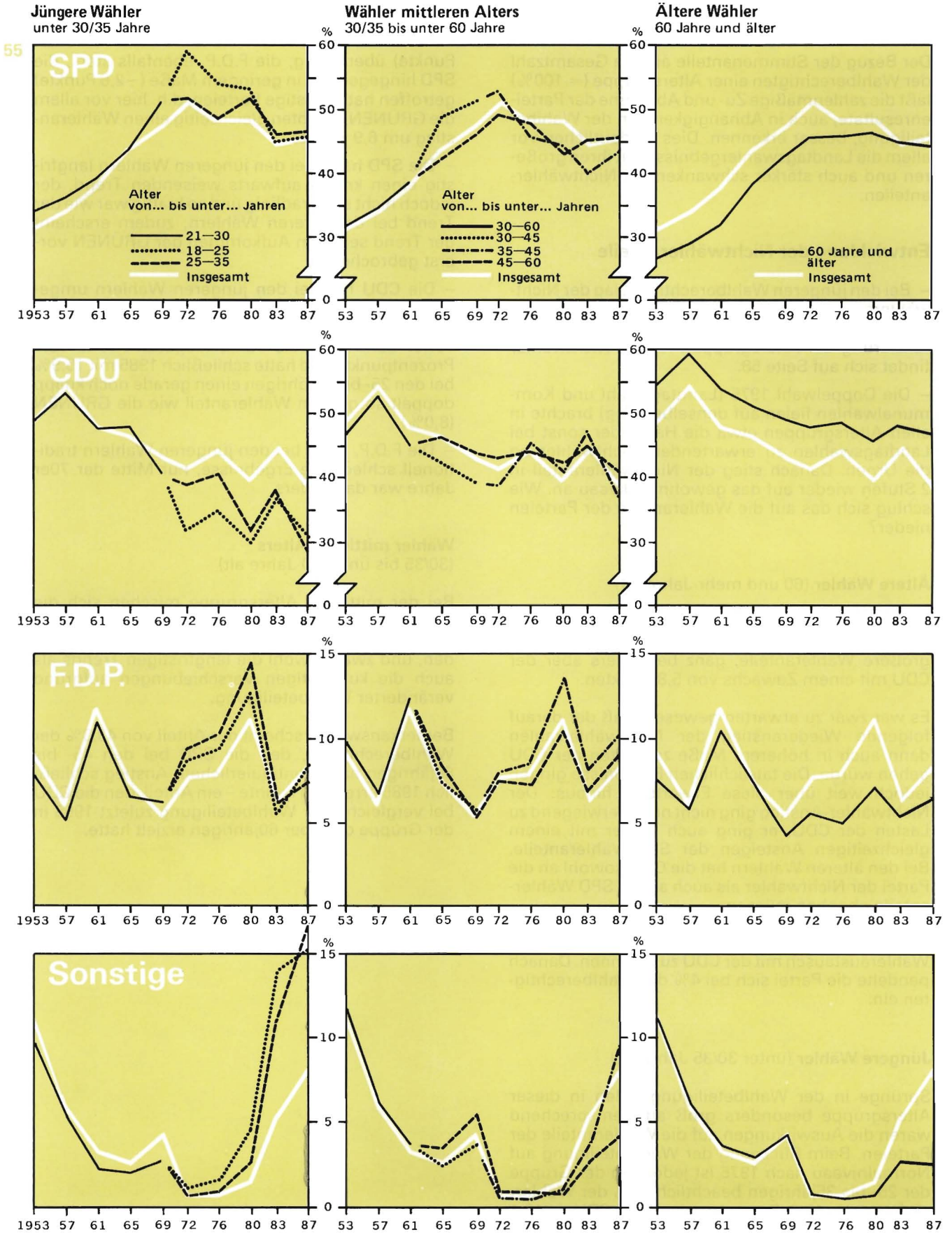
Wähler mittleren Alters
(30/35 bis unter 60 Jahre alt)

– SPD und CDU: Der Ergebnisverlauf für die 45- bis 60jährigen lehnt sich eng an den Gesamtverlauf an, während sich die Wahlpräferenzen der 35- bis 45jährigen über die letzten 20 Jahre für die beiden Parteien spiegelbildlich entwickelten: Die in dieser Altersgruppe zunächst erzielten Vorteile der SPD schlugen in Nachteile um; für die CDU wurden aus den traditionellen Nachteilen leichte Vorteile. Somit ist der Mehrheitenwechsel 1983 vor allem durch den überdurchschnittlichen Stimmengewinn der CDU bei den Altersgruppen bis 45 Jahre begründet. 1987 kehrte sich dieser Trend wieder um.

– Die F.D.P. liegt zuletzt einzig bei der Gruppe der 35- bis 45jährigen deutlich über ihrem Gesamtergebnis.

– Die GRÜNEN konnten in dieser Altersgruppe entweder neue Wähler für sich gewinnen oder Wähler der Altersgruppe, die 1983 noch zu den 25- bis 35jährigen gehört hatten, auch als 35- bis 45jährige in größerer Zahl an sich binden.

Stimmenanteile je Altersgruppe bei den Bundestagswahlen von 1953 bis 1987



Tab.→S.128

Entwicklung der Wähleranteile je Altersgruppe

Der Bezug der Stimmenanteile auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten einer Altersgruppe (= 100%) läßt die zahlenmäßige Zu- und Abnahme der Parteienresultate, auch in Abhängigkeit von der Wahlbeteiligung, besser erkennen. Dies verdeutlichen vor allem die Landtagswahlergebnisse mit ihren größeren und auch stärker schwankenden Nichtwähleranteilen.

Entwicklung der Nichtwähleranteile

– Bei den jüngeren Wahlberechtigten lag der Nichtwähleranteil immer um gut 10 Prozentpunkte höher als bei anderen Altersgruppen. Eine weitere Differenzierung der Altersgruppen für die Nichtwähler findet sich auf Seite 58.

– Die Doppelwahl 1975 (Landtagswahl und Kommunalwahlen fielen auf denselben Tag) brachte in allen Altersgruppen etwa die Hälfte der sonst bei Landtagswahlen zu erwartenden Nichtwähler an die Urnen. Danach stieg der Nichtwähleranteil in 2 Stufen wieder auf das gewohnte Niveau an. Wie schlug sich das auf die Wähleranteile der Parteien nieder?

Ältere Wähler (60 und mehr Jahre alt)

Die Wählerzunahme um 10 Prozentpunkte im Jahre 1975 brachte allen drei traditionellen Parteien auch größere Wähleranteile, ganz besonders aber der CDU mit einem Zuwachs von 5,8 Punkten.

Es war zwar zu erwarten gewesen, daß der darauf folgende Wiederanstieg der Nichtwählerzahlen dann auch in höherem Maße zu Lasten der CDU gehen würde. Die tatsächlichen Ergebnisse gingen jedoch weit über diese Erwartung hinaus: Der Nichtwähler-Anstieg ging nicht nur überwiegend zu Lasten der CDU, er ging auch einher mit einem gleichzeitigen Ansteigen der SPD-Wähleranteile. Bei den älteren Wählern hat die CDU sowohl an die Partei der Nichtwähler als auch an die SPD Wähleranteile abgeben müssen.

Für die F.D.P. ist bis 1970 von Wahl zu Wahl ein Wähleraustausch mit der CDU zu erkennen. Danach pendelte die Partei sich bei 4% der Wahlberechtigten ein.

Jüngere Wähler (unter 30/35 Jahre alt)

Sprünge in der Wahlbeteiligung fielen in dieser Altersgruppe besonders groß aus, entsprechend waren die Auswirkungen auf die Wähleranteile der Parteien. Beim Rückgang der Wahlbeteiligung auf Normalniveau nach 1975 ist jedoch in der Gruppe der 25- bis 35jährigen beachtlich, daß der Wählerrückgang (–17,9 Prozentpunkte) die CDU (–19,1 Punkte) übermäßig, die F.D.P. ebenfalls stark, die SPD hingegen nur in geringem Maße (–2,6 Punkte) getroffen hat. Sonstige Parteien, d.h. hier vor allem die GRÜNEN, erlebten gleichzeitig einen Wähleranstieg um 6,9 Punkte.

– Die SPD hatte bei den jüngeren Wählern langfristig einen kräftig aufwärts weisenden Trend, der jedoch nicht so geradlinig und so kräftig war wie der Trend bei den älteren Wählern; zudem erscheint der Trend seit dem Aufkommen der GRÜNEN vorerst gebrochen.

– Die CDU hat bei den jüngeren Wählern umgekehrt einen noch deutlich abwärts weisenden Trend; sie hatte 1958 mit 34,3% ihr bestes Ergebnis, verlor dann über die Jahre insgesamt rund 18,4 Prozentpunkte und hatte schließlich 1985 mit 15,9% bei den 25- bis 35jährigen einen gerade noch knapp doppelt so großen Wähleranteil wie die GRÜNEN (8,0%).

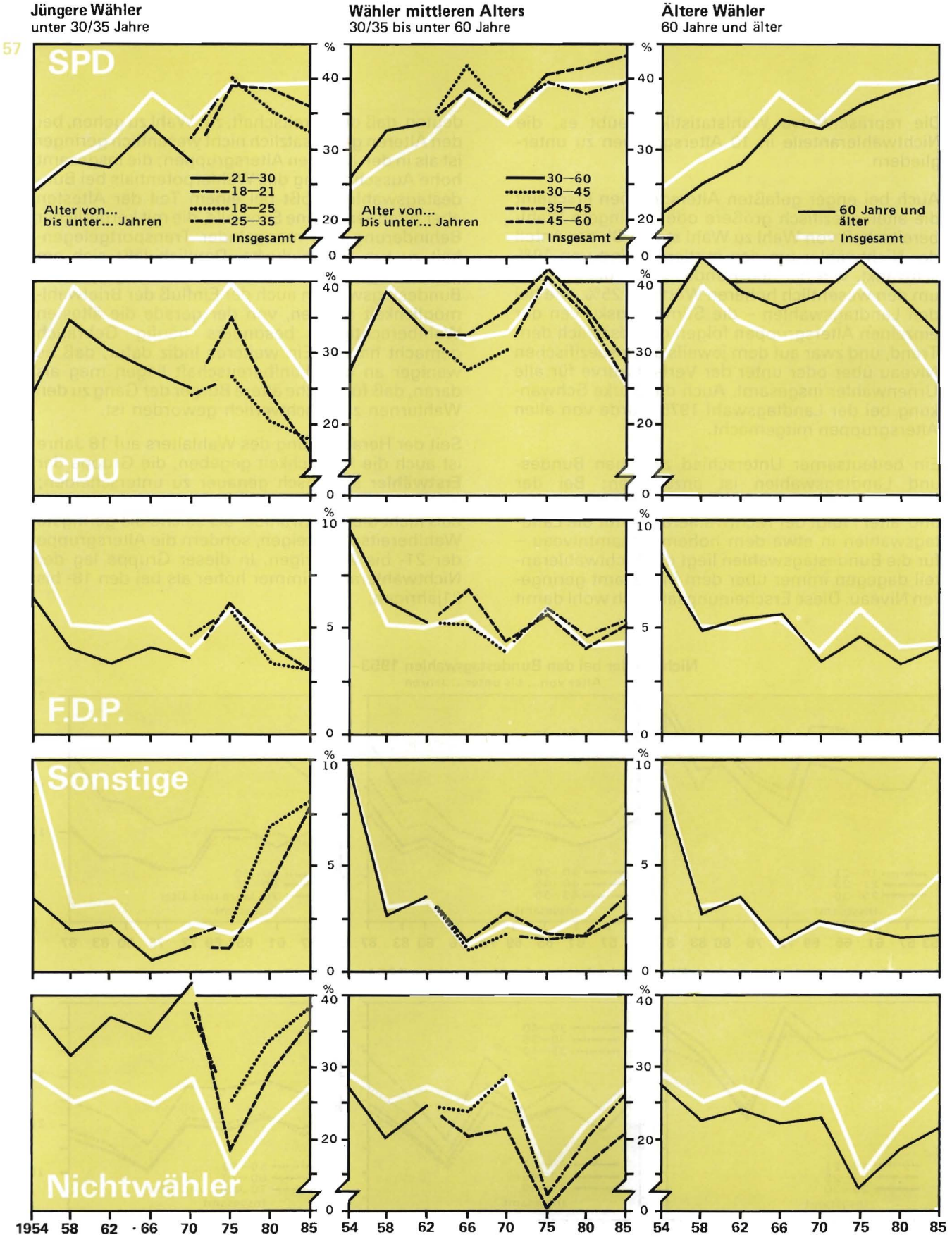
– Die F.D.P. hatte bei den jüngeren Wählern traditionell schlechtere Ergebnisse, nur Mitte der 70er Jahre war das anders.

Wähler mittleren Alters
(30/35 bis unter 60 Jahre alt)

Bei der mittleren Altersgruppe mischen sich die Beobachtungsergebnisse, wie sie für die jüngeren Wähler und für die älteren Wähler dargestellt wurden, und zwar sowohl die langfristigen Trends als auch die kurzfristigen Verschiebungen aufgrund veränderter Wahlbeteiligung.

Bemerkenswert erscheint der Anteil von 43,3% der Wahlberechtigten, den die SPD bei den 45- bis 60jährigen nach kontinuierlichem Anstieg schließlich 1985 erreichen konnte – ein Anteil, den die CDU bei vergleichbarer Wahlbeteiligung zuletzt 1958 in der Gruppe der über 60jährigen erzielt hatte.

Anteile an den Wahlberechtigten je Altersgruppe bei den Landtagswahlen von 1954 bis 1985



Entwicklung der Nichtwähleranteile je Altersgruppe

Die repräsentative Wahlstatistik erlaubt es, die Nichtwähleranteile in 10 Altersgruppen zu untergliedern.

Auch bei enger gefaßten Altersgruppen erscheint die altersspezifisch größere oder geringere Wahlbereitschaft von Wahl zu Wahl stabil. Ob der Anteil der Nichtwähler um den mittleren Wert von 10%
58.1 schwankt, wie bei den Bundestagswahlen – oder um den wesentlich höheren Wert von 25%, wie bei
58.2 den Landtagswahlen – die Stimmungskurven der einzelnen Altersgruppen folgen grundsätzlich dem Trend, und zwar auf dem jeweils altersspezifischen Niveau über oder unter der Verlaufskurve für alle Urnenwähler insgesamt. Auch die starke Schwankung bei der Landtagswahl 1975 wurde von allen Altersgruppen mitgemacht.

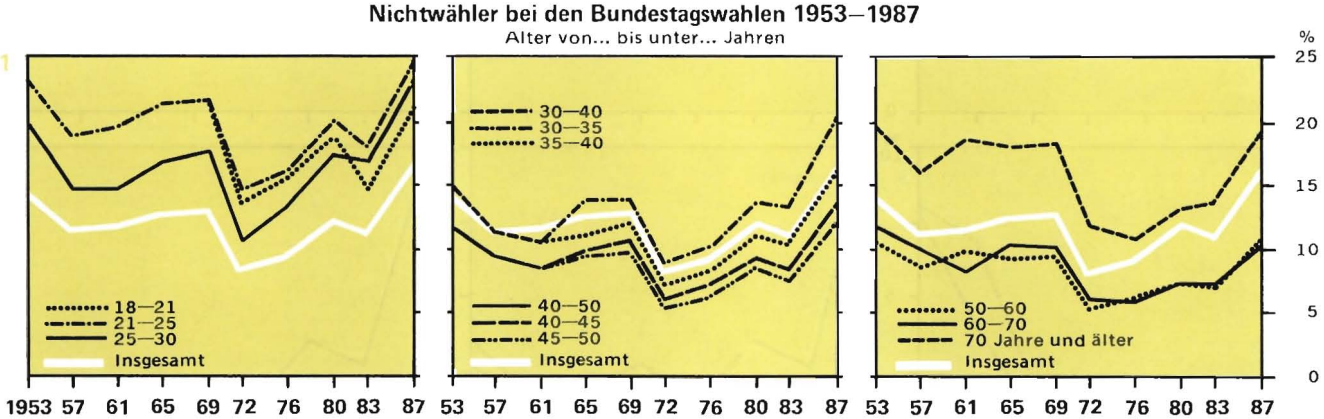
Ein bedeutsamer Unterschied zwischen Bundes- und Landtagswahlen ist anzuführen: Bei der Gruppe der **ältesten Wahlberechtigten** (70 Jahre und älter) folgt der Nichtwähleranteil für die Landtagswahlen in etwa dem hohem Gesamtniveau – für die Bundestagswahlen liegt der Nichtwähleranteil dagegen immer über dem insgesamt geringeren Niveau. Diese Erscheinung läßt sich wohl damit deuten, daß die Bereitschaft, zur Wahl zu gehen, bei den Älteren grundsätzlich nicht wesentlich geringer ist als in den anderen Altersgruppen; die insgesamt hohe Ausschöpfung des Wählerpotentials bei Bundestagswahlen stößt bei einem Teil der Ältesten aber offenbar an eine Schwelle, die mit körperlicher Behinderung und mangelnder Transportgelegenheit zu tun haben dürfte. Deutlich läßt sich am geschrumpften Abstand zum Gesamtergebnis bei Bundestagswahlen auch der Einfluß der Briefwahlmöglichkeit ablesen, von der gerade die ältesten Wahlberechtigten besonders häufig Gebrauch gemacht haben: Ein weiteres Indiz dafür, daß es weniger an der Wahlbereitschaft liegen mag als daran, daß für etliche ältere Bürger der Gang zu den Wahlurnen zu beschwerlich geworden ist.

Seit der Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre ist auch die Möglichkeit gegeben, die Gruppe der **Erstwähler** statistisch genauer zu unterscheiden; diese Unterscheidungsmöglichkeit läßt erkennen, daß nicht die „Erstwähler" als solche die geringste Wahlbereitschaft zeigen, sondern die Altersgruppe der 21- bis 25jährigen. In dieser Gruppe lag der Nichtwähleranteil immer höher als bei den 18- bis 21jährigen.

Nichtwähler bei den Bundestagswahlen 1953–1987

Alter von... bis unter... Jahren

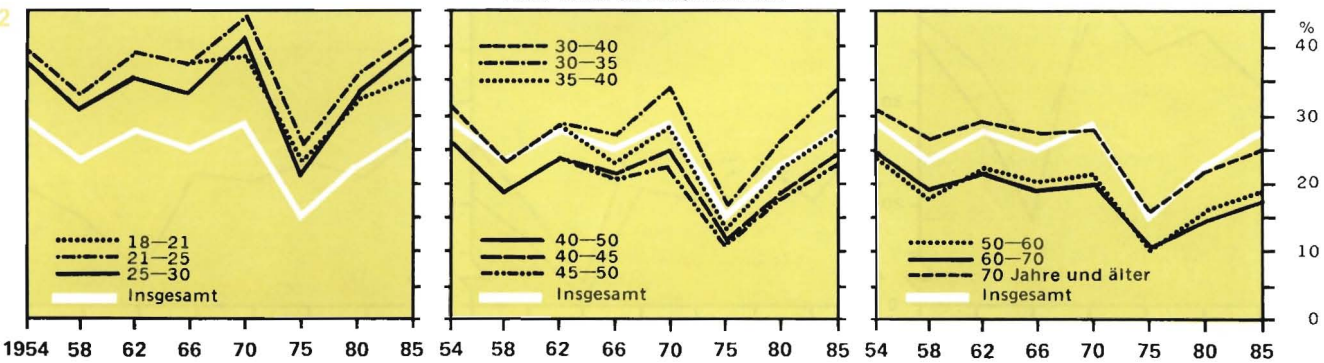
58.1



Nichtwähler bei den Landtagswahlen 1954–1985

Alter von... bis unter... Jahren

58.2



Jüngere Entwicklung
Stimmungsumschwünge und wechselnde Wahlmotivation

Wieweit trifft die landläufige Vorstellung zu, daß eine Partei an Wählern gewinnt, was andere Parteien an Wählern verlieren? Oder ist der Wahlausgang mehr dadurch bestimmt, daß der Gewinner sein Wählerpotential besser „mobilisieren", d.h. zu den Urnen bringen konnte, während die möglichen Sympathisanten der anderen Partei zu Hause geblieben sind?

Als gedanklicher Einstieg in die Ausführungen der folgenden Doppelseite sind nebenstehend Wahlergebnisse wiedergegeben, bei denen im Wechsel zwischen Bundestags- und Landtagswahlen auch der Nichtwähleranteil stark schwankt . Außerdem sind zwei Stimmungsumschwünge zu verzeichnen: 1983 zugunsten der CDU und 1985 zugunsten der SPD.

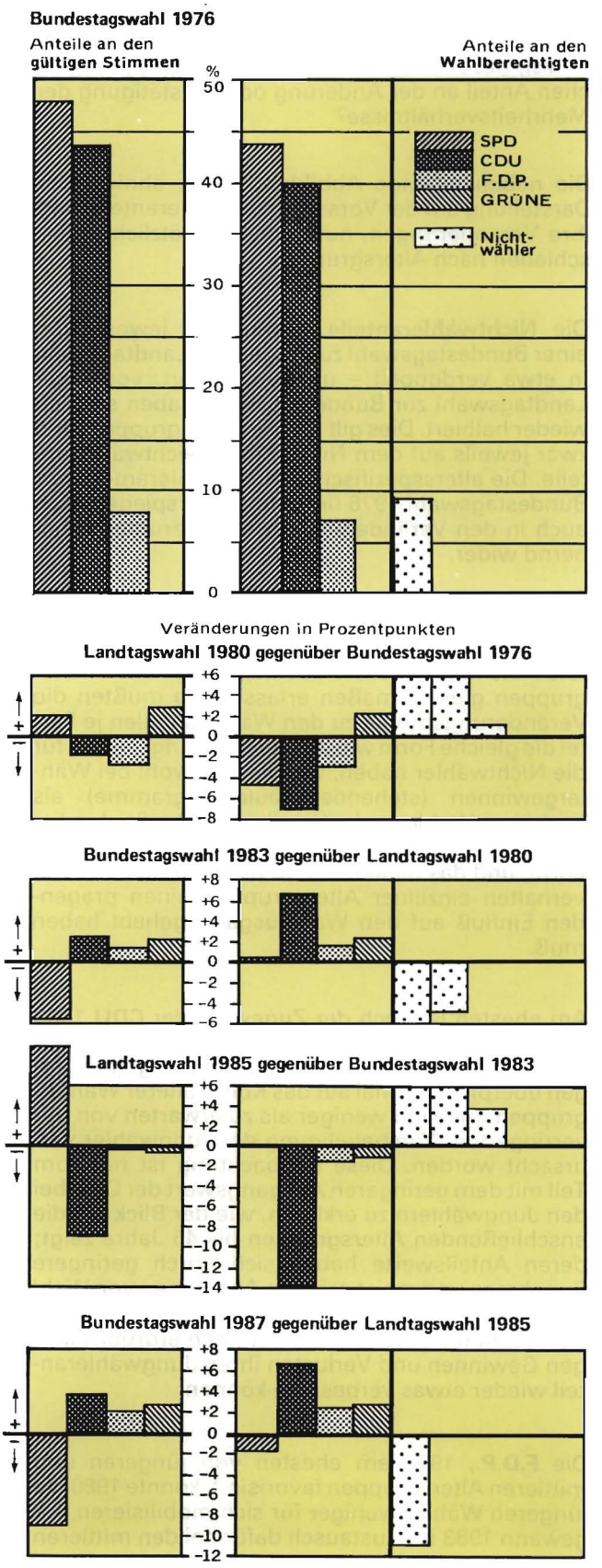
59 Als Ausgangspunkt ist die **Bundestagswahl 1976** gewählt: Beide großen Parteien lagen 1976 nahezu gleichauf; weder umwälzende Ereignisse vor der Wahl noch Besonderheiten der Kanzlerkandidatur wie 1972 oder 1980 haben den Wahlausgang geprägt; die zweithöchste Wahlbeteiligung seit Bestehen des Landes läßt vermuten, daß die Parteien ihre Wählerpotentiale 1976 weitgehend ausgeschöpft haben. Dargestellt sind links im Bild die Stimmenanteile und rechts die Wähleranteile der Parteien wie auch die Nichtwähleranteile für 1976 - sowie die Veränderungen von Wahl zu Wahl:

LW'80 gegenüber **BW'76**: Der Nichtwähleranteil stieg, vor allem zuungunsten der CDU (−7,1 Prozentpunkte); stark überproportional wurde auch das Wählerpotential der F.D.P. dezimiert (−3,1 Punkte). Ob die GRÜNEN ihre erstmals registrierten Wähleranteile vor allem von den anderen Parteien (insbesondere der SPD) oder aus dem Kreis der Noch- Nichtwähler von 1976 gewonnen haben, läßt sich erkennen, wenn man die Wähler nach dem Alter unterscheidet (siehe folgende Seite).

BW'83 gegenüber **LW'80**: Die größere Wahlbeteiligung kam vor allem den beiden bürgerlichen Parteien zugute, die die „Wende" propagiert hatten, aber auch der GRÜNEN Alternativpartei, die nochmals 2,2 Prozentpunkte zulegen konnte. Die SPD konnte in der Bilanz kaum zusätzliche Wähler aus den insgesamt gestiegenen Wähleranteilen gewinnen; sie muß daher auch erhebliche Stimmenanteile an die anderen Parteien abgegeben haben. Das war tatsächlich eine „Wende" im Wahlverhalten.

LW'85 gegenüber **BW'83**: Der Zuwachs der Nichtwählerpartei ging weitgehend zu Lasten der CDU (−13,9 Prozentpunkte), aber auch die F.D.P. verlor in der Wählerbilanz - und erstmals verloren auch die GRÜNEN. Derweil die SPD trotz des eineinhalbfachen Nichtwähleranteils gegenüber der Bundestagswahl 1983 ihren Wähleranteil behaupten konnte.

BW'87 gegenüber **LW'85**: Die Veränderungen zeigen nahezu das gleiche Bild wie beim Vergleich der BW'83 mit der vorangegangenen Landtagswahl. Allerdings konnte die SPD ihre außergewöhnlichen Wählergewinne von 1985 nicht vollständig halten bzw. Wählerverluste nicht per saldo durch entsprechende Gewinne aus dem größeren Nichtwählerpotential der Landtagswahl ausgleichen. Ihren höheren Verlusten bei den Stimmenanteilen stehen größere Stimmengewinne bei den GRÜNEN und bei der F.D.P. gegenüber.



Tab.→S.131

Stimmungsumschwünge und wechselnde Wahlbeteiligung zwischen Landtags- und Bundestagswahlen

Stimmungsumschwung und Wählermobilisierung – werden davon alle Altersgruppen gleichermaßen erfaßt, haben die Wähler aller Altersgruppen gleichen Anteil an der Änderung oder Bestätigung der Mehrheitsverhältnisse?

Die nebenstehende Abbildung zeigt, ähnlich der Darstellung auf der Vorseite, die Wähleranteile und ihre Veränderungen, nun jedoch zusätzlich unterschieden nach Altersgruppen.

Die **Nichtwähleranteile** haben sich jeweils von einer Bundestagswahl zur folgenden Landtagswahl in etwa verdoppelt – und umgekehrt, von einer Landtagswahl zur Bundestagswahl haben sie sich wieder halbiert. Dies gilt für alle Altersgruppen, und zwar jeweils auf dem Niveau ihrer Nichtwähleranteile. Die altersspezifischen Nichtwähleranteile zur Bundestagswahl 1976 (im Bild oben) spiegeln sich auch in den Veränderungsprofilen darunter annähernd wider.

Würden Wählermobilisierung und Stimmungsumschwung zugunsten oder zu Lasten einzelner Parteien die Wählerschaft ebenfalls über alle Altersgruppen gleichermaßen erfassen, so müßten die Veränderungsprofile zu den Wähleranteilen je Partei die gleiche Form wie die Veränderungsprofile für die Nichtwähler haben, und zwar sowohl bei Wählergewinnen (stehende Säulendiagramme) als auch bei Wählerverlusten (hängende Säulendiagramme). Sie haben aber meist eine abweichende Form, und das bedeutet, daß das besondere Wahlverhalten einzelner Altersgruppen einen prägenden Einfluß auf den Wahlausgang gehabt haben muß.

Am ehesten ist noch der Zugewinn der **CDU** 1983 von allen Altersgruppen gleichermaßen geprägt worden. Die Verluste 1980 und 1985 hingegen gingen überproportional auf das Konto älterer Wählergruppen und sind weniger als zu erwarten von der verringerten Wahlbeteiligung der Jungwähler verursacht worden. Diese Beobachtung ist nur zum Teil mit dem geringeren Ausgangswert der CDU bei den Jungwählern zu erklären, wie der Blick auf die anschließenden Altersgruppen bis 45 Jahre zeigt; deren Anteilswerte haben sich durch geringere Zunahmen und meist größere Abnahmen von Wahl zu Wahl den Anteilen der Jungwähler angenähert. Das bedeutet: Die CDU hat bei ihren erdrutschartigen Gewinnen und Verlusten ihren Jungwähleranteil wieder etwas verbessern können.

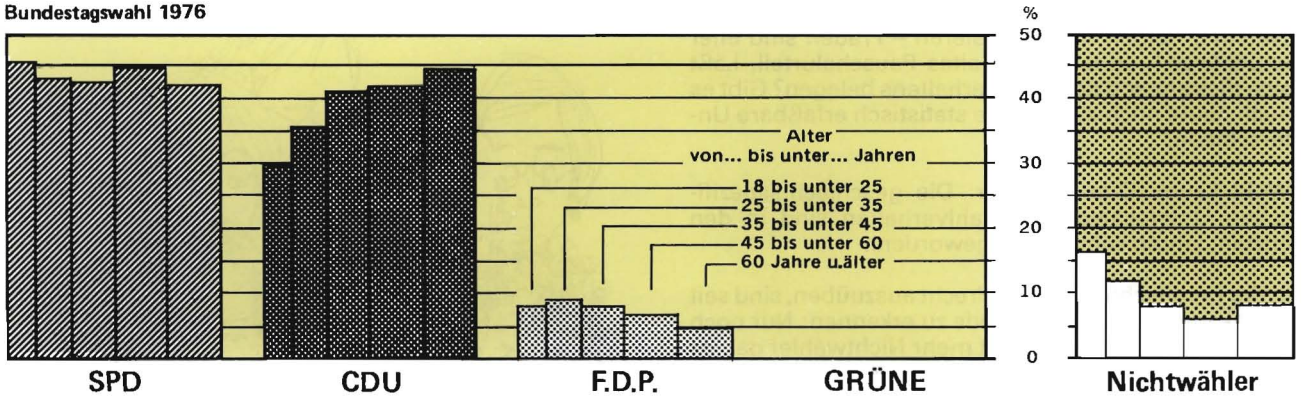
Die **F.D.P.**, 1976 am ehesten von jüngeren und mittleren Altersgruppen favorisiert, konnte 1980 die jüngeren Wähler weniger für sich mobilisieren, sie gewann 1983 im Austausch dafür bei den mittleren und älteren Wählergruppen; in der Folge verlor sie bei den jüngeren und mittleren Jahrgängen. 1987 gewann sie in allen Altersgruppen Wähleranteile von rd. +3 Prozentpunkten hinzu – außer bei den Wählern ab 60 Jahren.

Die **GRÜNEN**, 1980 vor allem von den Jungwählern favorisiert, holten 1983 auch noch bei der folgenden Altersgruppe auf (in die ungefähr die Hälfte der Jungwähler von 1980 inzwischen hineingewachsen war); 1985 hatten die GRÜNEN sogar Verluste bei den nachgewachsenen Jungwählern. 1987 verzeichneten sie bei den Jungwählern einen deutlich geringeren Wählerzuwachs als bei den Wählern von 25- bis 45 Jahren.

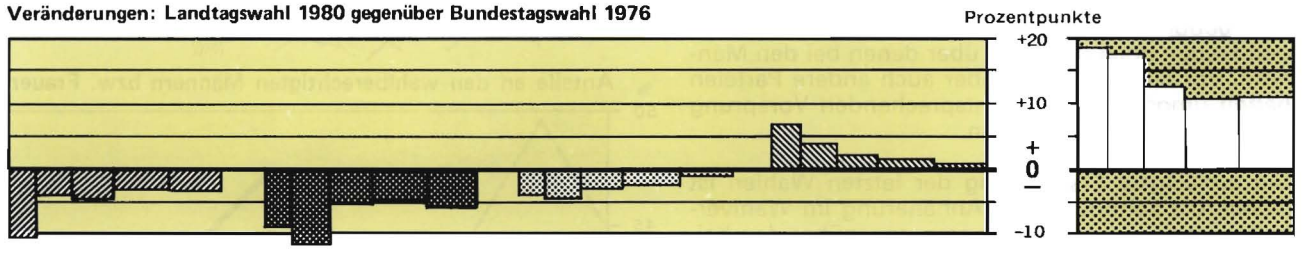
Am stärksten haben sich Veränderungen in der altersabhängigen Wählergunst und -mobilisierung auf das Wahlergebnis der **SPD** niedergeschlagen: überproportional absinkendes Interesse bei den Jungwählern 1980, geringere Mobilisierung dann auch bei den Wählern von 25 bis 45 Jahren auch zur Bundestagswahl 1983, ähnlich bei der Landtagswahl 1985. Der Vergleich der Veränderungsprofile weist eine stetige Entwicklung in dieselbe Richtung auf: Umschichtung der Wählergunst von den jüngeren zu den älteren Wählern. Konnte die SPD in den 70er Jahren die Wahlen vor allem durch deutliche Vorteile bei den jüngeren Wählern gewinnen, so waren es in den 80er Jahren mehr und mehr ältere Wählergruppen, deren Wahlentscheidung teils höhere Verluste vermeiden half und teils sogar weitere Stimmengewinne gegenüber früheren Wahlen brachte. 1987 änderte sich der Trend ein wenig: die Partei hatte wieder leichte Gewinne bei den Jungwählern gegenüber Verlusten von rund −3 Prozentpunkten bei den Wählern ab 35 Jahren.

Anteile an den Wahlberechtigten 1976 nach Altersgruppen und Veränderungen von Wahl zu Wahl: 1980, 1983, 1985 und 1987

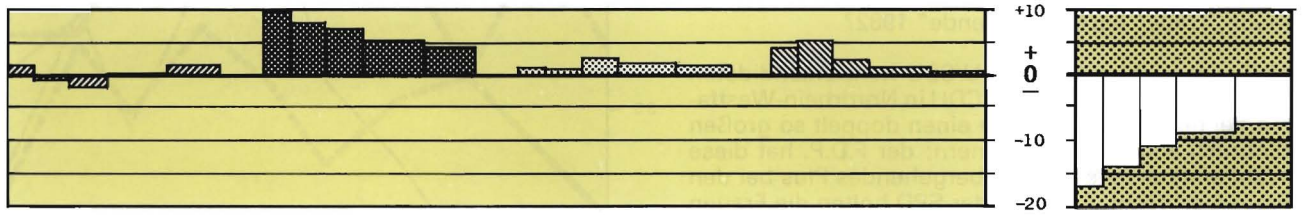
Bundestagswahl 1976



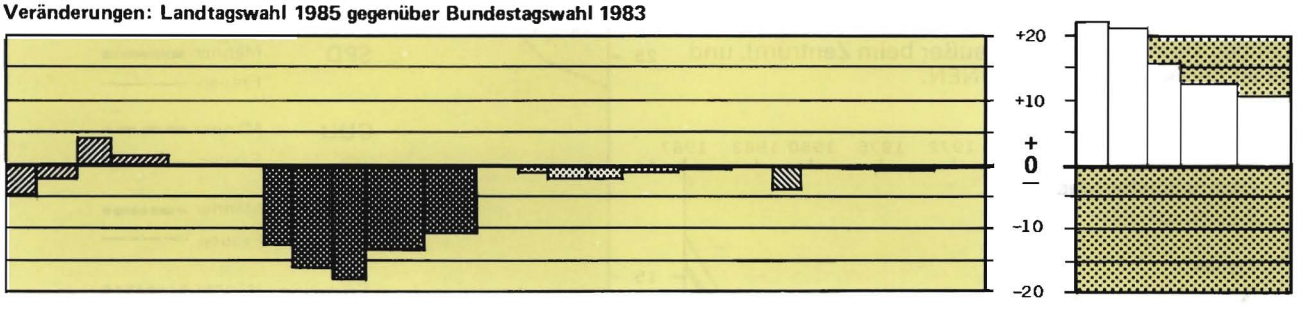
Veränderungen: Landtagswahl 1980 gegenüber Bundestagswahl 1976



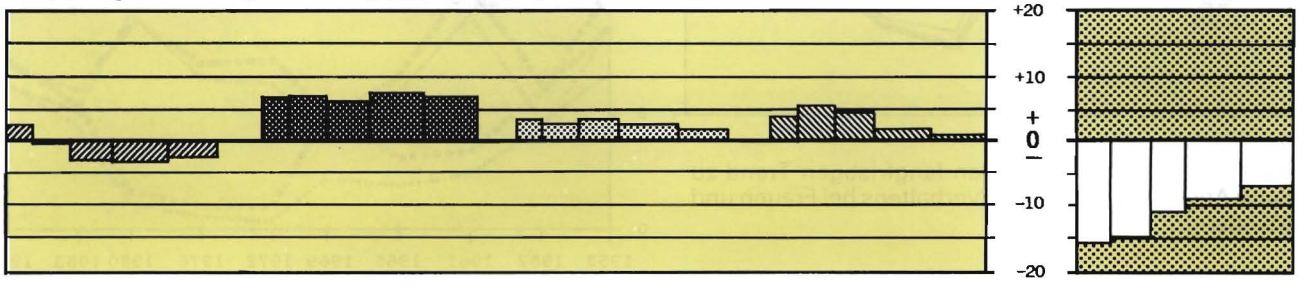
Veränderungen: Bundestagswahl 1983 gegenüber Landtagswahl 1980



Veränderungen: Landtagswahl 1985 gegenüber Bundestagswahl 1983



Veränderungen: Bundestagswahl 1987 gegenüber Landtagswahl 1985



Tab.→S.131

3.2 Frauen und Männer

Entwicklung der Wähleranteile bei den Bundestagswahlen

„Männer neigen zum Politisieren – Frauen sind eher unpolitisch", so lautet ein altes Pauschalurteil. Läßt sich dies anhand des Wahlverhaltens belegen? Gibt es auch heute noch auffallende statistisch erfaßbare Unterschiede?

Wohl kaum. Oder genauer: Die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Wahlverhalten sind in den letzten Jahren sehr gering geworden.

62.1 In der Bereitschaft, das Wahlrecht auszuüben, sind seit 1972 kaum noch Unterschiede zu erkennen: Nur noch ungefähr ein halbes Prozent mehr Nichtwähler gab es unter den Frauen. Davor war das (etwas) anders.

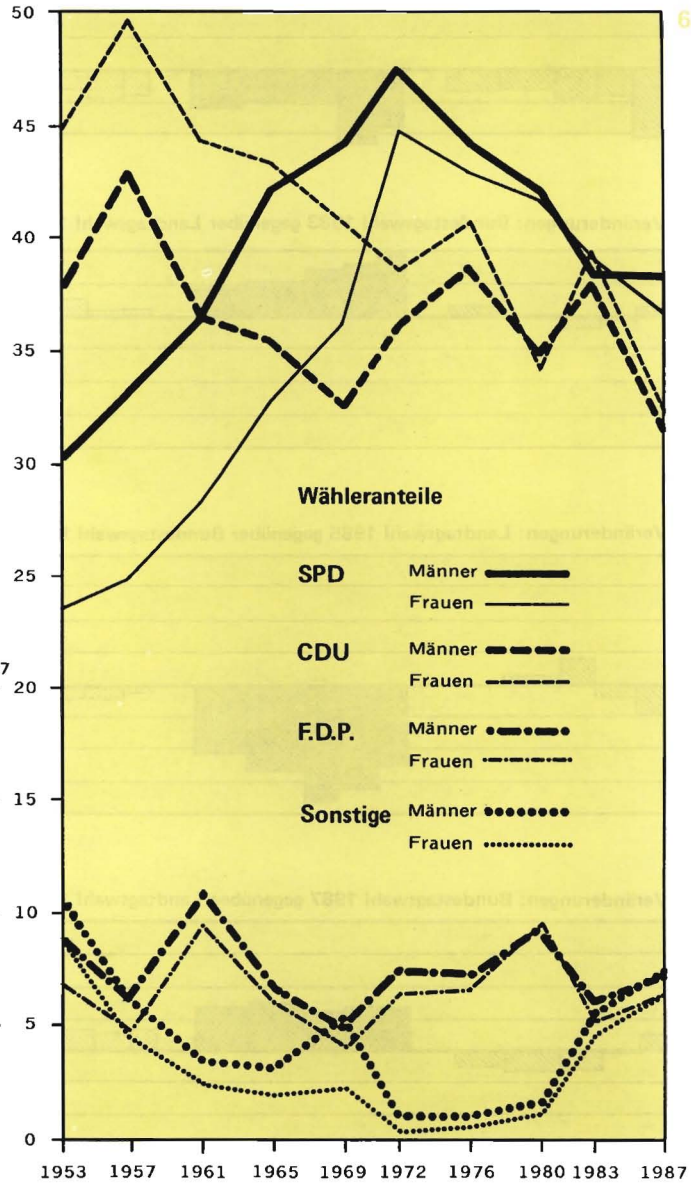
62.2 „Die CDU eine Frauenpartei – Männersache die SPD"? Daran war etwas, jedenfalls in den ersten 25 Jahren der Republik. Da lagen die Wähleranteile der CDU bei den Frauen noch erheblich über denen bei den Männern. Vor allem die SPD, aber auch andere Parteien hatten umgekehrt einen entsprechenden Vorsprung bei den männlichen Wählern.

Die auffälligste Erscheinung der letzten Wahlen ist jedoch die kontinuierliche Annäherung im Wahlverhalten von Frauen und Männern gegenüber den beiden großen Parteien, das ging bis hin zur nahezu vollständigen Einebnung der Unterschiede. 1983 gab es sogar ein leichtes Plus der SPD bei den Wählerinnen. Mehr Beharrung in der einmal gefaßten Meinung, mehr „Treue" nach der „Wende" 1982?

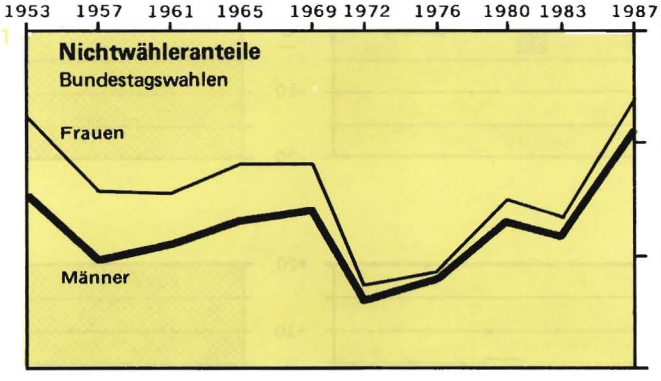
1980: Die Wahl mit dem CDU/CSU-Kanzlerkandidaten aus dem Süden brachte der CDU in Nordrhein-Westfalen bei den Frauenstimmen einen doppelt so großen Einbruch wie bei den Männern; der F.D.P. hat diese Wahl andererseits ein vorübergehendes Plus bei den Frauen erbracht. Auch bei der SPD holten die Frauen gegenüber den Männern auf.

„Sonstige": Die kleineren Parteien sind immer eher von den Männern gewählt worden. Das war früher so bei den kleineren Parteien (außer beim Zentrum), und es ist heute so bei den GRÜNEN.

Anteile an den wahlberechtigten Männern bzw. Frauen



62.2



62.1

Die Wahl 1987 bestätigte den langfristigen Trend zu einer Angleichung des Wahlverhaltens bei Frauen und Männern.

Tab.→ S.132

Entwicklung der Wähleranteile bei den Landtagswahlen

Sind Beobachtungen wie bei den Bundestagswahlen mit ihrer traditionell hohen Wahlbeteiligung auch bei den Landtagswahlen zu machen?

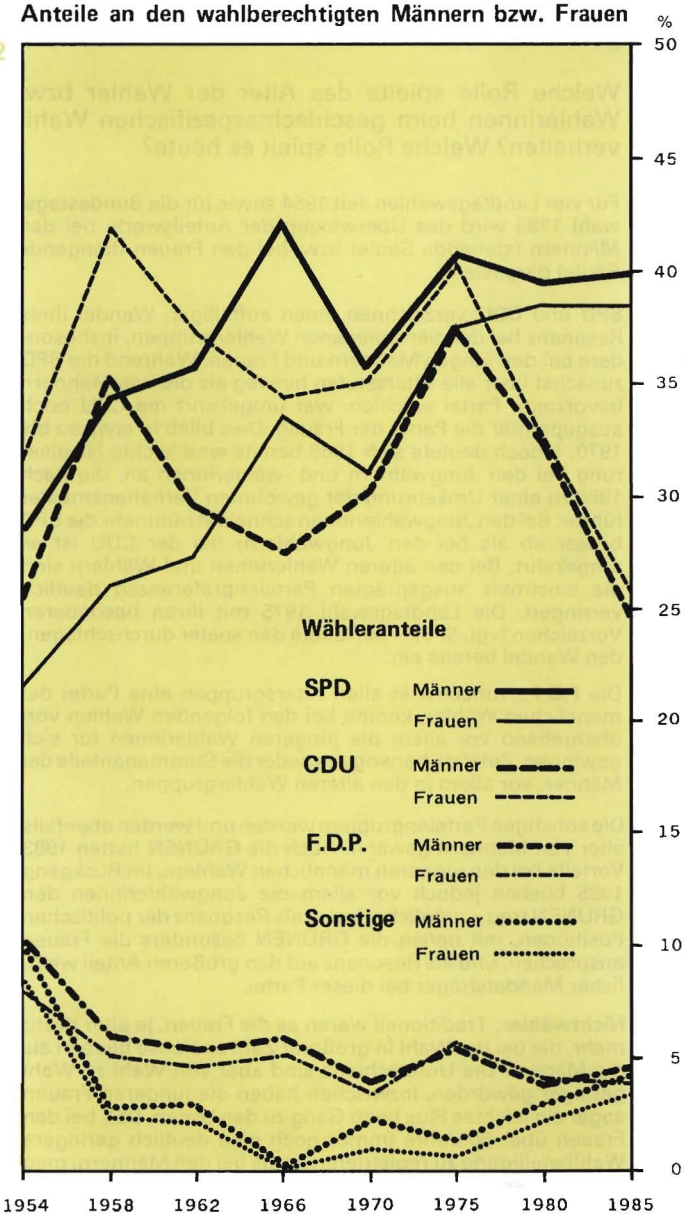
Ja, auf einem höheren Anteilsniveau gibt es zum Beispiel eine vergleichbare Annäherung der männlichen und weiblichen Nichtwähleranteile auch bei den Landtagswahlen. Hier findet man zudem wieder die auffällige Annäherung der Parteiengunst von Männern und Frauen. Beachtlich ist der nahezu stetige Zugewinn der SPD bei den weiblichen Wahlberechtigten von anfänglich 21,7% im Jahre 1954 auf 38,5% im Jahre 1985.

Welche Einflüsse hatten die starken Schwankungen der Wahlbeteiligung zwischen 1970 und 1980 auf die Entwicklung der Wähleranteile bei Männern und Frauen? Wurde durch die außergewöhnliche Wählermobilisierung 1975 der Annäherungsprozeß im geschlechtsspezifischen Wahlverhalten unterbrochen?

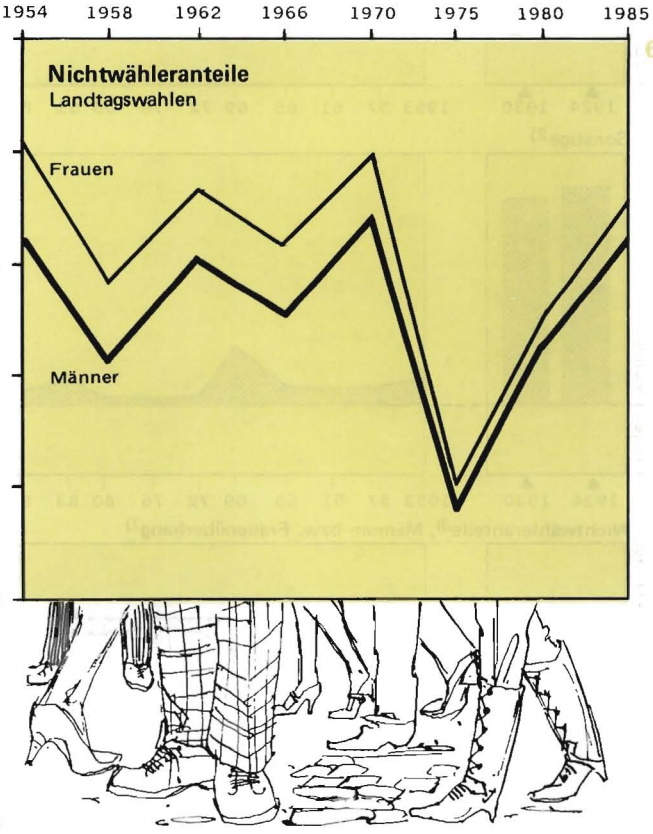
Nein, dies war weder bei der SPD noch bei der CDU der Fall. 1970 war der Wählerverlust der SPD bei den Frauen um vier Prozentpunkte geringer ausgefallen als bei den Männern, 1975 war dann der Wählerzuwachs der SPD bei den Frauen nochmal um 1,7 Prozentpunkte höher als bei den Männern. Und während die Partei 1980 bei den Männern einen Wählerrückgang um 1,3 Prozentpunkte hinnehmen mußte, hatte sie bei den Frauen einen abermaligen Zuwachs um 0,9 Prozentpunkte. Die Wähleranteile bei Männern und Frauen näherten sich für die CDU im gleichen Zeitraum ebenfalls um 2,0/2,0/2,2 Prozentpunkte.

Die zwischen Frauen und Männern geringfügig unterschiedliche Wählergunst gegenüber der F.D.P. kehrte sich zwischen 1970 und 1985 zweimal um; bei hoher Wahlbeteiligung erreichte die F.D.P. einen Vorsprung bei den Frauen, den sie bei geringerer Wahlbeteiligung wieder einbüßte. Ein allgemeingültiger Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und den F.D.P.-Ergebnissen bei den Frauen kann aus dieser Beobachtung jedoch nicht abgeleitet werden; er wird auch nicht belegt durch entsprechende Beobachtungen bei den Bundestagswahlen.

Anteile an den wahlberechtigten Männern bzw. Frauen 63.2



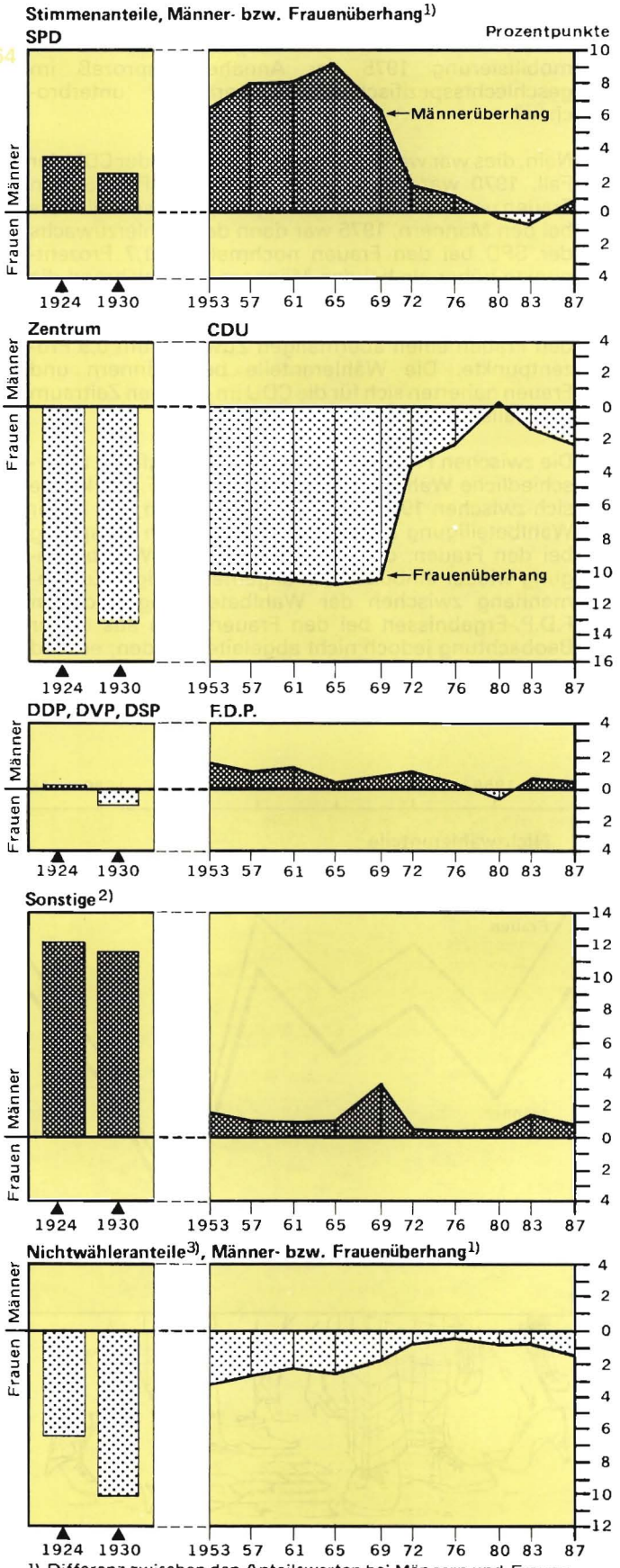
63.1



Tab. → S.132

Entwicklung von Weimar bis heute

Vergleich der Männer- und Frauenanteile an den gültigen Stimmen sowie an den Nichtwählern bei Reichstags- und Bundestagswahlen



1) Differenz zwischen den Anteilswerten bei Männern und Frauen
2) 1924/30 insbes. KPD, 1969 insbes. NPD, ab 1983 insbes. GRÜNE
3) an den wahlberechtigten Männern bzw. Frauen

Vor 60 Jahren, rund zwei Generationen vor unserer Zeit, war der Gang zu den Wahlurnen noch eher Männersache; es gab einen ausgeprägten Frauenüberhang bei den Nichtwähleranteilen. Noch stärker war der Frauenüberhang bei den Stimmenanteilen für das Zentrum. Umgekehrt war der Männerüberhang bei den Stimmenanteilen für USPD bzw. KPD sehr ausgeprägt, weniger ausgeprägt bei der SPD.

Zwar begann nach 1945 die CDU als „Nachfolgerin" des Zentrums wieder mit einem Frauenüberhang bei den Stimmenanteilen und die SPD mit einem (nun verstärkten) Männerüberhang; diese Überhänge schrumpften jedoch mit Beginn der 70er Jahre fast vollständig. Der Frauenüberhang bei den Nichtwähleranteilen ist nach 1945 ebenfalls stark zurückgegangen und in der Folge weiter rückläufig gewesen.

Welche Rolle spielte das Alter der Wähler bzw. Wählerinnen beim geschlechtsspezifischen Wahlverhalten? Welche Rolle spielt es heute?

Für vier Landtagswahlen seit 1954 sowie für die Bundestagswahl 1983 wird das Überwiegen der Anteilswerte bei den Männern (stehende Säule) bzw. bei den Frauen (hängende Säule) dargestellt:

SPD und **CDU** verzeichnen einen auffälligen Wandel ihrer Resonanz bei den verschiedenen Wählergruppen, insbesondere bei den jungen Männern und Frauen. Während die SPD zunächst über alle Altersstufen hinweg als die von Männern bevorzugte Partei erschien, war umgekehrt die CDU noch ausgeprägter die Partei der Frauen. Dies blieb in etwa so bis 1970; jedoch deutete sich 1966 bereits eine leichte Nivellierung bei den Jungwählern und -wählerinnen an, die nach 1980 zu einer Umkehrung der gewohnten Verhaltensmuster führte: Bei den Jungwählerinnen schneidet nunmehr die SPD besser ab als bei den Jungwählern; bei der CDU ist es umgekehrt. Bei den älteren Wählerinnen und Wählern sind die einstmals ausgeprägten Parteienpräferenzen deutlich verringert. Die Landtagswahl 1975 mit ihren besonderen Vorzeichen (vgl. S. 57 – 58) leitete den später durchschlagenden Wandel bereits ein.

Die **F.D.P.**, zunächst in allen Altersgruppen eine Partei der männlichen Wähler, konnte bei den folgenden Wahlen vorübergehend vor allem die jüngeren Wählerinnen für sich gewinnen. Zuletzt überwogen wieder die Stimmenanteile der Männer, vor allem in den älteren Wählergruppen.

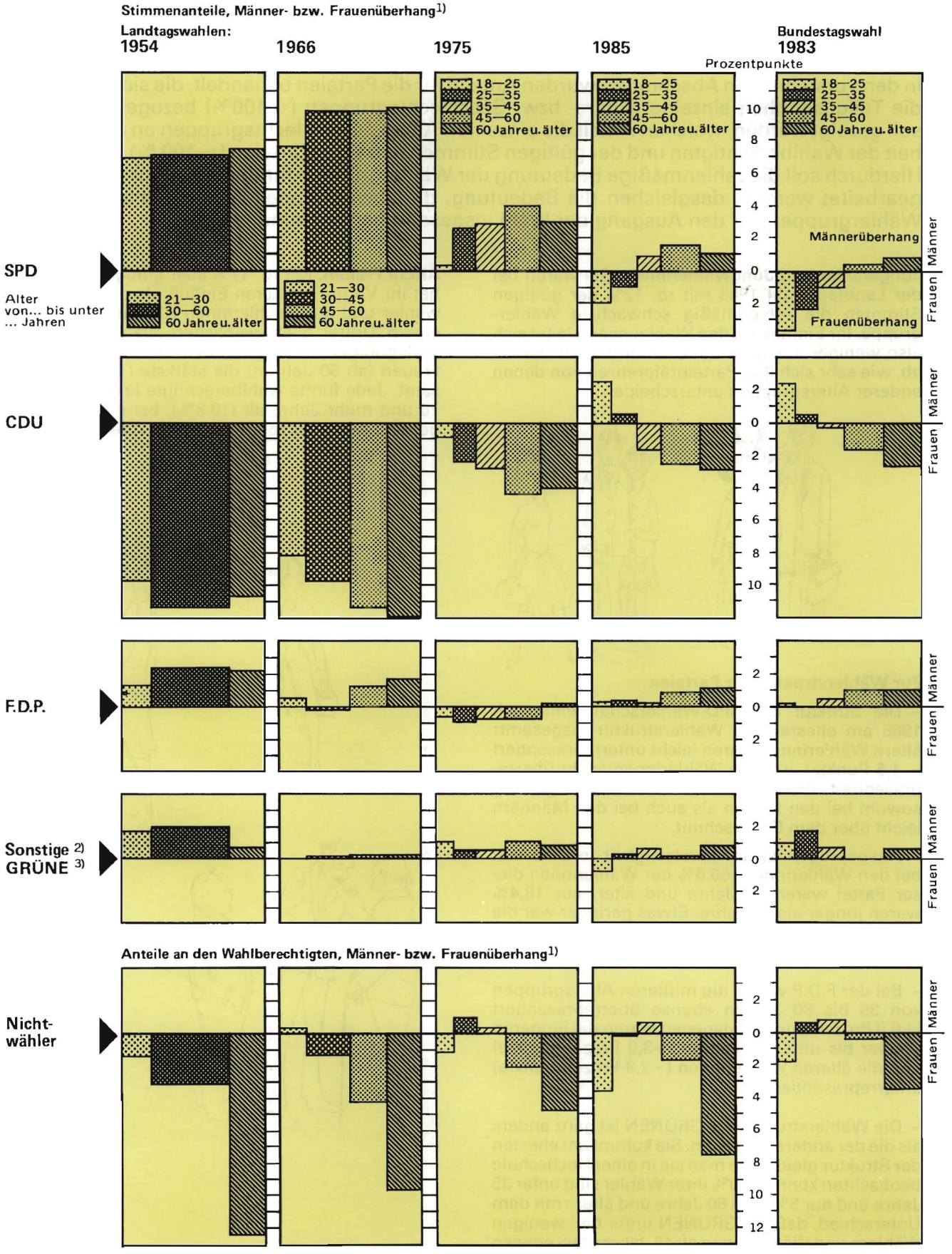
Die sonstigen Parteiengruppen wurden und werden ebenfalls eher von Männern gewählt. Auch die **GRÜNEN** hatten 1983 Vorteile bei den jüngeren männlichen Wählern, im Rückgang 1985 blieben jedoch vor allem die Jungwählerinnen den GRÜNEN treu – möglicherweise als Resonanz der politischen Positionen, mit denen die GRÜNEN besonders die Frauen ansprechen, und als Resonanz auf den größeren Anteil weiblicher Mandatsträger bei dieser Partei.

Nichtwähler: Traditionell waren es die Frauen, je älter desto mehr, die bei der Wahl in größerer Zahl zu Hause blieben als die Männer. Die Unterschiede sind aber von Wahl zu Wahl geringer geworden. Inzwischen haben die jüngeren Frauen sogar ein leichtes Plus beim Gang zu den Urnen. Daß bei den Frauen über 60 Jahre immer noch eine deutlich geringere Wahlbeteiligung zu registrieren ist als bei den Männern, mag daran liegen, daß die Frauen dieser Altersgruppe im Durchschnitt älter sind als die Männer derselben Gruppe.

Tab. → S. 133

Entwicklung nach Altersgruppen

Vergleich der Männer- und Frauenanteile an den gültigen Stimmen sowie an den Nichtwählern bei Landtags- und Bundestagswahlen



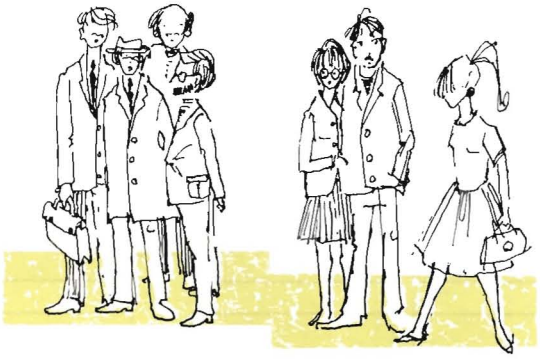
1) Differenz zwischen den Anteilswerten bei Männern und Frauen
2) bei Wahljahr 1954 überwiegend „Zentrum"
3) bei den Wahljahren 1983 und 1985 nur „GRÜNE"

Tab.→S.133

3.3 Alters- und Geschlechtsstruktur der Wähler

In den vorstehenden Abschnitten wurden Anteile für die Parteien behandelt, die sich immer auf die Teilgesamtheit einzelner Alters- bzw. Geschlechtsgruppen (= 100%) bezogen. Nunmehr soll gezeigt werden, welchen Anteil die einzelnen Alters-/ Geschlechtsgruppen an der Gesamtheit der Wahlberechtigten und der gültigen Stimmen einzelner Parteien (= 100 %) ausmachen. Hierdurch soll die zahlenmäßige Bedeutung der Wählergruppen für das Wahlergebnis herausgearbeitet werden, desgleichen die Bedeutung, die abweichendes Wahlverhalten einzelner Wählergruppen auf den Ausgang der Wahl insgesamt haben kann.

67.2 **Jungwähler und Jungwählerinnen.** Sie waren bei der Landtagswahl 1985 mit rd. 12% der gültigen Stimmen die zahlenmäßig schwächste Wählergruppe. Ihr Einfluß auf den Wahlausgang leitet sich also weniger aus ihrer Zahl, sondern eher daraus ab, wie sehr sich ihre Parteipräferenzen von denen anderer Altersgruppen unterscheiden.



Zur Wählerstruktur der Parteien:

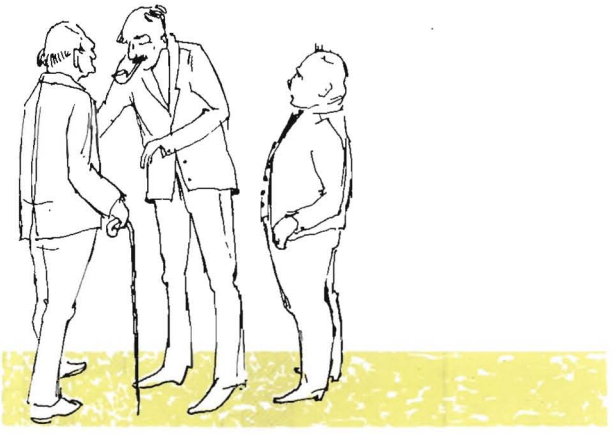
67.3 – Die Struktur der SPD-Wählerschaft entsprach 1985 am ehesten der Wählerstruktur insgesamt; ältere Wählerinnen waren leicht unterrepräsentiert (–1,5 Punkte), jüngere Wählerinnen leicht überrepräsentiert; die Gruppe der 25- bis 35jährigen lag sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern leicht über dem Durchschnitt.

– Ausgeprägter ist die Alterslastigkeit der CDU, u.a. bei den Wählerinnen: 66,6% der Wählerinnen dieser Partei waren 45 Jahre und älter, nur 18,4% waren jünger als 35 Jahre. Etwas geringer war die Alterslastigkeit bei den männlichen Wählern der CDU.

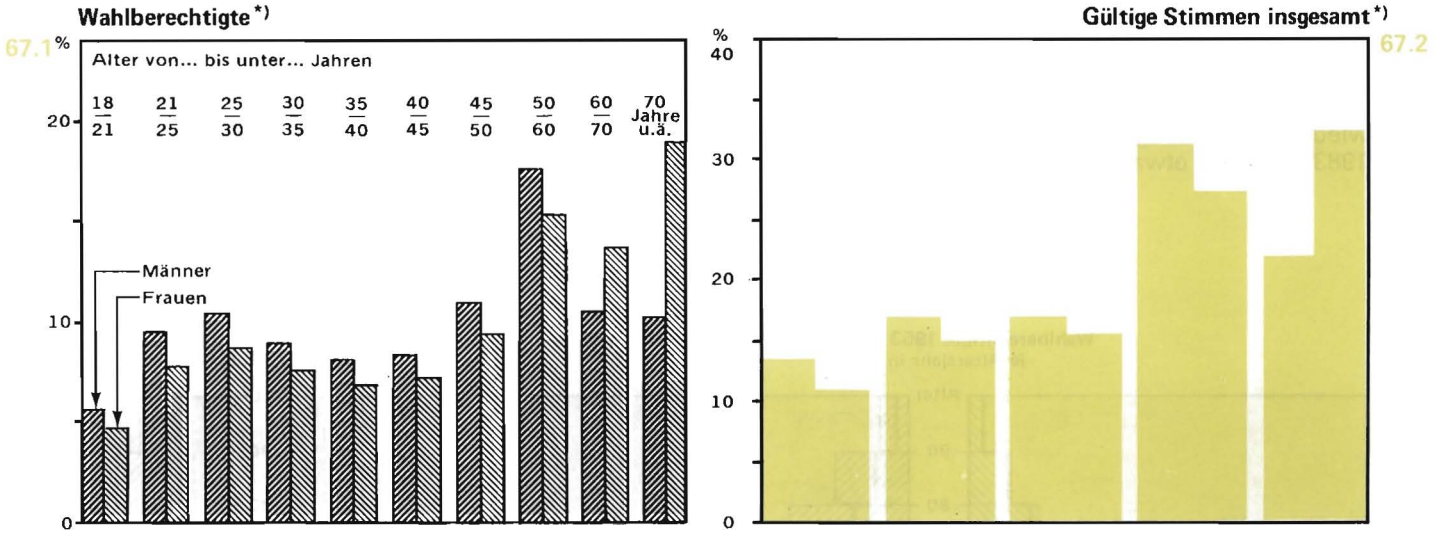
– Bei der F.D.P waren die mittleren Altersgruppen von 35 bis 60 Jahren ebenso überrepräsentiert (+6,8 Prozentpunkte), dagegen waren die jüngeren Wähler bis unter 35 Jahren (–3,9 Prozentpunkte) und die älteren Wählerinnen (–2,9 Prozentpunkte) unterrepräsentiert.

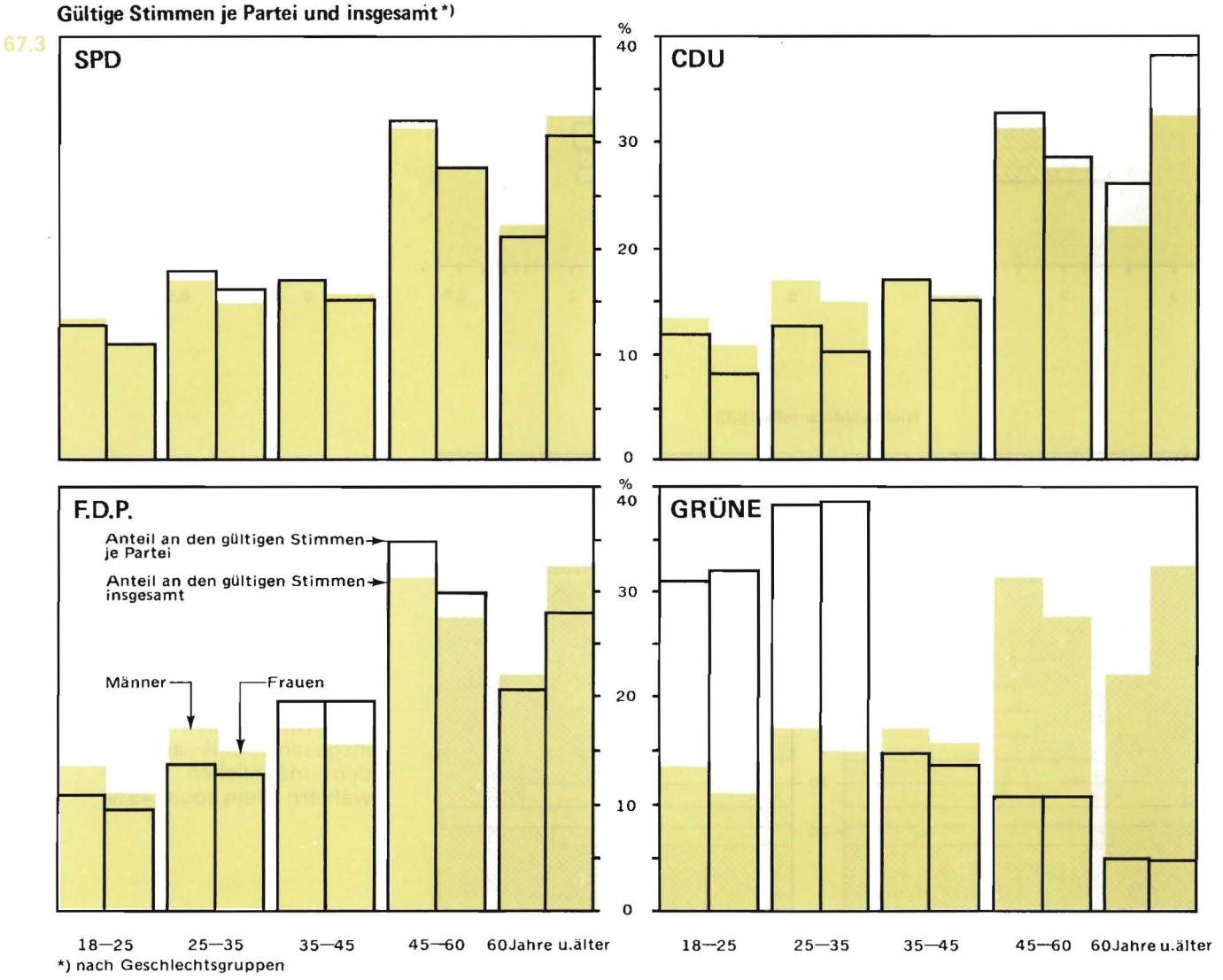
– Die Wählerstruktur der GRÜNEN ist ganz anders als die der anderen Parteien. Sie kommt am ehesten der Struktur gleich, wie man sie in einer Hochschule beobachten könnte: 70% ihrer Wähler sind unter 35 Jahre und nur 5% sind 60 Jahre und älter - mit dem Unterschied, daß die GRÜNEN unter den wenigen Wählern und Wählerinnen ab 45 Jahren fast ebenso viele Frauen wie Männer haben.

Ältere Frauen. Mit rd. 17% aller gültigen Stimmen hat ihr Votum größeren Einfluß als das der Jungwähler und Jungwählerinnen zusammen; mit rd. einem Drittel aller weiblichen Wahlberechtigten und gültigen Frauenstimmen stellen die älteren Frauen (ab 60 Jahren) die stärkste Gruppe insgesamt. Jede fünfte wahlberechtigte Frau war sogar 70 und mehr Jahre alt (18,8%), bei den Männern gehörte nur jeder zehnte zu dieser Altersgruppe. 67.1



Anteil der Alters- und Geschlechtsgruppen an den Wahlberechtigten, gültigen Stimmen insgesamt und je Partei bei der Landtagswahl 1985





*) nach Geschlechtsgruppen

Tab. → S.134

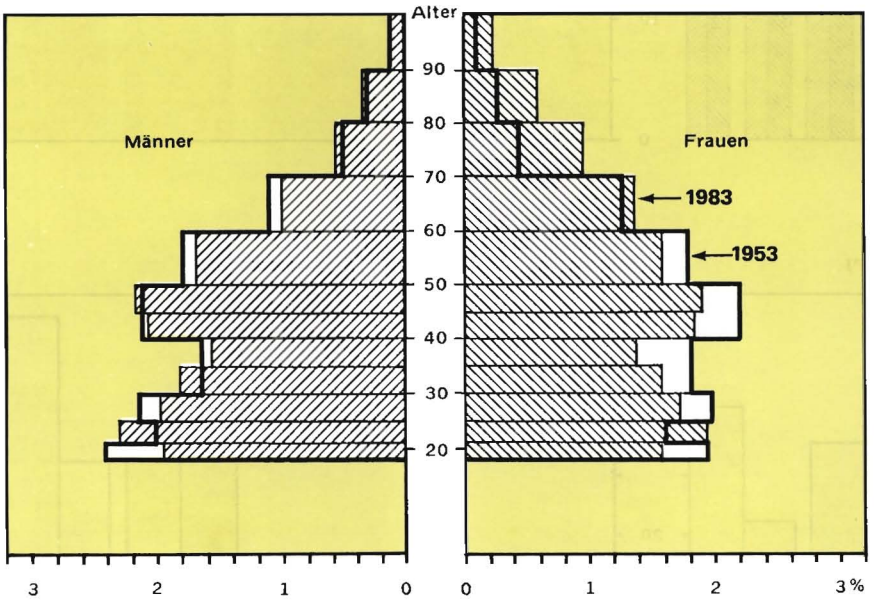
Alterspyramide der Wähler. Gestern, heute . . .

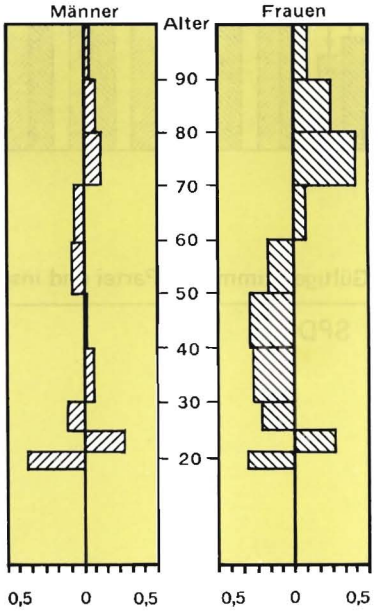
68.1 Der Altersaufbau der Wahlbevölkerung 1953 und 1983 – was hat sich in einer Generation geändert?

Die Kriegsauswirkungen bei der Gruppe der 30- bis 40jährigen zeichnen sich für 1953 ab und für 1983 wieder, nun in der geringeren Zahl ihrer Kinder, die 1983 ihrerseits etwa 30 bis 40 Jahre alt waren.

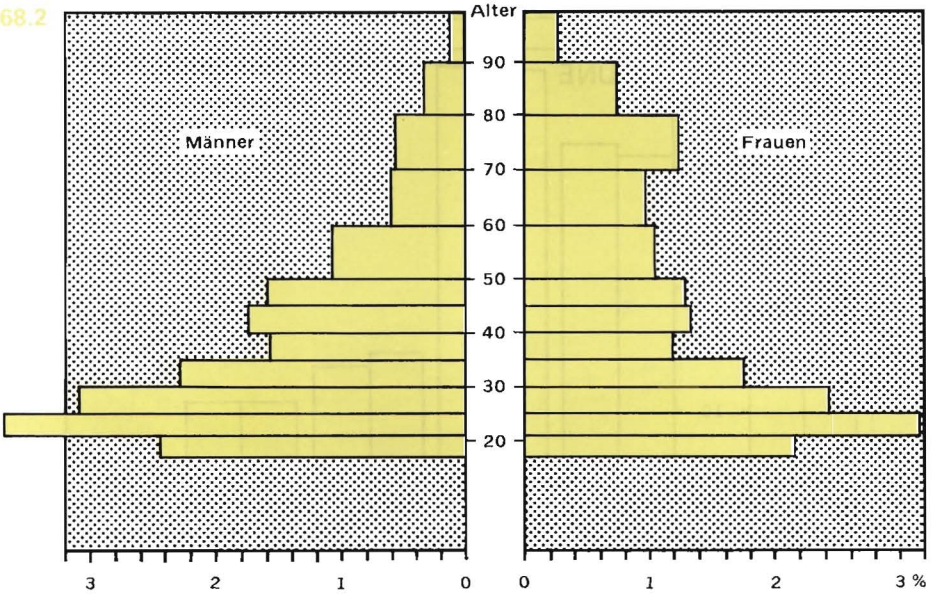
Bei den Frauen fällt der gestiegene Anteil in der Gruppe 60 Jahre und älter auf, er stieg von 20% auf gut 30%.
Bei den Männern stieg der Anteil dieser Altersgruppe in derselben Zeit nur unerheblich von 18,5% auf 20,1%.

68.1





68.2



Altersstruktur derjenigen wahlberechtigten Männer bzw. Frauen, die nicht zu den Wahlurnen gingen: 68.2

Obwohl die Gruppen der unter 35jährigen nur den vergleichsweise kurzen untersten Abschnitt der Alterspyramide besetzten, macht ihr Anteil an den Nichtwählern doch insgesamt 44% aus, an den männlichen Nichtwählern allein sogar 49%.

Tab.→S.135

. . . und morgen

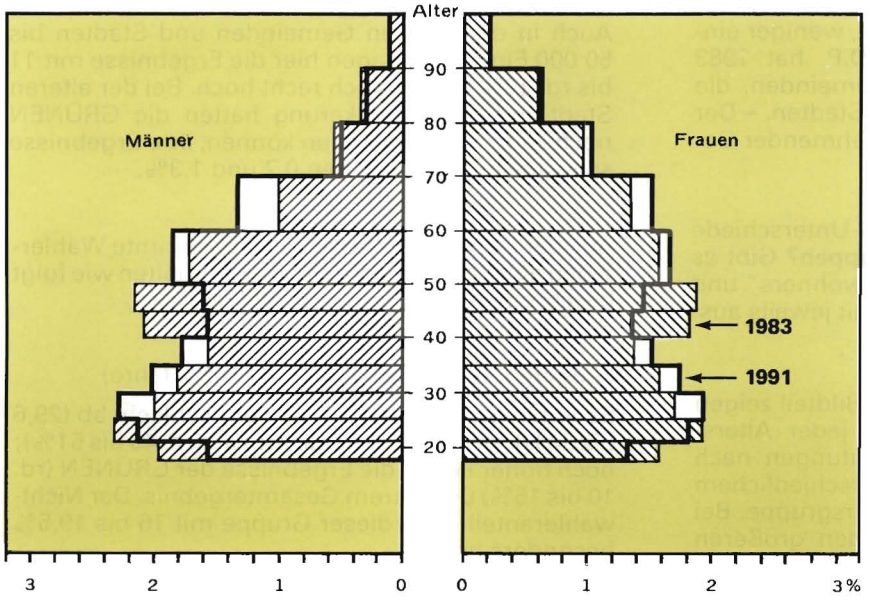
Der Altersaufbau der Wahlbevölkerung, wie wird er in Zukunft aussehen?

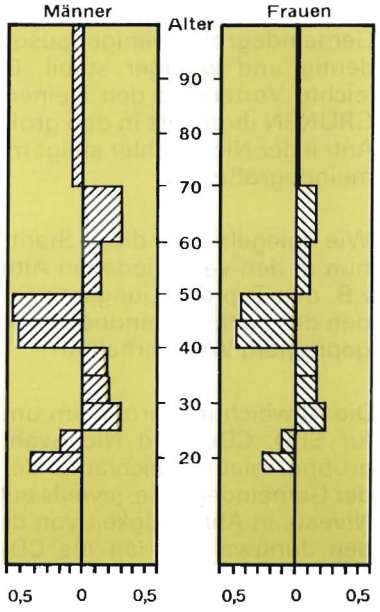
69 Im Vergleich zur Alterspyramide für das Jahr 1983 ist die Prognose für das Jahr 1991 dargestellt. Zwar wird hier nur ein Vergleich über den kurzen Zeitraum von 8 Jahren gezogen, dennoch deuten sich die grundsätzlichen Veränderungen an, denen man über den Zeithorizont von 1991 hinaus noch verstärkt gegenüberstehen wird:

- Nachwachsende Überalterung aus dem Kreis der heute 50- bis 70jährigen;
- Schrumpfung des Anteils der Jungwähler

Diejenigen Parteien, die auf Vorteile bei jüngeren Wählergruppen bauen, müssen beachten, daß deren zahlenmäßige Bedeutung künftig von Wahl zu Wahl abnehmen wird. Die Auswirkungen des „Pillenknicks" werden jetzt, mit 18jähriger Verspätung wegen des Wahlalters, spürbar. Und dies nicht nur einmal, sondern auf längere Zeit.

69





Anmerkung:

Die Prozentzahlen unter den Alterspyramiden und Veränderungsdiagrammen gelten für einzelne Altersjahre. Den Altersgruppen der repräsentativen Wahlstatistik entsprechend sind in den Abbildungen jedoch immer mehrere Altersjahre zu Gruppen zusammengefaßt, die 3, 4, 5 und 10 Jahrgänge umfassen können. Die offene Altersgruppe der über 70jährigen Wahlberechtigten wurde in Anlehnung an die Alterspyramide der Bevölkerung ebenfalls abgestuft dargestellt.

Der jeweilige Anteilswert einer Altersgruppe an der Gesamtheit der Wahlberechtigten berechnet sich als Produkt aus dem abzulesenden Prozentwert und der Anzahl der Altersjahre je Altersgruppe.

Tab.→S.135

3.4 Stadt-/Land-Unterschiede
Wahlverhalten nach Gemeindegrößenklassen und Altersgruppen

Die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den Stadtbewohnern einerseits und den Bewohnern kleinerer Städte und Dörfer andererseits sind in Abb. 71 oben dargestellt:

71 Je größer die Stadt, desto höher sind in der Regel die Stimmenanteile für die SPD; der Unterschied beträgt rund 15 Prozentpunkte. Der gleiche Unterschied ergibt sich für die CDU, nur in umgekehrter Richtung: Mit ansteigender Gemeindegröße sinkt der Anteil der CDU um insgesamt 15 Prozentpunkte. Für die F.D.P. und die GRÜNEN sind die Zusammenhänge zwischen ihren Wahlergebnissen und der Gemeindegröße weniger ausgeprägt, weniger eindeutig und weniger stabil. Die F.D.P. hat 1983 leichte Vorteile in den kleineren Gemeinden, die GRÜNEN ihrerseits in den größeren Städten. – Der Anteil der Nichtwähler steigt mit zunehmender Gemeindegröße.

Wie spiegeln sich diese Stadt-/Land-Unterschiede nun in den verschiedenen **Altersgruppen?** Gibt es z.B. den Typ des „jüngeren Stadtbewohners" und den des „älteren Landbewohners" mit jeweils ausgeprägtem Wahlverhalten?

Die Abweichungsprofile im unteren Bildteil zeigen für SPD, CDU und Nichtwähler in jeder Altersgruppe relativ gleichlaufende Abstufungen nach der Gemeindegröße, jeweils auf unterschiedlichem Niveau, in Abhängigkeit von der Altersgruppe. Bei den Jungwählern lag die CDU in den größeren Städten erheblich unter ihrem Gesamtergebnis, in den kleineren Gemeinden dagegen leicht darüber. Die Spannweite ihrer Ergebnisse reicht von 29,6% bei Jungwählern in Großstädten bis 57,6% bei Wählern ab 60 Jahren in kleineren Gemeinden.

Bei der SPD hat das Alter der Wähler geringere Bedeutung. Die Abweichungsprofile spiegeln recht gut die Abstufung nach der Gemeindegröße wider. Die Spanne der Stimmenanteile reicht von 31% (mittlere Altersgruppe in kleinen Gemeinden) bis rd. 50% (jüngere und ältere Wähler in Großstädten).

Am stärksten werden die Nichtwähleranteile von der Gemeindegröße und vom Alter der Wähler geprägt: Sie reichen von nur 3,7% (45- bis 60jährige in den kleinsten Gemeinden) bis 19,5% bei den Jungwählern in Großstädten.

Die vergleichsweise geringen Abweichungen der F.D.P.-Ergebnisse vom Gesamtergebnis ergeben ein weniger eindeutiges Bild. Am besten schnitt die F.D.P. in der mittleren Altersgruppe ab, vor allem in den kleineren Gemeinden (über 9%), am schlechtesten bei den Wählern ab 60 Jahren in den mittleren und größeren Städten (4,5 bis 4,9%). Bei den Jungwählern lag die Partei überall leicht unter dem Gesamtergebnis (5,0 bis 5,8%).

Die Anliegen der GRÜNEN erfassen Bürger in Stadt und Land offenbar gleichermaßen, die Gemeindegröße hat wenig Einfluß auf die Wahlergebnisse. „Grün" wählen oder nicht, das ist viel mehr eine Frage des Wähleralters. Allenfalls bei den jüngeren Wählern von 25 bis 35 Jahren lag das Spitzenergebnis mit 13,5% in den ganz großen Städten deutlich über den Ergebnissen in den anderen Gemeindegrößenklassen. Bei den Jungwählern erreichten die GRÜNEN ihr Spitzenergebnis mit 14,8% zwar ebenfalls in den Großstädten ab 200 000 Einwohnern, aber die Ergebnisse in den anderen Gemeindegrößenklassen fallen dagegen nicht sonderlich ab. Auch in den kleinen Gemeinden und Städten bis 50 000 Einwohner lagen hier die Ergebnisse mit 11 bis rd. 12% immer noch recht hoch. Bei der älteren Stadt-und Landbevölkerung hatten die GRÜNEN noch kaum Anhang finden können, ihre Ergebnisse schwanken dort zwischen 0,7 und 1,3%.

Aus der Darstellung lassen sich bestimmte Wählertypen ablesen und in ihrem Wahlverhalten wie folgt beschreiben:

Jüngere Großstadtwähler (18 bis 35 Jahre)

Bei ihnen schneidet die CDU sehr schlecht ab (29,6 bis 34%); die SPD schneidet gut ab (rd. 49 bis 51%); noch höher liegen die Ergebnisse der GRÜNEN (rd. 10 bis 15%) über ihrem Gesamtergebnis. Der Nichtwähleranteil ist in dieser Gruppe mit 16 bis 19,5% besonders hoch.

Jüngere Kleinstadtwähler

Die CDU liegt hier leicht über ihrem Gesamtergebnis (45,6 bis 48,7%), die SPD deutlich darunter (33 bis rd. 37%); die GRÜNEN haben auch hier noch deutliche Vorteile (7,4 bis rd. 12%).

Ältere Großstadtwähler (ab 45 Jahre)

Vorteile für die SPD (48 bis 50,4%), ähnlich wie bei den Jungwählern; die CDU-Ergebnisse sind eher unterdurchschnittlich (40,7 bis 44,8%), desgleichen die der F.D.P. (4,5 bis 6,6%).

Ältere Kleinstadtwähler

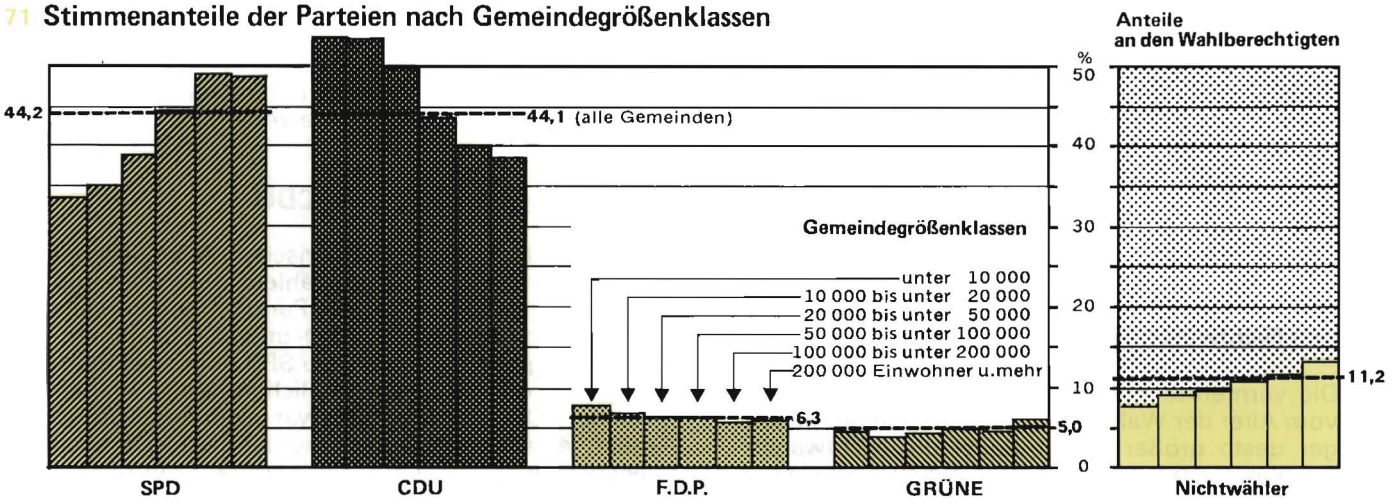
Hier hat die CDU ihre Domäne (55 bis 57,6%), die SPD hat geringere Resonanz (34 bis 36%). Der Anteil der GRÜNEN ist hier wie auch in den Großstädten weit unterdurchschnittlich (0,7 bis 1,8%).

Kleinstadtwähler mittleren Alters (35 – 45 Jahre)

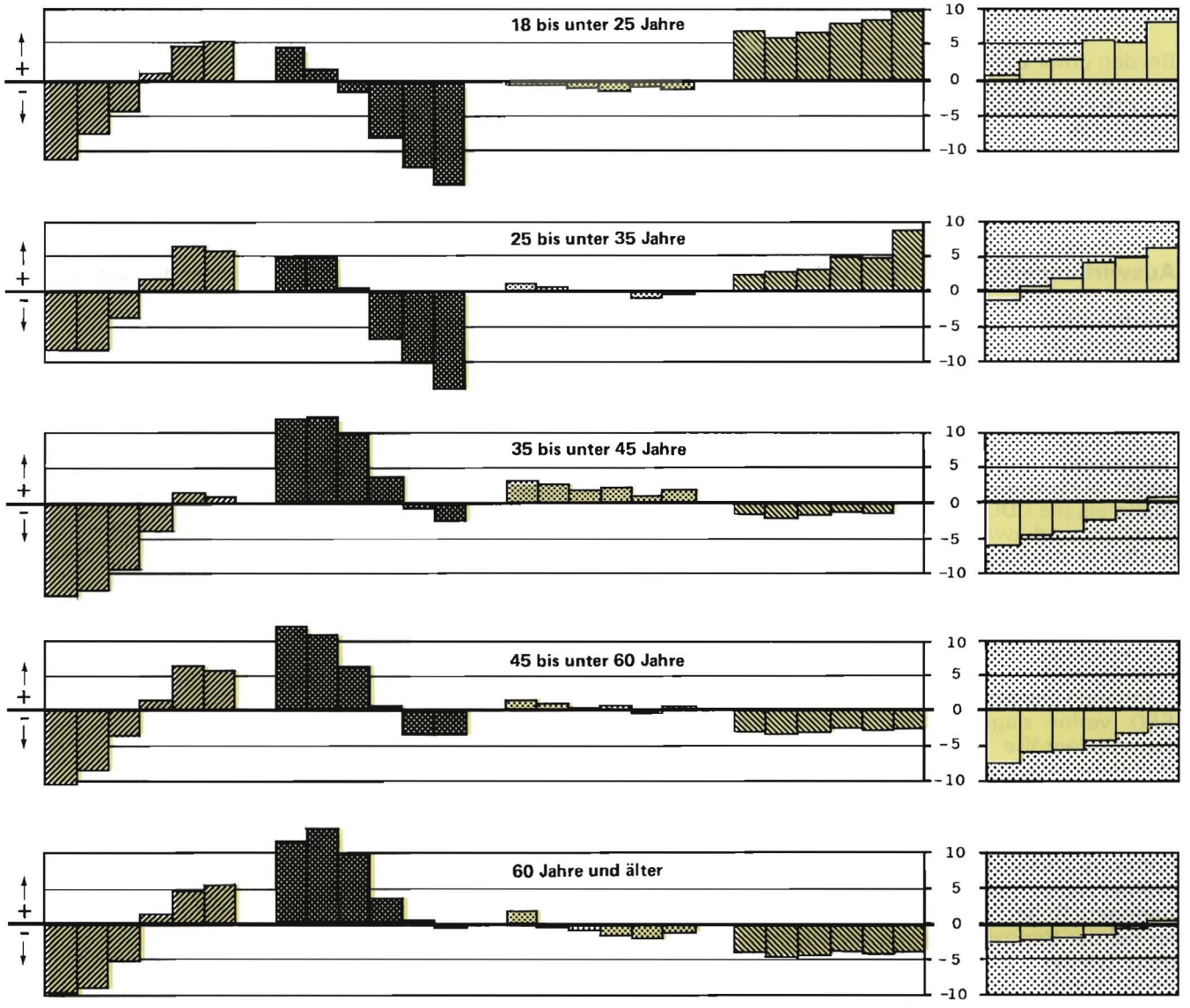
Ihre größere Neigung zur CDU kommt der der älteren Kleinstadtwähler gleich. Die F.D.P. erzielt in dieser Gruppe ihre besten Ergebnisse, die SPD ihre mit Abstand schlechtesten Ergebnisse.

Ergebnisse der Bundestagswahl 1983 nach Gemeindegrößenklassen und Abweichungen vom Gesamtergebnis nach Altersgruppen

71 Stimmenanteile der Parteien nach Gemeindegrößenklassen



Abweichungen vom Gesamtergebnis nach Altersgruppen und Gemeindegrößenklassen in Prozentpunkten



Tab.→ S.136

Entwicklung der Stadt-/Land-Unterschiede in einzelnen Altersgruppen

73 Vor dem Hintergrund deutlich sinkender Wahlbeteiligung kann der Vergleich der Landtagswahlen von 1975 bis 1985 die Frage erhellen: Welche Wählergruppen sind den einzelnen Parteien durch vermehrte **Wahlenthaltung** „davongelaufen"? Außerdem interessiert die Frage: Wie hat sich der **Vorsprung** der SPD bzw. CDU in den verschiedenen Wählergruppen entwickelt?

Als wichtigste Erscheinung zunächst die gestiegenen **Nichtwähleranteile**:

Die vermehrte Wahlenthaltung ist in erster Linie vom Alter der Wahlberechtigten abhängig: Je jünger desto größer in der Regel die Nichtwähler-Zunahme; am allergrößten war der Zuwachs mit rd. 20 Prozentpunkten allerdings bei den 25- bis 35jährigen. Die Gemeindegröße spielt nur eine untergeordnete Rolle; grundsätzlich gilt jedoch: Mit wachsender Gemeindegröße ist eine stärkere Zunahme der Nichtwähleranteile zu verzeichnen.

Bei den unter 25jährigen sind die Nichtwähler nunmehr zur „stärksten Partei" geworden – stärker als die CDU ist die Gruppe der Nichtwähler auch noch bei den 25- bis 35jährigen in Gemeinden ab 10 000 Einwohnern und bei den 35- bis 45jährigen in Gemeinden ab 100 000 Einwohnern geworden.

Auswirkungen der Wahlenthaltung

Bei den meisten Wählergruppen korrespondiert der steigende Nichtwähleranteil vor allem mit dem sinkenden CDU-Wähleranteil. Bei den älteren Wählern konnte die SPD trotz ebenfalls steigender Nichtwähleranteile gleichzeitig sogar weitere Wähleranteile hinzugewinnen, vor allem in kleineren Gemeinden. Unter den jüngeren Wählern hingegen verlor auch die SPD (wenngleich in geringerem Maße als die CDU) bei ansteigenden Nichtwähleranteilen, und zwar mit zunehmender Gemeindegröße. In den kleinen Gemeinden konnte die SPD 1980 auch bei jüngeren Wählern Gewinne trotz ebenfalls sinkender Wahlbeteiligung erzielen.

Der Wählerzuwachs der **SPD** trotz geringerer Wahlbeteiligung fällt um so größer aus, je kleiner die Gemeinde und je höher das Alter der Wähler ist. Die SPD verlor dagegen Wähler mit wachsender Gemeindegröße und abnehmendem Alter der Wählergruppe.

Die entgegengesetzten Zusammenhänge gelten für die **CDU**: Ihr Wählerverlust war in der Regel um so höher, je kleiner die Gemeinde und je jünger die Wähler waren – allerdings spielte das Alter hier eine geringere Rolle; bei der Gruppe der jüngsten Wähler fiel der Verlust entgegen der allgemeinen Tendenz wieder geringer aus. Dies mag aber auch damit zusammenhängen, daß die CDU in diesen Wählergruppen 1975 schon relativ schlechte Ergebnisse erzielt hatte; sie konnte rein rechnerisch auch nicht mehr viel Prozentpunkte verlieren.

Vorsprung von SPD bzw. CDU

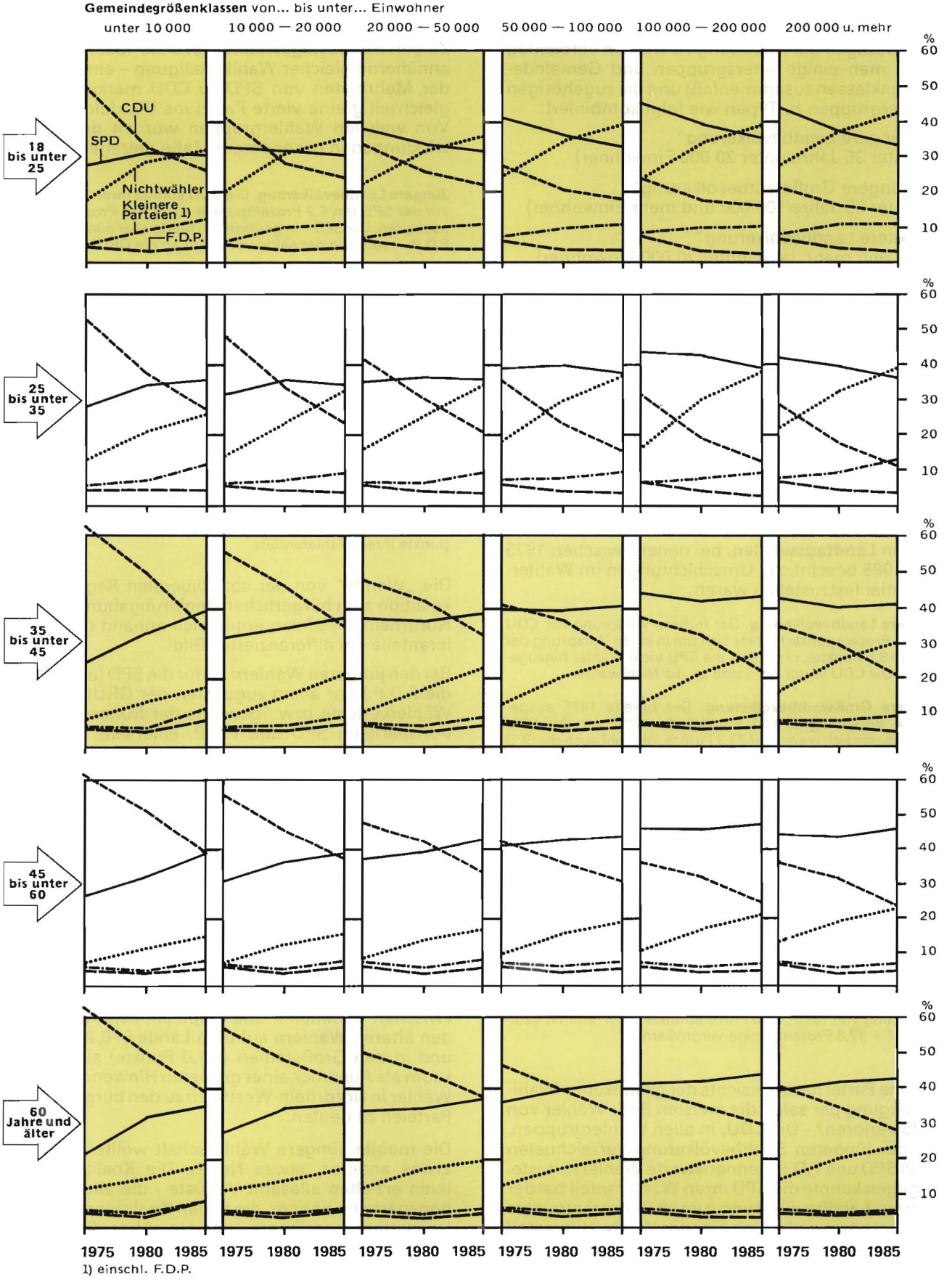
Bedeutender als die rechnerischen Austauschbeziehungen zwischen Nichtwählern einerseits und Wählern der beiden großen Parteien andererseits ist der Wechsel zwischen SPD- und CDU-Wähleranteilen. Allgemein gilt, daß die SPD über zwei Etappen 1980 und 1985 in erheblichem Maße Wähler von der CDU gewann – und zwar in der Regel um so mehr, je größer der Vorsprung der CDU 1975 noch gewesen war. Die regionale Dominanz der beiden großen Parteien wurde damit etwas eingeebnet. In kleineren Gemeinden (CDU-Dominanz) gewann die SPD bei allen Altersgruppen; sie konnte den ehemals großen Vorsprung der CDU damit teils erheblich abbauen, teils zu ihren Gunsten umkehren. Bei den älteren Wählern gewann die Partei in größeren Gemeinden neuerdings ebenfalls einen Vorsprung.

Die kleineren Parteien

Die **F.D.P.** verlor vor allem bei jüngeren Wählern – sie verlor um so mehr, je größer die Gemeinden waren. Bei älteren Wählern konnte die F.D.P hingegen gewinnen – um so mehr, je kleiner die Gemeinden waren.

Die Wähleranteile der **GRÜNEN** sind in den Schaubildern für die Wahlen ab 1980 annähernd aus dem Abstand zwischen F.D.P. und der Summe der „kleineren Parteien" abzulesen. Auf die Wählergewinne der GRÜNEN trotz abnehmender Wahlbeteiligung hatte die Gemeindegröße geringen Einfluß, der prägende Einfluß des Wähleralters wirkte sich über alle Gemeindegrößenklassen hinweg aus. Lediglich bei den 25- bis 45jährigen zeichneten sich 1985 mit zunehmender Gemeindegröße höhere Gewinne ab, während der Wähleranteil in anderen Altersgruppen nach teils starkem Zuwachs 1980 dann 1985 nur noch wenig zunahm oder eher stagnierte, und zwar in allen Gemeindegrößenklassen.

Anteile an den Wahlberechtigten bei den Landtagswahlen von 1975 bis 1985 nach Gemeindegrößenklassen und Altersgruppen



1) einschl. F.D.P.

Tab.→S.137

Wahlverhalten nach Gebiets- und Alterstypen

Die Aussagen der Abbildung 73 werden verdichtet, wenn man einige Altersgruppen und Gemeindegrößenklassen zusammenfaßt und die zugehörigen Wählergruppen zu Typen wie folgt kombiniert:

1. „Jüngere Landbevölkerung"
   (unter 35 Jahre/unter 20 000 Einwohner)
2. „Jüngere Großstadtbevölkerung"
   (unter 35 Jahre/100 000 und mehr Einwohner)
3. „Ältere Landbevölkerung"
   (45 und mehr Jahre/unter 20 000 Einwohner)
4. „Ältere Großstadtbevölkerung"
   (45 und mehr Jahre/100 000 und mehr Einwohner)

Dargestellt sind die Ergebnisse der ...

Landtagswahlen 1975/1985
Frage: Wo und wie wirkt sich der vermehrte Nichtwähleranteil besonders aus?

Bundestagswahlen 1976/1983
Frage: Wo fällt der Stimmungsumschwung am deutlichsten aus?

75.1 Zu den **Landtagswahlen,** bei denen zwischen 1975 und 1985 beachtliche Umschichtungen im Wählerpotential festzustellen waren:

Jüngere Landbevölkerung. Der frühere Vorsprung der CDU (+15,1 Prozentpunkte) kehrte sich um in einen Vorsprung der SPD (+8,5 Punkte), ohne daß die SPD viele Wähler hinzugewann. Die CDU verlor per saldo an die Nichtwähler.

Jüngere Großstadtbevölkerung. Der bereits 1975 ausgeprägte Vorsprung (+17,2 Punkte) der SPD vor der CDU vergrößerte sich weiter auf 23,3 Punkte, obwohl auch die SPD per saldo einige Wähler verloren hat, rechnerisch vor allem an die Nichtwählergruppe und an die GRÜNEN. Die Nichtwähler wurden zur stärksten Gruppe (40,4%), der Wähleranteil der CDU sank auf 12,4%. Die F.D.P. verlor hier relativ am meisten (-3,8 Punkte), sie wurde bei einem Wähleranteil von 2,8% 1985 deutlich von den GRÜNEN übertroffen (7,8%).

Ältere Landbevölkerung. Der früher ausgeprägte Vorsprung (+29,3 Punkte) der CDU vor der SPD ging 1985 fast völlig verloren (+2,7 Punkte). Per saldo haben sich 19,6% der Wahlbeteiligten von der CDU zur SPD gewandt, der Anstieg der Nichtwähleranteile war vergleichsweise weniger bedeutend. In dieser Bevölkerungsgruppe konnte die F.D.P. hinzugewinnen.

Ältere Großstadtbevölkerung. Die SPD konnte ihren leichten Vorsprung von 1975 (+4,0 Prozentpunkte) noch einmal deutlich auf + 17,8 Prozentpunkte vergrößern.

Welche Partei hat angesichts der gesunkenen Wahlbeteiligung per saldo die meisten ihrer Wähler von 1975 verloren? - Die CDU, in allen Wählergruppen. Bei der jüngeren Stadtbevölkerung verzeichneten auch SPD und F.D.P. nennenswerte Wählerverluste. Dagegen konnte die SPD ihren Wähleranteil bei der älteren Landbevölkerung um 8,9 Prozentpunkte aufstocken, obwohl auch hier der Nichtwähleranteil um 7,7 Prozentpunkte zunahm.

Zu den **Bundestagswahlen** 1976 bis 1983, die – bei annähernd gleicher Wahlbeteiligung – eine Wende der Mehrheiten von SPD zu CDU markieren und gleichzeitig eine vierte Partei ins Blickfeld rücken: Von welchen Wählergruppen wurden diese Entwicklungen in besonderem Maße getragen? 75.2

Jüngere Landbevölkerung. Die CDU konnte ihren Vorsprung vor der SPD um 6,2 Prozentpunkte auf +10,4 Prozentpunkte ausbauen. Die SPD – in geringerem Maße aber auch CDU und F.D.P. – verloren per saldo vor allem an die GRÜNEN.

Jüngere Großstadtbevölkerung. Der große Vorsprung der SPD (+22,1 Punkte) verringerte sich um 6,1 Prozentpunkte, per saldo ebenfalls überwiegend zugunsten der GRÜNEN, die 11,1% erreichten. Die F.D.P. verlor mit −4,7 Punkten mehr als die Hälfte ihres großen Wähleranteils von 1976 (9,1%).

Ältere Landbevölkerung. Hier gab es nur geringe Veränderungen bei allen Gruppen. Der deutliche Wählervorsprung der CDU (+19,3 Punkte) blieb bei gleichwertigen Wählerverlusten von CDU und SPD ebenfalls nahezu unverändert. Leichte Wählergewinne verzeichneten F.D.P. und GRÜNE.

Ältere Großstadtbevölkerung. Auch hier keine großen Anteilsverschiebungen. Der Vorsprung der SPD vor der CDU verringerte sich von +10 Punkte auf +6,6 Punkte. Neben der SPD (−3,0 Prozentpunkte) verlor auch die F.D.P. 0,8 Prozentpunkte ihres Wähleranteils.

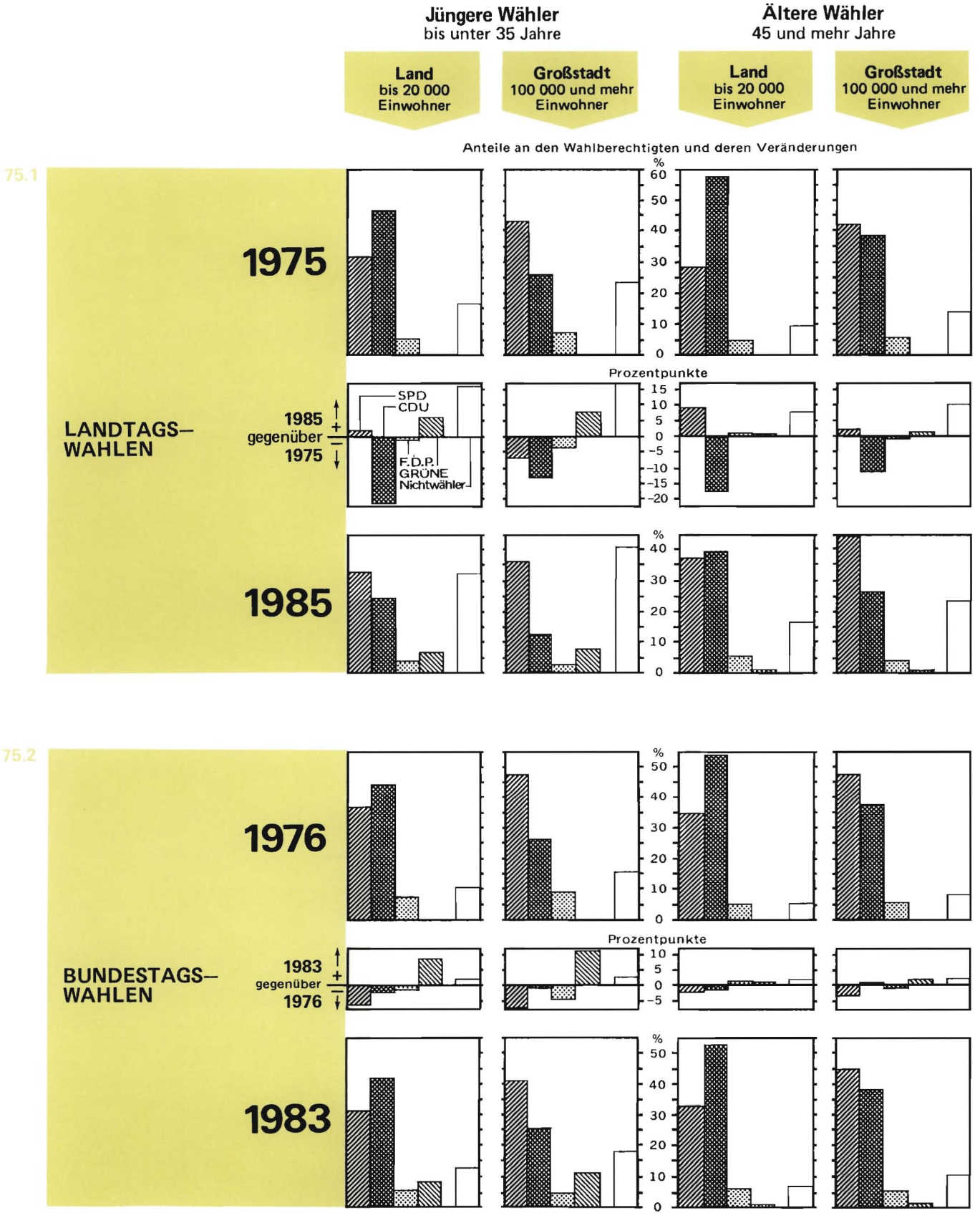
Die „Wende" von der sozialliberalen Regierungskoalition zum bürgerlichen Regierungsbündnis – in Nordrhein-Westfalen ergibt sich anhand der Wähleranteile ein differenziertes Bild:

Bei den **jüngeren Wählern** verlor die SPD (aber auch die F.D.P.) vor allem zugunsten der GRÜNEN, die Wählerverluste bzw. -gewinne der früheren Koalitionsparteien SPD und F.D.P. einerseits und der neuen Partei andererseits heben sich nahezu auf. Bei dieser Wählergruppe zeichnete sich keine Wende zugunsten der bürgerlichen Koalitionsparteien ab – im Gegenteil: Zählt man die Wähleranteile der jetzigen Koalitionsparteien bzw. Oppositionsparteien in Bonn jeweils zusammen und vergleicht die Ergebnisse von 1976 und 1983, so ergibt sich ein Abbau des Wählervorsprungs der bürgerlichen Parteien auf dem Lande um 5,8 Prozentpunkte, während sich ihre bisherige Unterlegenheit in Großstädten sogar noch um weitere 9,5 Prozentpunkte vergrößert hat.

Die geringfügigen Veränderungen des Abstands zwischen Koalitions- und Oppositionsparteien bei den **älteren Wählern** auf dem Lande (+0,2 Punkte) und in den Großstädten (+1,0 Punkte) sind auch kaum als Ausdruck einer größeren Hinwendung der Wähler in Nordrhein-Westfalen zu den bürgerlichen Parteien zu deuten.

Die **mobile,** jüngere Wählerschaft wollte offenbar etwas anderes, etwas Neues. Die Koalitionsparteien erzielten allesamt Verluste - die alten Koalitionsparteien höhere, die neuen Koalitionsparteien (zusammen) geringere Verluste. Aber die Bündnisse haben sich geändert.

Wähleranteile und Veränderungen bei Landtags- und Bundestagswahlen



Tab.→S.138

Regionale und strukturelle Besonderheiten

4

Nordrhein-Westfalen, ein Land mit besonderer Vielfalt: Vielfalt der Landschaften, der Lebensumstände, der Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur, der Mentalitäten und letztlich auch der politischen Mehrheitsverhältnisse in Stadt und Land. Der Bindestrich im Namen des Landes fügt somit nicht nur zwei früher getrennte Landesteile zusammen, er verbindet auch innerhalb dieser Landesteile noch recht ausgeprägte Gegensätze. Wie spiegeln sich diese in den Wahlergebnissen wider?

Die Frage ist unter verschiedenen Gesichtspunkten zu betrachten, die in den einzelnen Abschnitten von Kapitel 4 behandelt werden:

4.1 **Regionale** Unterschiede

4.2 **Struktur**-Unterschiede

4.3 **Gebietstypen** als politische Landschaften

4.4 **Gebietstypen** und **Altersgruppen** der Wähler

4.5 Parteien-**Hochburgen**

Regionale Unterschiede bei Wahlen: Hier interessiert zunächst, wie groß die Unterschiede ausfallen und wo sie als regionale Besonderheiten auffallen. Die Betrachtung der regionalen Unterschiede hat noch eine zweite, mittelbare Funktion: Das Wahlgeheimnis läßt bekanntlich keine direkte Klärung der Frage zu, welche Personengruppen welche Partei bevorzugt haben und wie sie durch ihr besonderes Wahlverhalten ein bestimmtes Wahlergebnis geprägt haben könnten. Daher behilft man sich mit indirekten Fragestellungen; man fragt beispielsweise, wie die Wähler in überwiegend katholisch geprägten Landesteilen gewählt haben oder welche abweichenden Wahlergebnisse es in SPD-Hochburgen gab. Zu klären ist hierfür zunächst, ob und wie sehr bestimmte regionale **Strukturmerkmale** einen prägenden Einfluß auf die Wahlergebnisse haben können.

Sodann wird versucht, das Land in verschiedene Wahlregionen zu unterteilen: eine Vielzahl von Gemeinden mit ähnlichen Strukturmerkmalen werden zu **„Gebietstypen"** zusammengefaßt, die auch durch charakteristische Wahlergebnisse aufgefallen sind. In der Darstellung von gebietstypischen Wahlergebnissen soll die Vielfalt einzelner Wahlergebnisse überschaubar werden. Die Gebietstypen dienen außerdem einer sinnvollen räumlichen Gliederung der repräsentativen Wahlstatistik.

Unter umgekehrtem Blickwinkel, ausgehend von herausragenden Wahlergebnissen innerhalb des Landes, wird für die **„Hochburgen"** der einzelnen Parteien gezeigt, mit welchen gemeinsamen Strukturbesonderheiten sie sich als Hochburgen für die eine oder andere Partei herausbilden konnten.

FRAGESTELLUNGEN

- In welchem Maße **unterscheiden** sich die Wahlergebnisse einzelner Landesteile – Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken, zwischen den Wahlkreisen und Gemeinden?
- Welche Einflüsse auf den Wahlausgang sind aus bestimmten **Strukturmerkmalen** der Bevölkerung und ihrer Lebensumstände zu erkennen?
- Läßt sich das Land treffend in einzelne Wahllandschaften oder **Gebietstypen** untergliedern, die sich strukturell und im Wahlverhalten der Bevölkerung deutlich voneinander abheben? Wenn ja:
- Durch welche strukturellen Besonderheiten sind solche Gebietstypen geprägt und wie unterscheiden sich ihre Wahlergebnisse?
- Spielt die **gebietstypische Prägung** eine Rolle im Zusammenhang mit dem Wahlverhalten einzelner **Altersgruppen?**
- Wo haben die Parteien ihre **Hochburgen?** Wie „hoch" und wie stabil sind diese Hochburgen?
- Durch welche Strukturmerkmale sind die Hochburgen geprägt?
- Gewinnen bzw. verlieren die Parteien in ihren Hochburgen mehr als anderswo? Wenn ja: zugunsten bzw. zu Lasten welcher anderen Wählergruppen?

4.1 Regionale Unterschiede

Regierungsbezirke

79.1 Eine erste grobe Differenzierung von Wahlergebnissen nach den Regierungsbezirken zeigt – hier am Beispiel der Bundestagswahl 1976 – bereits deutliche regionale Unterschiede, obwohl die einzelnen Regierungsbezirke in Nordrhein-Westfalen selbst zum Teil sehr verschiedenartige Gebiete umfassen. Die Regierungsbezirke Arnsberg, Düsseldorf und Münster beispielsweise umfassen jeweils sowohl Teile des Ruhrgebietes als auch größere Bereiche mit eher ländlichem Charakter.

Das nebenstehende Säulendiagramm zu den **Regierungsbezirken** ist der Übersicht halber nach absteigenden Ergebnissen einer Partei (hier: der SPD) geordnet; es zeigt für die Regierungsbezirke Arnsberg und Düsseldorf eine klare Dominanz der SPD vor der CDU mit Vorsprüngen von 10,7 bzw. 6,6 Prozentpunkten – für Köln und Detmold eine klare Dominanz der CDU vor der SPD mit Vorsprüngen von jeweils 5,9 Prozentpunkten.

Das SPD-Ergebnis liegt in Arnsberg um rd. 4,5 Punkte über dem Landesergebnis – in Köln und Detmold um rd. 4,5 Punkte darunter. Umgekehrt, aber etwas weniger stark ausgeprägt sind die Abweichungen für die CDU. Art und Maß der Abweichung vom Gesamtergebnis sind offensichtlich auch dadurch geprägt, ob der Regierungsbezirk einen Teil des Ruhrgebiets umfaßt und wie groß dessen Wähleranteil ist.

Die F.D.P. hatte 1976 im Regierungsbezirk Münster noch ein auffallend unterdurchschnittliches Wahlergebnis (–2,0 Prozentpunkte); seit 1983 liegt ihr Ergebnis hier, ähnlich wie im Regierungsbezirk Arnsberg, nur noch ca. 1 Prozentpunkt unter dem Landesergebnis.

Die Abweichungen der Regierungsbezirksergebnisse vom Landesergebnis sind für alle Parteien seit 1976 ansonsten ziemlich stabil geblieben.

Wahlkreise

Weitaus größer als zwischen den Regierungsbezirken sind die Unterschiede für die Parteien in den **Wahlkreisen**: Die SPD erzielte 1976 zwischen 27,2% 79.2
im schlechtesten und 66,2% in ihrem besten Wahlkreis, die CDU zwischen 28,0 und 67,9%, die F.D.P zwischen 3,8 und 12,9%; die Spannweite der Ergebnisse lag also für die großen Parteien bei rd. 40 Prozentpunkten, für die F.D.P. bei rund 9 Prozentpunkten.

Bei der SPD ist die Spannweite ihrer Wahlkreiser- 79.3
gebnisse von 1976 bis 1987 in etwa gleich groß geblieben (37,5 bis 39 Prozentpunkte), bei der CDU hat sie sich von rund 40 auf 32 Prozentpunkte verringert.

Die Spannweite der F.D.P.-Ergebnisse schwankt zwischen rund 10 und 11 Prozentpunkten; die Wahlkreisergebnisse der GRÜNEN hatten 1987 eine Spannweite von 9,4 Prozentpunkten; die Unterschiede zwischen dem besten und schlechtesten Wahlkreisergebnis waren also für die beiden kleineren Parteien meist größer als ihre landesweit erzielten Wahlergebnisse.

Gemeinden

Noch größer fallen die Unterschiede zwischen den **Gemeinde**ergebnissen aus; die Ergebnisse sind 79.4
zudem asymmetrisch in der Abweichung vom Landesergebnis: In ihrer besten Gemeinde erreichte die SPD 1976 68,2% der Stimmen, in ihrer schlechtesten nur 10,4%.

Die CDU erreichte nach Gemeinden ein Höchstergebnis von 87,1% und ein niedrigstes Ergebnis von 25,9%.

Die Spannweite dazwischen liegt zwar bei beiden Parteien in der Größenordnung von 60 Prozentpunkten, nur ist der höchste Stimmenanteil der CDU viel höher und ihr niedrigster Stimmenanteil nicht so niedrig wie bei der SPD. Der Grund liegt darin: Die SPD erzielt ihre guten Wahlergebnisse vor allem in großen Städten mit eher gemischter Bevölkerungsstruktur, die CDU dagegen in kleinen, ländlichen Gemeinden, wo Strukturbesonderheiten und traditionelle Bindungen noch stärker einseitig zugunsten einer Partei ins Gewicht fallen können.

Stimmenanteile nach Regierungsbezirken bzw. Wahlkreisen und Gemeinden

79.1

Bundestagswahl 1976:

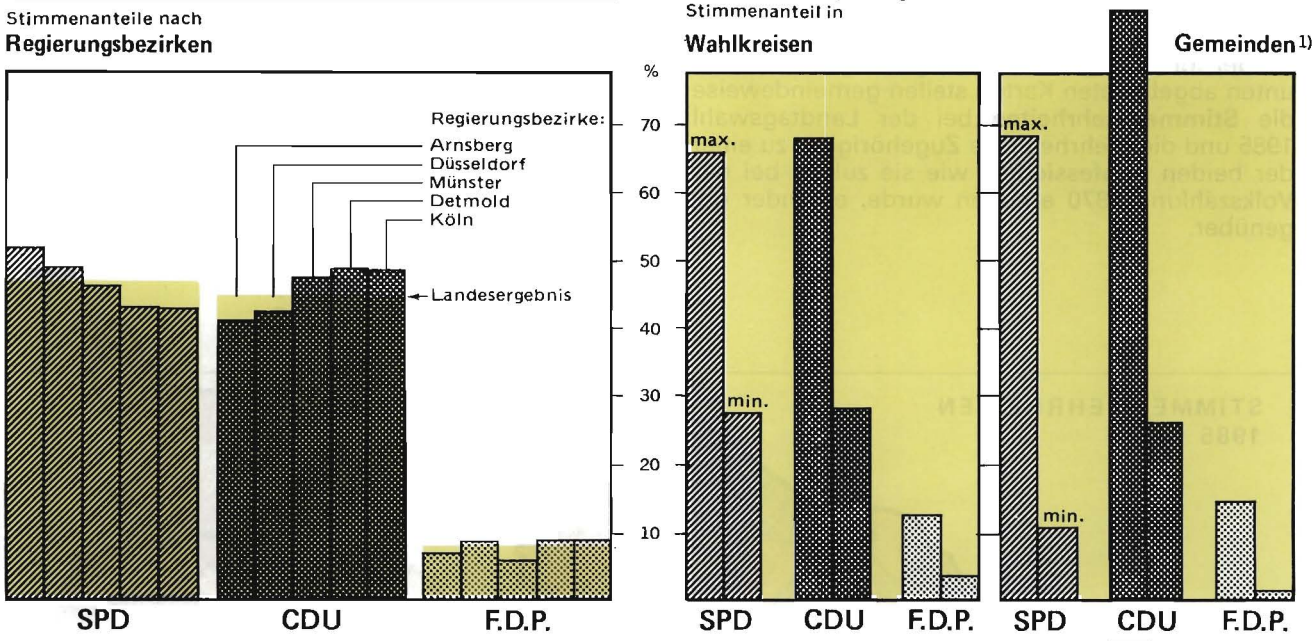
Stimmenanteile nach
Regierungsbezirken

79.2

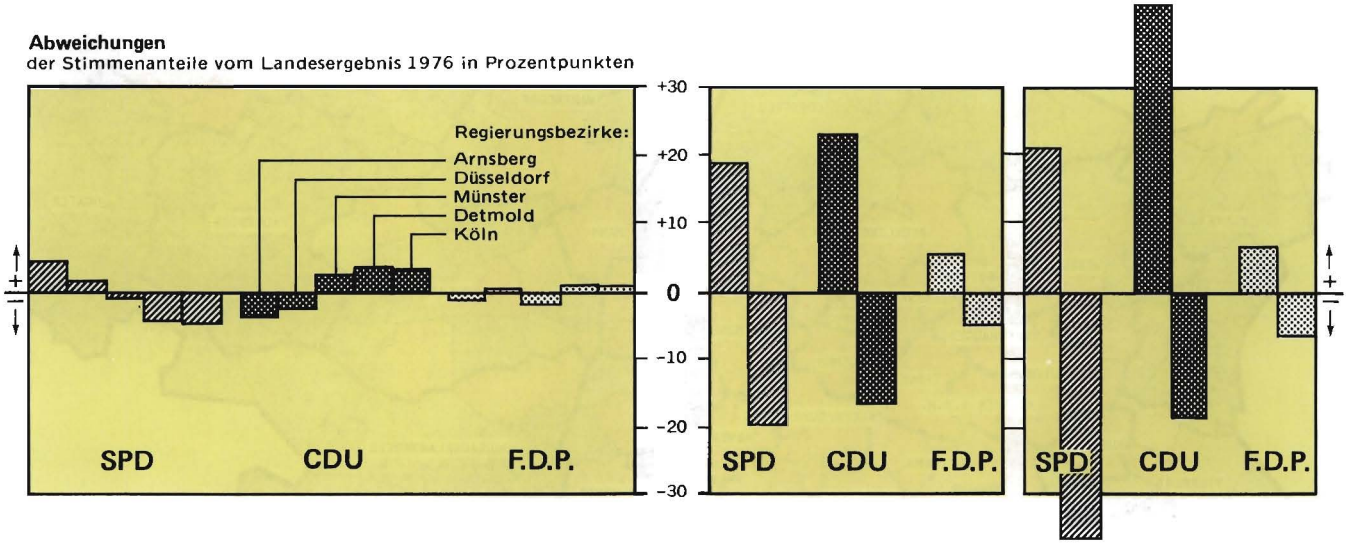
Jeweils höchster/niedrigster Stimmenanteil in
Wahlkreisen

79.4

Gemeinden[1)]



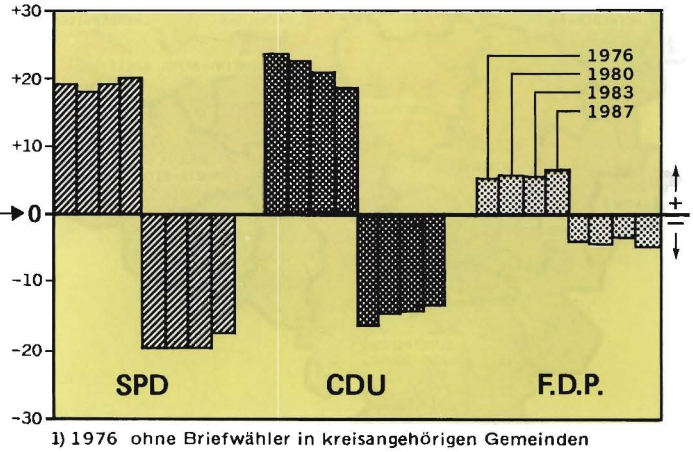
Abweichungen
der Stimmenanteile vom Landesergebnis 1976 in Prozentpunkten



79.3

Bundestagswahlen von 1976 bis 1987
jeweils höchster/niedrigster Stimmenanteil in Wahlkreisen

Abweichungen der Stimmenanteile vom Landesergebnis
in Prozentpunkten

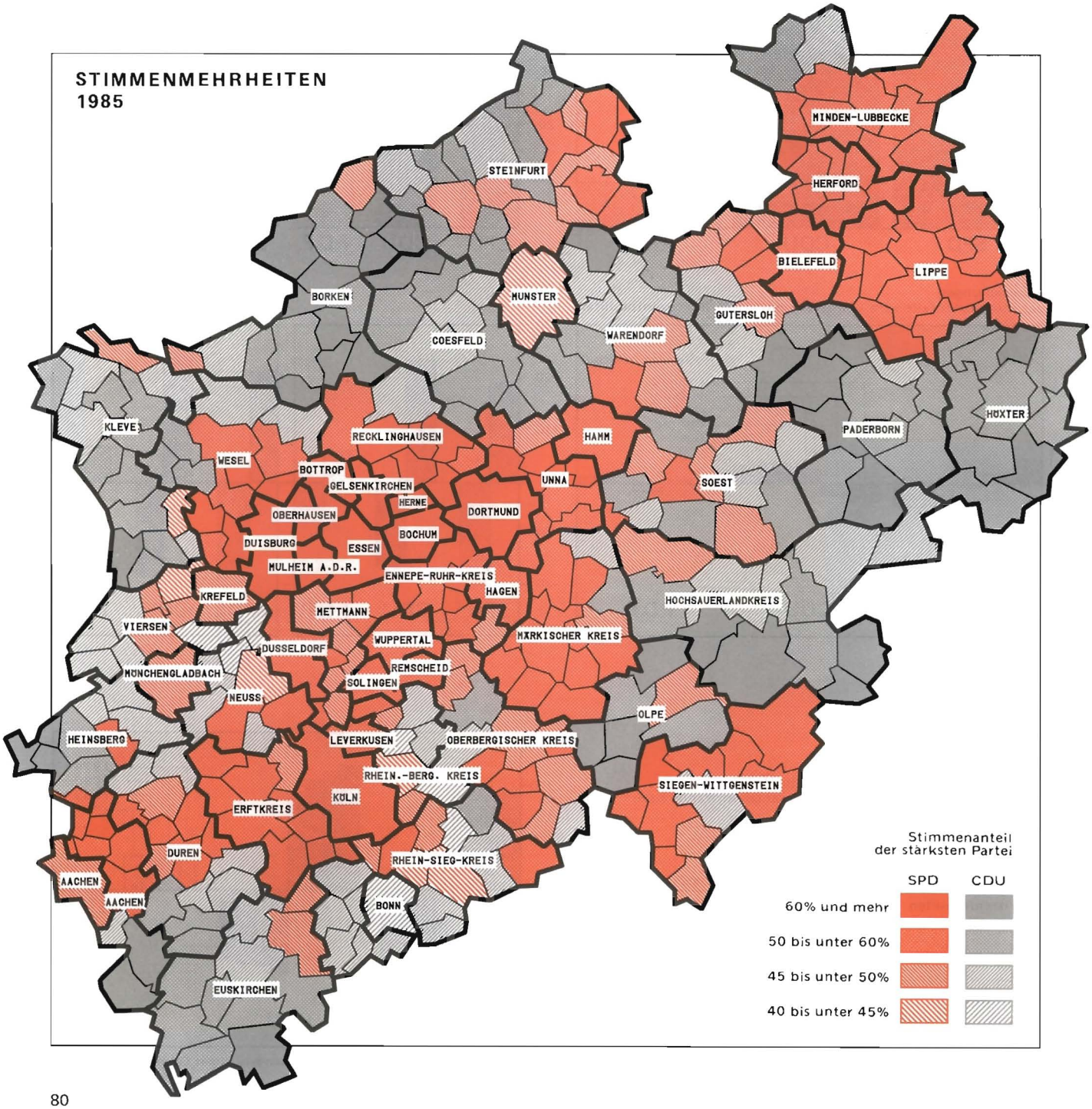


1) 1976 ohne Briefwähler in kreisangehörigen Gemeinden

Tab.→S.140

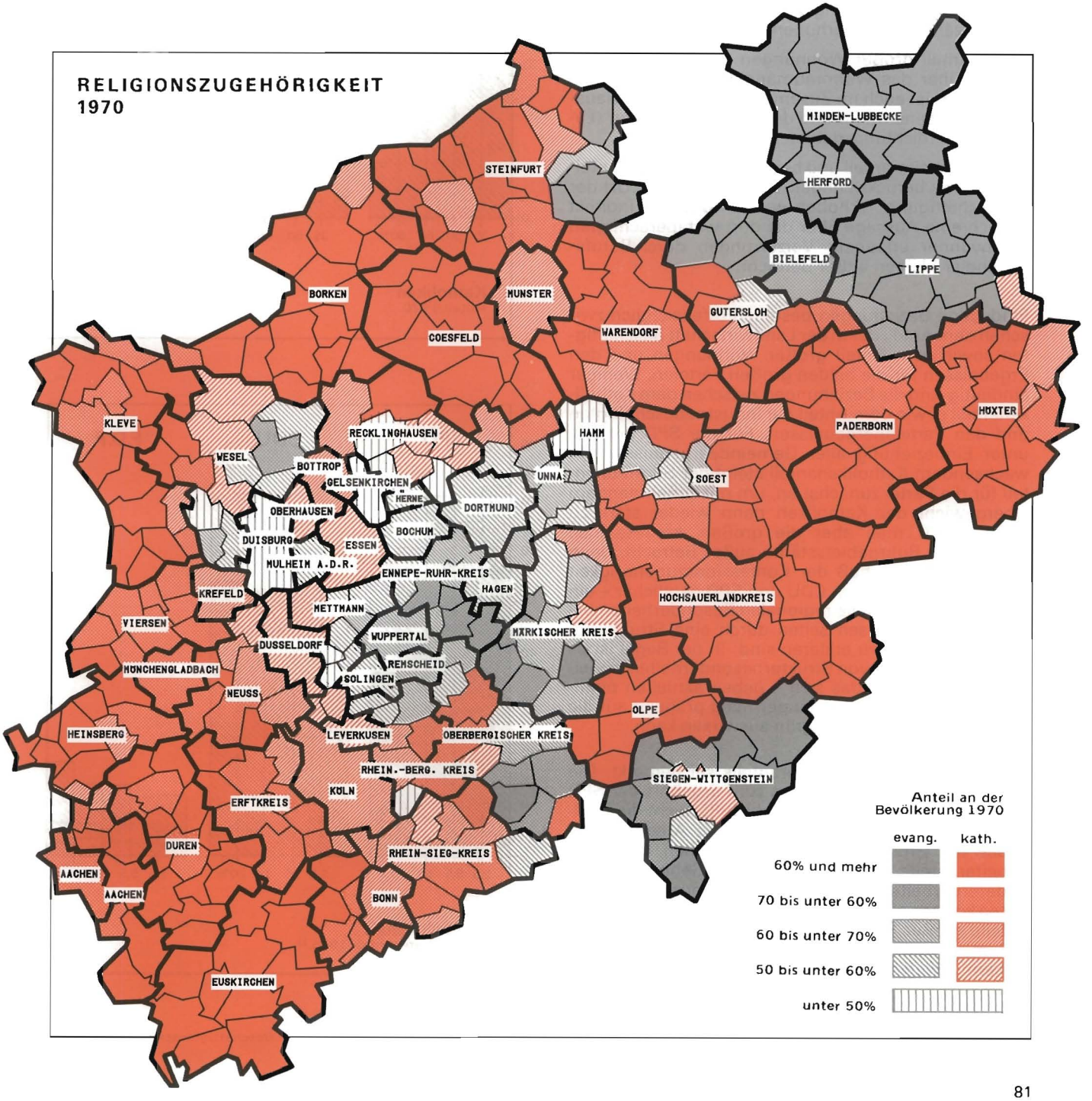
Als Beispiel für den prägenden Einfluß der Bevölkerungsstruktur auf das Wahlgeschehen wird immer wieder die Religionszugehörigkeit genannt. Die unten abgebildeten Karten stellen gemeindeweise die **Stimmenmehrheiten** bei der Landtagswahl 1985 und die mehrheitliche Zugehörigkeit zu einer der beiden **Konfessionen,** wie sie zuletzt bei der Volkszählung 1970 erhoben wurde, einander gegenüber.

Die gleichartigen Grenzverläufe zwischen gegensätzlichen Mehrheitsverhältnissen in Ost-Westfalen/Lippe, im Siegerland und in weiteren, vor allem ländlichen Gebieten belegen augenscheinlich die These von einer noch heute wirksamen Bedeutung der Religionszugehörigkeit für die Wahlentscheidung. Es gibt aber auch Gebiete, in denen diese Bedeutung (nur noch) gering ist:



und Religionszugehörigkeit?

Im Ruhrgebiet (mit vergleichsweise geringer Dominanz einer der beiden Kirchen) und am westlichen Rand des rheinischen Verdichtungsgebiets (mit starkem Überwiegen der katholischen Bevölkerung) konnte die SPD 1985 deutliche Mehrheiten erzielen – ein Befund, der weniger durch mögliche Verschiebungen der Religionszugehörigkeiten zu erklären ist, sondern eher durch andere Einflüsse, zum Beispiel die Erwerbsstruktur, die gewerkschaftlichen Bindungen, die Stadt-/Land-Unterschiede. Zu beachten ist ferner, daß es gleichzeitig mehrere Faktoren sind, die die Wahlentscheidung in bestimmten Regionen beeinflussen können – wie auch der einzelne Wähler, soweit er sich nicht traditionell gebunden fühlt, meist mehr als nur einen Bestimmungsgrund für seine Wahlentscheidung hat.



Prägung des Wahlausgangs durch soziale und wirtschaftliche Strukturunterschiede

82 83 Für eine Reihe von Strukturmerkmalen, denen man gemeinhin eine Bedeutung für regional abweichende Wahlentscheidungen beimißt, wird ihr möglicher Einfluß auf Parteienergebnisse zur Landtagswahl 1985 gezeigt.

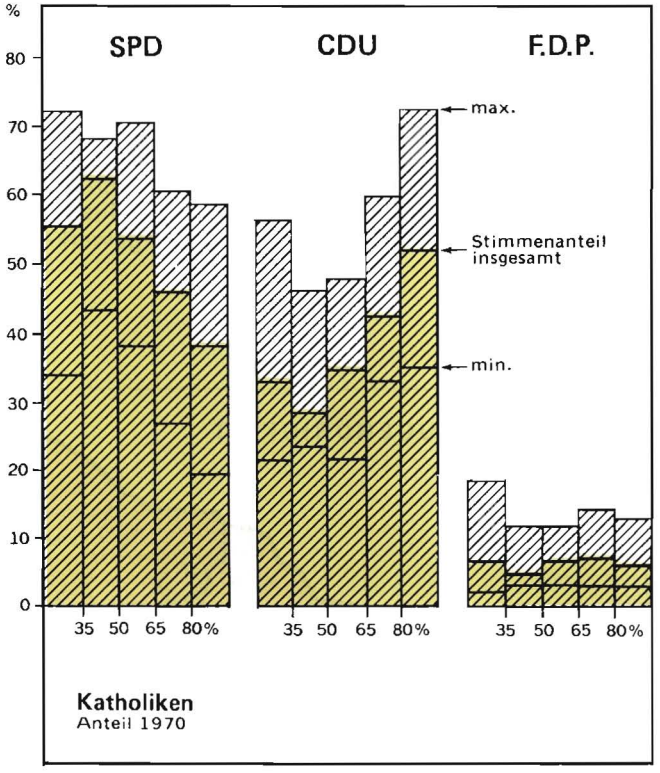
Die Strukturmerkmale waren unter der Bedingung auszuwählen, daß sie mit möglichst geeigneten Zahlenangaben aus der amtlichen Statistik darstellbar sein mußten. Hieraus ergeben sich einige Einschränkungen ihrer Aussagekraft:

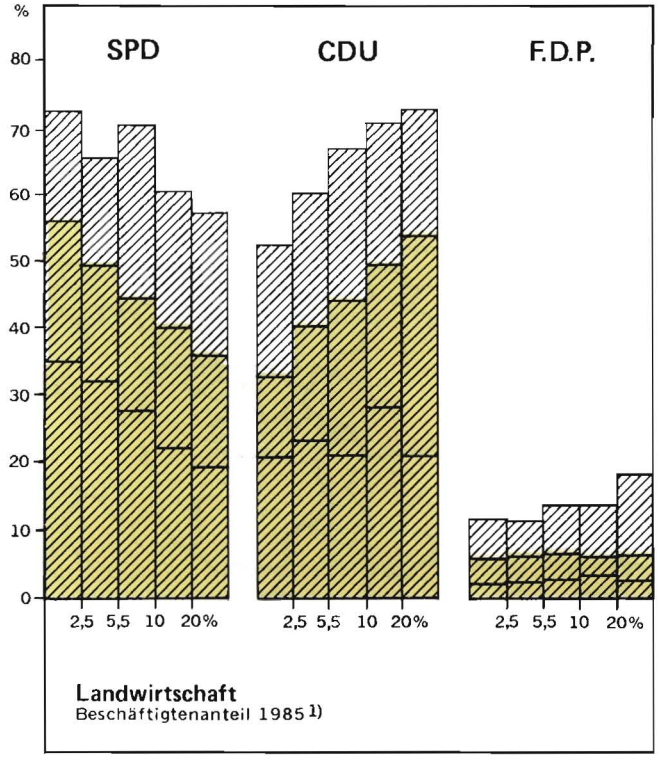
- die Religionzugehörigkeit wurde zuletzt bei der Volkszählung 1970 erhoben;
- der Anteil großer Wohnungen erlaubt keine Aussage über das Wohnraumangebot allein, der Anteilswert ist auch im Zusammenhang mit der Haushaltsgrößenstruktur und der Siedlungsstruktur (Lage zu Verdichtungsgebieten) zu sehen;
- beim Arbeiteranteil und bei den Beschäftigtenanteilen ist zu berücksichtigen, daß sie für den „Ort der Beschäftigung" erhoben wurden und nur indirekt auch eine Aussage über die dort wahlberechtigten Bewohner erlauben; Verzerrungen durch Berufspendler bleiben außer Betracht.

Eindeutige Beziehungen bestehen offensichtlich zwischen dem Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten sowie dem Anteil großer Wohnungen und den Ergebnissen für die beiden großen Parteien. Weniger eindeutig sind die Beziehungen zwischen dem Katholikenanteil sowie dem Anteil der Industriebeschäftigten und den Parteienergebnissen. Für die SPD gilt z.B. unter Einbeziehung aller Gemeindeergebnisse: Mit wachsendem Katholikenanteil steigt der Stimmenanteil für die Partei zunächst an, um mit zunehmendem Übergewicht der Katholiken dann wieder stark zu sinken. Läßt man aber die großen, konfessionell gemischten Ruhrgebietsstädte außer Betracht, dann zeigt sich der Einfluß der Konfessionszugehörigkeit auf die Ergebnisse von CDU und SPD deutlicher – ein Beispiel dafür, daß die regionalen Besonderheiten bei den Wahlergebnissen selten durch eine Strukturbesonderheit allein zu erklären sind: In der Regel ist es ein ganzes Bündel von Strukturbesonderheiten in vielfältiger Mischung, das sich – neben aktuellen politischen Einschätzungen – längerfristig prägend auf die Wahlergebnisse einer Region auswirken kann.

Zur Bedeutung des Arbeiteranteils sei bemerkt: Die festzustellenden Beziehungen zum Ergebnis der SPD spiegeln, zumindest für die Wahl 1985, nicht die landläufige Vorstellung von der SPD als Arbeiterpartei wider. Der Grund ist u.a. darin zu suchen, daß hohe Arbeiteranteile in eher ländlichen Gebieten einen anderen Arbeitertyp (in kleineren Betrieben) repräsentieren können als die eher durchschnittlichen Arbeiteranteile großer Städte in industriellen Ballungsgebieten mit ihren Großbetrieben und mit gleichzeitig hohem gewerkschaftlichem Organisationsgrad.

Stimmenanteile 1985 in Gemeinden



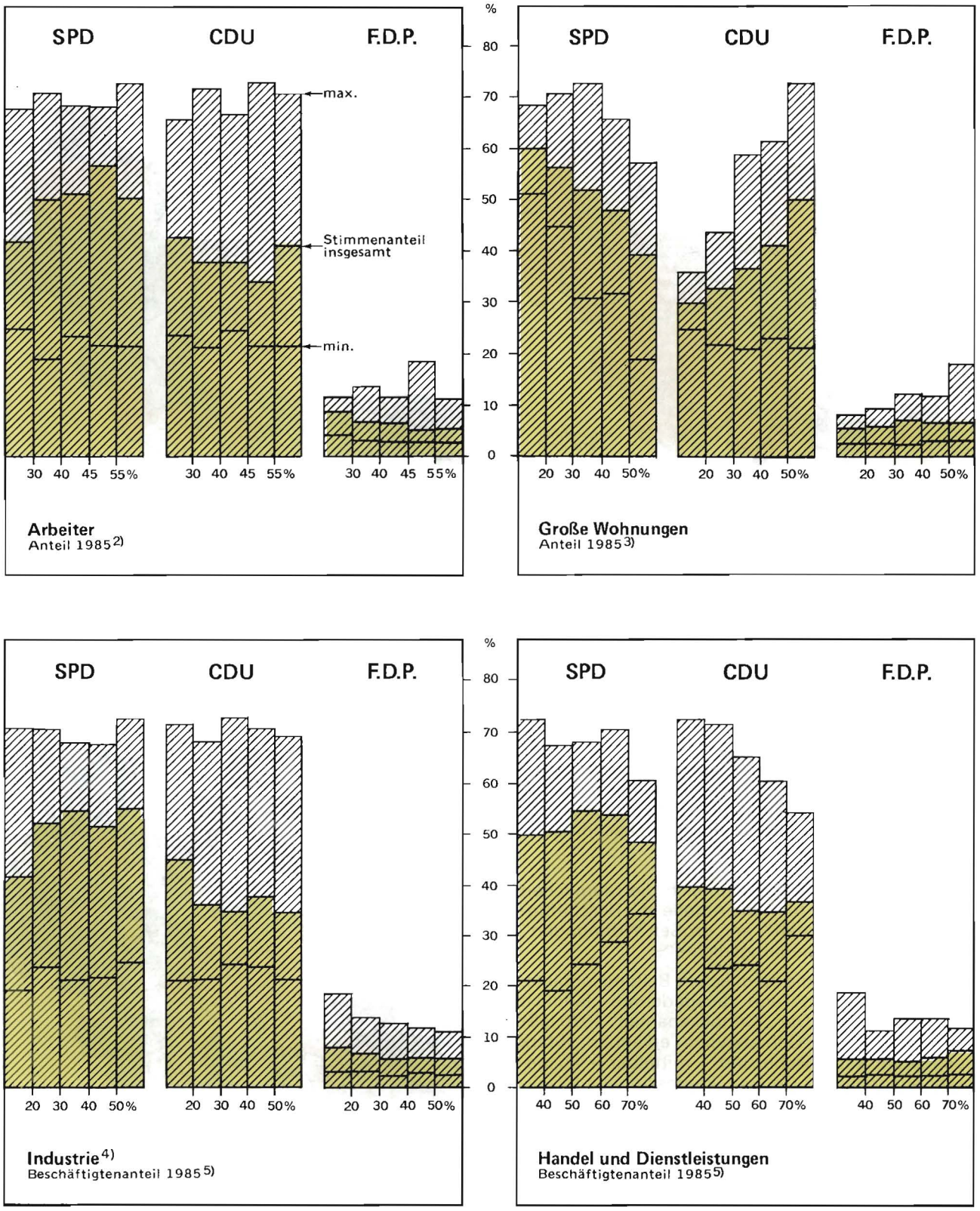


1) am Ort der Beschäftigung, gem. Beschäftigtenschätzung des LDS

Tab.→S.140

Stimmenanteile in Gemeinden mit unterschiedlicher Struktur, Landtagswahl 1985

Stimmenanteile 1985 in Gemeinden

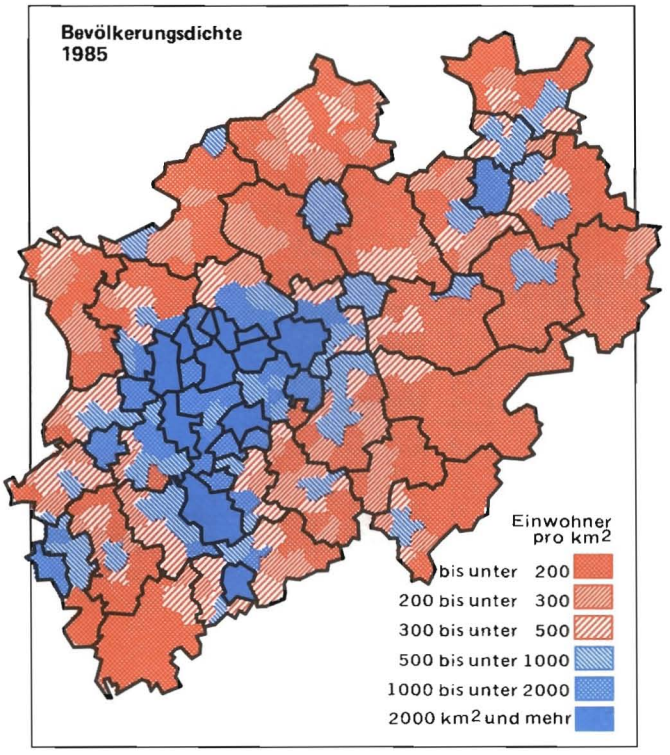


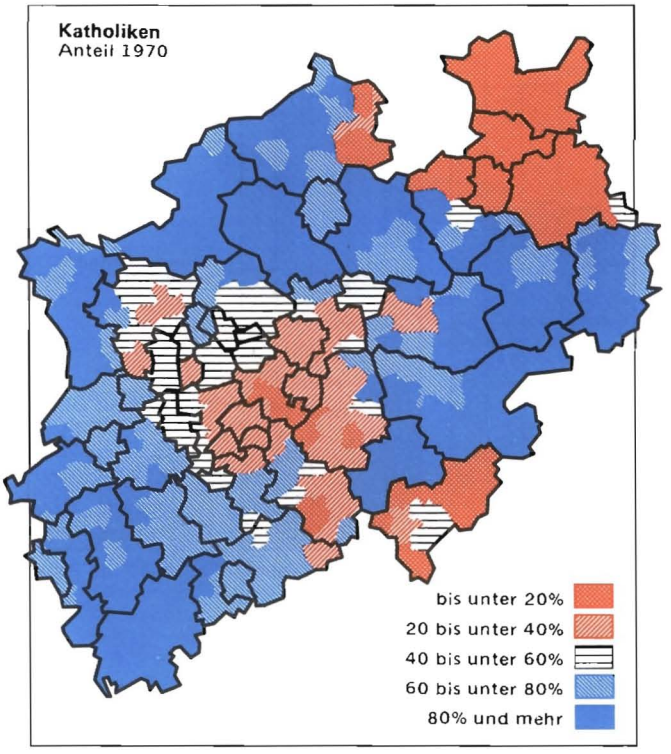
2) am Ort der Beschäftigung, gem. Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten gem. Schätzung des LDS

3) mit 5 und mehr Räumen, einschl. Küchen
4) Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, ohne Baugewerbe
5) am Ort der Beschäftigung,gem.Beschäftigtenschätzung des LDS

Tab.→S.140

Kartendarstellung der Strukturmerkmale
Grenzdarstellung:

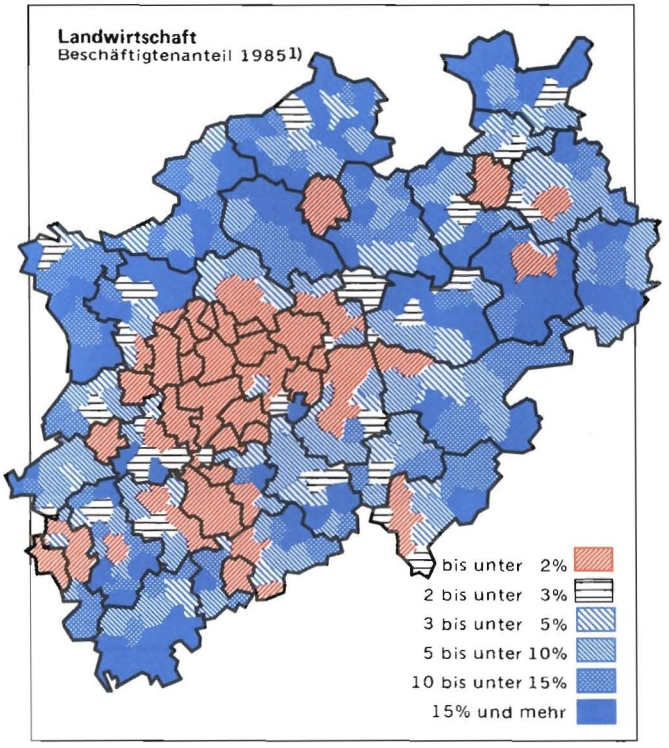




Die ausgewählten Strukturmerkmale (und zusätzlich die Bevölkerungsdichte) werden hier in ihrer räumlichen Verteilung dargestellt. Blaue Flächen kennzeichnen Gemeinden, bei denen das jeweilige Merkmal **über**durchschnittlich stark ausgeprägt ist, rote Flächen kennzeichnen **unter**durchschnittliche Ausprägungen des Merkmals.

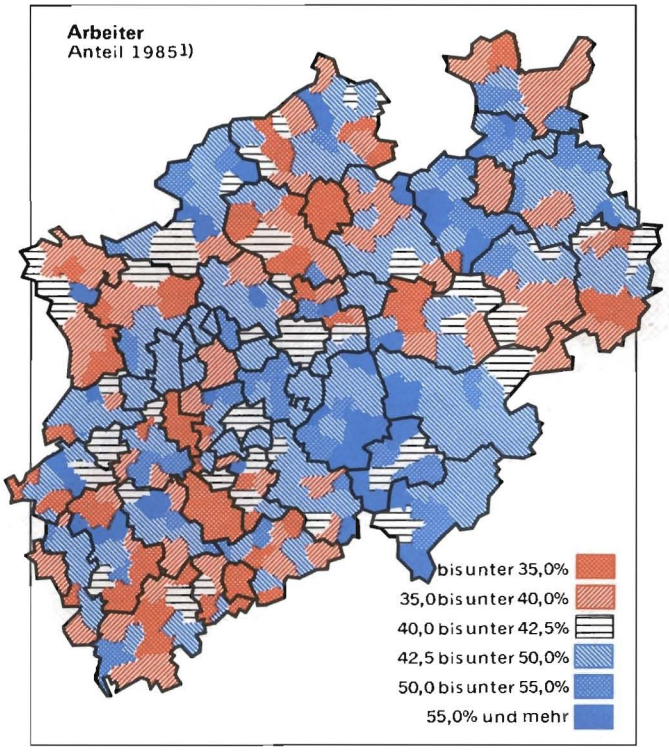
Wie zu erwarten war, ähneln sich die räumlichen Verteilungsmuster für hohe Anteile an „Beschäftigten der Landwirtschaft", an „großen Wohnungen" und für geringe „Siedlungsdichte":

Zu erkennen sind die städtischen Ballungsgebiete, Ballungsrandzonen und ausgedehnte ländlich geprägte Gebiete. Der „Katholikenanteil" 1970 läßt vier großflächige Gebietstypen erkennen: Stark ausgeprägt katholische und – mittelbar – ausgeprägt evangelische Gebiete, konfessionelle Mischgebiete an Rhein und Ruhr sowie Gebiete mit unterschiedlichem Katholikenanteil. Der Anteil der Industriebeschäftigten und der Arbeiteranteil stellen sich hingegen in den Karten als Flickenteppiche dar, die keineswegs das Ruhrgebiet als eine durch Industrie und Arbeiter geprägte Region hervorheben. In einigen Großstädten des Ruhrgebiets ist sogar ein überdurchschnittlicher Beschäftigtenanteil im Handel- und Dienstleistungsbereich festzustellen.

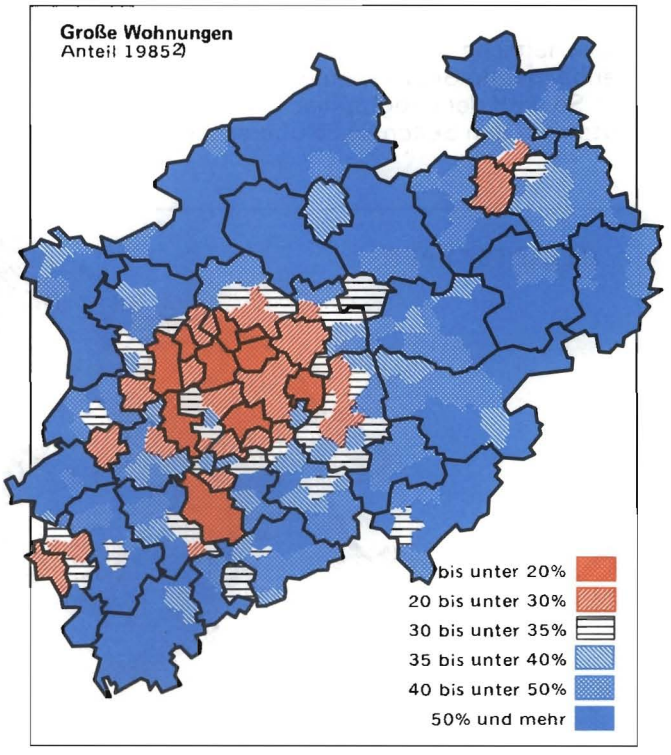


1) am Ort der Beschäftigung, gem. Beschäftigtenschatzung des LDS

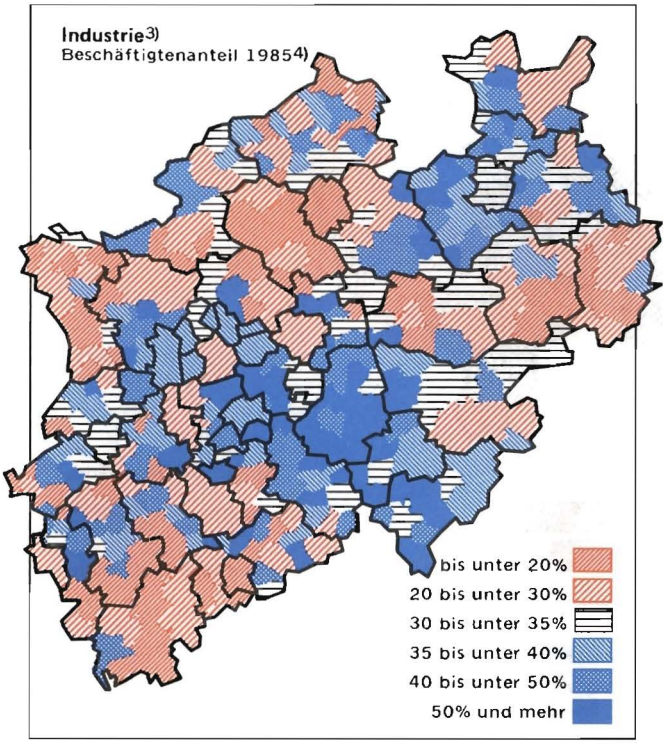
nach Gemeinden
Bundestagswahlkreise (Stand: 25. 1. 1987)
Gemeinden (Stand: 1. 7. 1976, Grenzen nicht eingezeichnet)



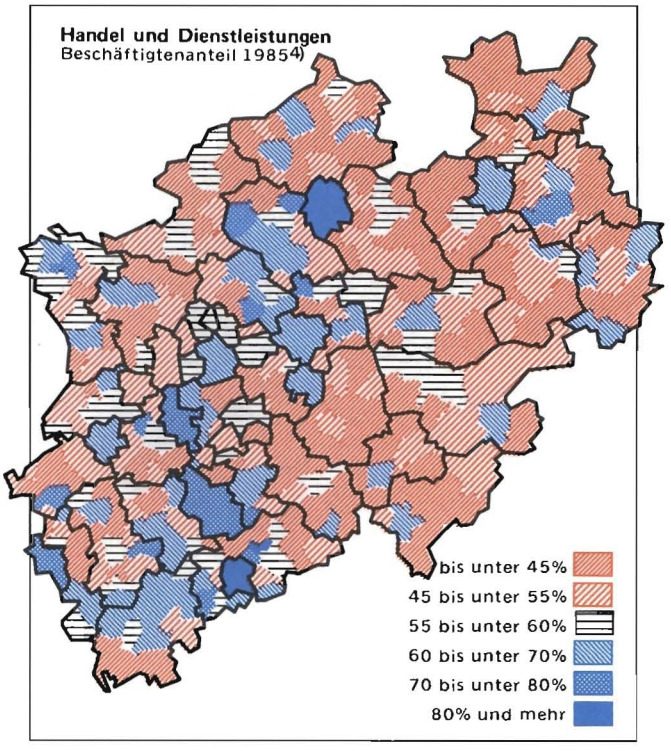
1) am Ort der Beschäftigung gemäß Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten (gemäß Schätzung des LDS)



2) Wohnungen mit 5 und mehr Räumen, einschl. Kuchen



3) Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, ohne Baugewerbe

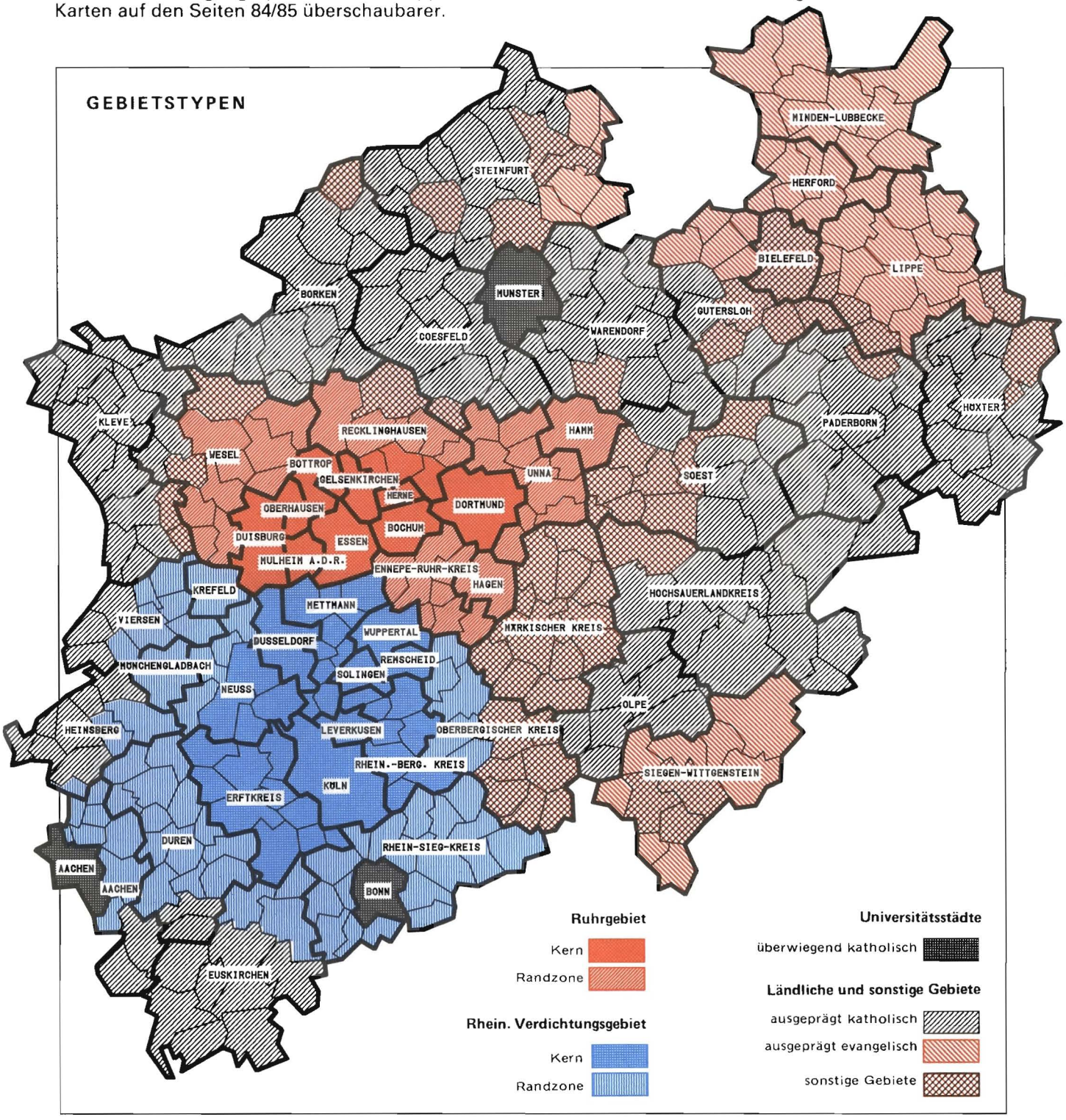


4) am Ort der Beschäftigung, gem. Beschäftigtenschätzung des LDS

4.3 Gebietstypen als politische Landschaften

Die Vielfalt der sich überlagernden Merkmale einzelner Gemeinden läßt sich grob bündeln; die Bündelung dient dann der Beschreibung von bestimmten „Typen". Ähnliche Gemeindetypen werden zu Wahllandschaften zusammengefaßt, wobei die landschaftliche Geschlossenheit (räumlich zusammenhängende Gebiete) möglichst gewahrt bleiben soll. So wird der geographische Flickenteppich der Karten auf den Seiten 84/85 überschaubarer.

Zur Unterscheidung der Gebietstypen dienen u.a. die Begriffspaare ländlich/städtisch, Industrie/Handel und Dienstleistungen, evangelisch/katholisch. Die Gebietstypisierung soll letztlich einer möglichst trennscharfen regionalen Unterscheidung von Wahlergebnissen dienen, in Zweifelsfällen werden daher auch die Wahlergebnisse herangezogen, um eine Gemeinde zweckmäßig zuordnen zu können.



Stimmenanteile und Strukturmerkmale

In den folgenden Darstellungen sind die Gebietstypen zweistufig (A/B) geordnet:

	Wahlberechtigte
A) Flächendeckend für das ganze Land	100 %
1 Ruhrgebiet insgesamt	31,7%
2 Rheinisches Verdichtungsgebiet	33,9%
3 Ländliche und sonstige Gebiete	30,1%
4 Alte Universitätsstädte (hier nur Aachen, Bonn, Münster)	4,3 %
B) Engere Abgrenzung einiger Teilgebiete	
1a Ruhrgebiet, Kern	21,3 %
2a Rheinisches Verdichtungsgebiet, Kern	21,6 %
Ländliche Gebiete:	
3a ausgeprägt evangelische Gebiete	6,4 %
3b ausgeprägt katholische Gebiete	12,8 %

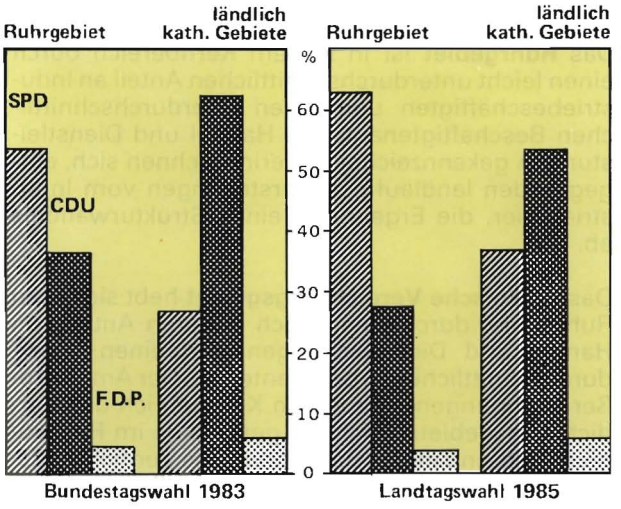
(In einer Darstellung werden zur schärferen Unterscheidung auch die Ergebnisse des Gebietstyps „Ruhrgebiet, Emscherzone" wiedergegeben).

Zur Einführung zunächst ein Überblick über Art und Maß der typischen Unterschiede am Beispiel der beiden Gebietstypen 1 und 3b: **Ruhrgebiet** und **ländlich-katholische** Gebiete unterscheiden sich
87.1 hinsichtlich der Stimmenanteile für die beiden großen Parteien auffallend, für beide Parteien um jeweils rd. 25 Prozentpunkte. Vergleicht man die insgesamt sehr unterschiedlichen Wahlergebnisse von 1983 und 1985, so erscheint es unerheblich, ob nun landesweit die CDU besonders günstig abschneidet oder die SPD: Die gebietstypischen
87.2 Abweichungen vom jeweiligen Landesergebnis bleiben auffallend stabil.

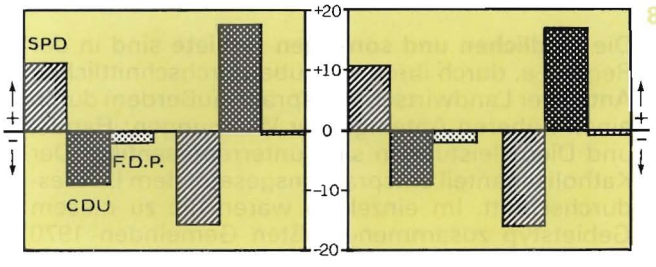
87.3 Das „Strukturprofil" der beiden Gebietstypen zeigt die Abweichungen der gebietsspezifischen Strukturmerkmale von den entsprechenden Landeswerten. Die Charakteristika der beiden Gebietstypen sind aus den Profilbalken für überdurchschnittliche Werte rechts und für unterdurchschnittliche Werte links der Nullinie abzulesen. Der überdurchschnittliche Arbeiteranteil in den ländlich-katholischen Gebieten mag überraschen; dies ist ein weiterer Hinweis für den eingeschränkten Aussagewert des statistisch faßbaren „Arbeiter"- Begriffs im Zusammenhang mit Wahlanalysen.

Auf den folgenden Seiten werden alle 8 ausgewählten Gebietstypen durch Strukturprofile charakterisiert, um vor diesem Hintergrund sodann ihre „typischen" Wahlergebnisse vorstellen zu können.

STIMMENANTEILE

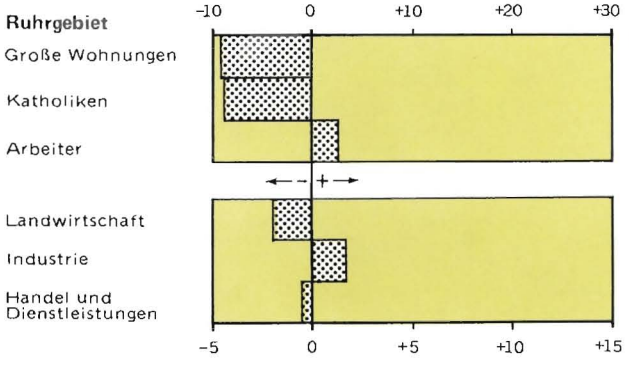


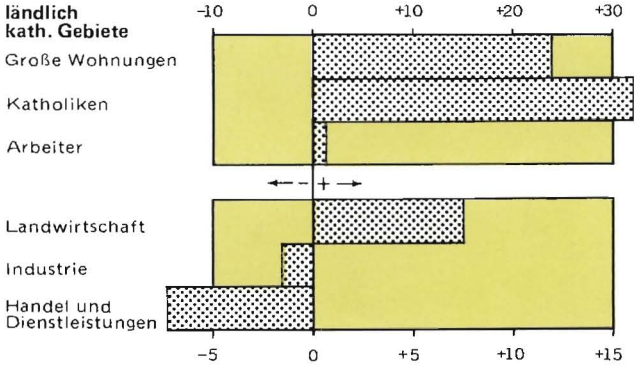
Abweichungen vom Landesergebnis in Prozentpunkten



STRUKTURPROFIL

Abweichungen vom Landesergebnis in Prozentpunkten





Tab. → S.141

Strukturprofile der Gebietstypen

Das **Ruhrgebiet** ist in seinem **Kern**bereich durch einen leicht unterdurchschnittlichen Anteil an Industriebeschäftigten und einen überdurchschnittlichen Beschäftigtenanteil in Handel und Dienstleistungen gekennzeichnet. Hierin zeichnen sich, entgegen den landläufigen Vorstellungen vom Industrierevier, die Ergebnisse eines Strukturwandels ab.

Das **Rheinische Verdichtungsgebiet** hebt sich vom Ruhrgebiet durch einen noch höheren Anteil von Handel und Dienstleistungen und einen unterdurchschnittlichen Arbeiteranteil ab. Der Anteil großer Wohnungen ist auch im Kernbereich des Verdichtungsgebiets nicht so gering wie im Ruhrgebiet. Während in den Randzonen des Verdichtungsgebiets 1970 ein überdurchschnittlicher Anteil Katholiken wohnte, entsprach der Katholikenanteil im Kernbereich etwa dem Landesdurchschnitt.

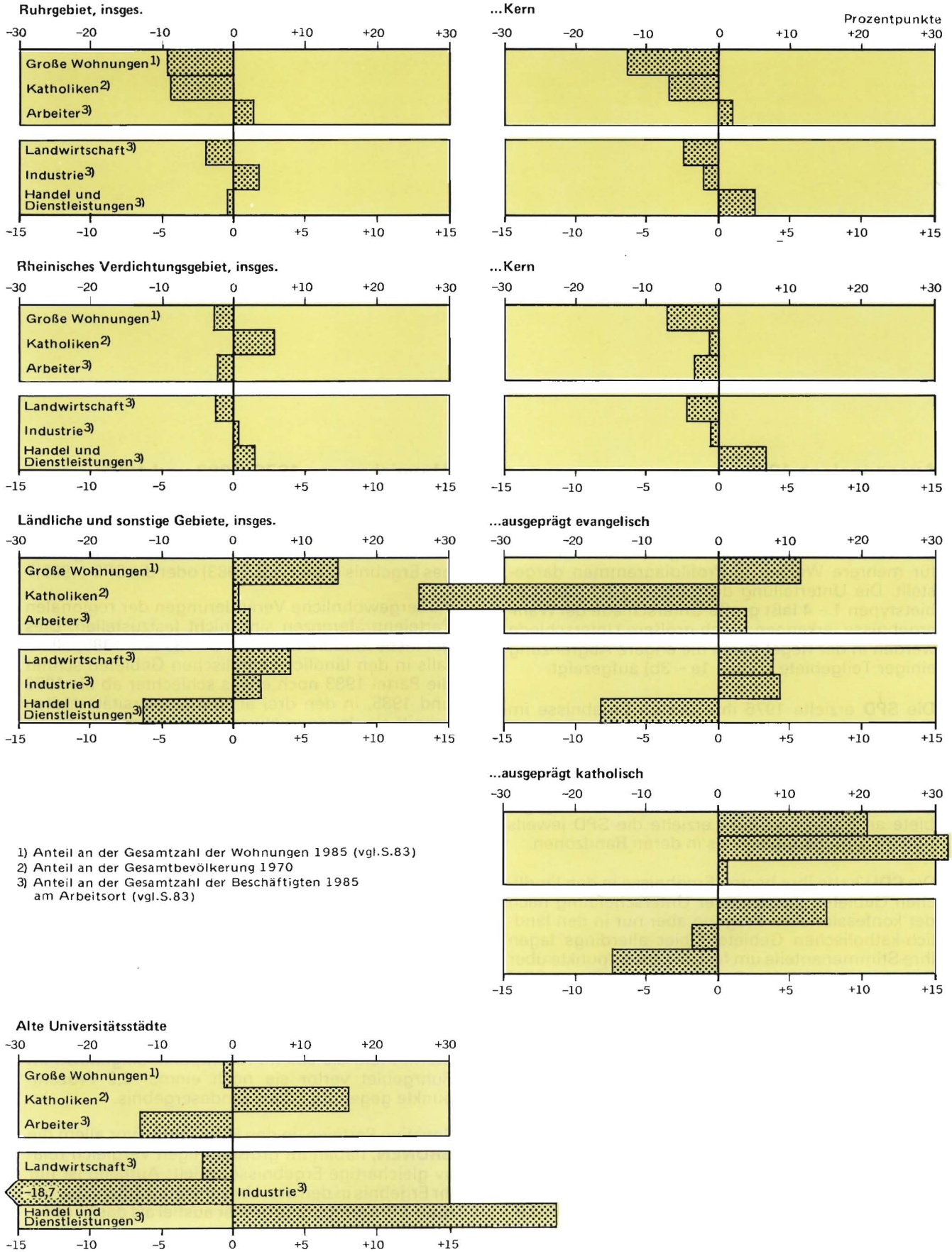
Die **ländlichen und sonstigen Gebiete** sind in der Regel u.a. durch ihren weit überdurchschnittlichen Anteil der Landwirtschaft geprägt, außerdem durch einen höheren Anteil großer Wohnungen; Handel und Dienstleistungen sind unterrepräsentiert. Der Katholikenanteil entsprach insgesamt dem Landesdurchschnitt. Im einzelnen waren die zu diesem Gebietstyp zusammengefaßten Gemeinden 1970 jedoch sehr unterschiedlich in ihrer konfessionellen Ausprägung. Unterscheidet man zwischen den ausgeprägt evangelischen und ausgeprägt katholischen Gebieten, so zeichnen sich auch in den anderen Merkmalen durchaus voneinander abweichende Wesenszüge ab:

Die **ländlich-katholischen** Gebiete sind gleichzeitig stärker durch die Landwirtschaft und durch ein großzügigeres Wohnungsangebot gekennzeichnet.

In den **ländlich-evangelischen** Gebieten findet man – soweit mit den hier benutzten statistischen Zahlen nachweisbar – die höchsten Industrie- und Arbeiteranteile. Hier sind also neben der konfessionellen und ländlichen Prägung andere Momente gegeben, die einen Einfluß auf das unterschiedliche Wahlverhalten gegenüber den katholischen Gebieten haben können.

Einen Gebietstyp ganz besonderer Prägung bilden die hier zusammengefaßten drei älteren **Universitätsstädte** (Aachen, Bonn, Münster), in deren Beschäftigungsstruktur Handel und Dienstleistungen ein starkes Übergewicht über andere Wirtschaftsbereiche haben; demgegenüber liegen ihre Industrie- und Arbeiteranteile weit unter dem Landesdurchschnitt. Auffällig im Vergleich mit anderen städtischen Verdichtungsgebieten ist auch der Anteil an großen Wohnungen, der fast dem Landesdurchschnitt entspricht.

Abweichung der Strukturmerkmalswerte in den Gebietstypen vom jeweiligen Landeswert



1) Anteil an der Gesamtzahl der Wohnungen 1985 (vgl.S.83)
2) Anteil an der Gesamtbevölkerung 1970
3) Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten 1985 am Arbeitsort (vgl.S.83)

Tab.→S.141

4.3 Wahlergebnisse nach Gebietstypen

Ausgangslage 1976

91.1 Zu den 8 Gebietstypen sind die Stimmenanteile je Partei in Säulendiagrammen sowie die Abweichun-
91.2 gen vom jeweiligen Landesergebnis der Parteien für mehrere Wahlen in Profildiagrammen dargestellt. Die Unterteilung des Landes nach den Gebietstypen 1 – 4 läßt große Unterschiede der Wahlergebnisse erkennen; noch größere Unterschiede werden in der Regel durch die engere Abgrenzung einiger Teilgebiete (Typen 1a – 3b) aufgezeigt.

Die **SPD** erzielte 1976 ihre besten Ergebnisse im Ruhrgebiet, in dessen Kernbereich lag sie um 11,8 Prozentpunkte über dem Landesergebnis. In den anderen Gebietstypen mit Ausnahme der ländlich-evangelischen Gebiete lag sie unter dem Landesergebnis. Im Kernbereich der beiden Verdichtungsgebiete an Rhein und Ruhr erzielte die SPD jeweils höhere Stimmenanteile als in deren Randzonen.

Die **CDU** hatte ihre besten Ergebnisse in den ländlichen Gebieten, bei weiterer Unterscheidung nach der konfessionellen Prägung aber nur in den ländlich-katholischen Gebieten; hier allerdings lagen ihre Stimmenanteile um fast 16 Prozentpunkte über dem Landesergebnis. Das Ergebnisprofil der CDU ist ansonsten spiegelbildlich entgegengesetzt zu dem der SPD, mit einer Ausnahme: Das stark überdurchschnittliche Ergebnis der F.D.P. in den drei Universitätsstädten ist im Zusammenhang mit dem hier weniger guten Abschneiden der CDU zu sehen.

Die **F.D.P.** erzielte außerdem in ländlich-evangelischen Gebieten und im rheinischen Verdichtungsgebiet, insbesondere in dessen Kernzone, überdurchschnittliche Stimmenanteile. In den Domänen von CDU und SPD, in ländlich-katholischen Gebieten bzw. im Ruhrgebiet (Kern) schnitt die F.D.P. dagegen vergleichsweise schlecht ab.

Abweichungen 1976, 1983 und 1985

Wie haben sich die regionalen Ergebnisabweichungen nach 1976 entwickelt? Wie fallen die Unterschiede aus, wenn die CDU landesweit ein günstiges Ergebnis erzielt (z.B. 1983) oder die SPD (1985)?

Außergewöhnliche Veränderungen der regionalen Parteienpräferenzen sind nicht festzustellen. Dies gilt insbesondere für die **SPD** 1983 und 1985; allenfalls in den ländlich-katholischen Gebieten schnitt die Partei 1983 noch etwas schlechter ab als 1976 und 1985, in den drei älteren Universitätsstädten schnitt sie dagegen etwas weniger schlecht ab als 1976 und 1985.

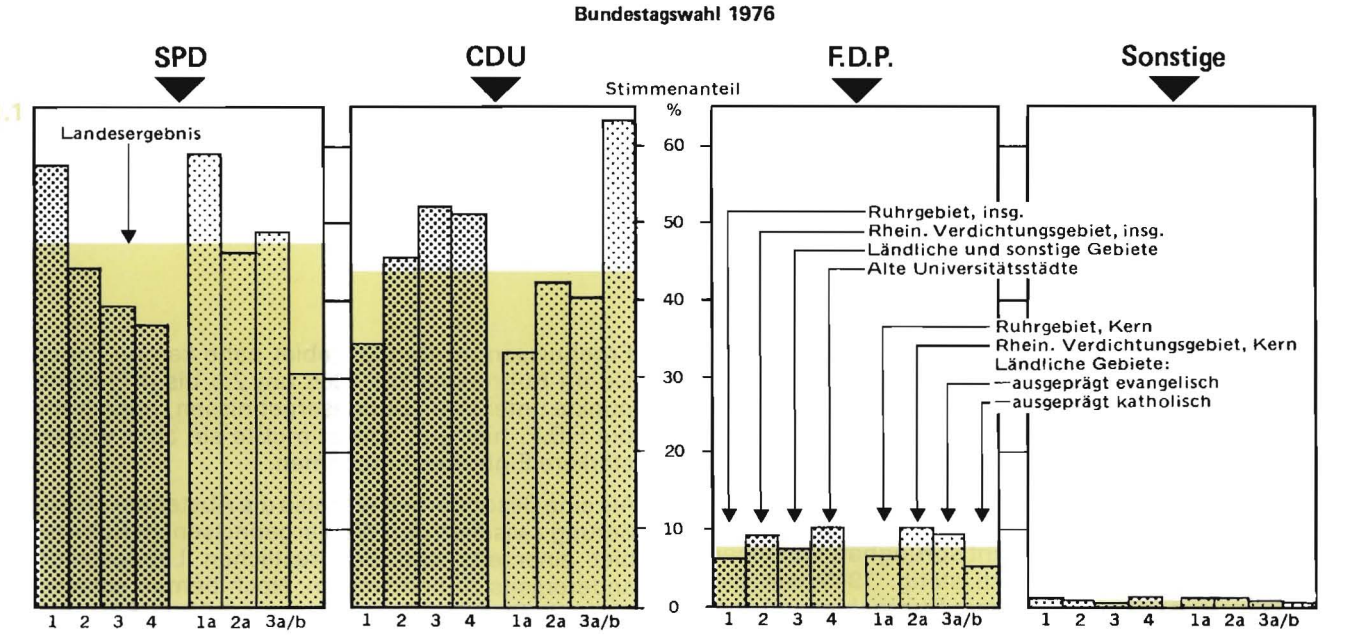
Auch für die **CDU** sind die regionalen Unterschiede ihrer Stimmenanteile auffällig konstant geblieben. Nur in den drei Universitätsstädten hat sich 1983 ihr Vorsprung von ehemals 5,8 Prozentpunkten gegenüber dem Landesergebnis halbiert (+2,8), 1985 hat die Partei hier jedoch wieder aufgeholt (+4,8).

Stellt man bei der **F.D.P.** ihren landesweit vergleichsweise niedrigen Prozentanteil in Rechnung, so bedeuten die Veränderungen der regionalen Abweichungen für diese Partei viel: Sie hat 1983 ihre zuvor schlechte Position in den ländlich-katholischen Gebieten (−2,6 Prozentpunkte) kräftig verbessern können. Dafür hat sie aber von ihrer guten Position (+2,4) im rheinischen Verdichtungsgebiet (Kern) mehr als einen Prozentpunkt eingebüßt; im Ruhrgebiet verlor sie noch einmal 0,5 Prozentpunkte gegenüber dem Landesergebnis.

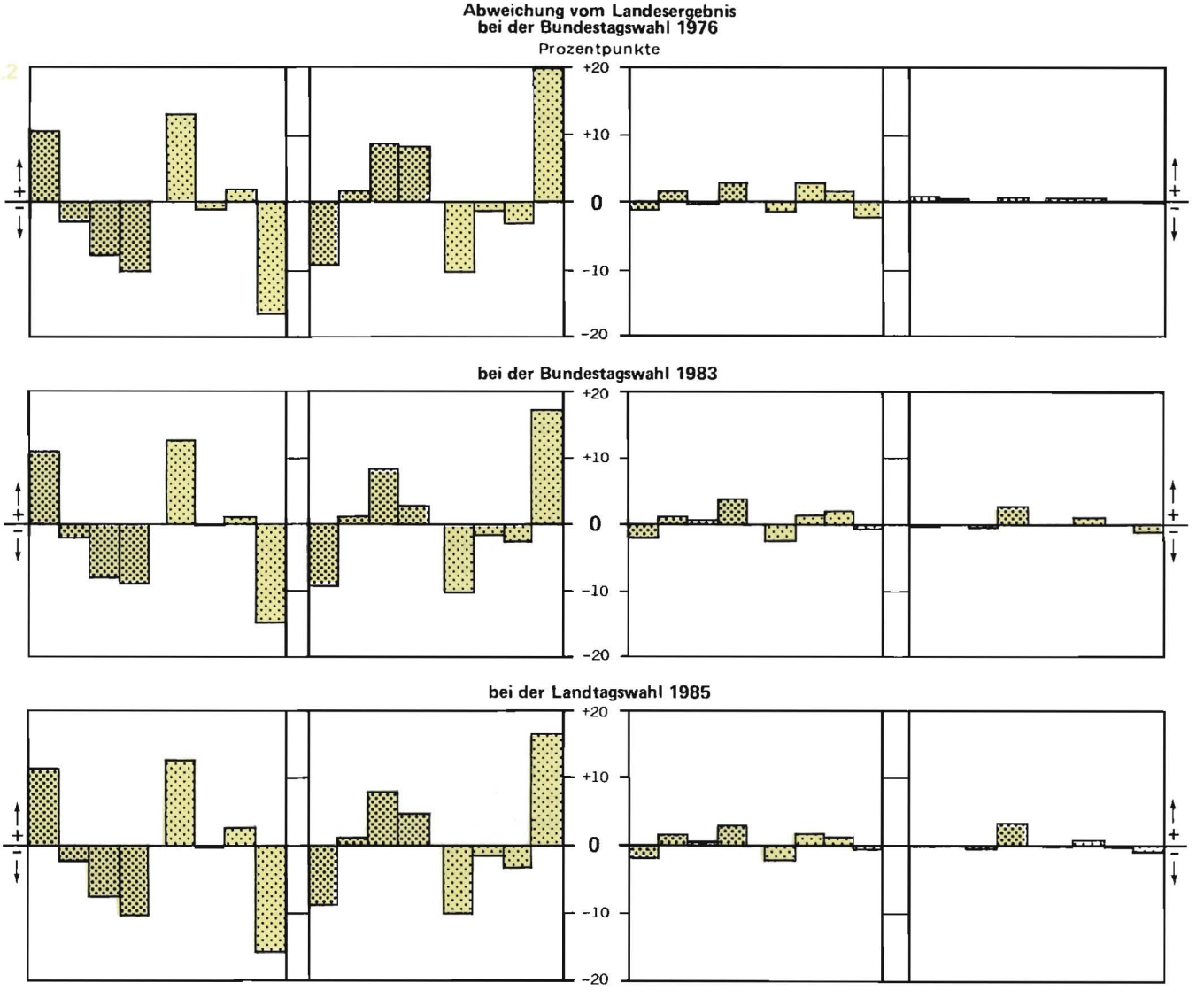
Sonstige Parteien, in den 80er Jahren vor allem die **GRÜNEN,** haben im großräumigen Vergleich relativ gleichartige Ergebnisse erzielt: Auffällig ist nur ihr Ergebnis in den drei Universitätsstädten, das um rund 3 Prozentpunkte besser ausfiel als das Landesergebnis.

Stimmenanteile nach Gebietstypen und Abweichungen von den Landesergebnissen

91.1



91.2



Tab. → S.141

4.3 Entwicklung der Wahlergebnisse, Ruhrgebiet und übriges Nordrhein-Westfalen

Anhand einer groben Unterteilung der regionalen Wahlergebnisse nach den Gebietsgruppen Ruhrgebiet und „restliches NRW" soll der Frage nachgegangen werden, ob die regionalen Unterschiede der Stimmenergebnisse schon immer so ausgeprägt waren. Wie haben sie sich seit Bestehen der Bundesrepublik entwickelt?

Stimmenanteile

93.1 Die SPD-Ergebnisse lagen im Ruhrgebiet von Anfang an über den Landesergebnissen, die der CDU und F.D.P. lagen darunter. Bei keiner Wahl war es anders, es sind auch keine auffälligen „Ausrutscher" im besonderen Wahlverhalten der hier unterschiedenen Wahlregionen zu erkennen.

Der Abstand zwischen den beiden Wahlregionen änderte sich im übrigen nicht sprunghaft von einer Wahl zur anderen, sondern stetig. 1949 war die Ergebnisspanne zwischen dem Ruhrgebiet und den übrigen Landesteilen für SPD und CDU noch etwa gleich groß (rd. 9 Prozentpunkte), danach wuchs sie für die SPD ziemlich schnell auf rd. 15 Prozentpunkte an, für die CDU zunächst langsamer, auf Werte zwischen 13 und 14 Prozentpunkten.

Die F.D.P. erzielte, wie die CDU, im Ruhrgebiet stets unterdurchschnittliche Ergebnisse. Während ihre Stimmenanteile in den übrigen Landesteilen den Ergebnissen im Bundesgebiet nahe kamen, lagen sie im Ruhrgebiet bis 1965 um 2,5 bis 4 Prozentpunkte unter ihren Bundesergebnissen; dann holte die F.D.P. hier auf, zuletzt mußte sie aber wieder stärkere Einbußen hinnehmen.

Als eine Besonderheit war also die Abstandsvergrößerung zwischen den Wahlergebnissen im Ruhrgebiet einerseits und den restlichen Landesteilen andererseits zu beobachten. Noch bemerkenswerter ist jedoch die Beobachtung, daß die SPD ihre Ergebnisse im Ruhrgebiet über einen langen Zeitraum noch beträchtlich verbessern konnte, obwohl sie hier von Anfang an bereits deutlich über dem Durchschnitt gelegen hatte; die Nivellierungserscheinungen, wie sie bei der Betrachtung von „Hochburgen"-Ergebnissen in der Regel festzustellen sind, haben sich für das Ruhrgebiet erst spät und auf einem relativ hohen Niveau eingestellt.

Abweichungen vom Bundesergebnis

93.2 Ähnlich wie bei den Ländervergleichen in Kapitel 2 werden auch die Abweichungen der Resultate in den betrachteten NRW-Regionen von den Bundesergebnissen ermittelt, um die Frage beleuchten zu können, ob die festgestellten Besonderheiten der nordrhein-westfälischen Landesergebnisse vielleicht nur oder vor allem durch die besondere Entwicklung in einer einzelnen Region, dem Ruhrgebiet, verursacht wurden. Welche Bedeutung hatte das Wahlverhalten im Ruhrgebiet für die Entwicklung der Landesergebnisse, insbesondere vor dem Hintergrund der Bundesergebnisse?

Die Abweichungsdiagramme zeigen zunächst noch einmal deutlicher, wie die Unterschiede der Wahlergebnisse zwischen dem Ruhrgebiet und den restlichen Landesteilen gewachsen sind. Man erkennt aber auch, daß die Abweichungen vom Bundesergebnis in der Regel für beide Landesteile annähernd parallel verlaufen.

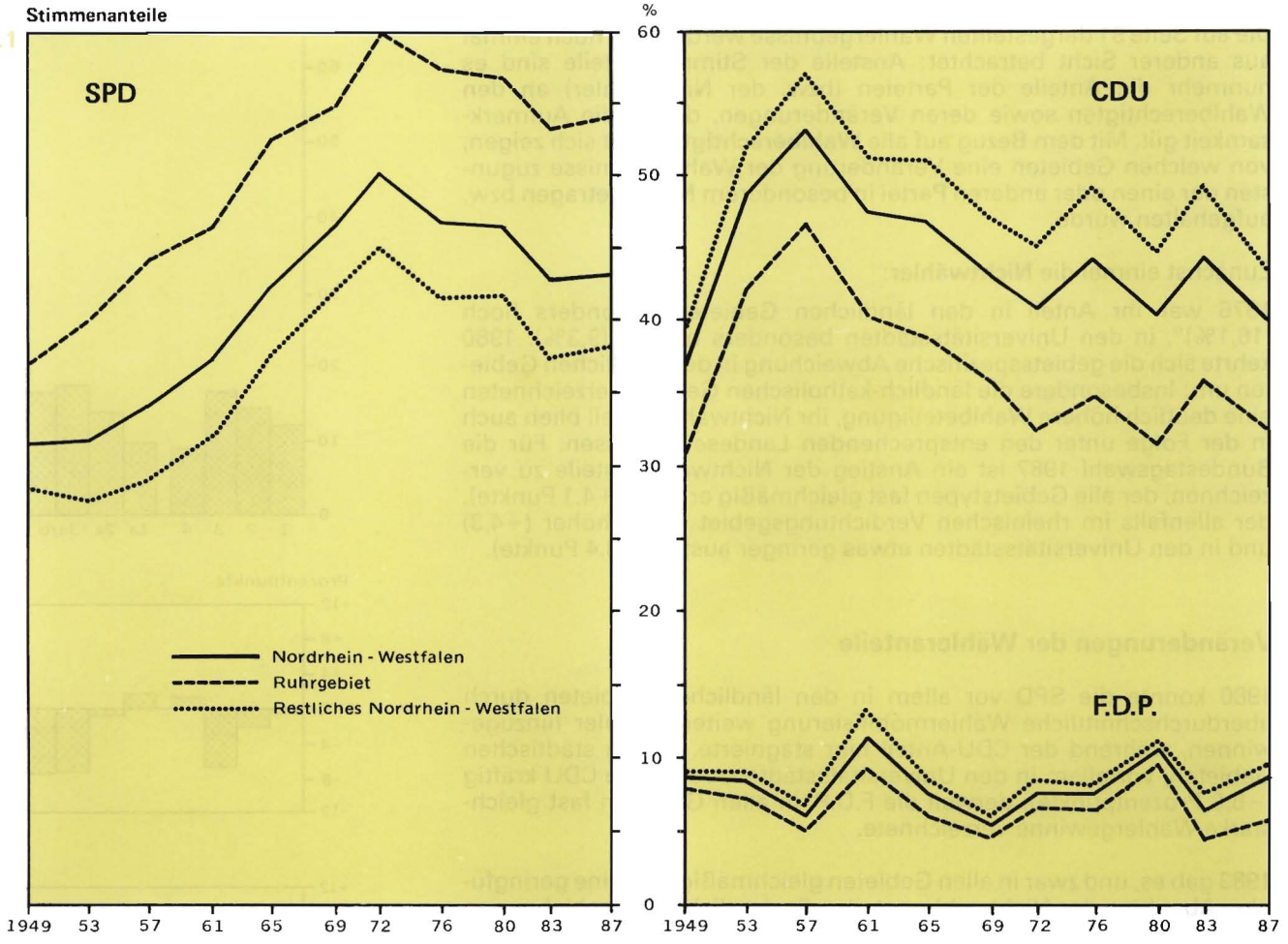
Die SPD konnte ihren Vorteil im Ruhrgebiet seit 1949 um weitere 7 Prozentpunkte ausbauen, in den restlichen Landesteilen lag das SPD- Ergebnis aber, ziemlich gleichbleibend, nahe am Bundesergebnis. Somit ist die in Kapitel 2.2 festgestellte spezielle Entwicklung des Wahlverhaltens in Nordrhein-Westfalen für die SPD sehr stark auf ihre Ergebnisse im bevölkerungsreichen Ruhrgebiet zurückzuführen.

Die CDU, deren Stimmenanteil 1949 im Ruhrgebiet zunächst fast dem Bundesergebnis entsprach, verlor hier gegenüber ihrem Bundesergebnis mehr als 12 Prozentpunkte; in den übrigen Landesteilen sank ihr Vorsprung gleichzeitig von ursprünglich über 8 Prozentpunkten auf nahezu Null (seit 1972). Die festgestellte Entwicklung des speziellen Wahlverhaltens im Lande – verglichen mit dem Bund – wurde bezüglich der CDU-Ergebnisse also von beiden hier unterschiedenen Bereichen des Landes getragen. Von besonderem Gewicht für die Bundesergebnisse der CDU waren allerdings die überdurchschnittlichen Verluste im Ruhrgebiet.

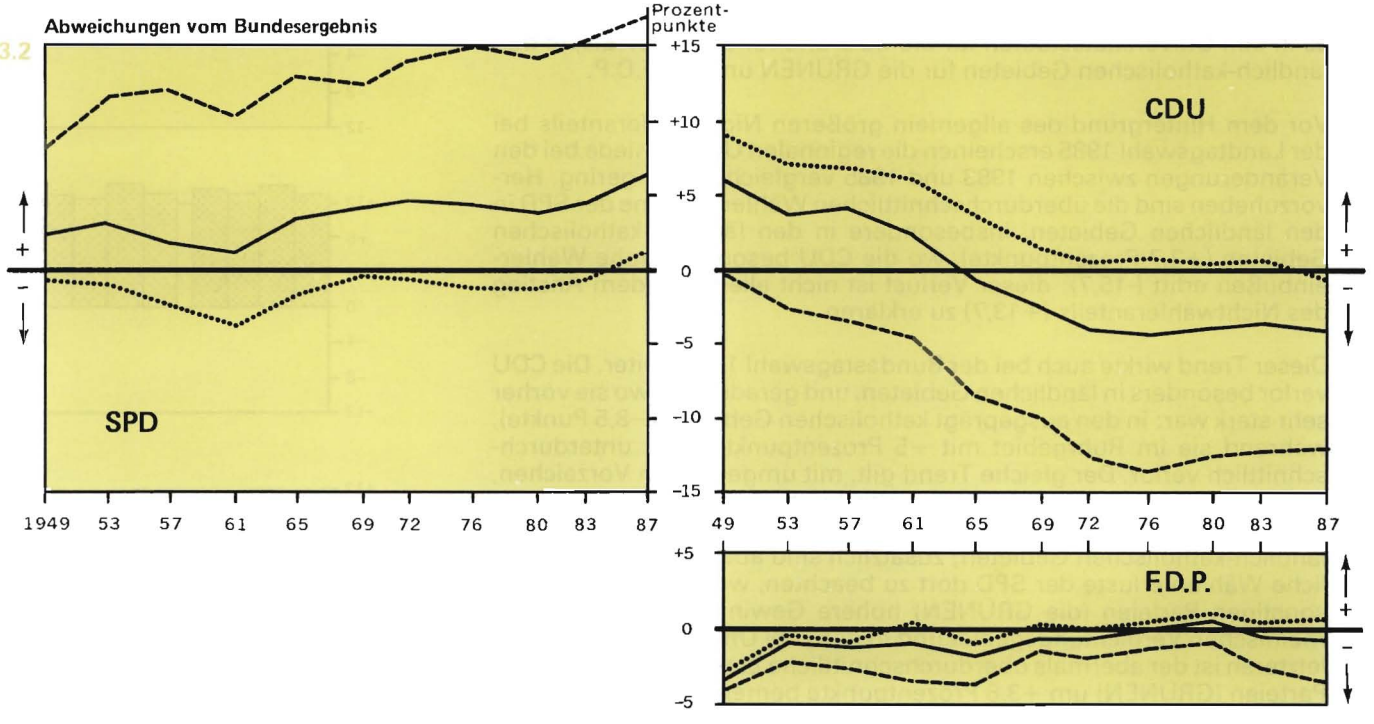
Die F.D.P. hat in Nordrhein-Westfalen gegenüber ihren Bundesergebnissen deutlich aufgeholt und kam seit 1969 landesweit nahe an diese heran; im Ruhrgebiet blieb sie dabei immer unter ihrem Bundesergebnis, in den übrigen Landesteilen lag sie seit den 70er Jahren darüber. Seit der Wende 1982 haben sich ihre Wahlergebnisse in den Regionen wieder mehr voneinander entfernt, was überwiegend auf die starken Verluste im Ruhrgebiet zurückgeführt werden kann; hier nahm sie von 9,5% im Jahre 1980 auf 4,5% im Jahre 1983 ab.

Stimmenanteile bei Bundestagswahlen von 1949 bis 1987, Abweichungen der Ergebnisse für NRW, Ruhrgebiet und übriges NRW vom jeweiligen Bundesergebnis

93.1 Stimmenanteile



93.2 Abweichungen vom Bundesergebnis



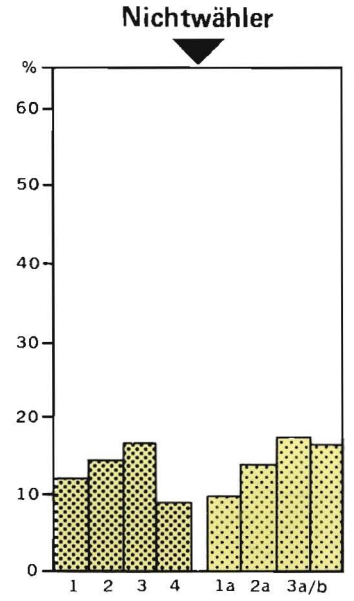
Tab. → S.142

Wähleranteile und deren Veränderung

Die auf Seite 91 dargestellten Wahlergebnisse werden hier noch einmal aus anderer Sicht betrachtet: Anstelle der Stimmenanteile sind es nunmehr die Anteile der Parteien (bzw. der Nichtwähler) an den Wahlberechtigten sowie deren Veränderungen, denen die Aufmerksamkeit gilt. Mit dem Bezug auf alle **Wahlberechtigten** läßt sich zeigen, von welchen Gebieten eine Veränderung der Wahlergebnisse zugunsten der einen oder anderen Partei in besonderem Maße getragen bzw. aufgehalten wurde.

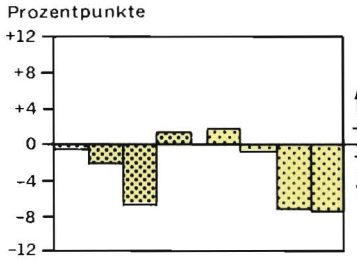
94 Zunächst einmal die **Nichtwähler:**

1976 war ihr Anteil in den ländlichen Gebieten besonders hoch (16,1%)[1], in den Universitätsstädten besonders niedrig (9,3%). 1980 kehrte sich die gebietsspezifische Abweichung in den ländlichen Gebieten um: Insbesondere die ländlich-katholischen Gebiete verzeichneten eine deutlich höhere Wahlbeteiligung, ihr Nichtwähleranteil blieb auch in der Folge unter den entsprechenden Landesergebnissen. Für die Bundestagswahl 1987 ist ein Anstieg der Nichtwähleranteile zu verzeichnen, der alle Gebietstypen fast gleichmäßig erfaßte (+4,1 Punkte), der allenfalls im rheinischen Verdichtungsgebiet etwas höher (+4,3) und in den Universitätsstädten etwas geringer ausfiel (+3,4 Punkte).

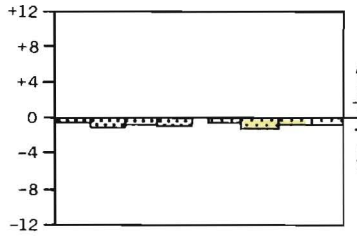


Veränderungen der Wähleranteile

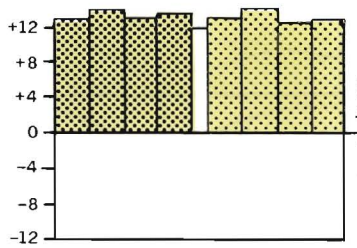
95 1980 konnte die SPD vor allem in den ländlichen Gebieten durch überdurchschnittliche Wählermobilisierung weitere Wähler hinzugewinnen, während der CDU-Anteil hier stagnierte. In den städtischen Gebieten, vor allem in den Universitätsstädten, verlor die CDU kräftig (−5,8 Prozentpunkte), derweil die F.D.P. in allen Gebieten fast gleichstarke Wählergewinne verzeichnete.



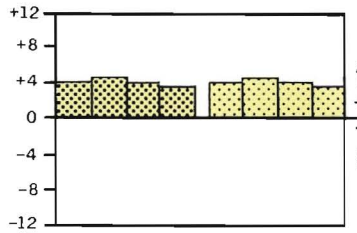
1983 gab es, und zwar in allen Gebieten gleichmäßig, nur eine geringfügige Abnahme des Nichtwähleranteils; die deutlichen Verschiebungen der Wähleranteile zwischen den Parteien lassen aber eine Fluktuation auch zwischen der Gruppe der Nichtwähler einerseits und den Wählergruppen andererseits vermuten. Regionale Sonderentwicklungen gab es in den Universitätsstädten für die CDU und für die GRÜNEN, in den ländlich-katholischen Gebieten für die GRÜNEN und die F.D.P.



Vor dem Hintergrund des allgemein größeren Nichtwähleranteils bei der Landtagswahl 1985 erscheinen die regionalen Unterschiede bei den Veränderungen zwischen 1983 und 1985 vergleichsweise gering. Hervorzuheben sind die überdurchschnittlichen Wählergewinne der SPD in den ländlichen Gebieten, insbesondere in den ländlich-katholischen Gebieten (+3,7 Prozentpunkte), wo die CDU besonders hohe Wählereinbußen erlitt (-15,7); dieser Verlust ist nicht allein aus dem Anstieg des Nichtwähleranteils (+13,7) zu erklären.



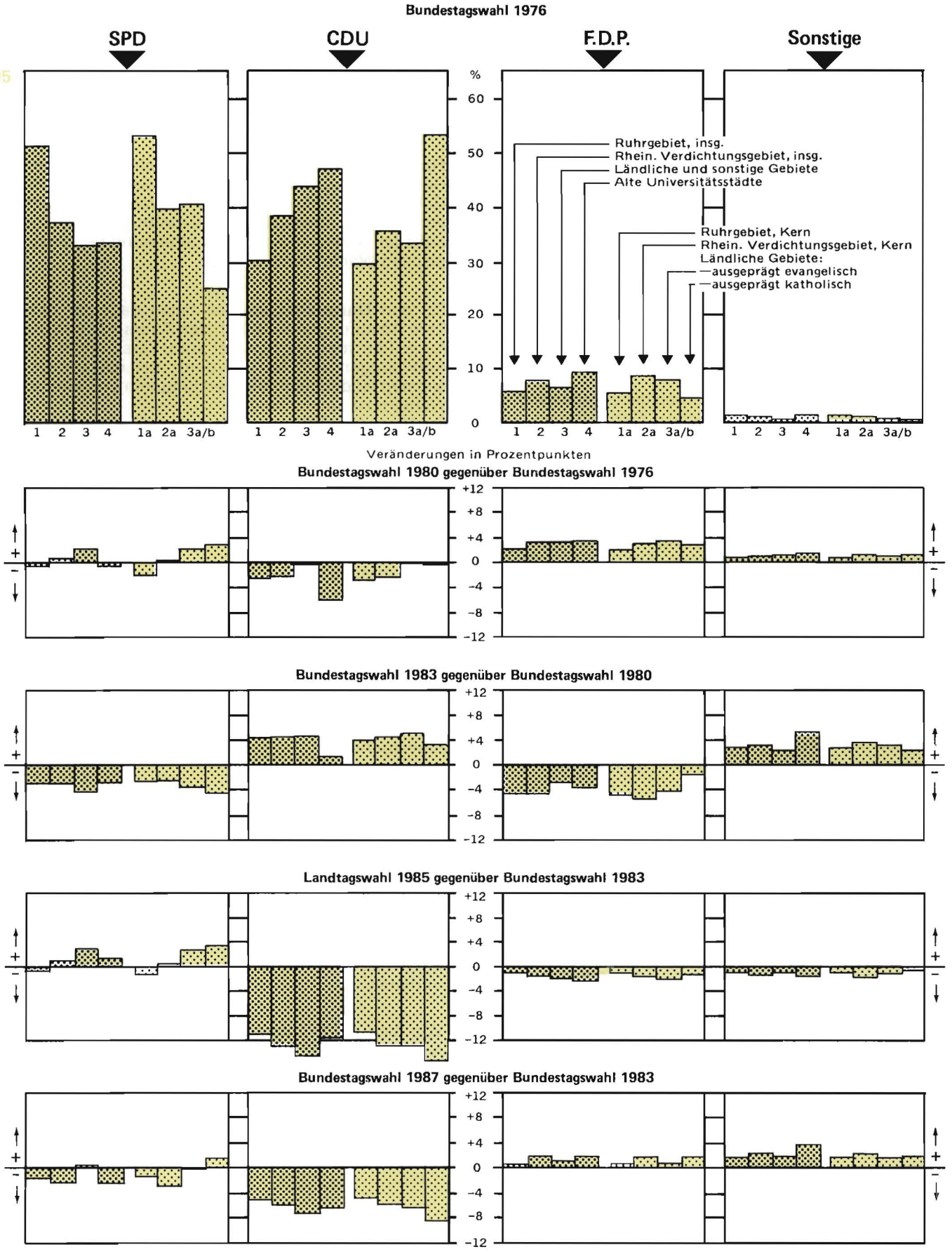
Dieser Trend wirkte auch bei der Bundestagswahl 1987 weiter. Die CDU verlor besonders in ländlichen Gebieten, und gerade dort, wo sie vorher sehr stark war: in den ausgeprägt katholischen Gebieten (−8,5 Punkte), während sie im Ruhrgebiet mit −5 Prozentpunkten nur unterdurchschnittlich verlor. Der gleiche Trend gilt, mit umgekehrten Vorzeichen, auch für die SPD: Leicht überdurchschnittliche Wählerverluste im Ruhrgebiet, dagegen sogar ein Wählerzuwachs (+1,3 Punkte) in den ländlich-katholischen Gebieten; zusätzlich sind aber überdurchschnittliche Wählerverluste der SPD dort zu beachten, wo die F.D.P. und die sonstigen Parteien (die GRÜNEN) höhere Gewinne verzeichnen: im rheinischen Verdichtungsgebiet und in den drei Universitätsstädten. In letzteren ist der abermals überdurchschnittliche Zuwachs der sonstigen Parteien (GRÜNEN) um +3,8 Prozentpunkte bemerkenswert.



1) 1976 ohne Briefwähler in den kreisangehörigen Gemeinden

Tab.→S.143

Anteile an den Wahlberechtigten nach Gebietstypen und deren Veränderungen von Wahl zu Wahl



Tab.→S.143

4.4 Gebietstyp und Altersgruppen der Wähler

Die Unterscheidung der Landeswahlergebnisse nach „Gebietstypen" diente zunächst dazu, die Vielfalt der Wahlergebnisse einzelner Wahlkreise und Gemeinden durch geeignete Zusammenfassungen zu ordnen und überschaubar zu machen. Die Zusammenfassung nach Gebietstypen läßt sich aber auch als methodisches Hilfsmittel verwenden, um die Ergebnisse der „repräsentativen Wahlstatistik" in zweckmäßiger Weise zu regionalisieren[1]. Die Wahlergebnisse lassen sich dann sowohl nach dem Alter der Wähler als auch nach verschiedenen Wahlregionen untergliedern; damit kann man die Frage beantworten, ob das typische Wahlverhalten in den Vorranggebieten einzelner Parteien von allen Wählern gleichermaßen oder vorwiegend von den Wählern bestimmter Altersgruppen getragen wird.

In einer ersten Übersicht werden die Ergebnisse für zwei – gewiß unterschiedliche – Gebietstypen gezeigt:

97.1 Das allgemein beobachtete altersspezifische Wahlverhalten bildet sich weitgehend sowohl im Ruhrgebiet als auch in ländlich-katholischen Gebieten ab. Dabei ergaben sich erhebliche Unterschiede zwischen bestimmten, nach Alter und Wahlgebiet differenzierten Wählergruppen: Für die CDU ergab sich 1980 beispielsweise eine Differenz von rd. 45 Prozentpunkten zwischen den Jungwählern an der Ruhr und den älteren Wählern in ländlich-katholischen Gebieten.

Vergleicht man nun die Wahlergebnisse jeder Altersgruppe in den beiden ausgewählten Gebietstypen mit dem Land insgesamt, also die gebietsspezifischen Abweichungen je Altersgruppe, so ergibt sich:

97.2 Im **Ruhrgebiet** wurde bei der Bundestagswahl 1980 das dort überdurchschnittliche Abschneiden der SPD und das unterdurchschnittliche Abschneiden der CDU von den Altersgruppen nahezu gleichartig getragen. Das allgemein überdurchschnittliche Abschneiden der F.D.P. bei den 25- bis 35jährigen war hier weniger ausgeprägt.

97.3 In den **ländlich-katholischen** Gebieten wurde das unterdurchschnittliche Abschneiden der SPD vor allem von den älteren Wählern verursacht, das überdurchschnittliche Abschneiden der CDU auch (aber nicht nur) von den älteren Wählern. Das unterdurchschnittliche Ergebnis der F.D.P. hingegen wurde insbesondere durch die Wähler mittleren Alters verursacht.

Auf den folgenden Seiten sind Abweichungsprofile 98/99 zu weiteren Gebietstypen abgebildet, hier für die Bundestagswahl 1983 und die Landtagswahl 1985.

Für das Ruhrgebiet und die ländlich-katholischen Gebiete, desgleichen für die meisten anderen Gebietstypen zeigt sich auch bei Wahlen mit stark voneinander abweichendem Gesamtergebnis eine auffallende Beständigkeit der alters-und gebietstypischen Wahlentscheidungen.

Bei den **Universitätsstädten** fallen dagegen größere Abstufungen zwischen den Altersgruppen ins Auge (die hier als Beispiel zum Verständnis der Abbildungen erläutert werden): Bei diesem Gebietstyp ist deutlich zwischen jüngeren und älteren Wählern zu unterscheiden.
Der Vorteil der CDU wurde fast ausschließlich durch die älteren Wähler verursacht. Die SPD lag in allen Altersgruppen unter ihren altersspezifischen Landesergebnissen, jedoch bei den älteren Wählern mit einem doppelt so hohen Prozentsatz wie bei den jüngeren Wählern.
Die F.D.P. konnte Vorteile bei allen Altersgruppen verbuchen.
Die GRÜNEN hatten in den Universitätsstädten 1980 nur erst bei den jüngeren Wählern deutlich über ihren altersspezifischen Landesergebnissen gelegen; bei den folgenden Wahlen haben sie ihren Vorsprung hier auch auf andere Altersgruppen ausdehnen können. Am günstigsten schnitten sie nicht mehr bei den Jungwählern ab, sondern bei den 25- bis 35jährigen; auch bei der mittleren Altersgruppe haben sie in den Universitätsstädten merklich hinzugewonnen.

Die Gruppe der 25- bis 35jährigen hat bei den Wahlen 1983 und 1985 unterschiedlich votiert: Die CDU, die in dieser Altersgruppe 1983 starke relative Einbußen erlitten hatte, hat hier 1985 wieder kräftig aufgeholt (das heißt, sie hat nicht ganz so stark verloren wie in anderen Altersgruppen), während die SPD relative Einbußen hinnehmen mußte (das heißt, sie hat hier 1985 weniger hinzugewonnen). Weiterhin waren die GRÜNEN bei den 25- bis 35jährigen die relativen Gewinner, die F.D.P. relativer Verlierer.

Wie sich die Wähleranteile der Parteien und die Nichtwähleranteile zwischen 1980 und 1985 verschoben haben, zeigen die Abb. 100 und 101 (mit Text auf Seite 102).

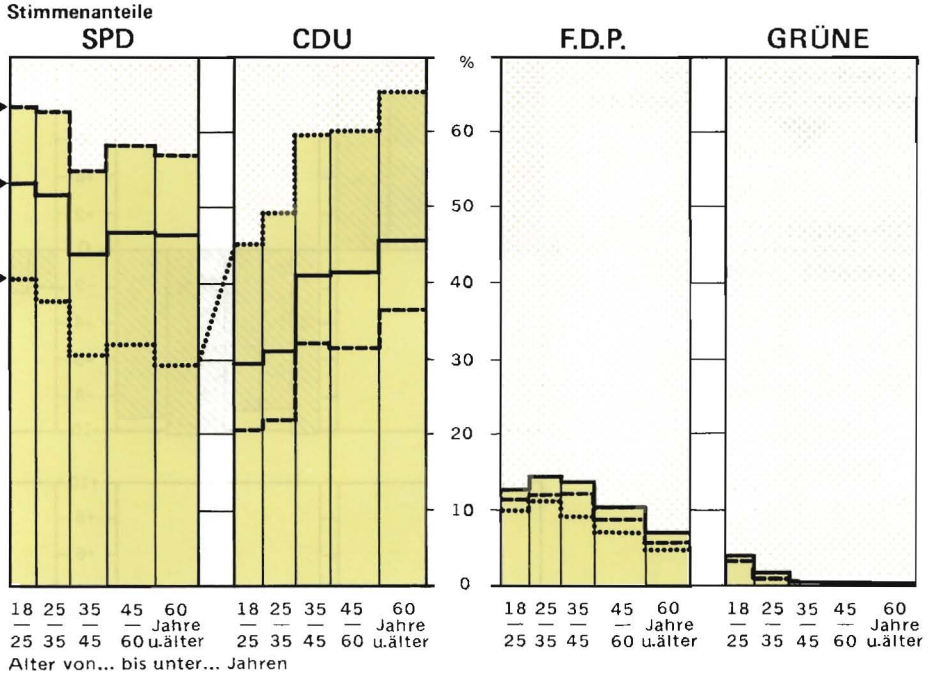
1) Vgl. Kapitel 2. Das Auswahlverfahren der Stichprobe erlaubt keine Ergebniswiedergabe nach einzelnen Wahlkreisen oder Gemeinden, wohl aber nach Gemeindegruppen (z.B. als „Gebietstypen"), sofern diese eine hinreichend große Anzahl von Wahlberechtigten bzw. Auswahlbezirken enthalten.

Stimmenanteile nach Gebietstypen und Altersgruppen und deren Abweichungen, Bundestagswahl 1980

97.1 Ruhrgebiet

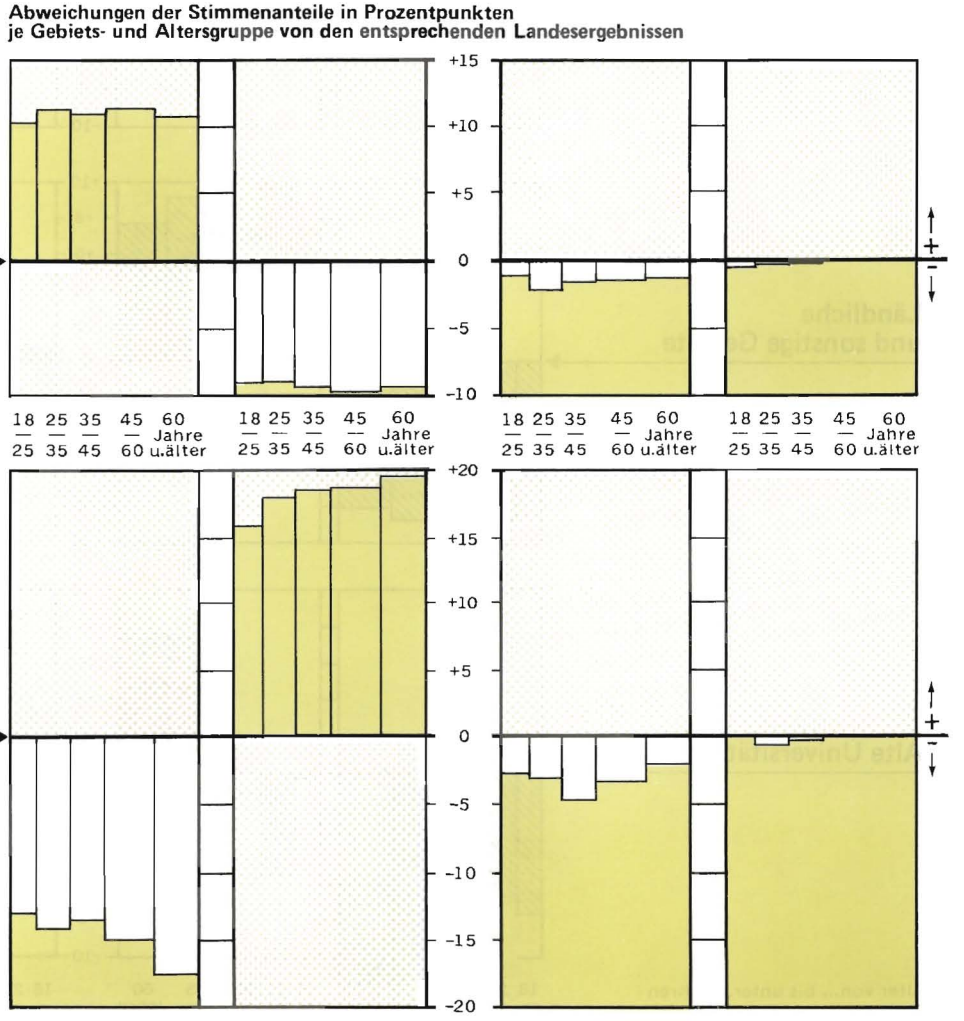
Nordrhein - Westfalen insg.

Ländlich-katholische Gebiete



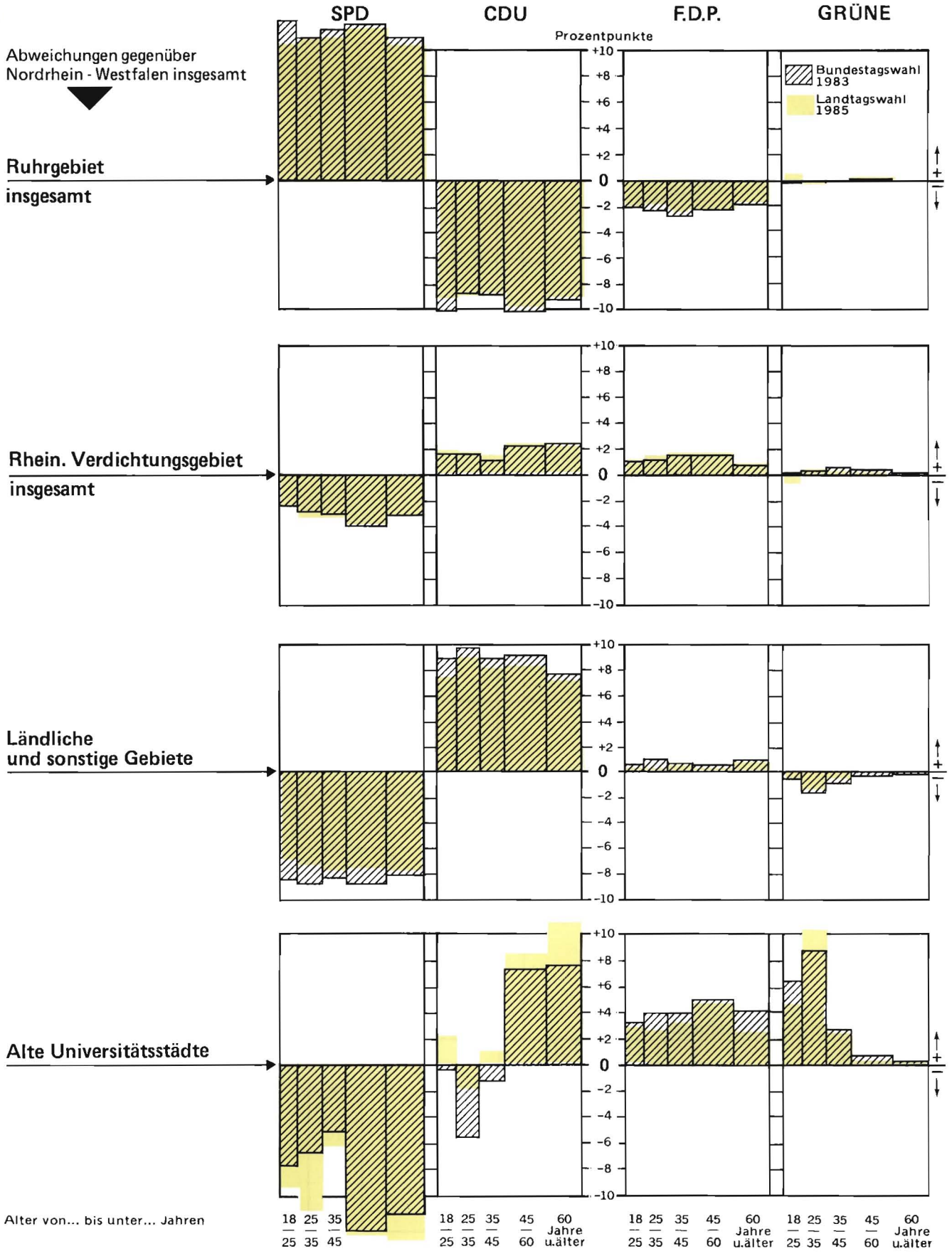
97.2 Ruhrgebiet gegenüber Nordrhein - Westfalen insg.

97.3 Ländlich-katholische Gebiete gegenüber Nordrhein - Westfalen insg.



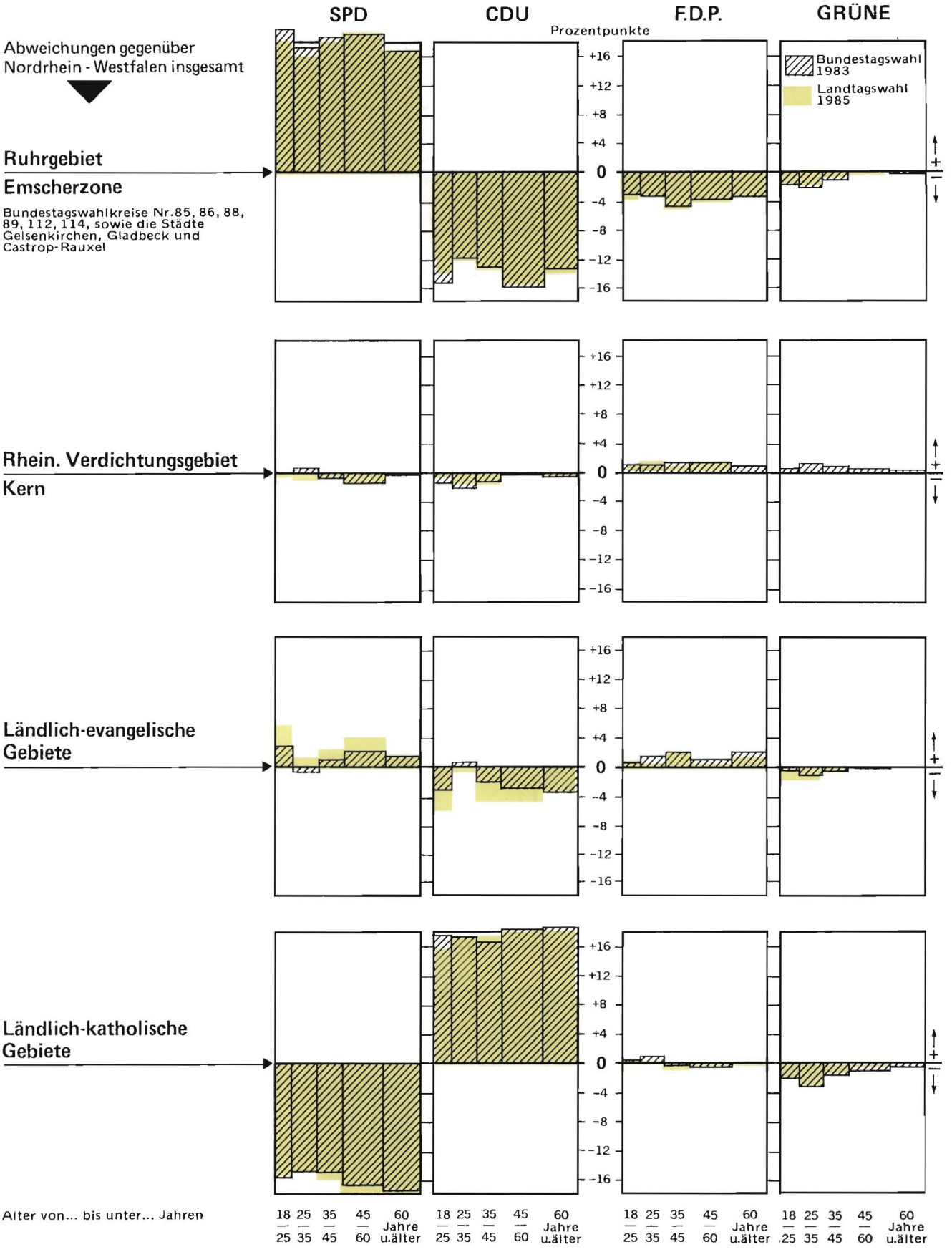
Tab.→S.144

Abweichungen der Stimmenanteile nach Gebietstypen, **grobe Typenabgrenzung,** und Altersgruppen der Wähler



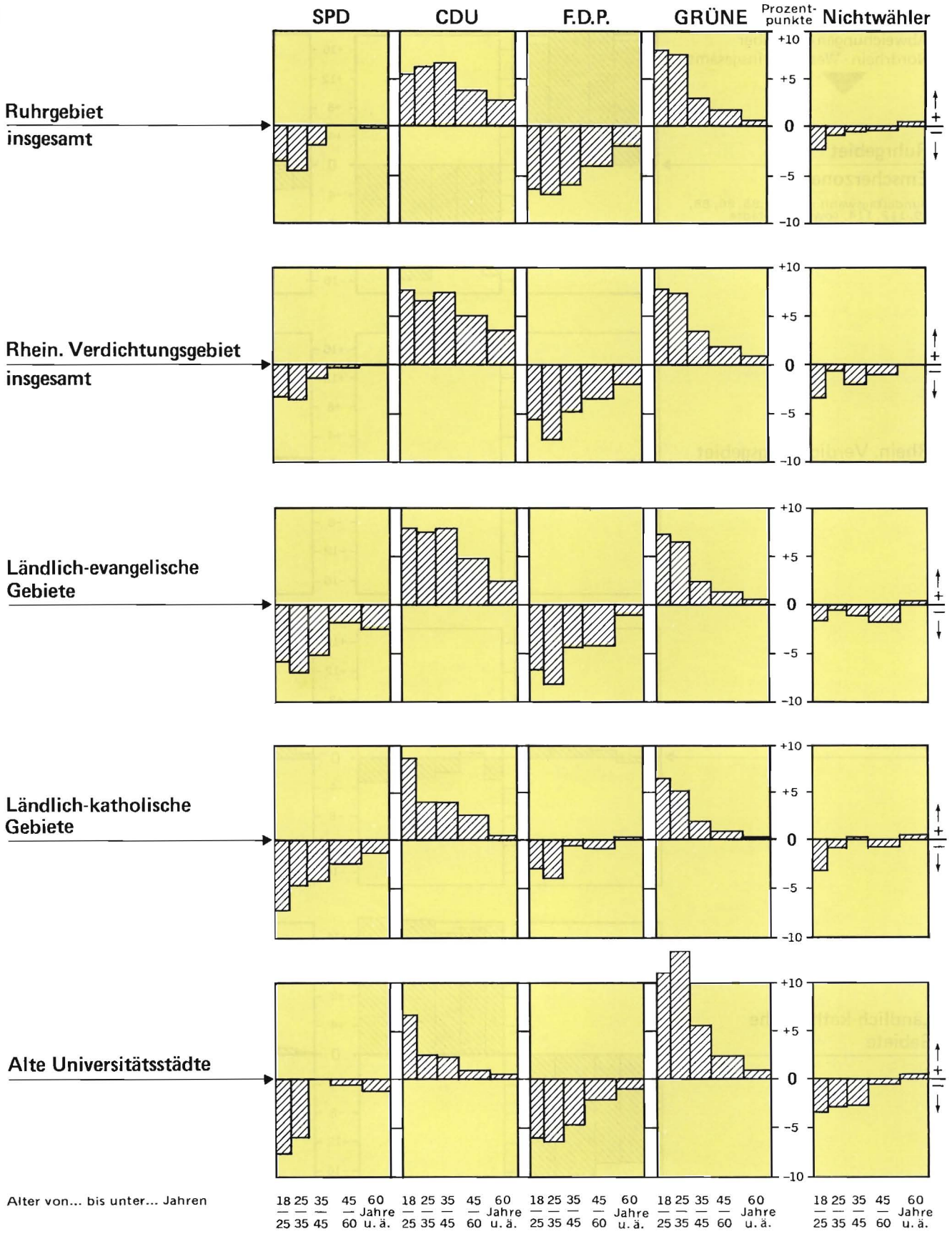
Tab.→S.144

Abweichungen der Stimmenanteile nach Gebietstypen, und Altersgruppen der Wähler



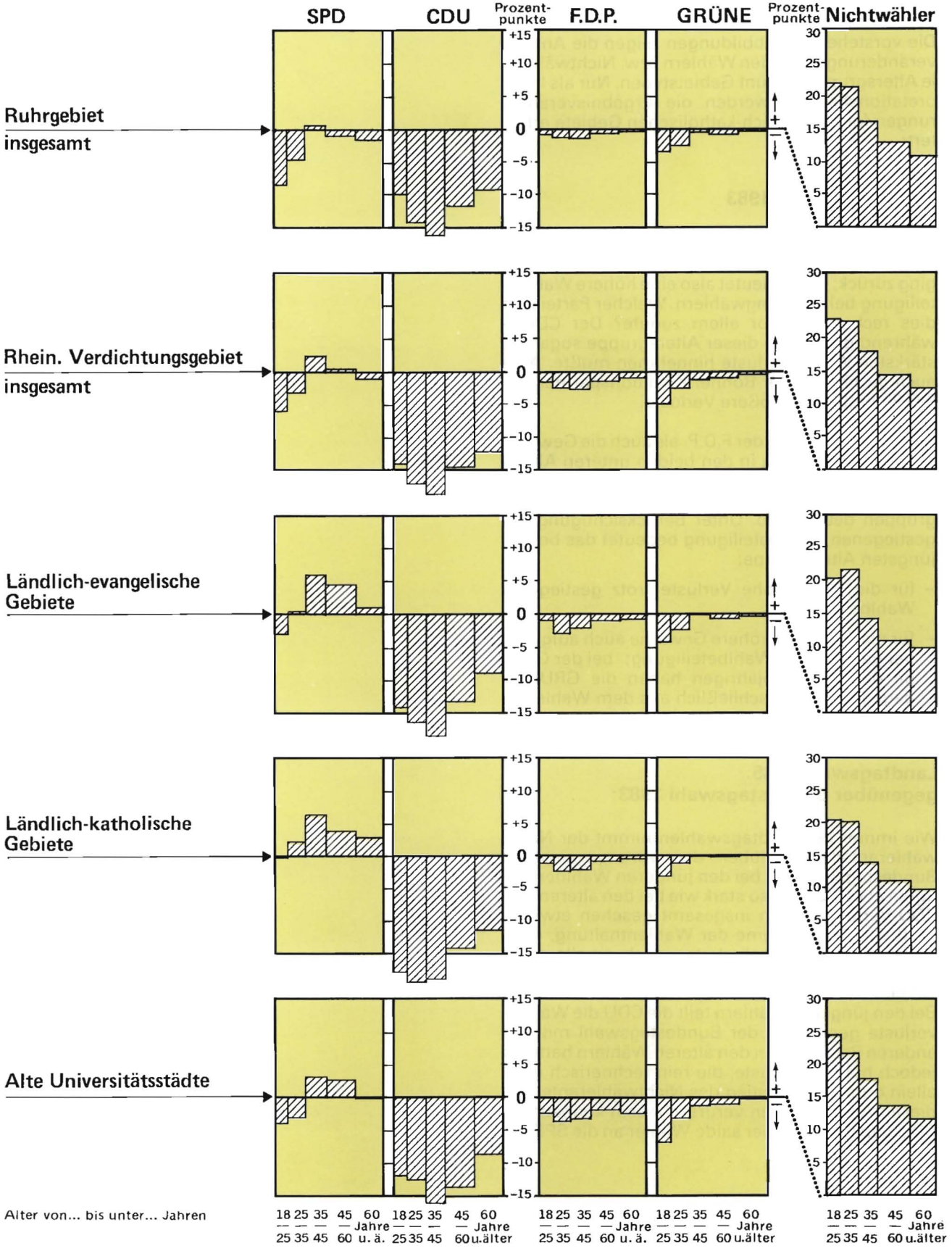
Tab.→ S.144

Veränderungen der Anteile an den Wahlberechtigten nach Gebietstypen und Altersgruppen
Bundestagswahl 1983 gegenüber 1980



Tab.→ S.145

Veränderungen der Anteile an den Wahlberechtigten nach Gebietstypen und Altersgruppen
Landtagswahl 1985 gegenüber Bundestagswahl 1983



Tab. → S.145

Die vorstehenden Abbildungen zeigen die Anteilsveränderungen bei den Wählern bzw. Nichtwählern je Altersgruppe für fünf Gebietstypen. Nur als Interpretationsbeispiel werden die Ergebnisveränderungen für die ländlich-katholischen Gebiete erläutert:

Bundestagswahl 1983 gegenüber 1980

100 Der Nichtwähleranteil der untersten Altersgruppe ging zurück; das bedeutet also eine höhere Wahlbeteiligung bei den Jungwählern. Welcher Partei kam dies rechnerisch vor allem zugute? Der CDU – während die SPD in dieser Altersgruppe sogar die stärksten Wählerverluste hinnehmen mußte. Aber auch ihr ehemaliger Bonner Koalitionspartner, die F.D.P., hatte hier größere Verluste.

Sowohl die Verluste der F.D.P. als auch die Gewinne der GRÜNEN waren in den beiden unteren Altersgruppen relativ groß, sie heben sich damit von den geringen Veränderungen bei den anderen Altersgruppen deutlich ab. Unter Berücksichtigung der gestiegenen Wahlbeteiligung bedeutet das bei der jüngsten Altersgruppe:

- für die F.D.P. hohe Verluste trotz gestiegener Wahlbeteiligung,
- für die GRÜNEN höhere Gewinne auch aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung; bei der Gruppe der 25-bis 35jährigen haben die GRÜNEN dagegen fast ausschließlich aus dem Wählerpotential der anderen Parteien geschöpft.

Landtagswahl 1985 gegenüber Bundestagswahl 1983:

101 Wie immer bei Landtagswahlen nimmt der Nichtwähleranteil gegenüber der vorangegangenen Bundestagswahl zu, bei den jüngeren Wahlberechtigten etwa doppelt so stark wie bei den älteren. Die CDU-Verluste waren insgesamt gesehen etwa so groß wie die Zunahme der Wahlenthaltung, nach Altersgruppen aufgegliedert spiegeln sie allerdings nicht die entsprechenden Zugänge bei den Nichtwählern wider.
Bei den jüngeren Wählern teilt die CDU die Wählerverluste gegenüber der Bundestagswahl mit den anderen Parteien; bei den älteren Wählern hatte sie jedoch höhere Verluste, die rein rechnerisch nicht allein durch den Anstieg des Nichtwähleranteils in diesen Altersgruppen verursacht sein können; die CDU gab hier auch per saldo Wähler an die SPD ab.

Parteien-Hochburgen

4.5

„Hochburgen" einer Partei sind Gebiete, in denen diese traditionell herausragende Wahlergebnisse erzielt. Als solche Hochburgen werden hier jeweils die 20 Gemeinden[1] definiert, in denen die Partei ihre 20 besten Wahlergebnisse erzielen konnte.

Wie „hoch" und wie uneinnehmbar für andere Parteien sind diese Hochburgen? Welche anderen Parteien schneiden hier besonders schlecht ab?

103 Wenn man jeweils eine gleiche Anzahl von Gemeinden im Lande als Hochburgen definiert, so fällt auf, daß die Hochburgen der CDU deutlich höher sind als jene der SPD. 1983 betrug der „Höhenunterschied" zwischen den Hochburgen von CDU und SPD 19,2 Prozentpunkte zugunsten der CDU. Selbst als die CDU 1985 landesweit ein besonders schlechtes Wahlergebnis erzielte, lagen ihre besten Gemeindeergebnisse immer noch um 1,4 Prozentpunkte höher als die besten Ergebnisse der SPD.

Dies liegt sicher auch an den unterschiedlichen statistischen Massen, die hinter den so definierten Hochburgen der einzelnen Parteien stehen. Während die 20 besten Gemeinden mit Spitzenergebnissen für die CDU allesamt zum Kreis der kleineren Gemeinden zählen und zusammen nur rd. 1% der Wahlberechtigten des Landes stellen, hat die SPD ihre Hochburgen vor allem in Großstädten mit zusammen mehr als 18% der Wahlberechtigten.[1]

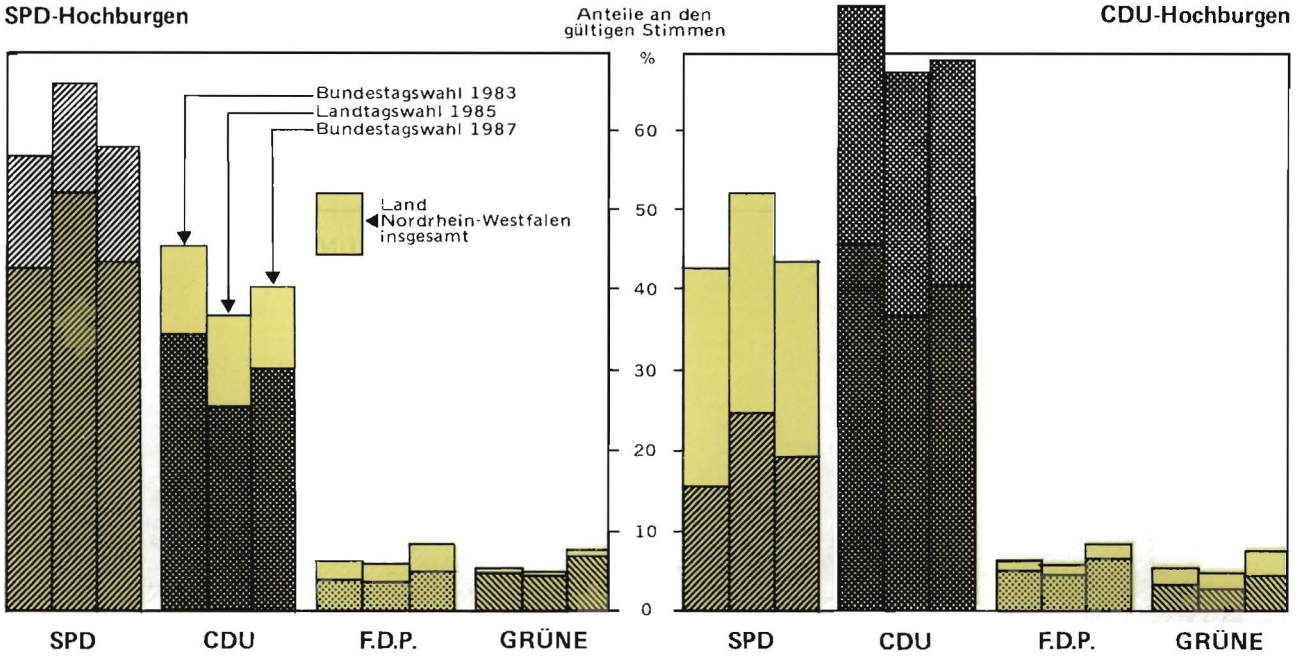
1983 erzielte die CDU, bei einem für sie besonders guten Gesamtergebnis, in ihren Hochburgen insgesamt 60,4 Prozentpunkte mehr als die SPD - in den SPD- Hochburgen aber nur 22,7 Prozentpunkte weniger als die SPD.

1985 dagegen erreichte die SPD, bei einem nunmehr für sie besonders günstigen Gesamtergebnis, in ihren Hochburgen 40,7 Prozentpunkte mehr als die CDU – in deren Hochburgen aber immer noch 42,9 Prozentpunkte weniger als die CDU.

SPD und CDU halten ihre jeweiligen Hochburgen auch auf Kosten der kleineren Parteien; allerdings gab es hier Abstufungen. Während die F.D.P. 1987 in den CDU-Hochburgen um −1,7 Punkte, in den SPD-Hochburgen dagegen um −4,0 Punkte unter ihrem Landesergebnis blieb, lagen die Anteile der GRÜNEN in den SPD-Hochburgen leicht, in den CDU-Hochburgen stärker (−3,0 Punkte) unter ihren Landesergebnissen.

1) Der Definition von Hochburgen auf der Ebene von **Gemeinden** wurde hier der Vorzug vor einer Definition auf **Wahlkreis**ebene gegeben, da den Hochburgen im folgenden (vgl. Abb. 107) auch Strukturmerkmale zugeordnet werden sollen, die sich den Wahlkreisen nicht in allen Fällen eindeutig zuordnen lassen (Problem der Wahlkreisgrenzen innerhalb von Gemeinden).

103



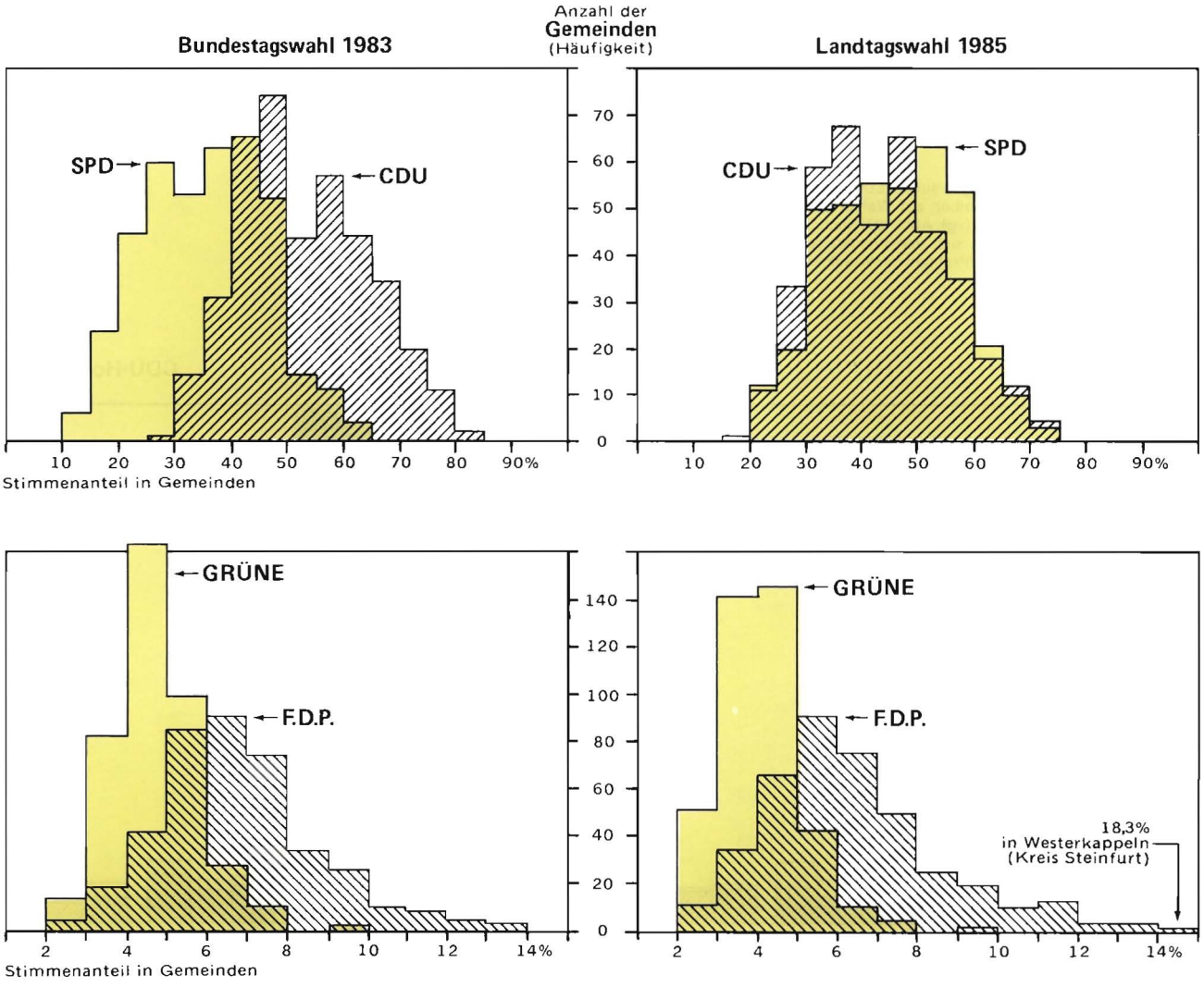
Tab.→S.146

Häufigkeit von Wahlergebnissen in **Gemeinden**

Die Häufigkeitsverteilung ihrer Wahlergebnisse in den 396 Gemeinden des Landes läßt die Tatsache erkennen, daß die SPD ihr Wählergewicht aus der vergleichsweise nur **geringen Zahl** großer Städte mit nur **relativ guten** Wahlergebnissen erzielt, während die CDU ihr Wählergewicht aus zum Teil **sehr guten** Ergebnissen in **einer größeren Zahl** kleinerer Gemeinden des Landes schöpft. Selbst 1985, als die SPD insgesamt 52,1% der gültigen Stimmen bekam und damit einen Abstand von 15,6 Prozentpunkten zur CDU erreichte, konnte die CDU ihrerseits in 114 Gemeinden die absolute Mehrheit behaupten.

Die Gemeindeergebnisse der F.D.P. streuen breit um das Landesergebnis. In einzelnen Gemeinden konnte die Partei im Vergleich zu ihren auf Landesebene erzielten Stimmenanteilen überragende Ergebnisse erzielen. Ähnliches gilt für die andere kleine Partei:

Die Ergebnisse der GRÜNEN lagen in der Mehrzahl der Gemeinden unter dem Landesergebnis, was durch wenige besonders gute Resultate in Gemeinden mit größerem Wählergewicht ausgeglichen wurde.

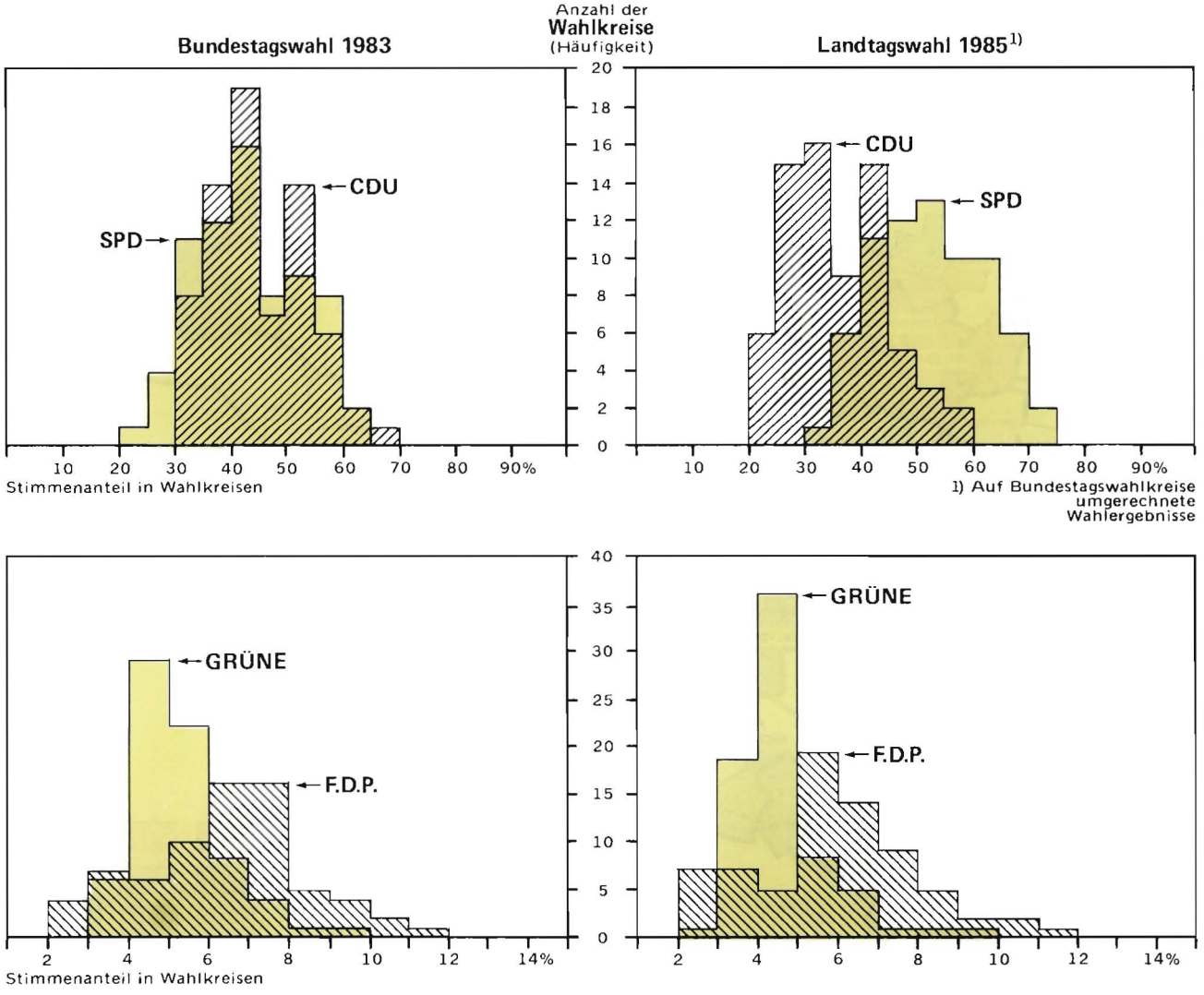


Häufigkeit von Wahlergebnissen in **Wahlkreisen**

Die Wahlkreise sind so abzugrenzen, daß sie jeweils etwa die gleiche Zahl von Wahlberechtigten umfassen. So verlangt es das Wahlgesetz. Folglich dürfte beim Vergleich der Wahlkreisergebnisse, anders als auf der Gemeindeebene, die Erscheinung der „statistischen Ausreißer" eine geringere Rolle spielen. In der Regel werden die stärker differierenden Wahlergebnisse der einzelnen Gemeinden (oder Stadtteile) auf der Wahlkreisebene durch die Zusammenfassung teilweise ausgeglichen.

105 Die entsprechenden Häufigkeitsdiagramme bestätigen die Richtigkeit dieser Überlegung: „Mittlere" Ergebnisse sind am häufigsten. Waren die Wahlkreisergebnisse 1983 für CDU und SPD noch annähernd gleich verteilt, so gehen die Häufigkeitsdiagramme für die Landtagswahl 1985 deutlich auseinander. Die SPD erzielte in mehr als der Hälfte der Wahlkreise absolute Mehrheiten, die CDU nur in 5 von 71 Wahlkreisen.

Die Wahlkreisresultate der F.D.P. streuen bei beiden Wahlen recht gleichmäßig um das Landesergebnis. Anders bei den GRÜNEN; die Verteilungen ihrer Wahlkreisergebnisse sind asymmetrisch. In der Mehrzahl der Wahlkreise lagen die Werte unter dem Landesergebnis, dagegen erzielten die GRÜNEN in einigen wenigen Wahlkreisen besonders hohe Stimmenanteile.

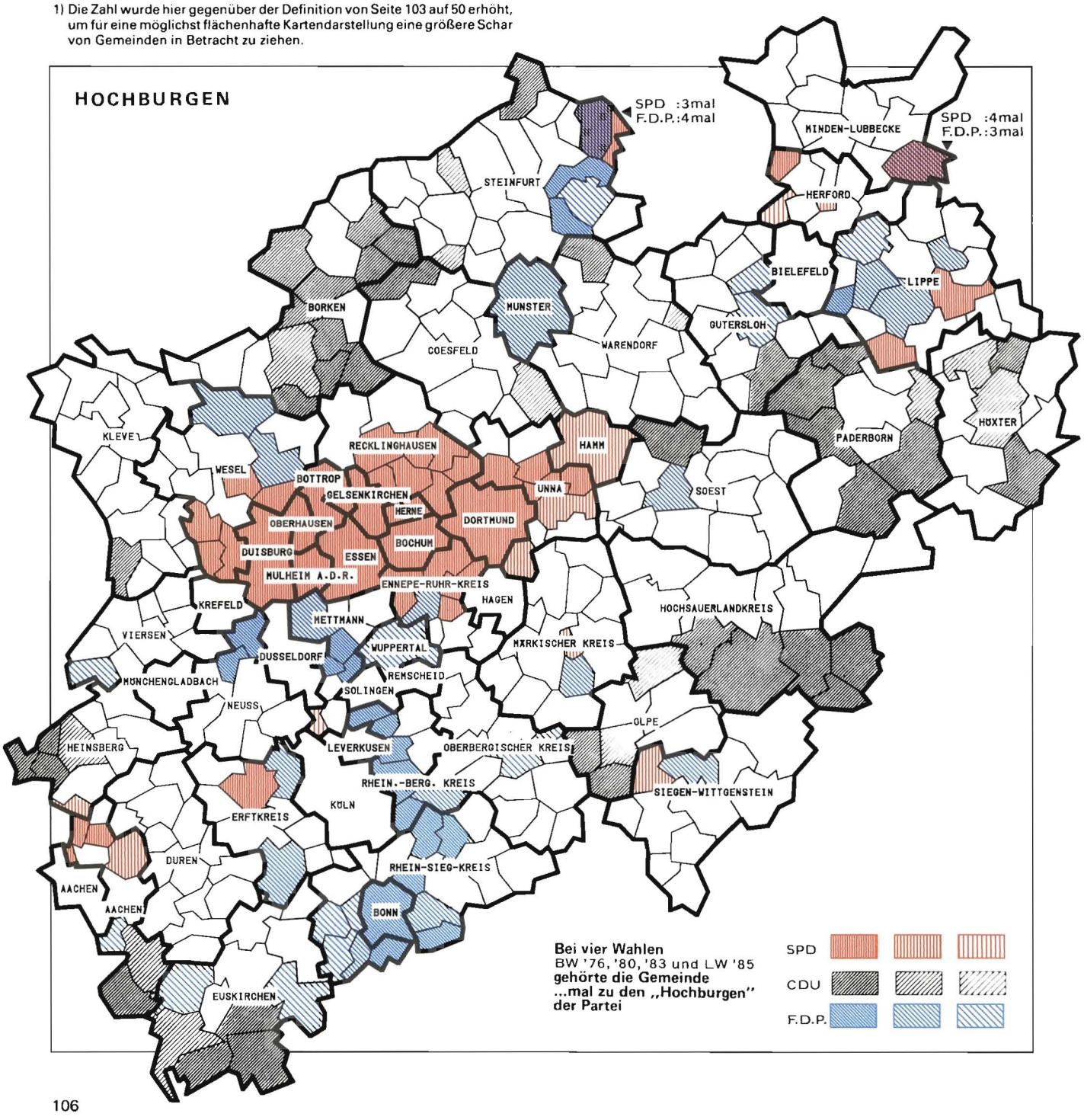


Verteilung der Parteien-Hochburgen (Gemeinden) im Land

Ihre besten Wahlergebnisse erzielt eine Partei durchaus nicht immer in denselben Gemeinden. Von einer „Hochburg" kann man eigentlich erst dann sprechen, wenn eine Partei an diesem Ort „traditionell" herausragende Ergebnisse erreicht. In der Karte markiert die Schraffurdichte, wie oft eine Partei in einer Gemeinde eines ihrer 50[1] besten Wahlergebnisse geschafft hat.

Die Hochburgen der SPD stehen im Ruhrgebiet dicht an dicht, man könnte das auch als „Hochebene" bezeichnen. Neben einzelnen über das Land verstreuten Hochburgen ist ansonsten nur noch eine Gruppe von Hochburgen nördlich von Aachen auszumachen. Die CDU hält etliche ländlich-katholische Hochburgenlandschaften: um Paderborn/Höxter, im Hochsauerlandkreis, im Raum Borken und in der Eifel. Die Mehrzahl der F.D.P.-Hochburgen ist rechts und links des Rheines aufgereiht, vor allem am Rande der Dienstleistungszentren; weitere Hochburgen findet man im Raum Bielefeld/Lippe und im nördlichen Münsterland.

1) Die Zahl wurde hier gegenüber der Definition von Seite 103 auf 50 erhöht, um für eine möglichst flächenhafte Kartendarstellung eine größere Schar von Gemeinden in Betracht zu ziehen.



Strukturprofil der Parteien-Hochburgen 1985

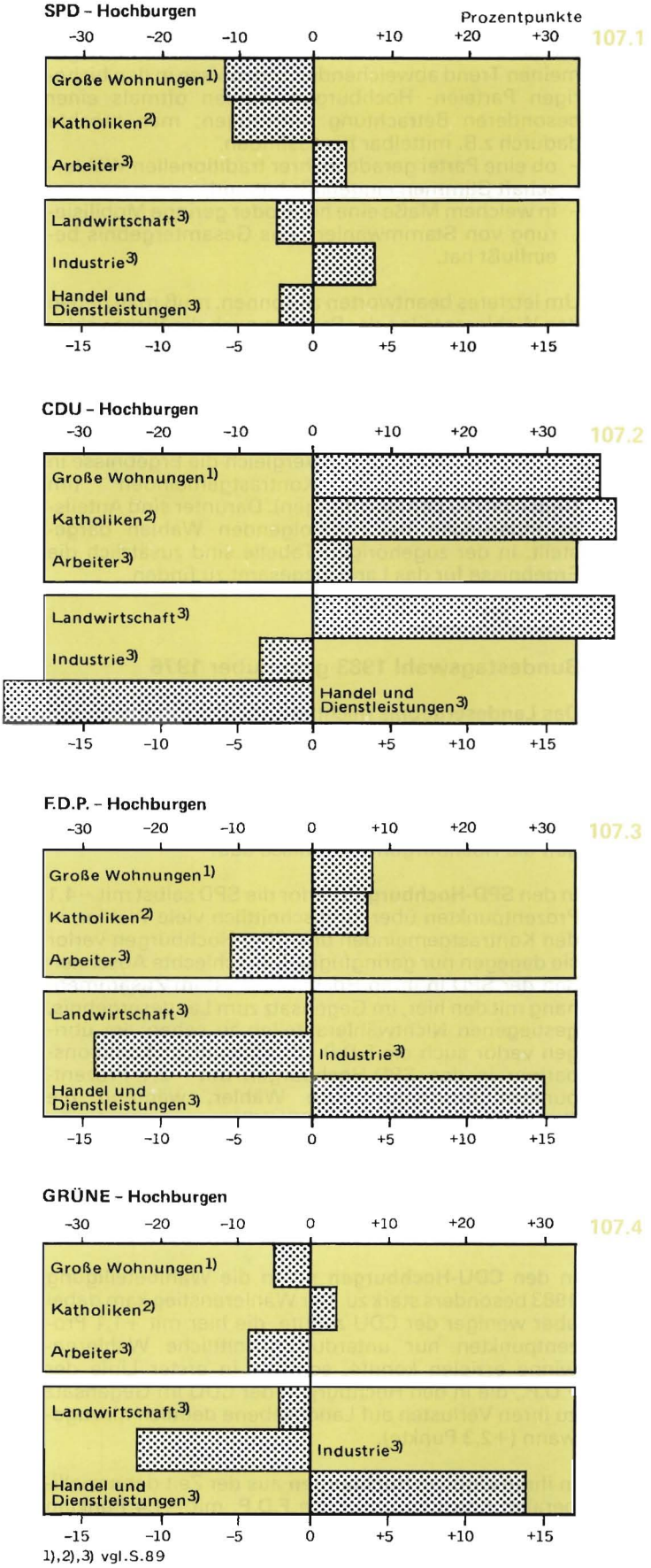
Abweichungen der Strukturmerkmalswerte in den Parteien-Hochburgen vom jeweiligen Landeswert

Durch welche weiteren Besonderheiten neben dem Wahlresultat heben sich die Hochburgen der Parteien vom Landesdurchschnitt ab? Die nebenstehenden Diagramme zeichnen das „Profil" der Hochburgen[1] für sechs Merkmale nach.

107.1 **SPD-Hochburgen** sind erwartungsgemäß durch überdurchschnittliche Industrie- und Arbeiteranteile gekennzeichnet, umgekehrt durch unterdurchschnittliche Beschäftigtenanteile in Handel und Dienstleistungen sowie in der Landwirtschaft. Daß es sich bei den SPD- Hochburgen meist um größere Städte handelt, erklärt zum Teil den unterdurchschnittlichen Anteil großer Wohnungen. Der Katholikenanteil liegt um ca. 10 Prozentpunkte unter dem Landesmittelwert.

107.2 Viel ausgeprägter ist das Abweichungsprofil bei den **CDU-Hochburgen**; dies ist mit der Tatsache zu erklären, daß es sich hierbei ausschließlich um kleinere Gemeinden handelt, mit insgesamt geringer statistischer Masse. Hervorstechend sind die hohen Anteile an Katholiken, großen Wohnungen und Beschäftigten in der Landwirtschaft – aber auch der Arbeiteranteil ist entgegen landläufigen Vorstellungen in diesen kleineren Gemeinden höher als im Land insgesamt. Das mag auch an dem zwischen Stadt und Land unterschiedlichen Entwicklungstempo bei der berufsständischen Zuordnung liegen, zumal neben dem stark unterdurchschnittlichen Handels- und Dienstleistungsanteil bei den CDU-Hochburgen andererseits ein unterdurchschnittlicher Industrieanteil festzustellen ist.

107.3 **F.D.P.-Hochburgen** zeichnen sich, wie die Hochburgen der **GRÜNEN**, durch ausgeprägte Handels- und Dienstleistungsfunktionen und entsprechend unterdurchschnittliche Industrie- und Arbeiteranteile aus. Auffälliges Unterscheidungsmerkmal zwischen den Hochburgen der beiden kleineren Parteien ist dagegen der Anteil großer Wohnungen: F.D.P.-Hochburgen liegen hier über, die Hochburgen der GRÜNEN unter dem Landeswert. Hochburgen der GRÜNEN liegen mit größerem Wählergewicht in großstädtischen Dienstleistungszentren, die Hochburgen der F.D.P. dagegen an deren Rändern, in „besseren Wohngegenden" mit aufgelockerter Bebauung.



1) Jeweils die 20 Gemeinden je Partei, in denen diese ihre höchsten Stimmenanteile erzielte

Tab.→S.146

Wähleranteile in Parteien-Hochburgen
und Kontrastgemeinden

109.1 Die bei aktuellen Wahlen möglicherweise vom allgemeinen Trend abweichenden Ergebnisse in den bisherigen Parteien- Hochburgen werden oftmals einer besonderen Betrachtung unterzogen; man möchte dadurch z.B. mittelbar herausfinden,
- ob eine Partei gerade in ihrer traditionellen Wählerschaft Stimmen eingebüßt hat und
- in welchem Maße eine hohe oder geringe Mobilisierung von Stammwählern das Gesamtergebnis beeinflußt hat.

Um letzteres beantworten zu können, muß man neben den Wähleranteilen der Parteien auch die Nichtwähler in die Betrachtung miteinbeziehen. Die obere Abbildungsreihe zeigt für die Bundestagswahl '76 in den Hochburgen von SPD, CDU und F.D.P. neben dem jeweils eigenen Wahlergebnis auch die Wähleranteile der übrigen Parteien und die Nichtwähleranteile (schraffierte Säulen), zum Vergleich die Ergebnisse in den entsprechenden „Kontrastgemeinden" (im Gegensatz zu den Hochburgen). Darunter sind Anteilsveränderungen bei nachfolgenden Wahlen dargestellt. In der zugehörigen Tabelle sind zusätzlich die Ergebnisse für das Land insgesamt zu finden.

Bundestagswahl 1983 gegenüber 1976

109.2 Das **Landesergebnis** (nicht abgebildet) sah folgendermaßen aus: Die Wahlbeteiligung stieg um +3,3 Prozentpunkte, gleichzeitig nahmen die Wähleranteile der SPD und F.D.P. um −2,7 bzw. −1,0 Punkte ab. Gewinner waren die CDU (+2,5) und die sonstigen Parteien (+4,4), insbesondere die GRÜNEN. Wie fielen dagegen die Hochburgen-Ergebnisse aus?

In den **SPD-Hochburgen** verlor die SPD selbst mit −4,1 Prozentpunkten überdurchschnittlich viele Wähler, in den Kontrastgemeinden und CDU-Hochburgen verlor sie dagegen nur geringfügig. Das schlechte Abschneiden der SPD in ihren Hochburgen ist im Zusammenhang mit den hier, im Gegensatz zum Landesergebnis, gestiegenen Nichtwähleranteilen zu sehen; im übrigen verlor auch die F.D.P. als ehemaliger Koalitionspartner in den SPD-Hochburgen mit −2,1 Prozentpunkten besonders viele Wähler, während die Gewinne von CDU und GRÜNEN nur unterdurchschnittlich ausfielen: In den Hochburgen der SPD ist bei der Bundestagswahl 1983 per saldo also neben dem Wähleraustausch auch eine größere Wahlenthaltung ehemaliger Wähler der sozialliberalen Koalition anzunehmen.

In den **CDU-Hochburgen** nahm die Wahlbeteiligung 1983 besonders stark zu. Der Wähleranstieg kam dabei aber weniger der CDU zugute, die hier mit +1,1 Prozentpunkten nur unterdurchschnittliche Wählergewinne erzielen konnte, sondern in erster Linie der F.D.P., die in den Hochburgen der CDU im Gegensatz zu ihren Verlusten auf Landesebene deutlich hinzugewann (+2,3 Punkte).

In ihren eigenen **Hochburgen** aus der Zeit der sozialliberalen Koalition verlor die **F.D.P.** mit −1,4 Punkten etwas stärker als im Land insgesamt. Hier hatten die GRÜNEN ihren stärksten Wählerzustrom (sonstige Parteien insgesamt: +5,9 Punkte).

Landtagswahl 1985 gegenüber Bundestagswahl 1983

Auf Landesebene blieben 14,3% mehr Wahlberechtigte der Wahl fern. Dennoch verzeichnete die SPD Wählergewinne (+0,9 Punkte). Die Wählerverluste gingen mit −12,8 Punkten vor allem zu Lasten der CDU. Dagegen hatte in den SPD-Hochburgen die SPD selbst leichte Wählerverluste (−0,9), die CDU mit −11,1 Punkten nur unterdurchschnittliche Verluste. 109.3

Umgekehrt war es in den **CDU-Hochburgen**: Die SPD konnte hier besonders hohe Gewinne verbuchen (+5,3), und die CDU erlitt ihre größten Verluste (-17,8 Punkte), obwohl der Nichtwähleranteil nur unterdurchschnittlich (+13,6 Punkte) anstieg.

In den **F.D.P.-Hochburgen** fielen die Verluste der F.D.P. abermals höher aus (−2,0) als auf Landesebene.

Bundestagswahl 1987 gegenüber 1983

Das Ergebnis im Land insgesamt fiel so aus: Der Nichtwähleranteil nahm zu (+4,1 Punkte), der SPD-Anteil sank leicht (−1,4), der CDU-Anteil erheblich (−6,1 Punkte). F.D.P. und sonstige Parteien/GRÜNE verzeichneten Wählergewinne (+1,4 bzw. +2,1 Prozentpunkte). 109.4

Da die allgemeine Zunahme des Nichtwähleranteils nur geringe Unterschiede zwischen den Hochburgen erkennen läßt, sind die verschiedenartigen Wählerbewegungen in **SPD-** bzw. **CDU-Hochburgen** weitgehend mit einem unterschiedlich verlaufenden Wähleraustausch zwischen den beiden großen Parteien zu erklären: Die SPD verlor in ihren Hochburgen – aber sie gewann in den CDU-Hochburgen (+2,5 Punkte); die CDU verlor in den SPD-Hochburgen unterdurchschnittlich (−4,9), in ihren eigenen Hochburgen aber überdurchschnittlich (−9,5 Punkte).

In den **Hochburgen der F.D.P.** konnten sowohl die F.D.P. als auch die GRÜNEN leicht überdurchschnittliche Wählergewinne erzielen.

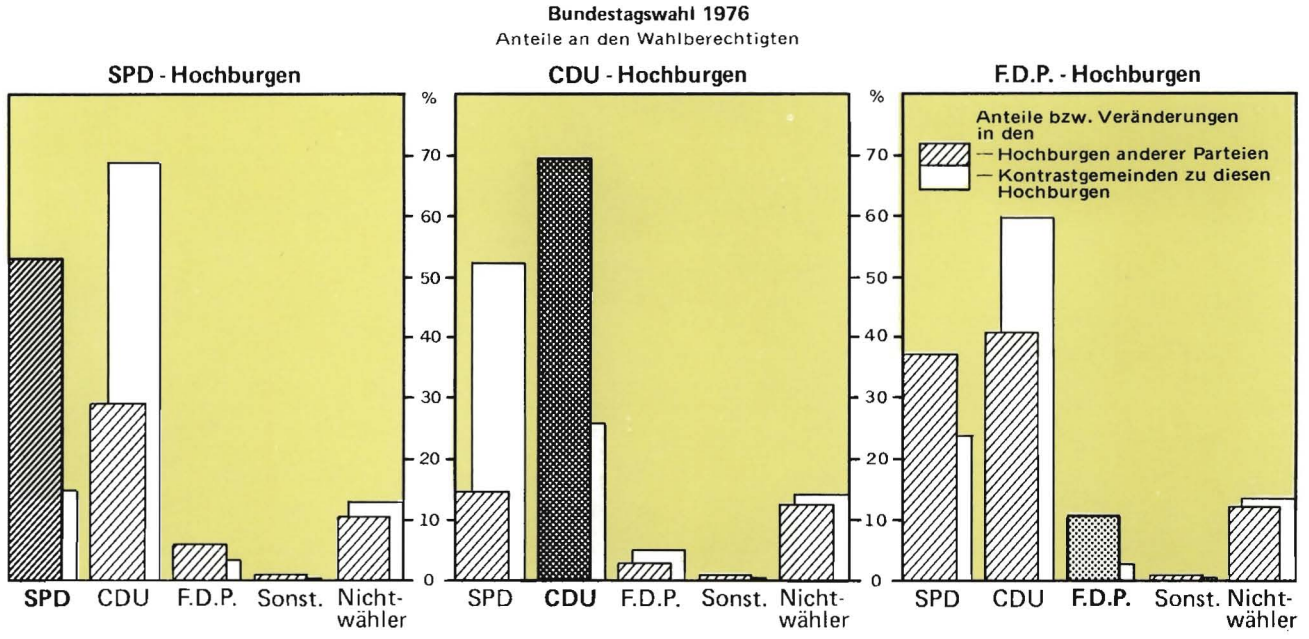
Zusammenfassung für den Zeitraum von 1976 bis 1987:

- Gesunkene Wahlmotivation in den SPD-Hochburgen zu Lasten von SPD und F.D.P.; die „sonstigen Parteien" haben hier geringere Chancen;
- größere Wahlbereitschaft in den CDU-Hochburgen, die insbesondere SPD und F.D.P. zugute kommt, begleitet von erheblichen Verlusten der CDU;
- in den F.D.P.-Hochburgen geringere Bereitschaft, die CDU zu wählen oder überhaupt wählen zu gehen - aber größere Bereitschaft, sonstige Parteien/GRÜNE zu wählen, während die F.D.P. selbst hier ihren Wähleranteil kaum ausgebaut hat.

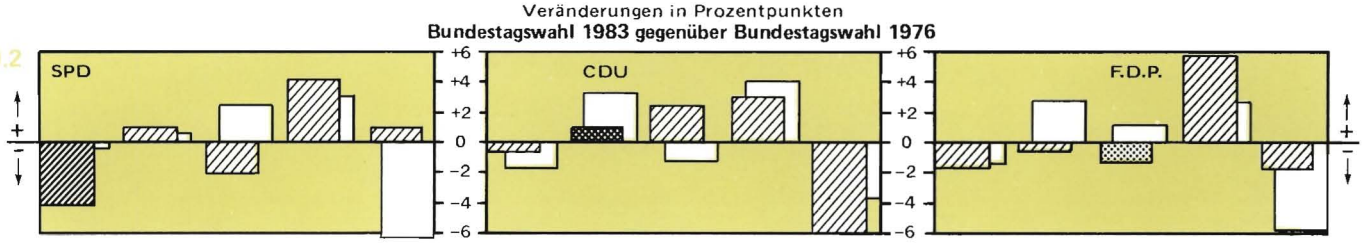
Anteile an den Wahlberechtigten und deren Veränderungen in Parteien-Hochburgen[1] und Kontrastgemeinden[2]

1) Die 20 Gemeinden mit dem höchsten Wähleranteil für die jeweilige Partei bei der Bundestagswahl 1976
2) Die 20 Gemeinden mit dem niedrigsten Wähleranteil für die jeweilige Partei bei der Bundestagswahl 1976

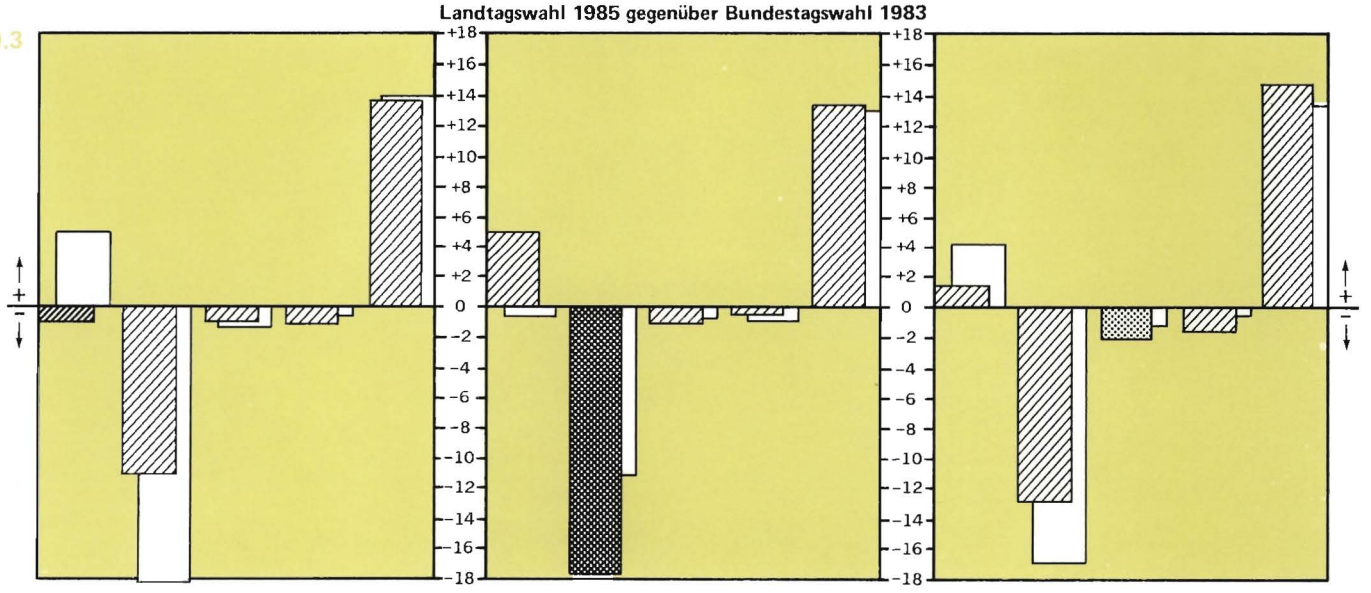
109.1



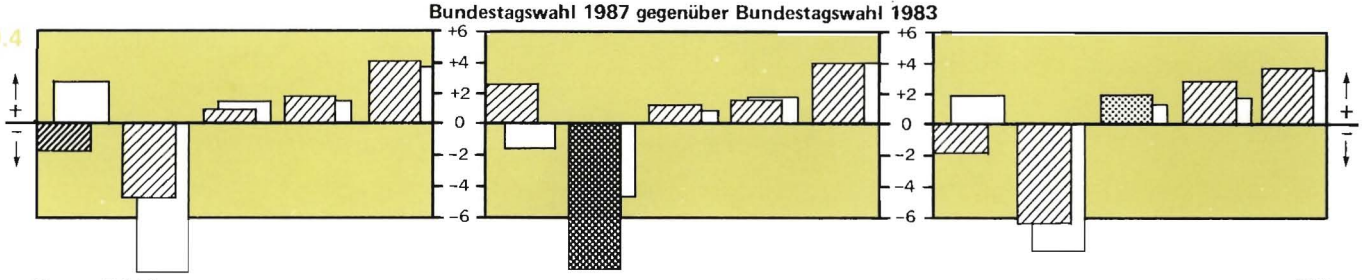
109.2



109.3



109.4



Tab. → S.147

Anhang

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen 112
Begriffe (Erläuterungen) 112
Tabellen zu Kapitel 1 115
Tabellen zu Kapitel 2 121
Tabellen zu Kapitel 3 127
Tabellen zu Kapitel 4 139

Zeichenerklärungen:

. =Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
— =nichts vorhanden (genau null)
0 =weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
X =Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Wegweiser zu...

Suchbegriff ↓ — Fundort → Abb. Seiten / → Tab. Seiten

Gegenstand	Kürzel	Kapitel 1											Kapitel 2										
Abb. Seiten		3 4	5	7	9	10	11	13	15	17	18	19	23	24 25	26	27	29	30 31	32 33	35	36 37	38	39
Tab. Seiten		116				117		118		119	120		122	123				124/125					
Wahlberechtigte	W					W										W							
Wähleranteile	Wä					Wä	Wä	Wä		Wä				Wä									
Stimmenanteile	St			St	St			St	St	St	St	St	St		St	St	St	St	St	St	St	St	St
ungültige Stimmen	uSt						uSt			uSt													
– Mehrheiten	Meh														Meh					Meh	Meh		
– Vorsprünge	Vsp				Vsp				Vsp														
Mandate, Koalitionen	MK	MK	MK					MK	MK														
Strukturmerkmale	Sm																						
Gliederungen / Dimensionen des Zahlenvergleichs[1]																							
Parteien																							
SPD	S	S	S	S	S		S	S	S			S	S	S	S	S	S	S	S	S	S		
CDU	C	C	C	C	C		C	C	C			C	C	C	C	C	C	C	C	C	C		
F.D.P.	F	F	F	F			F	F	F			F	F	F		F	F	F	F			F	
GRÜNE	G											G											
andere Parteien[2]	a	a	a	a			a			a			a	a			a	a	a		a		a
sonstige Parteien[3]	s			s	s		s			s		s	s	s		s	s	s	s				
Nichtwähler	Ni					Ni	Ni	Ni		Ni				Ni				Ni	Ni				
Zeit																							
Zeitreihe	Zr		Zr	Zr	Zr	Zr	Zr	Zr	Zr	Zr	Zr	Zr	Zr	Zr				Zr	Zr				
Synopse	Sy	Sy										Sy					Sy				Sy	Sy	Sy
Veranderungen	Vd			Vd			Vd																
Gebiet																							
NRW/andere Länder/Bund	BL														BL	BL	BL	BL	BL				
Regierungsbezirke	Rb																						
Wahlkreise	WK																			WK	WK	WK	WK
Gemeinden	Gd																						
– Größenklassen	Grö																						
– Strukturklassen	Str																						
Gebietstypen	Typ																						
Hochburgen	Hbg																						
Kartendarstellung	KA														KA					KA	KA	KA	KA
Wählerstruktur																							
Altersgruppen	Alt																						
Geschlechtsgruppen	Ge																						
Briefwähler/Urnenwähler	Brw											Brw	Brw										
Wahlen																							
Reichstagswahlen	R												R	R			R						
Bundestagswahlen	B							B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B	B
Landtagswahlen	L	L	L	L	L	L	L	L	L	L	L	L											
Kommunalwahlen	K									K													
Abb. Seiten		3 4	5	7	9	10	11	13	15	17	18	19	23	24 25	26	27	29	30 31	32 33	35	36 37	38	39
Tab. Seiten		116				117		118		119	120		122	123				124/125					

1) Sofern für eine Abb./Tab. keine Angaben zu einer Gliederungsdimension gemacht werden, findet hier kein Vergleich (von mindestens 2 Zahlenwerten) statt. Das bedeutet z. B. bei der „Gebietsgliederung": es sind nur Zahlen zu NRW insgesamt dargestellt.
2) andere, in der Abb./Tab. namentlich genannte Parteien (z. B. ZENTRUM und KPD) – 3) als Restgröße zusammengefaßte, hier namentlich nicht genannte Parteien.

Begriffe

→ **Prozentpunkte,** kurz: „Punkte",
Differenz zwischen 2 Prozentwerten, hier verwendet fur folgende Sachverhalte:
→ **Abweichungen** (+/–)
Differenz zwischen den Prozentwerten einer Teilmenge und einer Gesamtmenge, z.B. Abweichung der Wahlbeteiligung im Land vom Bundesergebnis;
→ **Vorsprünge** (+)
beim Vergleich zweier Prozentwerte: der Abstand vom jeweils größeren zum kleineren Wert, z.B. Stimmenanteil 1985 der SPD gegenüber dem der CDU;
→ **Veränderungen** (+/–)
Zu- bzw. Abnahme eines Prozentwertes gegenüber einem früheren Wert, z.B. Zunahme des Stimmenanteils der F.D.P. 1987 gegenüber 1983.
Die Darstellung solcher Prozentwertdifferenzen erfolgt in der Regel durch Profildiagramme.

→ **Zeitvergleich**
hier: Wahlergebnisse (als Gegenstand der Betrachtung) zu unterschiedlichen Zeitpunkten (als Gliederungsdimension). Unterschieden werden:
→ **Zeitreihen,** hier: lückenlose Folge mehrerer Wahlen,
→ **Synopse,** hier: Vergleich einzelner Wahlen, deren Ergebnisse in Abbildungen unter- und nebeneinander dargestellt sind.

→ **Stimmenanteil** (in %)
Anteil einer Partei an der Gesamtzahl der abgegebenen gultigen Stimmen,
→ **Wähleranteil** (in %), s. Seite 49
Anteil einer Wählergruppe an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten. (Der Begriff wird hier im engeren Sinne verwendet für die gültigen Stimmen einer Partei bezogen auf die Wahlberechtigten; im weiteren Sinne wird, bei Überschriften, gelegentlich auch der den politischen Parteien entgangene Anteil der „Partei der Nichtwähler" in den Sammelbegriff „Wähleranteile" mit einbezogen. Der ...
→ **Nichtwähleranteil** (in %) im engeren Sinne ist das Komplement (die Differenz auf 100 %) zur ...
→ **Wahlbeteiligung** (in %),
Gesamtzahl der Wähler bezogen auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten.
→ **Urnenwähler** (im Gegensatz zu den → **Briefwählern),** s. Seite 46, sind Wähler, die ihre Stimme in einem Wahllokal (an der „Wahlurne") abgeben; nur sie können berücksichtigt werden bei der ...

→ **Repräsentativen Wahlstatistik**
Wahlergebnisse nach dem → Alter und dem → Geschlecht (und nach der → Gemeindegröße), s. Seite 46.
→ **Altersgruppen** Unterschieden werden
– 5 Altersgruppen für die je Partei abgegebenen gültigen Stimmen,
– 10 Altersgruppen für die Wähler insgesamt s. Seite 48;

den Abbildungen und Tabellen

Kapitel 3

50	51	52	53	55	57	58	59	61	62 63	64	65	67	68 69	71	73	75
128		129		128		130	131		132	133		134	135	136	137	138

												W	W			
		Wä			Wä	Wä	Wä	Wä	Wä	Wä	Wä		Wä	Wä	Wä	Wä
St	St	St	St	St			St			St	St	St		St		
										Vsp	Vsp					

S	S	S	S	S	S		S	S	S	S	S	S		S	S	S
C	C	C	C	C	C		C	C	C	C	C	C		C	C	C
F	F	F	F	F	F		F	F	F	F	F	F		F	F	F
G							G	G				G		G		G
										a					a	
	s	s	s	s	s				s	s	s					
		Ni			Ni	Ni	Ni	Ni	Ni	Ni	Ni		Ni	Ni	Ni	Ni

		Zr	Zr	Zr	Zr	Zr			Zr	Zr					Zr	
Sy	Sy										Sy		Sy			Sy
							Vd	Vd					Vd			Vd

														Grö	Grö	Grö

Alt	Alt	Alt	Alt	Alt	Alt	Alt		Alt			Alt	Alt	Alt	Alt	Alt	Alt
									Ge	Ge	Ge	Ge	Ge			

										R						
B	B			B		B	B	B	B	B	B		B	B		B
L		L	L		L	L	L	L	L		L	L			L	L

50	51	52	53	55	57	58	59	61	62 63	64	65	67	68 69	71	73	75
128		129		128		130	131		132	133		134	135	136	137	138

Kapitel 4

79	80	81	82 83	84 85	86	87	89	91	93	94 95	97	98 99	100 101	103	104 105	106	107	109
140			140				141		142	143		144	145	146			146	147

										Wä			Wä					Wä
St	St		St			St		St	St		St	St	St	St	St			
	Meh																	
																(Vsp)		
		Sm		Sm	Sm	Sm	Sm										Sm	

S	S		S			S		S	S	S	S	S	S	S	S	S	S	S
C	C		C			C		C	C	C	C	C	C	C	C	C	C	C
F			F			F		F	F	F	F	F	F	F	F	F	F	F
											G	G	G	G	G		G	
								s		s								s
										Ni			Ni					Ni

Zr									Zr									
												Sy		Sy	Sy			
										Vd			Vd					Vd

Rb																		
Wk															Wk			
Gd	Gd	Gd	Gd	Gd	(Gd)										Gd	Gd		
		Str	Str	Str														
					Typ	Typ	Typ	Typ	Typ	Typ	Typ	Typ	Typ					
														Hbg		Hbg	Hbg	Hbg
	KA	KA		KA	KA											KA		

											Alt	Alt	Alt					

B						B		B	B	B	B	B	B	B	B			B
	L		L			L		L		L		L	L	L	L			L

79	80	81	82 83	84 85	86	87	89	91	93	94 95	97	98 99	100 101	103	104 105	106	107	109
140			140				141		142	143		144	145	146			146	147

➔ **Alters-/Geschlechtsgruppen**, s. Seiten 48 und 67.
Durch die weitere Unterscheidung nach dem Geschlecht sind
- 10 Gruppen für die gultigen Stimmen und
- 20 Gruppen für die Wähler insgesamt bzw. Nichtwähler möglich;

➔ **Gemeindegrößenklassen**
hier: Aufgliederung der Wahlergebnisse nach 6 Klassen gemäß der Einwohnerzahl in der jeweiligen Gemeinde, zu der ein ausgewählter Stimmbezirk der repräsentativen Wahlstatistik gehört, s. Seite 71.

➔ **Zweitstimmen**
Nach dem Stimmenanteil bei den Zweitstimmen richten sich Sitzverteilung und Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag. Soweit in der vorliegenden Veröffentlichung Bundestagswahlergebnisse dokumentiert sind, beziehen sich diese ausschließlich auf die Zweitstimmen.

➔ **Stimmbezirke** bei Landtagswahlen bzw. ➔ Wahlbezirke bei Bundestagswahlen sind diejenigen Bezirke, in denen die einzelnen Wahlberechtigten registriert sind und in deren Wahllokal sie zur Urnenwahl gehen müssen, sofern sie keinen Wahlschein beantragt haben (mit dem sie u.a. an der Briefwahl teilnehmen können) oder der Wahl fernbleiben.
Die repräsentative Wahlstatistik wählt einzelne Stimm- bzw. Wahlbezirke für die getrennte Auszählung der Wähler und der gültigen Stimmen nach Alter und Geschlecht aus.

➔ **Wahlkreise**
Zusammenfassung mehrerer Stimm- oder Wahlbezirke als räumliche Gebiete mit ungefähr gleich großer Zahl von Wahlberechtigten, in denen der Kandidat mit den meisten (Erst-)stimmen ein Mandat für das zu wählende Parlament erhält. Das Land Nordrhein-Westfalen ist zur Zeit
- in 151 Landtagswahlkreise (1985) und
- in 71 Bundestagswahlkreise (1987) eingeteilt.

Zuschnitt und Zahl der Wahlkreise haben sich seit 1947 mehrfach geändert, s. Seiten 36/37.

➔ **Gebietstypen** wurden für die vorliegende Veröffentlichung durch Zusammenfassung mehrerer ähnlich strukturierter Gemeinden (als räumlich geschlossene Analyseregionen) gebildet, um die Fülle der unterschiedlichen Einzelergebnisse überschaubar zu machen und ggf. aussagefähige Hinweise für „gebietstypisch" abweichendes Wahlverhalten zu bekommen und – mittelbar – auch Aussagen über strukturell unterschiedene Wählergruppen, s. Seiten 86/87.

➔ **Hochburgen** einer Partei werden diejenigen Wahlgebiete (hier: Gemeinden) genannt, in denen die Partei traditionell ihre besten Wahlergebnisse erzielt hat. Für die vorliegende Veröffentlichung werden hierzu je Partei ihre 20 „besten" Gemeinden ausgewählt (Seite 103), für die Kartendarstellung (Seite 106) hingegen kamen die 50 besten Gemeinden in die Auswahl für eine abstufende „Hochburgen"- Kartierung. Im Kontrast zu den Hochburgen wurden auch die Wahlergebnisse in ...

➔ **Kontrastgemeinden** dargestellt; das sind hier die Gemeinden, in der eine Partei ihre 20 schlechtesten Wahlresultate erzielt hat.

Tabellen zu Kapitel 1

Tab. 3/4/5

Sitzverteilung im Landtag 1947 – 1985

Wahljahr	Landtagsmandate										
	insgesamt	davon entfielen auf									
		SPD		CDU		F.D.P.		Zentrum		KPD	
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1947	216	64	29,6	92	42,6	12	5,6	20	9,2	28	13,0
1950	215	68	31,6	93	43,3	26	12,1	16	7,4	12	5,6
1954	200	76	38,0	90	45,0	25	12,5	9	4,5	—	—
1958	200	81	40,5	104	52,0	15	7,5	—	—		
1962	200	90	45,0	96	48,0	14	7,0	—	—		
1966	200	99	49,5	86	43,0	15	7,5	—	—		
1970	200	94	47,0	95	47,5	11	5,5	—	—		
1975	200	91	45,5	95	47,5	14	7,0	—	—		
1980	201	106	52,7	95	47,3	—	—	—	—		
1985	227	125	55,1	88	38,7	14	6,2	—	—		

Tab. 7/9

Stimmenanteile bei den Landtagswahlen von 1947 – 1985 und ihre Veränderungen von Wahl zu Wahl

Wahljahr	Von den gültigen Stimmen entfielen auf						Veränderungen gegenüber vorhergehender Wahl					
	SPD	CDU	F.D.P.	Zentrum	KPD	Sonstige	SPD	CDU	F.D.P.	Zentrum	KPD	Sonstige
	%						Prozentpunkte					
1947	32,0	37,6	5,9	9,8	14,0	0,8	x	x	x	x	x	x
1950	32,3	36,9	12,1	7,5	5,5	5,7	+0,3	−0,7	+6,2	−2,3	−8,5	+4,9
1954	34,5	41,3	11,5	4,0	3,8	4,9	+2,2	+4,4	−0,6	−3,5	−1,7	−0,8
1958	39,2	50,5	7,1	1,1		2,2	+4,7	+9,2	−4,4	−2,9	−3,8	−2,8
1962	43,3	46,4	6,8	0,9		2,5	+4,1	−4,1	−0,2	−0,2		+0,3
1966	49,5	42,8	7,4	0,2		0,1	+6,2	−3,6	+0,6	−0,7		−2,4
1970	46,1	46,3	5,5	0,1		2,0	−3,4	+3,5	−1,9	−0,1		+1,9
1975	45,1	47,1	6,7	0,1		1,0	−1,0	+0,8	+1,2	−0,1		−1,0
1980	48,4	43,2	4,98	0		3,4	+3,3	−3,9	−1,7	—		+2,4
1985	52,1	36,5	6,0	0		5,4	+3,7	−6,7	+1,0	—		+2,0

Tab. 10/11.1

Wahlberechtigte, Wähler und Nichtwähler bei den Landtagswahlen von 1947 – 1985

Wahljahr	Wahlberechtigte		Von den Wahlberechtigten gaben ab gültige Stimmen für						ungültige Stimmen	waren Nichtwähler
	Wähler	Nichtwähler	SPD	CDU	F.D.P.	Zentrum	KPD	Sonstige		
	1 000		%							
1947	5 291	2 569	20,4	24,0	3,8	6,2	8,9	0,5	3,5	32,7
1950	6 433	2 459	22,6	25,7	8,4	5,2	3,8	4,0	2,6	27,7
1954	7 068	2 662	24,5	29,4	8,2	2,9	2,7	3,5	1,4	27,4
1958	8 046	2 462	29,7	38,2	5,4	0,8		1,6	0,9	23,4
1962	8 189	2 967	31,3	33,6	5,0	0,7		1,8	1,0	26,6
1966	8 642	2 650	37,4	32,4	5,6	0,1		0,1	0,9	23,5
1970	8 740	3 151	33,6	33,8	4,0	0,1		1,5	0,5	26,5
1975	10 358	1 677	38,5	40,1	5,7	0,1		0,9	0,9	13,9
1980	9 874	2 468	38,5	34,4	4,0	0		2,7	0,4	20,0
1985	9 561	3 145	38,9	27,3	4,5	0		4,0	0,5	24,8

Tab. 11.2

Veränderungen der Wähler- und Nichtwähleranteile*) von Wahl zu Wahl bei den Landtagswahlen von 1947 – 1985

Wahljahr	Veränderung gegenüber vorhergehender Wahl						
	SPD	CDU	F.D.P.	Zentrum	KPD	Sonstige	Nichtwähler
	Prozentpunkte						
1947	x	x	x	x	x	x	x
1950	+2,2	+1,7	+4,6	–1,0	–5,1	+3,5	– 5,0
1954	+1,9	+3,7	–0,2	–2,3	–1,1	–0,5	– 0,3
1958	+5,2	+8,8	–2,8	–2,1	–2,7	–1,9	– 4,0
1962	+1,6	–4,6	–0,4	–0,1		+0,2	+ 3,2
1966	+6,1	–1,2	+0,6	–0,6		–1,7	– 3,1
1970	–3,8	+1,4	–1,6	–		+1,4	+ 3,0
1975	+4,9	+6,3	+1,7	–		–0,6	–12,6
1980	–	–5,7	–1,7	–0,1		+1,8	+ 6,1
1985	+0,4	–7,1	+0,5	–		+1,3	+ 4,8

*) an den Wahlberechtigten

Tab. 13

Wähler- und Nichtwähleranteile sowie Stimmenanteile bei den Bundestags- und Landtagswahlen

Wahljahr	Anteile an den Wahlberechtigten				Anteile an den gültigen Stimmen			
	Nichtwähler	SPD	CDU	F.D.P.	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige (ohne KPD, Zentrum)
	%							
				Bundestagswahlen				
1949	18,8	25,5	30,0	7,0	31,4	36,9	8,6	6,6
1953	14,0	27,4	42,1	7,3	31,9	48,9	8,5	5,1
1957	11,5	29,6	48,1	5,6	33,5	54,4	6,3	5,1
1961	11,6	33,0	42,1	10,3	37,3	47,6	11,8	3,4
1965	12,4	37,3	41,3	6,7	42,6	47,1	7,6	2,7
1969	12,7	40,9	38,1	4,7	46,8	43,6	5,4	4,2
1972	8,2	46,3	37,6	7,2	50,4	41,0	7,8	0,8
1976	8,7	42,8	40,6	7,1	46,9	44,5	7,8	0,8
1980	11,0	41,7	36,1	9,7	46,8	40,6	10,9	1,7
1983	10,5	38,3	40,5	5,7	42,8	45,2	6,4	5,6
1987	14,6	36,6	34,0	7,1	43,2	40,1	8,4	7,5
				Landtagswahlen				
1947	32,7	20,4	24,0	3,8	32,0	37,6	5,9	0,8
1950	27,7	22,6	25,7	8,4	32,3	36,9	12,1	5,7
1954	27,4	24,5	29,4	8,2	34,5	41,3	11,5	4,9
1958	23,4	29,7	38,2	5,4	39,2	50,5	7,1	2,2
1962	26,6	31,3	33,6	5,0	43,3	46,4	6,9	2,5
1966	23,5	37,4	32,4	5,6	49,5	42,8	7,4	0,1
1970	26,5	33,6	33,8	4,0	46,1	46,3	5,5	2,0
1975	13,9	38,5	40,1	5,7	45,1	47,1	6,7	1,1
1980	20,0	38,5	34,4	4,0	48,4	43,2	4,9	3,4
1985	24,8	38,9	27,3	4,5	52,1	36,5	6,0	5,4

Tab. 15

Vorsprung bzw. Differenz der Stimmenanteile zwischen Parteien (-gruppen) bei den Bundestags- und Landtagswahlen in Prozentpunkten

Bundestagswahljahr	Stimmenvorsprung		Landtagswahljahr	Stimmenvorsprung		Stimmendifferenzen zwischen Parteien bzw. Parteiengruppen	
	SPD vor CDU	CDU vor SPD		SPD vor CDU	CDU vor SPD	(SPD + F.D.P.) — CDU	(CDU + F.D.P.) — SPD
1949		+ 5,5	1947		+ 5,6	+ 0,4	+11,4
1953		+17,0	1950		+ 4,6	+ 7,5	+16,7
1957		+20,9	1954		+ 6,8	+ 4,7	+18,3
1961		+10,3	1958		+11,3	— 4,2	+18,4
1965		+ 4,5	1962		+ 3,1	+ 3,8	+10,0
1969	+ 3,2		1966	+ 6,7		+14,1	+ 0,7
1972	+ 9,4		1970		+ 0,2	+ 5,3	+ 5,7
1976	+ 2,4		1975		+ 2,0	+ 4,7	+ 8,7
1980	+ 6,2		1980	+ 5,2		+10,1	— 0,3
1983		+ 2,4	1985	+15,6		+21,6	— 9,6
1987	+ 3,1						

Tab. 17

Nichtwähleranteile, ungültige Stimmen und Stimmenanteile der kleineren Parteien bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen

Wahljahr	Nichtwähler (Anteile an den Wahlberechtigten)	Ungültige Stimmen (Anteile an den abgegebenen Stimmen)	Stimmenanteile	
			kleinere[1] Parteien	Sonstige[2]
	%			
Bundestagswahlen				
1949	18,8	2,7	31,7	6,5
1953	14,0	2,9	19,2	5,1
1957	11,5	3,3	12,1	5,1
1961	11,6	2,9	15,1	3,4
1965	12,4	1,7	10,3	2,7
1969	12,7	1,4	9,6	4,2
1972	8,2	0,6	8,6	0,8
1976	8,7	0,7	8,6	0,8
1980	11,0	0,8	12,6	1,7
1983	10,5	0,7	12,0	5,6
1987	14,6	0,8	16,7	8,3
Landtagswahlen				
1947	32,7	5,0	30,5	0,8
1950	27,7	3,6	30,8	5,7
1954	27,4	2,1	24,2	4,9
1958	23,4	1,2	10,3	2,2
1962	26,6	1,3	10,3	2,5
1966	23,5	1,1	7,7	0,1
1970	26,5	0,7	7,6	2,0
1975	13,9	0,9	7,8	1,1
1980	20,0	0,5	8,4	3,4
1985	24,8	0,8	11,4	5,4
Kommunalwahlen				
1946	25,6	4,3	20,6	0,8
1948	31,0	5,6	26,5	2,1
1952	24,0	3,7	28,3	5,3
1956	23,1	2,5	17,6	4,0
1961	21,8	2,1	14,3	2,8
1964	23,8	2,1	10,3	1,4
1969	31,4	1,4	8,7	1,3
1975	13,6	1,2	8,4	1,2
1979	30,1	1,5	8,8	2,2
1984	34,2	1,5	15,3	10,4

1) F.D.P., KPD, Zentrum, Sonstige
2) Sonstige (ohne F.D.P. KPD, Zentrum)

Tab. 18/19

Briefwahlergebnisse bei Bundestags- und Landtagswahlen

Wahljahr	Von den gültigen Stimmen der Briefwähler entfielen auf				Abweichungen der Briefwahlergebnisse vom Gesamtergebnis				Anteile der Briefwähler an den gültigen Stimmen				
									insgesamt	je Partei			
	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige		SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige
	%				Prozentpunkte				%				
Bundestagswahlen													
1957	19,7	66,9	8,2	5,2	—13,8	+12,5	+1,9	—0,7	5,3	3,2	6,7	8,7	4,8
1961	25,9	56,4	15,1	2,6	—11,4	+ 8,8	+3,4	—0,8	6,3	4,5	7,6	8,2	4,9
1965	32,4	55,5	9,3	2,8	—10,2	+ 8,4	+1,7	+0,1	8,4	6,4	10,0	10,4	8,9
1969	38,7	49,8	7,4	4,1	— 8,1	+ 6,2	+2,0	—0,1	7,2	6,0	8,2	9,8	7,0
1972	41,3	47,7	10,2	0,8	— 9,1	+ 6,7	+2,4	—	7,1	5,9	8,3	9,3	8,1
1976	39,3	51,6	8,1	1,0	— 7,6	+ 7,1	+0,3	+0,2	11,2	9,5	13,1	11,7	15,1
1980	42,0	44,8	10,8	2,4	— 4,8	+ 4,2	—0,1	+0,7	15,2	13,7	16,8	15,1	18,7
1983	36,0	48,5	7,8	7,6	— 6,8	+ 3,3	+1,4	+2,0	10,9	9,2	11,8	13,4	11,7
1987	34,3	44,3	10,7	10,7	— 8,9	+ 4,2	+2,3	+2,3	11,7	9,3	12,9	14,9	14,9
Landtagswahlen													
1962	30,9	58,9	7,8	2,4	—12,4	+12,5	+0,9	—1,0	5,0	3,6	6,4	5,8	4,8
1966	38,6	52,8	8,4	0,2	—10,9	+10,0	+1,0	—0,1	8,0	6,3	9,9	9,0	11,7
1970	39,2	52,3	6,9	1,5	— 6,9	+ 6,0	+1,4	—0,6	10,0	8,5	11,3	12,6	7,5
1975	37,7	53,3	7,9	1,1	— 7,4	+ 6,2	+1,2	—	10,7	9,0	12,2	12,7	10,6
1980	41,2	47,9	6,0	4,9	— 7,2	+ 4,7	+1,0	+1,5	12,9	11,0	14,4	15,5	14,1
1985	44,4	41,3	7,3	7,0	— 7,7	+ 4,8	+1,3	+1,6	13,2	11,2	14,9	16,1	16,6

Tabellen zu Kapitel 2

Tab. 23

Entwicklung der Parteien, Stimmenanteile bei Reichstags- und Bundestagswahlen

Wahl	Anteile an den gültigen Stimmen bei Reichstagswahlen						
	USPD KPD	SPD	Zentrum		DSP DDP DVP	DNVP NSDAP	Sonstige
	%						
1920	18,8	17,2	36,6		17,4	7,8	2,2
Mai 1924	19,1	13,2	34,1		13,9	12,1	7,6
Dez. 1924	12,7	18,7	36,1		16,9	13,7	1,9
1928	13,6	22,1	30,2		17,6	10,8	5,7
1930	17,3	16,3	27,8		12,0	19,2	7,4
Juli 1932	19,4	14,9	30,3		1,9	31,2	2,3
Nov. 1932	21,8	14,0	29,4		2,5	29,6	2,7
1933	16,0	12,9	27,4		1,5	34,1	8,1
	Anteile an den gültigen Stimmen bei Bundestagswahlen						
	KPD	SPD	Zentrum	CDU	F.D.P.		Sonstige
	%						
1949	7,6	31,4	8,9	36,9	8,6		6,6
1953	2,9	31,9	2,7	48,9	8,5		5,1
1957		33,5	0,8	54,4	6,3		5,1
1961		37,3	x	47,6	11,8		3,4
1965		42,6	x	47,1	7,6		2,7
1969		46,8	0,2	43,6	5,4		4,0
1972		50,4	x	41,0	7,8		0,8
1976		46,9	x	44,5	7,8		0,8
1980		46,8	x	40,6	10,9		1,7
1983		42,8	x	45,2	6,4		5,6
1987		43,2	0,1	40,1	8,4		7,5

Tab. 24/25

Entwicklung der Parteien,
Wähler- und Nichtwähleranteile bei Reichtstags- und Bundestagswahlen

Wahl	Anteile an den Wahlberechtigten bei Reichstagswahlen							
	Nichtwähler	USPD KPD	SPD	Zentrum		DSP DDP DVP	DNVP NSDAP	Sonstige
	%							
1920	20,5	14,9	13,7	29,1		13,8	6,2	1,7
Mai 1924	22,2	14,9	10,3	26,5		10,8	9,4	5,9
Dez. 1924	22,7	9,8	14,5	27,9		13,1	10,6	1,5
1928	25,1	10,2	16,6	22,6		13,2	8,1	4,3
1930	16,9	14,4	13,5	23,1		10,0	16,0	6,1
Juli 1932	15,0	16,5	12,7	25,8		1,6	26,5	2,0
Nov. 1932	19,8	17,5	11,2	23,6		2,0	23,7	2,2
1933	11,1	14,2	11,5	24,4		1,3	30,3	7,2

	Anteile an den Wahlberechtigten bei Bundestagswahlen							
	Nichtwähler	KPD	SPD	Zentrum	CDU	F.D.P.		Sonstige
	%							
1949	18,8	6,2	25,5	7,2	30,0	7,0		5,4
1953	14,0	2,5	27,4	2,3	42,1	7,3		4,4
1957	11,5		29,6	0,7	48,1	5,6		4,4
1961	11,6		33,0	x	42,1	10,3		3,0
1965	12,4		37,3	x	41,3	6,7		2,4
1969	12,7		40,9	0,1	38,1	4,7		3,5
1972	8,2		46,3	x	37,6	7,2		0,7
1976	8,7		42,8	x	40,6	7,1		0,7
1980	11,0		41,7	x	36,1	9,7		1,5
1983	10,5		38,3	x	40,5	5,7		5,0
1987	14,6		36,6	0,1	34,0	7,1		7,0

Tab. 30/31

Stimmenanteile sowie Nichtwähleranteile bei den Bundestagswahlen 1949 – 1987 nach Ländergruppen

Partei / Wahlgebiet		Anteile an den gültigen Stimmen										
		1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987
		%										
SPD	Nordrhein-Westfalen	31,4	31,9	33,5	37,3	42,6	46,8	50,4	46,9	46,8	42,8	43,2
	Bundesgebiet	**29,2**	**28,8**	**31,8**	**36,2**	**39,3**	**42,7**	**45,8**	**42,6**	**42,9**	**38,2**	**37,0**
	Nördl. Bundesländer[1]	33,1	31,8	36,1	41,0	42,7	46,6	49,3	46,8	47,3	42,2	40,5
	Südl. Bundesländer[2]	24,0	23,9	26,8	31,5	34,0	36,4	39,8	36,2	36,6	31,9	30,2
CDU/CSU	Nordrhein-Westfalen	36,9	48,9	54,4	47,6	47,1	43,6	41,0	44,5	40,6	45,2	40,1
	Bundesgebiet	**31,0**	**45,2**	**50,2**	**45,3**	**47,6**	**46,1**	**44,9**	**48,6**	**44,5**	**48,8**	**44,3**
	Nördl. Bundesländer	21,1	36,3	40,4	36,9	42,3	41,5	40,4	43,7	38,7	44,2	40,7
	Südl. Bundesländer	35,6	50,1	55,0	50,4	52,2	51,6	51,2	55,4	51,7	54,8	49,8
F.D.P.	Nordrhein-Westfalen	8,6	8,5	6,3	11,8	7,6	5,4	7,8	7,8	10,9	6,4	8,4
	Bundesgebiet	**11,9**	**9,5**	**7,7**	**12,8**	**9,5**	**5,8**	**8,4**	**7,9**	**10,6**	**7,0**	**9,1**
	Nördl. Bundesländer	14,1	10,6	7,1	14,3	10,9	6,1	9,4	8,6	11,7	7,0	9,1
	Südl. Bundesländer	12,5	9,4	9,4	12,3	9,9	5,8	7,9	7,5	9,6	7,3	9,6
KPD	Nordrhein-Westfalen	7,6	2,9									
	Bundesgebiet	**5,7**	**2,2**									
	Nördl. Bundesländer	4,8	1,9									
	Südl. Bundesländer	5,2	2,0									
Zentrum	Nordrhein-Westfalen	8,9	2,7	0,8								
	Bundesgebiet	**3,1**	**0,8**	**0,9**								
	Nördl. Bundesländer	1,6	—	0,2								
	Südl. Bundesländer	—	—	1,5								
Sonstige	Nordrhein-Westfalen	6,6	5,1	5,1	3,4	2,7	4,2	0,8	0,8	1,7	5,6	8,4
	Bundesgebiet	**19,0**	**13,5**	**9,4**	**5,7**	**3,6**	**5,5**	**0,9**	**0,9**	**2,0**	**6,1**	**9,6**
	Nördl. Bundesländer	25,3	19,4	16,2	7,9	4,0	5,8	0,9	0,8	2,2	6,5	9,7
	Südl. Bundesländer	22,7	14,5	7,3	5,8	4,0	6,2	1,1	1,0	2,0	6,0	10,4
		Anteile an den Wahlberechtigten										
Nichtwähler	Nordrhein-Westfalen	20,4	14,0	12,0	11,6	12,4	12,7	8,2	8,7	11,0	10,5	14,6
	Bundesgebiet	**21,5**	**14,0**	**12,2**	**12,3**	**13,2**	**13,3**	**8,9**	**9,3**	**11,4**	**10,9**	**15,6**
	Nördl. Bundesländer	21,1	12,2	11,0	11,3	13,0	12,5	8,5	8,6	10,6	10,4	15,1
	Südl. Bundesländer	22,7	15,6	13,3	13,5	14,0	14,4	9,6	10,1	12,3	11,5	16,7

1) Nördliche Bundesländer: Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Hessen (ohne Nordrhein-Westfalen)
2) Südliche Bundesländer: Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland

Tab. 32/33

... und ihre Abweichungen vom Bundesergebnis

Abweichungen der Stimmenanteile vom Bundesergebnis											Partei / Wahlgebiet	
1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987		
Prozentpunkte												
+ 2,2	+3,1	+1,7	+1,1	+3,3	+4,1	+4,6	+4,3	+3,9	+4,6	+6,2	Nordrhein-Westfalen	**SPD**
+ 3,9	+3,0	+4,3	+4,8	+3,4	+3,9	+3,5	+4,2	+4,4	+4,0	+3,5	Nördl. Bundesländer[1)]	
— 5,2	—4,9	—5,0	—4,7	—5,3	—6,3	—6,0	—6,4	—6,3	—6,3	—6,8	Südl. Bundesländer[2)]	
+ 5,9	+3,7	+4,2	+2,3	—0,5	—2,5	—3,9	—4,1	—3,9	—3,6	—4,2	Nordrhein-Westfalen	**CDU/CSU**
— 9,9	—8,9	—9,8	—8,4	—5,3	—4,6	—4,5	—4,9	—5,8	—4,6	—3,6	Nördl. Bundesländer	
+ 4,6	+4,9	+4,8	+5,1	+4,6	+5,5	+6,3	+6,8	+7,2	+6,0	+5,5	Südl. Bundesländer	
— 3,3	—1,0	—1,4	—1,0	—1,9	—0,4	—0,6	—0,1	+0,3	—0,6	—0,7	Nordrhein-Westfalen	**F.D.P.**
+ 2,2	+1,1	—0,6	+1,5	+1,4	+0,3	+1,0	+0,7	+1,1	—	—	Nördl. Bundesländer	
+ 0,6	—0,1	+1,7	—0,5	+0,4	—	—0,5	—0,4	—1,0	+0,3	+0,5	Südl. Bundesländer	
+ 1,9	+0,7										Nordrhein-Westfalen	**KPD**
— 0,9	—0,3										Nördl. Bundesländer	
— 0,5	—0,2										Südl. Bundesländer	
+ 5,8	+1,9	—0,1									Nordrhein-Westfalen	**Zentrum**
— 1,5	—0,8	—0,7									Nördl. Bundesländer	
— 3,1	—0,8	+0,6									Südl. Bundesländer	
—12,4	—8,4	—4,3	—2,3	—0,9	—1,3	—0,1	—0,1	—0,3	—0,5	—1,2	Nordrhein-Westfalen	**Sonstige**
+ 6,3	+5,9	+6,8	+2,2	+0,4	+0,3	—	—0,1	+0,2	+0,4	+0,1	Nördl. Bundesländer	
+ 3,7	+1,0	—2,1	+0,1	+0,4	+0,7	+0,2	+0,1	—	—0,1	+0,8	Südl. Bundesländer	
Abweichungen der Nichtwähleranteile vom Bundesergebnis												
— 1,1	—	—0,2	—0,7	—0,8	—0,6	—0,7	—0,6	—0,4	—0,4	—1,0	Nordrhein-Westfalen	**Nichtwähler**
— 0,4	—1,8	—1,2	—1,0	—0,2	—0,8	—0,4	—0,7	—0,8	—0,5	—0,5	Nördl. Bundesländer	
+ 1,2	+1,6	+1,1	+1,2	+0,8	+1,1	+0,7	+0,8	+0,9	+0,6	+1,1	Südl. Bundesländer	

Tabellen zu Kapitel 3

Tab. 51/55

Stimmenanteile nach Altersgruppen bei den Bundestagswahlen 1953 bis 1987

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Anteile an den gültigen Stimmen											
	1953				1957				1961			
	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige
	%											
21 — 30	33,7	48,8	7,8	9,7	36,2	53,4	5,1	5,3	39,2	47,5	11,0	2,3
30 — 60	31,9	46,5	9,9	11,7	34,6	52,6	6,7	6,1	38,6	45,2	12,6	3,6
60 und mehr	26,4	54,9	7,7	11,0	28,8	59,4	5,7	6,1	32,2	54,0	10,3	3,5
	1965				1969							
	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige				
	%											
21 — 30	43,6	47,9	6,5	2,0	50,5	40,4	6,2	2,9				
30 — 45	48,4	41,8	7,3	2,5	51,4	39,1	5,7	3,8				
45 — 60	42,2	46,2	8,3	3,3	45,7	43,5	5,4	5,4				
60 und mehr	38,6	51,2	7,3	2,9	42,7	49,0	4,1	4,2				
	1972				1976				1980			
	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige
	%											
18 — 25	59,0	31,3	8,7	1,0	54,5	34,8	9,3	1,4	53,3	29,5	12,6	4,6
25 — 35	51,6	38,5	9,4	0,5	48,7	40,2	10,3	0,8	51,8	31,1	14,5	2,6
35 — 45	52,9	38,4	8,0	0,7	46,0	44,9	8,6	0,5	44,0	41,4	13,6	1,0
45 — 60	49,1	42,5	7,5	0,9	47,8	44,3	7,2	0,7	47,1	41,7	10,4	0,8
60 und mehr	45,7	48,1	5,5	0,7	45,8	48,7	5,0	0,5	46,4	45,9	7,1	0,6
	1983				1987							
	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige				
	%											
18 — 25	44,5	36,4	5,3	13,8	45,5	31,3	8,1	15,2				
25 — 35	45,2	37,7	6,0	11,1	46,7	29,2	7,3	16,8				
35 — 45	40,1	47,6	8,1	4,2	43,4	37,0	10,1	9,5				
45 — 60	45,2	45,5	6,6	2,7	45,6	41,1	9,0	4,3				
60 und mehr	44,9	48,3	5,3	1,5	44,3	46,6	6,5	2,6				

Tab. 57

Wähler- und Nichtwähleranteile nach Altersgruppen bei den Landtagswahlen 1954 — 1985

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Anteile an den Wahlberechtigten														
	1954					1958					1962				
	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler
	%														
21 — 30	23,8	24,8	6,5	7,1	37,8	28,2	34,3	4,0	2,0	31,5	27,4	30,2	3,4	2,1	36,9
30 — 60	26,1	27,6	9,9	9,8	26,6	32,6	38,5	6,3	2,7	19,9	33,7	32,8	5,3	3,6	24,6
60 und mehr	21,3	34,4	8,0	9,0	27,3	25,4	44,4	4,8	2,7	22,7	28,2	38,9	5,4	3,5	24,0
	1966					1970									
	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler					
	%														
18 — 21	x	x	x	x	x	31,5	24,2	4,6	1,8	37,9					
21 — 30	33,6	27,2	4,1	0,5	34,6	28,3	24,8	3,6	1,2	42,1					
30 — 45	42,1	27,9	5,2	1,0	23,8	35,3	30,3	3,8	1,8	28,8					
45 — 60	38,6	32,9	6,7	1,4	20,4	35,1	36,1	4,3	2,8	21,7					
60 und mehr	34,2	36,6	5,6	1,4	22,2	33,1	38,2	3,4	2,3	23,0					
	1975					1980					1985				
	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler
	%														
18 — 25	40,1	26,9	6,0	2,4	24,6	35,3	20,3	3,4	7,0	34,0	32,3	17,5	3,1	8,2	38,9
25 — 35	39,0	35,0	6,2	1,1	18,7	38,9	23,8	4,2	4,1	29,0	36,4	15,9	3,1	8,0	36,6
35 — 45	39,4	40,6	5,9	1,5	12,6	38,0	35,7	4,6	1,6	20,1	39,9	25,5	5,3	3,7	25,6
45 — 60	40,9	41,4	5,7	1,7	10,3	41,7	36,4	4,0	1,6	16,3	43,3	28,8	5,1	2,7	20,1
60 und mehr	36,5	44,0	4,5	2,0	13,0	38,6	38,0	3,3	1,6	18,5	40,1	32,5	4,0	1,7	21,7

Tab. 52

Stimmenanteile sowie Nichtwähleranteile nach Altersgruppen bei den Landtagswahlen 1954 — 1985

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Anteile an den gültigen Stimmen sowie Anteile der Nichtwähler an den Wahlberechtigten														
	1954					1958					1962				
	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler
	%														
21 — 30	38,3	39,8	10,5	11,4	37,8	41,2	50,1	5,9	2,8	31,5	43,7	48,3	5,4	2,6	36,9
30 — 60	35,5	37,6	13,5	13,4	26,6	40,7	48,1	7,8	3,4	19,9	45,2	44,0	7,1	3,7	24,6
60 und mehr	29,3	47,3	11,0	12,4	27,3	32,9	57,4	6,2	3,5	22,7	37,4	51,6	7,2	3,8	24,0
	1966					1970									
	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler					
	%														
18 — 21	x	x	x	x	x	50,9	39,1	7,4	2,6	37,9					
21 — 30	51,7	41,8	6,3	0,2	34,6	49,1	43,1	6,3	1,5	42,1					
30 — 45	55,8	37,0	6,9	0,3	23,8	50,0	42,8	5,4	1,8	28,8					
45 — 60	49,2	41,9	8,5	0,4	20,4	45,2	46,6	5,5	2,7	21,7					
60 und mehr	44,6	47,7	7,3	0,4	22,2	43,3	50,0	4,4	2,4	23,0					
	1975					1980					1985				
	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler
	%														
18 — 25	53,8	36,1	8,0	1,9	24,6	53,5	30,8	5,1	10,6	34,0	53,3	28,8	5,1	12,9	38,9
25 — 35	48,2	43,3	7,7	0,9	18,7	54,8	33,4	5,9	5,9	29,0	57,9	25,3	4,9	11,8	36,6
35 — 45	45,4	46,8	6,8	0,9	12,6	47,6	44,7	5,7	2,0	20,1	53,9	34,5	7,1	4,5	25,6
45 — 60	45,9	46,5	6,4	1,2	10,3	49,9	43,6	4,8	1,8	16,3	54,8	36,4	6,4	2,3	20,1
60 und mehr	42,5	51,3	5,2	0,9	13,0	47,4	47,5	4,0	1,0	18,5	51,5	41,9	5,2	1,4	21,7

Tab. 53

Abweichungen der Stimmenanteile der Altersgruppen vom Gesamtergebnis der jeweiligen Partei bei den Landtagswahlen 1954 — 1985

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Abweichungen der Stimmenanteile											
	1954				1958				1962			
	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige
	Prozentpunkte											
21 — 30	+3,7	— 0,3	—2,0	—1,4	+2,1	— 0,4	—1,2	—0,5	+0,6	+1,7	—1,4	—0,9
30 — 60	+0,9	— 2,5	+1,0	+0,6	+1,6	— 2,4	+0,7	+0,1	+2,1	—2,6	+0,3	+0,2
60 und mehr	—5,3	+ 7,2	—1,5	—0,4	—6,2	+ 6,9	—0,9	+0,2	—5,7	+5,0	+0,4	+0,3
	1966				1970							
	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige				
	Prozentpunkte											
18 — 21	x	x	x	x	+4,1	— 6,6	+2,0	+0,5				
21 — 30	+1,3	— 0,1	—1,0	—0,2	+2,3	— 2,6	+0,9	—0,6				
30 — 45	+5,4	— 4,9	—0,4	—0,1	+3,2	— 2,9	—	—0,3				
45 — 60	—1,2	—	+1,2	—	—1,6	+ 0,9	+0,1	+0,6				
60 und mehr	—5,8	+ 5,8	—	—	—3,5	+ 4,3	—1,0	+0,3				
	1975				1980				1985			
	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige
	Prozentpunkte											
18 — 25	+7,8	—10,2	+1,4	+0,1	+3,6	—11,0	+0,1	+7,3	—0,8	—6,1	—0,7	+7,7
25 — 35	+2,2	— 3,0	+1,1	—	+4,9	— 8,4	+0,9	+2,6	+3,8	—9,6	—0,9	+6,6
35 — 45	—0,6	+ 0,5	+0,2	—0,1	—2,3	+ 2,9	+0,7	—1,2	—0,2	—0,4	+1,3	—0,7
45 — 60	—0,1	+ 0,2	—0,2	—	—	+ 1,8	—0,2	—1,5	+0,7	+1,5	+0,6	—2,9
60 und mehr	—3,5	+ 5,0	—1,4	—	—2,5	+ 5,7	—1,0	—2,1	—2,6	+7,0	—0,6	—3,8

Tab. 58.1

Nichtwähleranteile nach Altersgruppen bei den Bundestagswahlen 1953 – 1987

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Anteile an den Wahlberechtigten									
	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987
	%									
18 — 21	x	x	x	x	x	13,5	15,2	18,6	14,6	20,1
21 — 25	23,1	18,7	19,3	21,3	21,5	14,5	16,1	20,1	18,1	24,3
25 — 30	19,7	14,7	14,7	16,6	17,6	10,6	13,0	17,4	16,7	22,8
30 — 35	14,7	11,2	10,3	13,3	13,6	8,8	10,2	13,6	13,2	19,9
35 — 40				11,0	12,0	7,0	8,2	11,1	10,4	15,5
40 — 45	11,6	9,0	8,3	10,0	10,8	6,1	7,2	9,5	8,7	13,0
45 — 50				9,8	9,9	5,5	6,2	8,9	7,8	11,6
50 — 60	10,6	8,7	10,0	9,4	9,6	5,2	5,9	7,4	7,1	9,9
60 — 70	11,8	9,9	8,2	10,3	10,1	6,0	5,8	7,4	7,4	9,8
70 und mehr	19,8	16,1	18,4	17,9	18,2	11,9	10,8	13,0	13,6	18,7

Tab. 58.2

Nichtwähleranteile nach Altersgruppen bei den Landtagswahlen 1954 – 1985

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Anteile an den Wahlberechtigten							
	1954	1958	1962	1966	1970	1975	1980	1985
	%							
18 — 21	x	x	x	x	37,9	23,3	31,6	35,3
21 — 25	38,4	32,7	39,0	37,3	44,0	25,5	35,5	41,0
25 — 30	37,1	30,3	35,3	33,1	40,7	20,9	31,7	39,2
30 — 35	30,6	23,1	28,0	27,1	33,5	16,5	25,9	33,7
35 — 40				22,8	28,0	13,4	21,8	27,2
40 — 45	25,5	18,7	23,7	21,2	24,2	11,7	18,8	24,1
45 — 50				20,7	22,3	10,4	17,8	22,0
50 — 60	23,7	17,9	22,0	20,3	21,4	10,2	15,6	19,0
60 — 70	24,0	18,9	21,3	19,0	19,9	10,3	14,8	17,7
70 und mehr	30,7	26,6	28,3	27,5	27,7	16,2	21,7	25,1

Tab. 59

Stimmenanteile, Wähler- und Nichtwähleranteile sowie deren Veränderungen bei den zeitlich aufeinanderfolgenden Bundestags- und Landtagswahlen 1976 – 1987

Wahl / Wahljahr	Anteile an den gültigen Stimmen				Anteile an den Wahlberechtigten				
	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	Nichtwähler
	Anteilswerte in %								
Bundestagswahl 1976	47,9	43,7	7,7	—	43,6	39,7	7,0	—	9,1
Landtagswahl 1980	49,9	41,8	5,0	2,8	38,9	32,6	3,9	2,2	22,1
Bundestagswahl 1983	44,2	44,1	6,3	5,0	39,2	39,2	5,6	4,4	11,2
Landtagswahl 1985	54,1	34,9	5,8	4,4	39,1	25,3	4,2	3,2	27,0
Bundestagswahl 1987	45,1	38,6	8,1	7,3	37,8	32,3	6,8	6,1	15,7
	Veränderungen in Prozentpunkten								
LW'80 gegenüber BW'76	+2,0	—1,9	—2,7	+2,8	—4,7	— 7,1	—3,1	+2,2	+13,0
BW'83 gegenüber LW'80	—5,7	+2,3	+1,3	+2,2	+0,3	+ 6,6	+1,7	+2,2	—10,9
LW'85 gegenüber BW'83	+9,9	—9,2	—0,5	—0,6	—0,1	—13,9	—1,4	—1,2	+15,8
BW'87 gegenüber LW'85	—9,0	+3,7	+2,3	+2,9	—1,3	+ 7,0	+2,6	+2,9	—11,3

Tab. 61

Wähler- und Nichtwähleranteile 1976 nach Altersgruppen und deren Veränderungen bei den zeitlich aufeinanderfolgenden Bundestags- und Landtagswahlen 1976 – 1987

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Anteile an den Wahlberechtigten und deren Veränderungen				
	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	Nichtwähler
	Bundestagswahl 1976 in %				
18 — 25	45,9	29,3	7,8		15,7
25 — 35	43,0	35,5	9,1		11,7
35 — 45	42,4	41,4	7,9		7,8
45 — 60	44,9	41,6	6,8		6,0
60 und mehr	42,1	44,8	4,6		8,0
	Veränderungen in Prozentpunkten				
	LW 1980 gegenüber BW 1976				
18 — 25	—10,6	— 9,0	—4,4	+6,7	+18,2
25 — 35	— 4,1	—11,8	—4,9	+3,8	+17,2
35 — 45	— 4,4	— 5,7	—3,3	+1,4	+12,3
45 — 60	— 3,1	— 5,1	—2,8	+1,2	+10,3
60 und mehr	— 3,4	— 6,1	—1,3	+0,5	+10,5
	BW 1983 gegenüber LW 1980				
18 — 25	+ 1,7	+ 9,9	+1,0	+4,2	—17,0
25 — 35	— 0,5	+ 8,3	+0,9	+5,1	—13,8
35 — 45	— 1,7	+ 7,4	+2,7	+2,1	—10,7
45 — 60	+ 0,1	+ 5,6	+2,1	+0,8	— 8,9
60 und mehr	+ 1,4	+ 4,4	+1,4	+0,5	— 7,7
	LW 1985 gegenüber BW 1983				
18 — 25	— 4,7	—12,7	—1,3	—3,9	+22,0
25 — 35	— 2,0	—10,1	—2,0	—0,5	+21,5
35 — 45	+ 3,6	—17,6	—2,0	—0,6	+16,2
45 — 60	+ 1,4	—13,3	—1,0	—0,7	+12,7
60 und mehr	—	—10,6	—0,7	—0,4	+10,9
	BW 1987 gegenüber LW 1985				
18 — 25	+ 2,4	+ 6,5	+3,1	+3,7	—15,9
25 — 35	— 0,2	+ 6,8	+2,6	+5,7	—15,2
35 — 45	— 2,9	+ 6,1	+3,4	+4,6	—11,2
45 — 60	— 3,4	+ 7,3	+2,9	+1,8	— 9,6
60 und mehr	— 2,7	+ 6,7	+1,4	+0,9	— 7,5

Tab. 62

Wähler- und Nichtwähleranteile nach Geschlecht der Wähler bei den Bundestagswahlen 1953 – 1987

Partei / Geschlecht		Anteile an den Wahlberechtigten[1]									
		1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987
		%									
SPD	Männer	30,1	33,2	36,4	42,3	44,2	47,6	44,3	42,0	38,6	38,5
	Frauen	23,5	24,9	28,3	33,1	37,7	44,9	43,0	41,7	39,3	37,1
CDU	Männer	37,7	42,8	36,7	35,4	32,5	36,1	38,7	34,7	38,2	31,7
	Frauen	44,8	49,5	44,4	43,4	40,7	38,6	40,7	34,2	39,5	32,9
F.D.P.	Männer	8,7	6,0	10,9	6,7	5,0	7,6	7,2	9,6	5,9	7,1
	Frauen	6,9	4,8	9,4	6,1	4,2	6,3	6,7	9,9	5,2	6,5
Sonstige	Männer	10,7	6,0	3,4	3,0	5,2	0,9	0,9	1,7	5,7	7,3
	Frauen	8,7	4,5	2,5	1,9	2,2	0,4	0,5	1,2	4,2	6,4
Nichtwähler	Männer	12,7	10,0	10,4	11,3	11,9	7,9	8,9	11,4	10,8	14,9
	Frauen	15,9	12,8	12,6	13,8	13,8	8,5	9,2	12,3	11,5	16,5

1) Alle Wahlberechtigten der Geschlechtsgruppe = 100 %

Tab. 63

Wähler- und Nichtwähleranteile nach Geschlecht der Wähler bei den Landtagswahlen 1954 – 1985

Partei / Geschlecht		Anteile an den Wahlberechtigten[1]							
		1954	1958	1962	1966	1970	1975	1980	1985
		%							
SPD	Männer	28,4	34,5	35,8	42,4	35,9	40,7	39,4	39,9
	Frauen	21,7	26,1	27,3	33,6	31,1	37,6	38,5	38,5
CDU	Männer	25,4	35,3	29,7	27,6	30,2	37,6	32,3	24,7
	Frauen	31,5	41,8	37,2	34,4	35,0	40,4	32,9	25,8
F.D.P.	Männer	10,1	6,0	5,3	5,9	4,1	5,4	3,8	4,6
	Frauen	8,0	5,0	4,6	5,1	3,5	5,6	4,0	3,9
Sonstige	Männer	10,0	2,8	3,0	0,3	2,3	1,4	3,0	4,1
	Frauen	8,4	2,3	2,1	0,2	0,9	0,7	2,1	3,4
Nichtwähler	Männer	26,1	20,7	25,4	22,8	27,0	14,0	21,4	26,1
	Frauen	30,4	24,2	28,3	25,9	28,9	15,1	22,6	27,8

1) Alle Wahlberechtigten der Geschlechtsgruppe = 100 %

Tab. 64

Vergleich der Anteilswerte bei Männern und Frauen
hier: Stimmen- sowie Nichtwähleranteile bei Reichstags- und Bundestagswahlen

Partei	Geschlecht der Wähler	Vorsprung[1] Männer- bzw. Frauenanteile											
		1924	1930	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987
		Prozentpunkte											
SPD	Männer (+)	3,5	2,6	6,5	8,0	8,1	9,2	6,4	1,9	1,3			0,8
	Frauen (+)										0,3	0,8	
Zentrum/ CDU	Männer (+)										0,1		
	Frauen (+)	16,6	13,3	10,1	10,3	10,5	10,9	10,6	3,7	2,3		1,5	2,3
DDP DVP DSP/ F.D.P.	Männer (+)	0,1		1,7	1,1	1,4	0,5	0,9	1,2	0,5		0,8	0,6
	Frauen (+)		0,9								0,5		
Sonstige[2]	Männer (+)	12,1	11,6	1,7	1,2	1,0	1,2	3,4	0,6	0,5	0,6	1,6	0,9
	Frauen (+)												
Nichtwähler[3]	Männer (+)												
	Frauen (+)	6,4	10,2	3,2	2,8	2,2	2,5	1,9	0,6	0,3	0,9	0,7	1,5

1) Differenz zwischen dem jeweils größeren und kleineren Anteilswert
2) 1924/1930 insbesondere KPD, 1969 insbesondere NPD, ab 1983 insbesondere die GRÜNEN
3) Anteile an den Wahlberechtigten

Tab. 65

Vergleich der Anteilswerte bei Männern und Frauen nach Altersgruppen
hier: Stimmen- sowie Nichtwähleranteile bei ausgewählten Wahlen

Wahljahr	Altersgruppe der Wähler	Vorsprung[1] Männer- bzw. Frauenanteile									
		SPD		CDU		F.D.P.		Sonstige[2]		Nichtwähler[3]	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
		Prozentpunkte									
Landtagswahl											
1954	21 — 30	6,9			9,7	1,3		1,5			1,4
	30 — 60	7,1			11,3	2,5		1,7			3,1
	60 und mehr	7,5			10,6	2,4		0,7			12,3
1966	21 — 30	7,6			8,1	0,5		—	—	0,3	
	30 — 45	9,8			9,8		0,1	0,1			1,3
	45 — 60	9,8			11,3	1,3		0,2			4,2
	60 und mehr	10,0			11,9	1,7		0,2			9,5
1975	18 — 25	0,3			0,9		0,5	1,1			1,2
	25 — 35	2,6			2,4		0,8	0,6		1,0	
	35 — 45	2,8			2,7		0,6	0,6		0,3	
	45 — 60	4,0			4,4		0,6	1,0			2,0
	60 und mehr	2,9			4,0	0,2		0,9			4,7
1985	18 — 25		2,0	2,5		0,3			0,8		3,4
	25 — 35		1,0	0,4		0,4		0,3			0,1
	35 — 45	0,8			1,7	0,2		0,6		0,6	
	45 — 60	1,5			2,5	0,9		0,1			1,7
	60 und mehr	1,0			2,9	1,1		0,8			7,4
Bundestagswahl											
1983	18 — 25		3,6	2,3		0,2		1,0			1,7
	25 — 35		2,4	0,4		—	—	1,8		0,6	
	35 — 45		1,0		0,3	0,4		0,7		0,8	
	45 — 60	0,3			1,7	1,1		—	—		0,4
	60 und mehr	0,8			2,8	1,1		0,6			3,4

1) Differenz zwischen dem jeweils größeren und kleineren Anteilswert
2) Bei der L'54 überwiegend Zentrum, bei der B'83 und L'85 nur GRÜNE
3) Anteile an den Wahlberechtigten

Tab. 67.1/67.2

Anteile an den gültigen Stimmen insgesamt und an den Wahlberechtigten nach Altersgruppen und Geschlecht bei der Landtagswahl 1985

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Anteile an den Wahlberechtigten			Anteile an den gültigen Stimmen		
	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen
	%					
18 — 25	**15,0**	**12,5**	**13,7**	**13,3**	**10,8**	**11,9**
18 — 21	5,6	4,7	5,1	.	.	.
21 — 25	9,4	7,8	8,6	.	.	.
25 — 35	**19,4**	**16,3**	**17,7**	**16,9**	**14,7**	**15,7**
25 — 30	10,4	8,7	9,4	.	.	.
30 — 35	9,0	7,6	8,3	.	.	.
35 — 45	**16,5**	**14,1**	**15,2**	**16,9**	**15,3**	**16,1**
35 — 40	8,2	6,9	7,5	.	.	.
40 — 45	8,3	7,2	7,7	.	.	.
45 — 60	**28,4**	**24,6**	**26,4**	**31,1**	**27,2**	**29,1**
45 — 50	10,9	9,3	10,1	.	.	.
50 — 60	17,5	15,3	16,3	.	.	.
60 und mehr	**20,7**	**32,4**	**27,0**	**21,8**	**32,0**	**27,2**
60 — 70	10,5	13,6	12,2	.	.	.
70 und mehr	10,2	18,8	14,8	.	.	.
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Tab. 67.3

Anteile an den gültigen Stimmen je Partei nach Altersgruppen und Geschlecht bei der Landtagswahl 1985

Altersgruppe von ... bis unter Jahren	Anteile an den gültigen Stimmen							
	SPD		CDU		F.D.P.		GRÜNE	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	%							
18 — 25	12,7	10,9	11,8	8,2	11,1	9,7	31,0	32,1
25 — 35	17,8	16,0	12,8	10,2	13,8	12,8	38,3	38,5
35 — 45	16,9	15,2	16,9	15,0	19,7	19,7	15,0	13,8
45 — 60	31,7	27,4	32,5	28,5	34,7	29,8	10,8	10,8
60 und mehr	20,9	30,5	26,0	38,1	20,7	28,0	5,0	4,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

Tab. 68/69

Anteile*) der Altersgruppen an den Wahlberechtigten nach Geschlecht der Wähler bei den Bundestagswahlen 1953 und 1983 sowie gemäß der Prognose für 1991

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Anteile an den Wahlberechtigten					
	Bundestagswahl		Prognose 1991	Veränderungen		Nichtwähler 1983
	1953	1983		1983 gegenüber 1953	1991 gegenüber 1983	
	%			Prozentpunkte		%
Männer						
18 — 21	7,3	5,8	4,6	—1,5	—1,2	7,3
21 — 25	8,0	9,2	8,5	+1,2	—0,7	14,8
25 — 30	10,6	9,9	11,4	—0,7	—1,5	15,5
30 — 35	16,2	9,0	10,1	+0,6	+1,1	11,4
35 — 40		7,8	8,8		+1,0	7,9
40 — 45	21,1	10,4	7,8	+0,1	—2,6	8,7
45 — 50		10,8	8,0		—2,8	7,9
50 — 60	18,0	17,0	18,5	—1,0	+1,5	10,5
60 — 70	11,0	10,1	13,3	—0,9	+3,2	5,9
70 und mehr[1]	7,5	10,0	8,8	+2,5	—1,2	10,0
Insgesamt	100	100	100	x	x	100
Frauen						
18 — 21	5,8	4,7	3,9	—1,1	—0,8	6,4
21 — 25	6,4	7,7	7,2	+1,3	—0,5	12,6
25 — 30	9,8	8,5	9,6	—1,3	+1,1	12,1
30 — 35	18,0	7,8	8,6	—3,4	+0,8	8,6
35 — 40		6,8	7,6		+0,8	5,8
40 — 45	22,0	9,1	6,8	—3,5	—2,3	6,5
45 — 50		9,4	7,2		—2,2	6,4
50 — 60	17,7	15,6	16,6	—2,1	+1,1	10,2
60 — 70	12,5	13,5	15,1	+1,0	+1,6	9,4
70 und mehr[1]	7,7	16,9	17,3	+9,2	+0,4	22,0
Insgesamt	100	100	100	x	x	100

*) In den entsprechenden Abb. 68.1, 68.2 und 69 werden die hier aufgeführten Anteilswerte auf einzelne Altersjahrgänge umgerechnet dargestellt.

1) Diese Altersgruppe wird in den Abbildungen nach Zehnjahresgruppen abgestuft dargestellt, proportional zu den entsprechenden Anteilswerten für die Wohnbevölkerung.

Tab. 71

Stimmen- sowie Nichtwähleranteile bei der Bundestagswahl 1983 nach Gemeindegrößenklassen und die Abweichungen vom Gesamtergebnis nach Altersgruppen

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Partei	Anteile und Abweichungen in Gemeinden von ... bis unter ... Einwohnern					
		unter 10 000	10 000 — 20 000	20 000 — 50 000	50 000 — 100 000	100 000 — 200 000	200 000 und mehr
		Anteilswerte in %					
Insgesamt	SPD	33,8	35,2	39,1	44,7	49,1	48,9
	CDU	53,7	53,5	49,7	43,6	40,0	38,7
	F.D.P.	7,7	6,9	6,4	6,3	5,6	6,1
	GRÜNE	4,4	4,0	4,3	4,9	4,8	5,9
	Nichtwähler[1]	7,6	8,9	9,4	10,8	11,5	13,1
		Abweichungen vom Gesamtergebnis[2] in Prozentpunkten					
18 — 25	SPD	—11,1	— 7,4	— 4,4	+1,1	+ 4,6	+ 5,6
	CDU	+ 4,6	+ 1,5	— 1,6	—8,1	—12,3	—14,5
	F.D.P.	— 0,5	— 0,5	— 1,0	—1,3	— 0,9	— 1,2
	GRÜNE	+ 6,9	+ 6,2	+ 6,8	+8,1	+ 8,4	+ 9,8
	Nichtwähler[1]	+ 0,7	+ 2,9	+ 3,1	+5,8	+ 5,1	+ 8,3
25 — 35	SPD	— 8,2	— 8,2	— 3,5	+1,8	+ 6,5	+ 5,6
	CDU	+ 4,9	+ 4,8	+ 0,4	—6,6	—10,1	—13,8
	F.D.P.	+ 1,0	+ 0,6	—	—	— 1,1	— 0,7
	GRÜNE	+ 2,4	+ 2,8	+ 3,0	+4,8	+ 4,7	+ 8,5
	Nichtwähler[1]	— 1,3	+ 0,4	+ 1,8	+4,0	+ 4,9	+ 6,0
35 — 45	SPD	—13,2	—12,3	— 9,5	—4,1	+ 1,4	+ 0,9
	CDU	+11,9	+12,0	+ 9,8	+3,5	— 0,8	— 2,6
	F.D.P.	+ 3,2	+ 2,7	+ 1,7	+2,0	+ 0,8	+ 1,7
	GRÜNE	— 1,9	— 2,3	— 1,8	—1,4	— 1,5	—
	Nichtwähler[1]	— 6,0	— 4,6	— 3,9	—2,5	— 1,1	+ 0,6
45 — 60	SPD	—10,2	— 8,3	— 3,4	+1,6	+ 6,3	+ 5,6
	CDU	+12,1	+10,9	+ 6,2	+0,5	— 3,4	— 3,4
	F.D.P.	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,3	+0,5	— 0,2	+ 0,3
	GRÜNE	— 3,2	— 3,3	— 3,1	—2,6	— 2,8	— 2,5
	Nichtwähler[1]	— 7,5	— 6,0	— 5,5	—4,3	— 3,2	— 2,0
60 und mehr	SPD	— 9,6	— 8,8	— 5,2	+1,5	+ 4,9	+ 5,3
	CDU	+11,7	+13,5	+10,0	+3,5	+ 0,7	— 0,4
	F.D.P.	+ 1,8	— 0,3	— 0,6	—1,4	— 1,8	— 1,2
	GRÜNE	— 3,9	— 4,3	— 4,2	—3,8	— 4,0	— 3,7
	Nichtwähler[1]	— 2,1	— 1,9	— 1,7	—1,2	— 0,6	+ 0,6

1) Anteile an den Wahlberechtigten
2) Gesamtergebnis = Urnenwahlergebnis der „repräsentativen Wahlstatistik": SPD — 44,2 %
CDU — 44,1 %
F.D.P. — 6,3 %
GRÜNE — 5,0 %
Nichtwähler — 11,2 %

Tab. 73

Wähler- und Nichtwähleranteile bei den Landtagswahlen 1975 – 1985 nach Altersgruppen und Gemeindegrößenklassen

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Partei / Nichtwähler	Wahljahr	Anteile an den Wahlberechtigten in Gemeinden von ... bis unter ... Einwohnern: unter 10 000	10 000 – 20 000	20 000 – 50 000	50 000 – 100 000	100 000 – 200 000	200 000 und mehr
			%					
18 — 25	SPD	1975	27,4	33,0	37,3	40,8	45,2	43,4
		1980	30,9	31,6	33,3	36,1	39,2	36,7
		1985	30,5	30,6	31,6	32,5	35,4	33,1
	CDU	1975	49,8	40,8	33,2	26,9	23,3	20,6
		1980	31,6	27,4	25,1	20,1	17,2	15,6
		1985	25,6	23,8	21,8	17,3	15,3	13,0
	F.D.P.	1975	4,3	5,0	5,9	5,7	6,7	6,4
		1980	3,0	3,6	3,5	3,2	3,3	3,3
		1985	4,3	3,7	3,3	3,2	2,6	2,8
	Kleinere Parteien[1]	1975	5,2	6,2	7,0	7,2	8,2	8,2
		1980	9,5	10,0	10,1	9,7	10,2	10,9
		1985	12,5	10,7	11,0	10,9	10,5	11,1
	Nichtwähler	1975	17,6	20,0	22,5	25,1	23,3	27,7
		1980	28,1	30,9	31,5	34,2	33,3	36,7
		1985	31,5	34,9	35,4	39,4	38,7	42,7
25 — 35	SPD	1975	28,1	31,5	35,3	39,4	43,9	41,8
		1980	34,6	36,1	36,7	40,0	42,9	39,7
		1985	35,6	34,4	35,8	37,8	39,5	36,8
	CDU	1975	53,2	48,4	41,7	35,1	31,6	28,6
		1980	37,6	33,3	30,5	22,7	19,4	18,1
		1985	27,1	23,4	20,8	15,8	13,0	11,3
	F.D.P.	1975	4,6	5,3	5,9	6,3	6,2	6,8
		1980	4,2	4,4	3,8	4,1	4,1	4,4
		1985	4,2	3,5	3,3	3,2	2,5	3,0
	Kleinere Parteien[1]	1975	5,6	6,0	6,5	6,8	6,9	7,7
		1980	7,2	7,5	6,8	7,8	7,7	9,9
		1985	11,5	9,9	9,3	9,5	9,4	12,5
	Nichtwähler	1975	13,0	14,2	16,5	18,8	17,6	22,0
		1980	20,5	23,1	25,8	29,6	30,1	32,3
		1985	25,9	32,4	34,2	37,0	38,2	39,5
35 — 45	SPD	1975	24,4	31,1	36,5	40,0	44,2	42,5
		1980	32,4	33,7	35,7	38,8	41,5	39,5
		1985	38,3	36,4	37,7	40,9	43,2	41,5
	CDU	1975	62,8	54,7	47,0	40,7	37,1	34,5
		1980	49,1	45,9	41,6	36,1	32,0	29,8
		1985	33,8	34,2	31,3	26,1	21,6	20,3
	F.D.P.	1975	4,6	4,8	5,9	6,2	5,7	6,2
		1980	4,5	4,7	4,4	4,5	5,0	5,7
		1985	7,6	6,2	5,8	5,0	5,2	4,7
	Kleinere Parteien[1]	1975	5,5	5,6	6,5	7,0	6,7	7,0
		1980	5,7	6,0	6,1	5,8	6,6	7,4
		1985	11,1	8,7	8,6	8,1	9,0	8,8
	Nichtwähler	1975	7,4	8,6	10,0	12,4	12,1	16,0
		1980	12,8	14,6	16,5	19,3	20,0	24,3
		1985	17,0	20,6	22,5	24,9	26,2	29,6
45 — 60	SPD	1975	26,3	30,8	37,2	41,2	46,1	44,1
		1980	32,1	36,5	39,3	42,7	45,6	43,6
		1985	38,4	38,8	42,4	43,4	47,0	45,6
	CDU	1975	61,1	55,5	47,8	42,4	36,4	36,3
		1980	51,2	45,6	42,1	36,0	32,0	31,8
		1985	39,5	38,2	33,4	30,2	25,0	24,1
	F.D.P.	1975	4,6	5,5	5,7	5,7	5,5	5,9
		1980	3,9	4,0	3,9	4,0	4,1	4,0
		1985	5,9	5,8	5,5	5,3	4,9	4,7
	Kleinere Parteien[1]	1975	5,9	6,7	6,7	6,7	6,8	6,9
		1980	4,9	5,0	5,3	5,7	5,7	5,3
		1985	7,5	7,4	7,3	7,3	6,9	6,5
	Nichtwähler	1975	6,7	7,1	8,3	9,7	10,6	12,7
		1980	11,5	12,6	13,4	15,4	16,6	19,2
		1985	14,6	15,7	16,9	19,1	21,1	23,8
60 und mehr	SPD	1975	20,8	27,4	33,3	35,8	41,1	39,7
		1980	31,8	34,0	34,4	39,1	41,4	41,2
		1985	34,5	35,2	36,7	41,2	43,5	42,7
	CDU	1975	62,8	56,8	49,9	45,8	39,9	40,2
		1980	50,1	48,1	44,4	39,1	35,1	34,4
		1985	39,4	41,3	38,0	32,9	29,6	28,6
	F.D.P.	1975	3,5	4,2	4,3	4,9	4,4	4,5
		1980	3,3	3,4	3,3	3,4	3,4	3,3
		1985	6,9	4,9	4,4	4,1	3,7	3,7
	Kleinere Parteien[1]	1975	5,1	5,0	5,1	5,7	5,6	5,3
		1980	3,8	3,9	4,1	4,3	4,5	4,0
		1985	7,9	5,6	5,5	5,4	5,0	4,8
	Nichtwähler	1975	11,3	10,9	11,7	12,7	13,4	14,8
		1980	14,3	13,9	17,2	17,5	18,9	20,3
		1985	18,5	17,7	19,9	20,6	22,0	23,9

1) einschl. F.D.P.

Tab. 75

Wähler- u. Nichtwähleranteile nach Gebiets- u. Alterstypen*) bei Landtags- und Bundestagswahlen

Partei	Wahljahr	Anteile an den Wahlberechtigten			
		jüngere Wähler[1] (bis unter 35 Jahre)		ältere Wähler[1] (45 und mehr Jahre)	
		Land (unter 20 000 Einw.)	Großstadt (über 100 000 Einw.)	Land (unter 20 000 Einw.)	Großstadt (über 100 000 Einw.)
		%			
		Landtagswahlen			
SPD	1975	31,2	42,9	28,1	42,2
	1985	32,7	35,7	37,0	44,4
CDU	1975	46,3	25,7	57,4	38,2
	1985	24,2	12,4	39,7	26,6
F.D.P.	1975	5,0	6,6	4,7	5,1
	1985	3,7	2,8	5,6	4,2
GRÜNE	1975	—	—	—	—
	1985	6,0	7,8	0,8	1,0
Nichtwähler	1975	16,5	23,6	8,9	13,4
	1985	32,5	40,4	16,6	23,4
		Bundestagswahlen			
SPD	1976	37,8	48,3	34,8	47,6
	1983	31,5	41,0	32,9	44,6
CDU	1976	44,0	26,2	54,1	37,6
	1983	41,9	25,2	52,3	38,0
F.D.P.	1976	7,5	9,1	5,1	5,9
	1983	5,7	4,4	6,4	5,1
GRÜNE	1976	—	—	—	—
	1983	8,2	11,1	1,2	1,6
Nichtwähler	1976	10,2	15,2	5,4	8,2
	1983	12,3	17,7	6,9	10,3

*) zusammengefaßte Gemeindegrößenklassen bzw. Altersgruppen
1) bzw. Nichtwähler

Tabellen zu Kapitel 4

Tab. 79

Stimmenanteile bei den Bundestagswahlen 1976 – 1987 nach Regierungsbezirken sowie höchster/niedrigster Stimmenanteil auf Wahlkreis- bzw. Gemeindeebene

Partei	Nordrhein-Westfalen	Regierungsbezirk					Wahlkreise[1]		Gemeinden	
		Arnsberg	Düsseldorf	Münster	Detmold	Köln	höchster	niedrigster	höchster	niedrigster
		Anteile an den gültigen Stimmen in %								
Bundestagswahl 1976										
SPD	46,9	51,5	48,7	46,2	42,4	42,3	66,2	27,2	68,2	10,4
CDU	44,5	40,8	42,1	47,2	48,3	48,2	67,9	28,0	87,1	25,9
F.D.P.	7,8	7,0	8,4	5,8	8,7	8,7	12,9	3,8	14,6	1,7
Bundestagswahl 1980										
SPD	46,8	51,3	48,5	46,1	42,5	42,4	64,7	27,1	66,0	12,6
CDU	40,6	37,4	38,0	43,4	44,3	43,8	63,0	26,1	82,4	24,1
F.D.P.	10,9	9,7	11,7	8,8	11,5	12,0	16,4	6,4	18,5	3,6
Bundestagswahl 1983										
SPD	42,8	47,0	45,1	41,4	37,6	38,9	61,6	23,1	62,5	11,7
CDU	45,2	42,2	42,8	47,6	49,0	47,9	66,1	31,0	80,9	29,9
F.D.P.	6,4	5,3	6,5	5,4	7,5	7,4	11,8	2,8	13,8	2,9
GRÜNE	5,2	5,0	5,1	5,2	5,5	5,4	9,5	3,6	9,5	2,4
Bundestagswahl 1987										
SPD	43,2	48,0	44,9	43,1	39,5	38,1	63,2	25,7	64,8	14,2
CDU	40,1	37,5	38,2	41,9	43,1	42,5	58,8	26,7	73,9	25,6
F.D.P.	8,4	6,8	8,6	6,9	8,9	10,3	14,7	3,5	18,0	3,3
GRÜNE	7,5	6,9	7,4	7,3	7,5	8,2	14,3	4,9	14,2	3,1

1) Die Wahlkreiseinteilung bei der Bundestagswahl 1976 stimmt nicht genau mit den bei den nachfolgenden Bundestagswahlen gültigen Wahlkreisgrenzen überein.

Tab. 82/83

Stimmenanteile bei der Landtagswahl 1985 nach Strukturmerkmalen der Gemeinden

Strukturmerkmal Anteil ... von ... bis unter ... %	An gültigen Stimmen entfielen auf			Strukturmerkmal Anteil an den Beschäftigten insgesamt von ... bis unter ... %	An gültigen Stimmen entfielen auf		
	SPD	CDU	F.D.P.		SPD	CDU	F.D.P.
	%				%		
Katholiken[1]				**Landwirtschaft[4]**			
bis unter 35	55,5	32,3	6,6	bis unter 2,5	56,1	32,4	5,8
35 — 50	62,3	28,0	4,5	2,5 — 5,5	49,3	39,9	6,1
50 — 65	53,6	34,3	6,3	5,5 — 10	44,4	44,2	6,6
65 — 80	45,6	42,2	6,8	10 — 20	39,4	49,6	6,3
80 und mehr	38,2	51,9	5,4	20 und mehr	35,8	53,4	6,4
Arbeiter[2]				**Industrie[4][5]**			
bis unter 30	41,4	42,6	8,6	bis unter 20	41,7	44,8	7,5
30 — 40	49,9	37,6	6,6	20 — 30	52,0	36,0	6,2
40 — 45	50,9	37,6	6,2	30 — 40	54,5	34,7	5,5
45 — 55	56,6	33,5	5,0	40 — 50	51,7	37,7	5,8
55 und mehr	50,1	40,7	5,1	50 und mehr	55,0	34,7	5,6
Große Wohnungen[3]				**Handel und Dienstleistungen[4]**			
bis unter 20	59,8	29,3	5,2	bis unter 40	49,8	39,8	5,8
20 — 30	56,0	32,7	5,6	40 — 50	50,4	39,1	5,8
30 — 40	51,5	36,4	6,7	50 — 60	54,6	35,0	5,3
40 — 50	47,7	41,1	6,3	60 — 70	53,5	34,8	6,0
50 und mehr	39,1	50,0	6,3	70 und mehr	48,7	36,8	7,5

1) Anteil an der Gesamtbevölkerung (1970)
2) am Ort der Beschäftigung; gemäß Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten gemäß Schätzung des LDS (1985)
3) Anteil der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen (einschl. Küchen) an der Gesamtzahl der Wohnungen (1985)
4) am Ort der Beschäftigung; gemäß Beschäftigtenschätzung des LDS (1985)
5) Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, ohne Baugewerbe

Tab. 87.1-2 / 91

Stimmenanteile nach Gebietstypen

Partei	Nordrhein-Westfalen	Gebietstyp: Ruhrgebiet insgesamt	Ruhrgebiet Kernzone	Rheinisches Verdichtungsgebiet insgesamt	Rheinisches Verdichtungsgebiet Kernzone	Ländliche und sonstige Gebiete insgesamt	Ländliche und sonstige Gebiete ausgeprägt evangelische Gebiete	Ländliche und sonstige Gebiete ausgeprägt katholische Gebiete	Alte Universitätsstädte
	Anteile an den gültigen Stimmen in %								
Bundestagswahl 1976[1)]									
SPD	47,5	58,1	59,3	44,7	46,5	39,7	49,2	30,8	37,1
CDU	43,9	34,4	33,4	45,3	42,6	52,5	40,6	63,8	51,9
F.D.P.	7,8	6,6	6,4	9,2	10,1	7,3	9,5	5,1	10,1
Sonstige	0,7	0,9	0,9	0,8	0,9	0,5	0,6	0,4	0,9
Bundestagswahl 1983									
SPD	42,8	53,8	55,3	40,7	42,7	34,7	43,7	27,0	33,9
CDU	45,2	36,3	35,0	46,0	43,4	53,2	42,7	62,3	47,9
F.D.P.	6,4	4,5	4,1	7,5	7,6	6,8	7,9	6,0	9,8
Sonstige	5,6	5,4	5,6	5,7	6,3	5,2	5,6	4,6	8,4
Landtagswahl 1985									
SPD	52,1	63,0	64,4	49,9	51,8	44,8	54,4	36,6	41,7
CDU	36,5	27,6	26,6	37,5	35,1	44,1	33,4	53,2	41,3
F.D.P.	6,0	4,1	3,7	7,3	7,4	6,1	7,0	5,5	8,6
Sonstige	5,4	5,3	5,3	5,4	5,8	5,0	5,2	4,6	8,4

1) ohne Briefwähler in den kreisangehörigen Gemeinden

Tab. 87.3 / 89

Strukturmerkmale der Gebietstypen

Strukturmerkmal	Nordrhein-Westfalen	Gebietstyp: Ruhrgebiet insgesamt	Ruhrgebiet Kernzone	Rheinisches Verdichtungsgebiet insgesamt	Rheinisches Verdichtungsgebiet Kernzone	Ländliche und sonstige Gebiete insgesamt	Ländliche und sonstige Gebiete ausgeprägt evangelische Gebiete	Ländliche und sonstige Gebiete ausgeprägt katholische Gebiete	Alte Universitätsstädte
Anteilswerte in %									
Große Wohnungen[1)]	31,3	22,1	18,6	28,7	24,3	45,8	42,9	54,9	30,2
Katholiken[2)]	52,5	43,7	45,7	58,1	51,3	53,4	10,7	84,4	68,5
Arbeiter[3)]	41,7	44,5	43,6	39,6	38,3	44,0	45,4	42,9	28,8
Beschäftigte[4)]									
Landwirtschaft	2,8	0,9	0,4	1,5	0,7	6,8	6,6	10,3	0,7
Industrie[5)]	33,9	35,6	32,9	34,2	33,4	35,8	38,2	32,3	15,2
Handel und Dienstleistungen	57,5	57,1	60,0	59,0	60,9	51,3	49,4	50,3	79,9
Abweichungen vom Landesergebnis in Prozentpunkten									
Große Wohnungen[1)]	x	−9,2	−12,7	−2,6	−7,0	+14,5	+11,6	+23,6	− 1,1
Katholiken[2)]	x	−8,8	− 6,8	+5,6	−1,2	+0,9	−41,8	+31,9	+16,0
Arbeiter[3)]	x	+2,8	+ 1,9	−2,1	−3,4	+ 2,3	+ 3,7	+ 1,2	−12,9
Beschäftigte[4)]									
Landwirtschaft	x	−1,9	− 2,4	−1,3	−2,1	+ 4,0	+ 3,8	+ 7,5	− 2,1
Industrie[5)]	x	+1,7	− 1,0	+0,3	−0,5	+ 1,9	+ 4,3	− 1,7	−18,7
Handel und Dienstleistungen	x	−0,4	+ 2,5	+1,5	+3,4	− 6,2	− 8,1	− 7,2	+22,4

1) Anteil der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen (einschl. Küchen) an der Gesamtzahl der Wohnungen (1985)
2) Anteil an der Gesamtbevölkerung (1970)
3) am Ort der Beschäftigung; gemäß Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten gemäß Schätzung des LDS (1985)
4) am Ort der Beschäftigung; gemäß Beschäftigtenschätzung des LDS (1985)
5) Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, ohne Baugewerbe

Tab. 93

Entwicklung der Stimmenanteile bei den Bundestagswahlen 1949 – 1987 nach Landesteilen

Partei	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987
	Anteile an den gültigen Stimmen in %										
Nordrhein-Westfalen insgesamt											
SPD	**31,4**	**31,9**	**33,5**	**37,3**	**42,6**	**46,8**	**50,4**	**46,9**	**46,8**	**42,8**	**43,2**
CDU	**36,9**	**48,9**	**54,4**	**47,6**	**47,1**	**43,6**	**41,0**	**44,5**	**40,6**	**45,2**	**40,1**
F.D.P.	**8,6**	**8,5**	**6,3**	**11,8**	**7,6**	**5,4**	**7,8**	**7,8**	**10,9**	**6,4**	**8,4**
Sonstige	**23,1**	**10,7**	**5,9**	**3,4**	**2,7**	**4,2**	**0,8**	**0,8**	**1,7**	**5,6**	**8,4**
Ruhrgebiet 1)											
SPD	37,2	40,1	44,0	46,5	52,4	55,2	60,0	57,5	56,9	53,4	54,1
CDU	30,9	42,4	46,8	40,7	39,1	36,2	32,6	35,0	31,9	36,6	32,3
F.D.P.	7,7	7,1	5,0	9,3	5,9	4,5	6,6	6,6	9,5	4,5	5,8
Sonstige	24,2	10,4	4,2	3,5	2,6	4,1	0,8	0,9	1,7	5,5	7,8
Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet											
SPD	28,5	27,7	29,2	32,2	37,3	42,4	45,3	41,6	41,8	37,7	38,1
CDU	39,9	52,3	57,2	51,4	51,4	47,5	45,5	49,3	44,9	49,4	43,7
F.D.P.	9,1	9,2	6,7	13,0	8,5	5,9	8,4	8,4	11,6	7,3	9,6
Sonstige	22,5	10,9	6,9	3,4	2,8	4,2	0,8	0,7	1,7	5,6	8,6

1) in der räumlichen Abgrenzung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet bzw. des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk

Tab. 94/95

Wähler- und Nichtwähleranteile*) und deren Veränderungen nach Gebietstypen

Partei / Nichtwähler	Nordrhein-Westfalen	Gebietstyp: Ruhrgebiet insgesamt	Ruhrgebiet Kernzone	Rheinisches Verdichtungsgebiet insgesamt	Rheinisches Verdichtungsgebiet Kernzone	Ländliche und sonstige Gebiete insgesamt	Ländliche und sonstige Gebiete: ausgeprägt evangelische Gebiete	Ländliche und sonstige Gebiete: ausgeprägt katholische Gebiete	Alte Universitätsstädte
Wähleranteile zur Bundestagswahl 1976[1] in %									
SPD	**40,7**	**51,0**	**53,1**	**37,9**	**39,7**	**33,1**	**40,6**	**25,8**	**33,5**
CDU	**37,6**	**30,2**	**29,9**	**38,3**	**36,4**	**43,7**	**33,5**	**53,4**	**46,8**
F.D.P.	**6,7**	**5,8**	**5,7**	**7,8**	**8,6**	**6,1**	**7,9**	**4,2**	**9,1**
Sonstige	**0,6**	**0,8**	**0,8**	**0,7**	**0,7**	**0,4**	**0,5**	**0,3**	**0,8**
Nichtwähler	**13,8**	**11,7**	**9,9**	**14,5**	**13,7**	**16,1**	**16,9**	**15,7**	**9,3**
Veränderung der Wähleranteile in Prozentpunkten									
BW'80 gegenüber BW'76[1]									
SPD	+ 0,6	— 0,6	— 1,8	+ 0,8	+ 0,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,9	— 0,6
CDU	— 1,8	— 2,4	— 3,1	— 2,1	— 2,6	— 0,3	— 0,1	— 0,3	— 5,8
F.D.P.	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,4	+ 2,9	+ 3,4
Sonstige	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,2
Nichtwähler	— 2,8	— 0,4	+ 1,9	— 2,5	— 1,4	— 6,4	— 6,7	— 6,8	+ 1,6
BW'83 gegenüber BW'80									
SPD	— 3,3	— 2,8	— 2,6	— 2,8	— 2,5	— 4,1	— 3,8	— 4,2	— 2,7
CDU	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,0	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,5	+ 4,8	+ 3,6	+ 1,7
F.D.P.	— 3,9	— 4,3	— 4,4	— 4,3	— 4,9	— 3,1	— 4,2	— 1,6	— 3,8
Sonstige	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,6	+ 2,9	+ 5,5
Nichtwähler	— 0,5	— 0,3	— 0,3	— 0,8	— 0,8	— 0,5	— 0,5	— 0,5	— 0,6
LW'85 gegenüber BW'83									
SPD	+ 0,9	— 0,5	— 1,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 2,8	+ 2,4	+ 3,7	+ 0,9
CDU	—12,8	—11,4	—11,1	—13,2	—12,7	—14,4	—12,7	—15,7	—11,9
F.D.P.	— 1,2	— 0,9	— 0,8	— 1,3	— 1,3	— 1,5	— 1,8	— 1,2	— 2,3
Sonstige	— 1,0	— 0,9	— 0,9	— 1,2	— 1,4	— 0,9	— 1,0	— 0,6	— 1,3
Nichtwähler	+14,3	+13,7	+13,9	+15,1	+15,3	+13,9	+13,2	+13,7	+14,6
BW'87 gegenüber BW'83									
SPD	— 1,4	— 1,6	— 1,7	— 2,4	— 2,9	+ 0,3	— 0,2	+ 1,3	— 2,7
CDU	— 6,1	— 5,1	— 5,0	— 6,2	— 6,0	— 7,4	— 6,4	— 8,5	— 6,3
F.D.P.	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,9
Sonstige	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 3,8
Nichtwähler	+ 4,1	+ 4,0	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,5	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,4

*) Anteile der gültigen Stimmen je Partei bzw. der Nichtwähler an den Wahlberechtigten insgesamt
1) Ergebnisse der BW'76 ohne Briefwähler in den kreisangehörigen Gemeinden

Tab. 97/98/99

Stimmenanteile nach Altersgruppen der Wähler und Gebietstypen

Partei	Altersgruppe der Wähler (von ... bis unter ... Jahren)	Nordrhein-Westfalen	Gebietstyp: Ruhrgebiet insgesamt	Ruhrgebiet Kernzone[1]	Rheinisches Verdichtungsgebiet insgesamt	Rheinisches Verdichtungsgebiet Kernzone	Ländliche und sonstige Gebiete insgesamt	Ländliche und sonstige Gebiete ausgeprägt evangelische Gebiete	Ländliche und sonstige Gebiete ausgeprägt katholische Gebiete	Alte Universitätsstädte
		Anteile an den gültigen Stimmen in %								
		Bundestagswahl 1980								
SPD	18 — 25	53,3	63,7	69,3	49,8	52,4	46,4	56,0	39,3	46,8
	25 — 35	51,8	63,0	67,9	48,1	50,9	43,6	51,9	36,4	46,9
	35 — 45	44,0	54,9	62,1	40,5	42,5	37,5	47,1	30,3	36,1
	45 — 60	47,1	58,4	65,7	43,3	45,6	39,3	49,5	31,4	33,3
	60 und mehr	46,4	57,0	61,9	43,2	45,7	39,2	49,0	28,5	34,3
CDU	18 — 25	29,5	20,6	16,7	31,3	27,7	37,2	25,1	46,7	29,5
	25 — 35	31,1	22,2	19,7	32,4	28,7	40,1	28,8	50,5	30,0
	35 — 45	41,4	32,1	27,7	42,4	39,7	49,8	37,3	60,4	45,1
	45 — 60	41,6	31,7	26,4	43,5	40,4	50,4	37,4	61,1	52,2
	60 und mehr	45,8	36,5	32,8	47,8	44,7	53,4	42,2	66,1	55,0
F.D.P.	18 — 25	12,6	11,5	10,1	14,0	14,7	11,8	14,1	9,6	16,3
	25 — 35	14,5	12,3	10,3	16,7	17,4	14,0	16,9	11,4	17,8
	35 — 45	13,6	12,0	9,5	15,8	16,4	12,0	14,9	8,6	17,8
	45 — 60	10,4	8,9	6,9	12,1	12,7	9,6	12,2	7,0	13,8
	60 und mehr	7,1	5,7	4,5	8,3	8,9	6,9	8,1	4,9	10,3
GRÜNE	18 — 25	4,0	3,5	3,3	4,2	4,4	4,1	4,3	4,0	6,5
	25 — 35	1,9	1,7	1,3	2,1	2,2	1,7	2,0	1,4	4,1
	35 — 45	0,7	0,6	0,3	0,8	0,8	0,6	0,6	0,5	0,7
	45 — 60	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,4	0,6	0,4	0,4
	60 und mehr	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
		Bundestagswahl 1983								
SPD	18 — 25	44,5	56,8	64,2	42,1	44,5	36,0	47,2	28,9	35,7
	25 — 35	45,2	56,2	62,2	42,4	45,5	36,4	44,3	30,7	38,4
	35 — 45	40,1	51,7	58,6	37,1	39,4	31,7	41,0	25,3	35,0
	45 — 60	45,3	57,5	64,4	41,4	43,9	36,5	47,4	28,6	32,4
	60 und mehr	44,9	55,9	61,6	41,8	44,5	36,8	46,4	27,1	33,2
CDU	18 — 25	36,4	26,3	21,2	38,0	35,0	45,2	33,3	53,9	36,0
	25 — 35	37,6	28,8	26,0	39,2	35,4	47,3	38,0	54,9	32,0
	35 — 45	47,5	38,6	34,6	48,6	46,1	56,3	45,4	64,3	46,3
	45 — 60	45,4	35,3	29,9	47,6	45,1	54,3	42,5	63,7	52,7
	60 und mehr	48,2	38,9	34,9	50,6	47,6	55,8	44,9	66,8	55,7
F.D.P.	18 — 25	5,3	3,2	2,3	6,3	6,2	5,8	5,9	5,5	8,4
	25 — 35	6,0	3,7	2,9	7,2	6,9	6,9	7,5	6,8	9,9
	35 — 45	8,1	5,4	3,4	9,6	9,4	8,7	10,0	7,8	12,0
	45 — 60	6,6	4,4	3,0	8,1	7,9	7,0	7,6	6,1	11,6
	60 und mehr	5,3	3,5	2,1	6,0	6,1	6,1	7,2	5,2	9,4
GRÜNE	18 — 25	13,1	12,9	11,4	13,2	13,8	12,4	12,6	11,2	19,5
	25 — 35	10,5	10,5	8,5	10,7	11,5	8,9	9,6	7,3	19,2
	35 — 45	3,9	3,8	2,7	4,4	4,7	3,0	3,4	2,3	6,6
	45 — 60	2,2	2,3	2,2	2,5	2,6	1,8	2,1	1,4	2,9
	60 und mehr	1,1	1,1	0,9	1,2	1,3	0,9	1,1	0,6	1,3
		Landtagswahl 1985								
SPD	18 — 25	53,3	64,0	71,6	50,8	53,1	46,4	59,1	38,6	43,7
	25 — 35	57,9	68,8	74,3	54,6	57,3	50,6	59,3	43,5	46,5
	35 — 45	53,9	64,9	72,1	50,6	53,6	46,1	56,6	38,1	47,5
	45 — 60	54,8	66,6	74,2	50,9	53,5	46,9	59,0	37,2	41,6
	60 und mehr	51,5	62,3	68,5	48,4	51,7	43,7	53,1	33,7	37,9
CDU	18 — 25	28,8	19,5	15,3	30,6	28,3	36,0	23,1	44,7	31,0
	25 — 35	25,3	16,4	13,7	27,0	24,0	34,2	25,0	42,8	23,5
	35 — 45	34,5	25,7	21,6	36,0	33,0	42,5	30,0	52,1	35,5
	45 — 60	36,4	26,6	21,3	38,7	36,3	44,6	31,8	54,9	44,9
	60 und mehr	41,9	32,7	28,1	44,1	40,9	49,1	38,8	60,0	52,7
F.D.P.	18 — 25	5,1	3,1	1,8	6,3	6,0	5,4	6,3	5,3	8,0
	25 — 35	4,9	3,1	2,0	6,3	6,2	5,1	5,7	5,3	7,7
	35 — 45	7,1	4,7	2,3	8,7	8,3	7,5	9,2	6,6	10,3
	45 — 60	6,4	4,2	2,4	8,0	7,8	6,7	7,2	6,1	11,2
	60 und mehr	5,2	3,5	2,2	6,0	5,8	5,9	6,9	5,0	7,8
GRÜNE	18 — 25	11,5	12,0	9,9	10,9	11,3	10,9	10,2	10,1	16,0
	25 — 35	10,6	10,3	8,7	10,9	11,3	9,1	9,3	7,5	20,7
	35 — 45	3,9	4,0	3,3	4,1	4,3	3,3	3,8	2,7	6,3
	45 — 60	1,6	1,8	1,3	1,7	1,7	1,3	1,6	1,3	1,8
	60 und mehr	0,8	0,9	0,6	0,8	0,9	0,7	0,9	0,6	1,0

1) hier im engeren Sinne die „Emscherzone": umfaßt die Bundestagswahlkreise 85, 86, 88, 89, 112, 114 sowie die Städte Castrop-Rauxel, Gelsenkirchen und Gladbeck

Tab. 100/101

Wähler- und Nichtwähleranteile*) nach Altersgruppen der Wähler bzw. Nichtwähler und Gebietstypen

Partei / Nichtwähler	Altersgruppe (von ... bis unter ... Jahren)	Nordrhein-Westfalen	Gebietstyp: Ruhrgebiet insgesamt	Ruhrgebiet Kernzone	Rheinisches Verdichtungsgebiet insgesamt	Rheinisches Verdichtungsgebiet Kernzone	Ländliche und sonstige Gebiete insgesamt	Ländliche und sonstige Gebiete ausgeprägt evangelische Gebiete	Ländliche und sonstige Gebiete ausgeprägt katholische Gebiete	Alte Universitätsstädte
		Anteile an den Wahlberechtigten in %								
		Bundestagswahl 1980								
SPD	18 — 25	42,5	50,4	51,0	38,7	40,3	38,2	46,2	32,7	37,6
	25 — 35	43,3	52,1	52,1	39,5	41,2	37,7	45,1	31,6	38,9
	35 — 45	39,0	48,3	48,7	35,2	36,5	34,3	42,7	28,2	31,8
	45 — 60	42,9	53,0	53,9	38,9	40,7	36,3	45,3	29,3	30,5
	60 und mehr	40,9	50,2	50,6	37,8	39,8	34,6	42,9	25,6	30,5
CDU	18 — 25	23,5	16,3	15,4	24,3	21,3	30,6	20,7	38,8	23,7
	25 — 35	26,0	18,3	17,6	26,6	23,3	34,7	25,1	43,8	24,9
	35 — 45	36,7	28,3	27,0	37,0	34,0	45,5	33,8	56,2	39,6
	45 — 60	37,9	28,8	27,7	39,1	36,1	46,5	34,2	57,0	47,8
	60 und mehr	40,4	32,1	31,5	41,9	38,9	47,1	36,9	59,4	48,9
F.D.P.	18 — 25	10,0	9,1	8,9	10,9	11,3	9,7	11,6	7,9	13,1
	25 — 35	12,1	10,2	9,8	13,7	14,1	12,1	14,7	9,9	14,8
	35 — 45	12,1	10,6	10,3	13,7	14,1	11,0	13,5	8,0	15,6
	45 — 60	9,4	8,1	7,8	10,9	11,4	8,9	11,2	6,5	12,7
	60 und mehr	6,3	5,1	4,8	7,3	7,7	6,1	7,1	4,4	9,1
GRÜNE	18 — 25	3,2	2,8	2,7	3,3	3,4	3,4	3,5	3,3	5,3
	25 — 35	1,6	1,4	1,5	1,7	1,8	1,5	1,8	1,2	3,4
	35 — 45	0,6	0,5	0,5	0,7	0,7	0,5	0,6	0,4	0,6
	45 — 60	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,5	0,4	0,3
	60 und mehr	0,2	0,3	0,3	0,2	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3
Nichtwähler	18 — 25	19,8	20,4	20,9	21,9	22,6	17,1	17,1	16,1	19,3
	25 — 35	16,0	16,9	17,9	17,5	18,5	13,2	12,7	12,9	16,6
	35 — 45	10,6	11,3	12,5	12,1	13,2	7,9	8,7	6,4	11,5
	45 — 60	8,4	8,7	9,1	9,4	10,0	6,8	7,5	5,8	7,9
	60 und mehr	10,8	10,8	11,3	11,3	11,8	10,2	11,1	8,5	10,0
		Bundestagswahl 1983								
SPD	18 — 25	37,6	46,9	47,2	35,4	37,5	31,2	40,4	25,4	29,9
	25 — 35	38,6	47,5	47,6	35,9	38,5	31,7	38,2	26,8	33,0
	35 — 45	36,6	46,4	46,5	33,9	36,0	29,4	37,6	23,8	31,8
	45 — 60	42,0	53,0	53,3	38,5	40,9	34,1	43,6	26,8	29,9
	60 und mehr	40,2	50,0	49,9	37,7	40,1	32,9	40,6	24,2	29,4
CDU	18 — 25	30,8	21,7	20,4	31,9	29,5	39,2	28,6	47,3	30,2
	25 — 35	32,1	24,4	22,8	33,2	29,9	41,2	32,7	48,0	27,5
	35 — 45	43,3	34,7	32,8	44,4	42,1	52,2	41,7	60,4	42,0
	45 — 60	42,1	32,5	30,9	44,3	42,0	50,6	39,1	59,7	48,6
	60 und mehr	43,2	34,8	33,3	45,5	42,9	49,8	39,3	59,7	49,3
F.D.P.	18 — 25	4,5	2,7	2,5	5,3	5,3	5,1	5,0	4,9	7,0
	25 — 35	5,1	3,2	2,8	6,1	5,8	6,0	6,5	6,0	8,5
	35 — 45	7,4	4,8	4,4	8,8	8,6	8,1	9,2	7,4	10,9
	45 — 60	6,2	4,0	3,5	7,5	7,4	6,5	7,0	5,7	10,7
	60 und mehr	4,8	3,1	2,6	5,4	5,5	5,4	6,3	4,6	8,3
GRÜNE	18 — 25	11,1	10,6	10,5	11,1	11,6	10,7	10,8	9,8	16,3
	25 — 35	9,0	8,9	9,1	9,1	9,7	7,7	8,3	6,3	16,5
	35 — 45	3,5	3,4	3,5	4,0	4,3	2,8	3,1	2,2	6,0
	45 — 60	2,1	2,1	2,0	2,3	2,4	1,7	1,9	1,3	2,6
	60 und mehr	1,0	1,0	1,0	1,1	1,2	0,8	1,0	0,5	1,2
Nichtwähler	18 — 25	16,9	18,0	18,4	18,6	19,3	14,3	15,8	12,9	15,8
	25 — 35	15,2	16,1	17,0	16,8	17,4	12,6	12,3	12,1	13,8
	35 — 45	9,6	10,9	12,0	10,2	11,1	7,5	7,6	6,5	8,8
	45 — 60	7,6	8,4	9,1	8,3	8,8	5,7	5,9	5,0	7,5
	60 und mehr	10,9	11,3	11,8	11,3	11,7	10,0	11,4	8,8	10,4
		Landtagswahl 1985								
SPD	18 — 25	32,1	38,3	38,0	29,6	30,4	29,3	37,6	25,3	25,9
	25 — 35	36,1	42,8	42,3	32,8	33,7	32,8	38,5	29,0	29,9
	35 — 45	39,6	47,1	46,8	36,3	37,8	35,6	43,7	30,1	34,7
	45 — 60	43,0	52,0	52,0	38,9	40,5	38,1	48,0	30,7	32,6
	60 und mehr	39,8	48,5	48,9	36,6	38,6	34,2	41,6	27,0	29,3
CDU	18 — 25	17,4	11,7	10,9	17,8	16,2	22,8	14,7	29,2	18,4
	25 — 35	15,8	10,2	9,4	16,2	14,1	22,2	16,2	28,5	15,1
	35 — 45	25,3	18,7	17,5	25,8	23,3	32,8	23,2	41,1	25,9
	45 — 60	28,6	20,8	19,6	29,6	27,5	36,2	25,9	45,3	35,1
	60 und mehr	32,3	25,4	24,2	33,3	30,6	38,4	30,4	48,0	40,7
F.D.P.	18 — 25	3,1	1,8	1,6	3,7	3,5	3,4	4,0	3,5	4,7
	25 — 35	3,1	1,9	1,7	3,8	3,6	3,3	3,7	3,5	4,9
	35 — 45	5,2	3,4	2,9	6,2	5,8	5,8	7,1	5,2	7,5
	45 — 60	5,1	3,3	2,8	6,1	5,9	5,4	5,9	5,0	8,7
	60 und mehr	4,0	2,7	2,4	4,6	4,3	4,6	5,4	4,0	6,0
GRÜNE	18 — 25	6,9	7,2	7,0	6,3	6,5	6,9	6,5	6,6	9,5
	25 — 35	6,6	6,4	6,7	6,6	6,6	5,9	6,0	5,0	13,3
	35 — 45	2,9	2,9	3,1	2,9	3,0	2,5	3,0	2,1	4,6
	45 — 60	1,3	1,4	1,3	1,3	1,3	1,1	1,3	1,1	1,4
	60 und mehr	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,5	0,7	0,5	0,8
Nichtwähler	18 — 25	39,3	39,9	41,2	41,5	42,4	36,2	36,3	33,6	40,2
	25 — 35	37,1	37,5	38,6	39,6	40,9	34,1	34,0	32,5	35,2
	35 — 45	26,1	26,9	28,5	28,1	29,2	22,6	22,5	20,7	26,6
	45 — 60	20,7	21,3	23,1	22,7	23,7	17,5	17,0	16,1	20,8
	60 und mehr	22,2	22,0	22,8	23,7	24,8	20,8	21,4	18,7	21,9

*) Anteil der gültigen Stimmen je Partei bzw. der Nichtwähler an den Wahlberechtigten insgesamt

Tab. 103

Stimmenanteile in den Hochburgen*) von SPD und CDU

Nordrhein-Westfalen / Partei-Hochburgen	An gültigen Stimmen entfielen auf			
	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE
	%			
Bundestagswahl 1983				
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**42,8**	**45,2**	**6,4**	**5,2**
SPD-Hochburgen	56,7	34,0	3,8	4,9
CDU-Hochburgen	15,5	75,9	5,0	3,4
Landtagswahl 1985				
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**52,1**	**36,5**	**6,0**	**4,6**
SPD-Hochburgen	65,9	25,2	3,6	4,4
CDU-Hochburgen	24,4	67,3	4,5	2,9
Bundestagswahl 1987				
Nordrhein-Westfalen insgesamt	**43,2**	**40,1**	**8,4**	**7,5**
SPD-Hochburgen	57,7	29,8	4,8	6,9
CDU-Hochburgen	19,0	69,1	6,7	4,5

*) die 20 Gemeinden mit dem höchsten Stimmenanteil für die jeweilige Partei bei der jeweiligen Bundes-/Landtagswahl

Tab. 107

Strukturmerkmale der Parteien-Hochburgen*)

Strukturmerkmal	Hochburgen der ...			
	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNEN
Anteilswerte in %				
Große Wohnungen[1]	20,2	68,2	39,2	26,8
Katholiken[2]	42,1	91,5	59,6	55,7
Arbeiter[3]	45,8	46,7	31,2	33,7
Beschäftigte[4]				
Landwirtschaft	0,5	22,1	2,6	0,9
Industrie[5]	38,0	30,5	19,9	22,9
Handel und Dienstleistungen	55,3	37,8	72,4	71,6
Abweichungen vom Landesergebnis in Prozentpunkten				
Große Wohnungen[1]	—11,1	+36,9	+ 7,9	— 4,5
Katholiken[2]	—10,4	+39,0	+ 7,1	+ 3,2
Arbeiter[3]	+ 4,2	+ 5,0	—10,5	— 8,0
Beschäftigte[4]				
Landwirtschaft	— 2,3	+19,3	— 0,2	— 1,9
Industrie[5]	+ 4,0	— 3,5	—14,0	—11,0
Handel und Dienstleistungen	— 2,2	—19,8	+14,9	+14,0

*) die 20 Gemeinden mit dem höchsten Stimmenanteil für die jeweilige Partei bei der Landtagswahl 1985
1) Anteil der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen (einschl. Küchen) an der Gesamtzahl der Wohnungen (1985)
2) Anteil an der Gesamtbevölkerung (1970)
3) am Ort der Beschäftigung; gemäß Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten gemäß Schätzung des LDS (1985)
4) am Ort der Beschäftigung; gemäß Beschäftigtenschätzung des LDS (1985)
5) Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, ohne Baugewerbe

Tab. 109

Wähleranteile*) und deren Veränderungen in den Parteien-Hochburgen sowie in Kontrastgemeinden

Ausgewählte Gemeindegruppe a) = ... Hochburgen[1] b) = ... Kontrastgemeinden[2]			Anteile an den Wahlberechtigten in % und deren Veränderungen in Prozentpunkten				
			SPD	CDU	F.D.P.	Sonstige	Nichtwähler
SPD-Hochburgen	Bundestagswahl 1976[3]	a)	**53,2**	29,3	5,8	0,8	10,4
		b)	14,6	68,8	2,9	0,3	12,9
	BW 1983 gegenüber BW 1976	a)	−4,1	+ 1,1	−2,1	+4,1	+ 1,0
		b)	−0,4	+ 0,9	+2,4	+3,1	− 6,2
	LW 1985 gegenüber BW 1983	a)	−0,9	−11,0	−0,9	−1,0	+13,8
		b)	+5,3	−18,1	−1,3	−0,4	+14,0
	BW 1987 gegenüber BW 1983	a)	−1,7	− 4,9	+0,8	+1,7	+ 4,0
		b)	+2,7	− 9,8	+1,4	+1,5	+ 3,9
CDU-Hochburgen	Bundestagswahl 1976[3]	a)	14,9	**69,2**	2,5	0,3	12,5
		b)	52,6	26,4	5,1	0,7	14,4
	BW 1983 gegenüber BW 1976	a)	−0,4	+ 1,1	+2,3	+2,9	− 6,0
		b)	−1,8	+ 3,4	−1,6	+4,0	− 3,8
	LW 1985 gegenüber BW 1983	a)	+5,3	−17,8	−1,2	−0,4	+13,6
		b)	−0,7	−11,1	−0,7	−0,9	+13,4
	BW 1987 gegenüber BW 1983	a)	+2,5	− 9,5	+1,2	+1,5	+ 4,0
		b)	−1,6	− 4,8	+0,8	+1,6	+ 4,0
F.D.P.-Hochburgen	Bundestagswahl 1976[3]	a)	35,7	40,7	**10,3**	0,7	12,1
		b)	23,8	59,5	2,4	0,4	13,4
	BW 1983 gegenüber BW 1976	a)	−1,9	− 0,7	−1,4	+5,9	− 1,9
		b)	−1,4	+ 2,8	+1,6	+2,7	− 5,9
	LW 1985 gegenüber BW 1983	a)	+1,5	−12,7	−2,0	−1,3	+14,4
		b)	+4,2	−16,4	−1,0	−0,3	+13,2
	BW 1987 gegenüber BW 1983	a)	−1,9	− 6,3	+1,8	+2,7	+ 3,6
		b)	+1,8	− 8,3	+1,2	+1,6	+ 3,5
Nordrhein-Westfalen	Bundestagswahl 1976[3]		40,7	37,6	6,7	0,6	13,8
	BW 1983 gegenüber BW 1976		−2,7	+ 2,5	−1,0	+4,4	− 3,3
	LW 1985 gegenüber BW 1983		+0,9	−12,8	−1,2	−1,0	+14,3
	BW 1987 gegenüber BW 1983		−1,4	− 6,1	+1,4	+2,1	+ 4,1

*) Anteile der gültigen Stimmen je Partei an den Wahlberechtigten insgesamt
1) Die 20 Gemeinden mit dem höchsten Wähleranteil für die jeweilige Partei bei der Bundestagswahl 1976
2) Die 20 Gemeinden mit dem niedrigsten Wähleranteil für die jweilige Partei bei der Bundestagswahl 1976
3) Ergebnisse der BW 1976 ohne Briefwähler in den kreisangehörigen Gemeinden